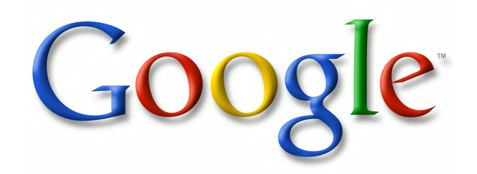
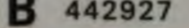




Zu Rußlands Revolution und Neugeburt

Selbsterlebtes und Geschichtliches

Von

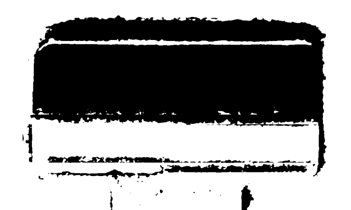
Dr. Adrian Polly

Reich illustriert

Preis: 3 M.



1906
Teutonia-Verlag
Leipzig, Mühlgasse 10





Zu Rußlands Revolution und Neugeburt.

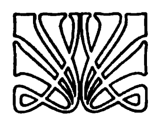
Selbsterlebtes und Geschichtliches.

Von

Dr. Adrian Polly.

Reich illustriert

1. bis 3. Tausend.



1906.
Teutonia-Verlag.
Leipzig, Mühlgasse 10.

Maschinensatz von Oscar Brandstetter in Leipzig.

Dem Chef der „Hamburger Nachrichten"

Herrn Dr. Hermann Hartmeyer

in Hamburg

in Sympathie und Verehrung

zugeeignet.

Der Verfasser.



Geleitswort.

Aus eigner Beobachtung der Tagesereignisse, wie aus der Darstellung zuverlässiger amtlicher Ermittlungen sind diese Blätter entstanden; sie beanspruchen nicht, als grundlegendes Geschichtswerk, oder als selbständige künstlerische Schöpfung zu gelten. — Sogar „strenge Sachlichkeit“ ist ein Attribut, das von einer geschichtlichen Studie zu behaupten, schon an sich einen Mangel an Sachlichkeit zur Voraussetzung hat. Denn der ehrliche Chronist vermag eben den subjektiven Gesichtswinkel nicht auszuschalten, unter dem er die Ereignisse und Tatsachen beobachtet; das hieße: über seinen eignen Schatten springen.

Gleichwohl messe ich meiner Darbietung den bescheidenen Wert bei, der für ihre Herausgabe bestimmend war: In einer Epoche der Umwälzung und Neugestaltung des russischen Staatskolosses, Vorgänge, die eigne Augenzeugenschaft erlebt, oder durch verantwortliche, auf den Geschichtsgang unmittelbar einwirkende Gewährsmänner verbürgt sind, bevor sie, vom Tage geboren, mit dem Tage zerflattern, zu sammeln und festzufügen.

Ich bringe meinen Lesern zwar kein monumentales Literaturwerk, wohl aber Bausteine und Materialien für die zukünftige Geschichtschreibung. Diese Aufgabe mit Sorgfalt und Ernst zu erfüllen, war ich rechtschaffen bemüht.

Pflicht der Dankbarkeit wäre es nun, die hohen Staatswürdenträger und viele andere kundige Persönlichkeiten,

die meine Aufzeichnungen durch wertvolle Informationen, Quellennachweise, Richtigstellungen und Mitarbeit gefördert haben, in namentlicher Anführung mit schuldiger Anerkennung hervorzuheben; jedoch verbietet sich das leider bei der Mehrheit, schon mit Rücksicht auf ihre resp. amtlichen Stellungen.

Meinen Dankestribut fasse ich daher in dem, allen Söhnen Rußlands sicherlich tief im Herzen wurzelnden Wunsche zusammen: Möge es dem heute aus tausend Wunden blutenden russischen Reiche gegönnt sein, alsbald zu gesunden und in altem Glanze neu zu erstehen.

St. Petersburg, im Frühjahr 1906.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

I. Abschnitt.

Während des russisch-japanischen Krieges.

II. Abschnitt.

Nach dem Friedensschluß.

III. Abschnitt.

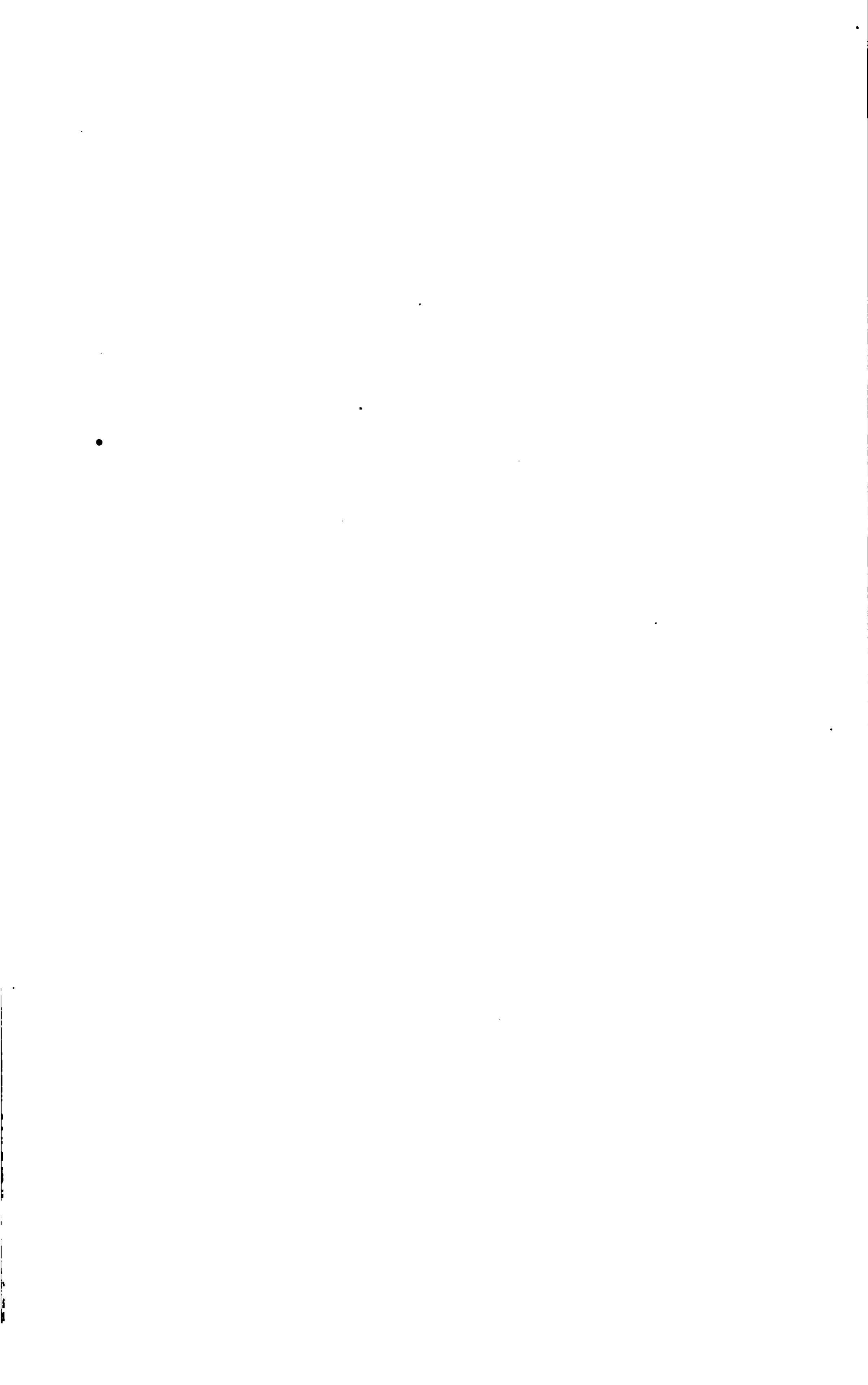
Die Revolutionsbewegung.

IV. Abschnitt.

Rußlands Neugeburt.

I. Abschnitt.

Während des russisch-japanischen Krieges.



I.

Der russisch-japanische Krieg und seine Ursachen.

1.

St. Petersburg, 1./13. April 1905.

Der beklagenswerte Verlauf mit allen Begleiterscheinungen des für Rußland unglücklichen Zusammenstoßes mit Japan löst begreiflicherweise in der russischen Gesellschaft immer deutlicher und dringlicher die Frage aus, wer denn eigentlich als Urheber der mandschurischen Politik anzusehen sei und für deren Entwicklung die Verantwortlichkeit zu übernehmen habe.

Daß bei der praevalierenden Stellung der Bureaukratie auch die Entstehungsgeschichte der Verwicklungen bis zum Kriegsausbruche ziemlich versteckt und in mehrfache Nebelregionen verhüllt liegt, darf nicht wundernehmen. Eine amtliche Darlegung hat bis zur Stunde nicht stattgefunden; ungezählten Anfragen an die offizielle Welt durch Preßorgane aller Schattierungen wird lediglich „diplomatisch-tiefsinniges" Schweigen entgegengestellt.

Da nun einmal Zeitgeschichte geschrieben werden „muß", so kennzeichnen sich die bis heute in mächtiger Fülle erschienenen Verlautbarungen, Vermutungen und Kommentare als Produkte aus dem Reiche des Hörensagens oder ganz als Eingebungen freier Fantasie des Berichterstatters; Wahres, Falsches und Erdachtes bilden die Ingredienzien der mehr oder minder sorgsam zusammengerührten und zurechtgesetzten Lesenahrung über den „Gang der Dinge".

Begreiflicherweise sind es immer Träger hervorragender Namen, Persönlichkeiten, die mit dem Schicksale Rußlands in anerkannter Bedeutsamkeit verknüpft sind, die nun der öffentlichen Meinung gegenüber standhalten sollen als verantwortliche Träger einer leider grundverfehlten Politik.

Staatsrat Besobrasow, Präsident des Ministerkomitees S. v. Witte und Admiral Alexejew sind die teils gleichzeitig, teils abwechselnd, teils einzeln, teils gemeinsam meistbeschuldigten vermeintlichen „Anstifter der unglücklichen Mandschurei-Affäre"; nicht viel seltener muß auch Graf Lamsdorff die Anklage über sich ergehen lassen, der Rufer im Streite gewesen zu sein.

Die Unhaltbarkeit dieser Kartengebäude ist zwar auf erstem Blick erkennbar, Fundament und Aufbau sind gleich unsolid und durchsichtig; in keinem einzigen Falle wurde auch nur der Versuch unternommen, dokumentarisch unanfechtbares Material einzufügen, gleichwohl werden die literarischen Baumeister nicht müde, den durch die erste ernste Prüfung demolierten Bau von neuem zurechtzuzimmern, der zwar gewissenhafter Nachprüfung ebensowenig standhalten kann, aber — und darauf allein kommt es ja zunächst an — immer wieder gläubige Abnehmer findet.

Eine einzige Ausnahme in den russischen Preßerzeugnissen mag gelten, aber auch diese nur mit starken Vorbehalten. In einer Feuilletonserie der in Moskau erscheinenden „Russkija Wedomosti" bemüht sich ein zu ungewollter und unerfreulicher Popularität gelangter Autor, einen historischen Überblick der jüngsten Vergangenheit Rußlands zu liefern, aus dem manche glaubwürdige Tatsache hier ausdrücklich gewürdigt werden soll. Doch ist auch diesen Verlautbarungen gegenüber im übrigen die größte Vorsicht am Platze.

Die nachfolgenden Aufzeichnungen sollen dem verständnisvollen Leser an der Hand eines sonst schwer erreichbaren, dafür jedoch absolut zweifelsfreien authentischen Quellenmaterials eine objektiv reine Beleuchtung der russisch-japanischen Frage von ihrer Entstehung bis zu ihrer heutigen Entwicklung verschaffen.

Die eigentliche aktive Politik Rußlands im fernen Osten nimmt ihren Anfang im Jahre 1895, unmittelbar zusammenfallend mit der Endschaft des chinesisch-japanischen Feldzuges. Wie bekannt, forderte damals Rußland gemeinschaftlich mit Deutschland und Frankreich, das siegreiche Japan habe das von China errungene Territorium in der südlichen Mandschurei zusammen mit Port Arthur und Talienwan an China wieder zurückzugeben.

Darauf übernahm Rußland die Garantie für die zum Zwecke

der Auszahlung der Kriegskontribution an Japan erforderte chinesische Anleihe; dadurch erwarb sich Rußland im fernen Osten große Sympatien, die in der spontanen Annäherung nicht nur Chinas, sondern seitens Koreas an Rußland reellen Ausdruck fanden.

Das Prestige Rußlands und das Vertrauen zu seiner Politik befestigte sich mit der Zeit dergestalt, daß der koreanische Kaiser sich im Spätherbst 1896 dem Schutze der russischen Mission unterwarf und die russische Regierung bat, Ratgeber und Instruktoren an den koreanischen Hof zu entsenden.

Diesem Moment entspringt auch das russisch-chinesische Traktat, laut welchem Rußland sich für pflichtig erklärte, die Unabhängigkeit und Unantastbarkeit des chinesischen Reiches zu unterstützen; China überließ dagegen dem Zarenreiche das Recht des Eisenbahnbaues in der Mandschurei zwecks Herstellung der Verbindung des Transbaikal-Territoriums mit den an der Küste belegenen russischen Gebieten.

Die handgreifliche Bedeutung dieser Konzession für Rußland erhellt durch den einfachen Hinweis, daß die schier unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten für die Durchführung der sibirischen Eisenbahn längs dem Amurflusse just zu diesem Zeitpunkte volle Aufklärung fanden und damit zugleich die Idee festen Fuß gewann, die Bahn quer durch die Mandschurei laufen zu lassen; außer sonstigen Vorteilen brachte diese Trace gegenüber dem ursprünglichen Amurprojekt eine Ersparnis von rund fünfzehn Millionen Rubel!

In der Hauptsache aber wies das derzeit von Witte geleitete Finanzministerium in zahlreichen Denkschriften und Communiqués nach, daß Rußlands wirtschaftlicher Einfluß in diesem an Naturschätzen reichen Lande mit dem Durchbruch des Mandschurei-Territoriums erheblich gewinnen und Wladiwostok dadurch naturgemäß die Stellung als einzige Hafenstadt der nördlichen Mandschurei erlangen müßte.

Auch Chinas Interessen in dieser Angelegenheit blieben, solange es sich nur um diesen Eisenbahnbau handelte, ziemlich unberührt, denn die Bahn sollte ein von den Zentren Chinas fernab gelegenes ödes und leeres Gebiet durchbrechen, so daß auch für die westeuropäischen Mächte kein gefahrdrohender Interessengegensatz absehbar war.

Unter diesen Gesichtswinkeln entstand die auf Grund eines Vertrages mit der Russisch-Chinesischen Bank in Wirksamkeit tretende „Gesellschaft der chinesisch-östlichen Eisenbahn“.

Der Ruhm der Initiative in diesem groß angelegten Unternehmen gebührt dem gewesenen Finanzminister S. v. Witte, dem verstorbenen Minister des Äußern Lobanow-Rostowsky, der das Projekt des Finanzministers in jeder Richtung kräftig unterstützte, und an dritter Stelle dem Generalgouverneur des Amurgebietes, General Grodekow.

Die Aufgaben Rußlands auf dem chinesischen Grenzgebiete sollten mit diesem Ausbau, bei dessen Festlegung China, wie schon erwähnt, sich Rußland gegenüber durchaus loyal und entgegenkommend verhielt, für längere Zeit Lösung und Abschluß finden.

Gleichzeitig kann aber damit die erste Periode der mandschurischen Frage als beendet angesehen werden; bis zu dieser Phase lag in dem politischen Verhalten Rußlands nicht der leiseste Grund zu einer Zuspitzung der Verhältnisse. Im Gegenteil: Rußland wurde seitens Chinas als willkommener Nachbar begrüßt, und es entwickelten sich zwischen beiden Staaten nur freundschaftlich rege Beziehungen.

Vorsichtig, Schritt um Schritt, ging Witte im steten, nie unterbrochenen Kontakt mit dem Auswärtigen Amt und seinem Leiter Fürsten Lobanow-Rostowsky an die Arbeit. Nicht der geringste Grund lag vor, die anfängliche Absicht der russischen Regierung zu verlassen und die festgelegten Grenzen für den Umfang der von Rußland in Angriff genommenen Arbeiten zu erweitern.

Leider — und hier beginnt das Betreten der abschüssigen Bahn — währte diese ruhig fortschreitende Entwicklung nicht lange, sondern machte einem Vorgehen Platz, das zu jenen „Geschichten“ gehört, an denen Rußland dank seines bureaukratischen Regimes überreich ist, und alles erklärt, was Rußland heute erlebt: engherziger Egoismus ertötete die Interessen des Vaterlandes.

Gerechte Würdigung verlangt von vornherein die Klarstellung, daß die Namen v. Wittes und Fürst Lobanows bei dieser zweiten Phase ganz und gar ausgeschaltet werden müssen; denn diese „Affäre“ hat mit der verdienstlichen Initiative der beiden Männer nichts mehr gemein.

Die nächstfolgenden Ausführungen sollen zeigen, wie schwer und durchhaltend der klarblickende Staatsmann — sein Arbeitsgefährte Lobanow-Rostowsky war inzwischen gestorben — gegen Unterströmungen anzukämpfen hatte, die seinem Werke Hemmungen und konträre Richtung zu geben drohten, aber auch, daß Witte keinen Anteil an den verhängnisvollen Folgen der russischen Politik in der Mandschurei hatte. Aus dem gesamten mir vorliegenden Material kann ich zu keiner anderen Überzeugung gelangen, als daß die von Witte und Fürst Lobanow eingeleitete Aktion diesen Männern gewaltsam aus der Hand gerissen und völlig verunstaltet worden ist; die Darlegung der dabei eingeschlagenen Wege ist Thema des nächsten Artikels.

2.

St. Petersburg, 5./18. April 1905.

Die zweite Phase in der Entwicklung der mandschurischen Frage beginnt im Jahre 1897 mit der Ermordung mehrerer Missionäre durch Chinesen in Schandun.

Bekanntlich hatten diese Mordtaten die Besetzung der Provinz Schandun auf Befehl der deutschen Regierung zur Folge; die Regierung Chinas wandte sich mit der Bitte an Rußland, einige Kriegsschiffe nach Taochou zu entsenden.

Hier nimmt die Epopoë ihren eigentlichen Anfang. Einige der Regierung nahestehende Kreise wurden von dem Gedanken erleuchtet, diese Bitte Chinas auszunutzen, um für Rußland einen nie zufrierenden Hafen in der Mandschurei zu erwerben, der aber gleichzeitig der sibirischen Bahn einen Ausgang zum Stillen Ozean sichern sollte.

Für diese Zwecke bestgeeignet erschienen Talienwan und Port Arthur.

Als energischster Pfleger und Verfechter der Idee zeigte sich der damalige Minister des Äußeren, Graf Muraview, der nach dem Tode des Fürsten Lobanow das Portefeuille des letzteren übernahm und in der Fern-Osten-Frage eine verblendet eifrige Politik zu betreiben anhub.

Er bestand darauf, daß diese beiden Häfen coûte que coûte, Rußland zugehören müßten. Selbst dem Votum des Marineamtes

gegenüber, welchem doch eigentlich das entscheidende Wort in dieser Frage zustand, und das sich mit Entschiedenheit gegen das Beginnen Muraviews aussprach, erklärte letzterer, vom Kriegsminister Wannowsky unterstützt, er betrachtete die Verwirklichung seines Projektes für einen unumgänglich nötigen und dringenden Schritt Rußlands, da die Gefahr bestände, daß sonst England Talienwan und Port Arthur in Pacht nehmen würde.

Nicht nur der Chef der Marine, sondern mit ihm auch der Finanzminister v. Witte erklärten sich nachdrücklichst gegen die Parforce-Politik des neuen Ministers des Äußern. In einer ausführlichen Denkschrift verwies Witte auf den vor gar nicht langer Zeit mit China abgeschlossenen Vertrag, durch welchen Rußland sich zur Wahrung der Unantastbarkeit Chinas verpflichtet hatte und der es als unmöglich erscheinen lasse, bei China Schritte zu unternehmen, die darauf hinausliefen, China zu schwächen, statt es zu verteidigen. Dadurch müsse Rußlands Prestige unabweisbar Einbuße erleiden; überdies aber seien auch internationale Komplikationen nicht ausgeschlossen, denn Rußlands Beispiel könnten auch die übrigen Großmächte folgen; Japan aber würde unter solchen Umständen unbehindert in Korea eindringen können, trotz der erfreulichen Fortschritte, die Rußlands Einfluß bis nun in Korea gewonnen. In finanzieller Hinsicht erhob der Finanzminister das Bedenken, daß die Besetzung Talienwans und Port Arthurs enorme Ausgaben erfordern würde, denn es müßte, bei Verwirklichung des Vorhabens, mit dem Bau einer Eisenbahnlinie, welche die Häfen mit der Magistrallinie (Wladiwostok) zu verbinden hätte, schleunigst begonnen werden. Dieser Eisenbahnbau würde jedoch mehrere Jahre erfordern, während dieser Zeit blieben die genannten Häfen völlig isoliert und dieser Umstand wieder dränge Rußland in eine äußerst unerwünschte Lage.

Aus allen diesen Gründen empfahl Witte daher die größte Sorgfalt und Vorsicht in der Behandlung der mandschurischen Frage. Er erklärte sich nicht prinzipiell gegen Erwerbung eines nie zufrierenden Hafens, doch müsse dieses Vorhaben lediglich auf freundschaftlichem Wege und in keinem Falle gewalttätig verwirklicht werden.

Wittes Memorandum schien auch wirklich in vollem Maße gewürdigt zu werden; denn die Frage ruhte für einige Zeit und



Zar Nikolaus II.



wurde allgemein als abgetan betrachtet. Jedoch nur für einige Zeit, um dann mit verstärkter Kraft wieder wachgerufen zu werden.

Wie sollte auch der Minister des Äußern sich dauernd dabei beruhigen, daß der Finanzminister ihm ins Handwerk pfuscht. Muraview sah in dem Eindringen Witteschen Einflusses eine Gefährdung der eigenen Region und setzte unter Beibehaltung der äußerlich freundlichsten Beziehungen zu Witte alle Hebel in Bewegung, um sowohl beim Zaren wie in der öffentlichen Meinung das Übergewicht zu behaupten.

Der Coup gelang so fein und durchschlagend, daß Witte von der auf Umwegen erreichten Besetzung Talienwans und Port Arthurs durch russische Schiffe, Anfang Dezember 1897, erst als von einem fait accompli Kenntnis erhielt.

Nun ging es mit Riesenschritten unaufhaltsam vorwärts. Am 15. März 1898 wurde der Vertrag mit China unterzeichnet, durch welchen Rußland die beiden Häfen auf 25 Jahre erpachtete und zugleich das Recht erhielt, Talienwan und Port Arthur mit der mandschurischen Hauptlinie zu verbinden.

Dieser Schritt zeitigte für Rußland, wie sich alsbald zeigte, verhängnisvolle Folgen. Die politische Lage des Zarenreiches verschlechterte sich unmittelbar auf das Empfindlichste. Das Verhältnis zwischen Rußland, China und Japan wurde erschüttert, China verlor das Vertrauen zur russischen Regierung, wurde mißtrauisch, verfolgte ängstlich, oft auch scheelsüchtig, jeden Schritt und jede Bewegung Rußlands und suchte schließlich in Japan eine Stütze; war doch die japanische Regierung schon seit 1895, da es auf Rußlands Initiative gezwungen war, Port Arthur zu räumen, gegen Rußland in mehr als gereizter Stimmung und aufmerksam auf ihrer Hut.

Unverweilt nach dem Einlaufen russischer Schiffe in die chinesischen Häfen konzentrierte Japan seine ganze diplomatische Kraft in Korea, um dort den russischen Einfluß zu paralysieren; die japanische Diplomatenkunst konspirierte beim koreanischen Hof wie bei der koreanischen Regierung gegen Rußland, gleichzeitig trat Japan auch mit der russischen Regierung in Verhandlung; es gelang auch durchzusetzen, daß Rußland die finanziellen Berater und Instruktoren aus Korea zurückberief und Japan

auf den Gebieten des Handels und der Industrie volle Aktionsfreiheit in Korea gewährleistete.

Nun steigerte sich aber auch zusehends die Freundschaft zwischen China und Japan. Auf Anraten Japans willigte China in den Eisenbahnbau der südlichen Mandschurei durch die Engländer, parallel mit dieser Maßnahme ging aber ein von Tag zu Tag verschärftes feindseliges Auftreten der chinesischen Beamten, später auch der Pekingschen Regierung gegen die mit dem Bau der chinesisch-östlichen Eisenbahn in der Mandschurei beschäftigten Russen.

Zu gleicher Zeit besetzten die Russen die Kwantunhalbinsel, um den Eisenbahnbau des südmandschurischen Bahnzweiges zu vollenden. Die Bevölkerung, die damit die Hauptquelle ihrer Existenz, das fruchtbare Land, verlor, brachte den Russen begreiflicherweise alles eher als Sympathie entgegen. Im Gegensatz zu dem China erwünschten Bau der Mandschurischen Bahn, die, wie schon im vorigen Briefe angedeutet, durch öde, abgelegene Gegenden führt und der Bevölkerung willkommene Arbeit schaffte, durchbricht die südmandschurische Bahn stark bevölkertes Gebiet, zerstörte dabei viele, von den Chinesen hochgeschätzte Kirchhöfe und Gräber und drohte die gesamten ökonomischen Verhältnisse umzuwälzen.

Alle diese Umstände zeitigten eine äußerst feindselige, gehässige Stimmung der Einheimischen gegen die Russen. Die russische Politik aber hatte die Alarmierung Englands, Frankreichs und Italiens zur Folge; das Vorgehen dieser Mächte findet im nächsten Briefe ihre Würdigung.

3.

St. Petersburg, 10./23. April 1905.

Nach Rußland kamen begreiflicherweise England und auch Frankreich, ja selbst Italien, zur Entdeckung des dringenden Bedürfnisses, einen Hafen in China zu besitzen; das Liebeswerben Italiens erfuhr übrigens ein vollständiges Fiasko. Aber auch die „Gewalttaten“ — wie die Chinesen das Vorgehen bezeichneten — der Großmächte bestärkten den schon ohnehin latenten Haß der

Chinabevölkerung gegen die Europäer, auch schöpfte die Regierung des Himmlischen Reiches hieraus Veranlassung zu bestimmten kriegerischen Vorbereitungen.

Die im Jahre 1899 beginnenden Ausschreitungen der bekannten Organisation „I-Che-Tuan" mit der Vernichtung der Europäer als Programm, wurden von der Regierung mit ernster Energie niedergehalten; doch nach Überhandnahme der „Gewalttaten" schloß sich die Chinaregierung offen und rückhaltlos der „I-Che-Tuan" an, unterstützte ebenso freimütig die Boxerbewegung und verkündete schließlich den Mächten den feierlichen Krieg.

Es folgte der von europäischen Großstaaten vereinbarte Kriegszug gegen Peking; die Festung Taku wurde bestürmt. Die Tätigkeit der „I-Che-Tuan" verbreitete sich nunmehr über das ganze Chinaterritorium, wobei selbstverständlich auch die Mandschurei berührt wurde, was nun wiederum den Einmarsch russischer Regimenter in die Mandschurei zur Folge hatte, und damit beginnt die eigentliche Okkupationsepoche dieser Gebietsteile durch Rußland.

Die isolierte Stellung Wittes in diesem gesamten Zeitabschnitt erhält aus einem mir vorliegenden Dokument eine überaus charakteristische Beleuchtung. Dieser Staatsmann empfahl der Regierung die größtdenkbare Vorsicht der Haltung in der Boxerbewegung. Er befahl der Eisenbahnadministration, jedwede Reibungen in der Mandschurei mit der chinesischen Obrigkeit zu vermeiden; mit gleicher Entschiedenheit erklärte er sich gegen die Teilnahme Rußlands am Kriegszuge gegen Peking. In einer im russischen Staatsarchiv befindlichen Denkschrift verwies Witte auf die Notwendigkeit, die russischen Regimenter aus Tschili zu entfernen und mit der Chinaregierung in freundschaftliche Verhandlungen einzutreten. Doch fand der Minister kein Gehör. Im Gegenteil, alle Kräfte vereinigten sich, um die Mandschurei dem russischen Einfluß zu unterwerfen und unter allen Umständen militärische Besatzung in der Mandschurei zu unterhalten. Einen für den russisch-japanischen Feldzug denkwürdigen Satz aus dieser Niederschrift darf ich wortgetreu zitieren: „Für die Durchführung einer derart aggressiven Politik ist Rußland noch lange nicht genügend vorbereitet." Die Wahrheit dieses Satzes wird ja heute wohl uneingeschränkt zugegeben.

Freilich erheben sich heute Stimmen genug, die in retrospektiver Zusammenfassung des historischen Verlaufes der mandschurischen Frage behaupten: Anders konnte es ja überhaupt nicht kommen! — Witte bedurfte nicht die Kraft eines Hellsehers, seine Auffassung wurzelte in der einfachsten politischen Logik und im klaren Menschenverstande. In der Tat scheint die russische Diplomatie zuguterletzt der Erkenntnis Wittes ziemlich nahe gekommen zu sein, denn sie setzte mit Verhandlungen über die eventuelle Zurückziehung der russischen Regimenter aus der Mandschurei mit der chinesischen Regierung ein, was denn auch die am 26. März 1902 unterzeichnete Vereinbarung auslöste. Hierin verpflichtete sich Rußland, die Regimenter in drei festgesetzten Terminen aus der Mandschurei zu evakuieren. Der erste Termin wurde auch pünktlich innegehalten; bis zum zweiten und noch härtnäckiger bis zum dritten Termin hatte die „Aggressivpolitik" wieder derart Oberhand gewonnen, daß die Termine einfach ignoriert wurden. Dies mußte sowohl in China wie auch bei den europäischen Mächten die Auffassung hervorrufen, daß die russische Regierung nunmehr endgültig entschlossen sei, die Mandschurei allmählich dem russischen Territorium einzuverleiben.

Besonderes Mißtrauen aber wurde in Japan hervorgerufen, woselbst man sich klar dessen bewußt war, daß die Frage des fernen Ostens für Rußland nicht in der Mandschurei, sondern in Korea ihre Entscheidung finden würde. Hatte doch Rußland die ersten Schritte zur Erreichung dieses endgültigen Zieles durch Ankauf einer Landstraße in Masampo für Zwecke der Flotte des Stillen Ozeans im Jahre 1900 bereits getan. Japan arbeitete nun mit vollen Segeln zur Unterbindung der russischen Politik und zur Befestigung des eigenen alleinigen Einflusses auf der koreanischen Halbinsel; war doch Korea schon seit jeher von der japanischen Regierung als geeignetes Ansiedlungsterritorium für die Überproduktion an japanischer Bevölkerung angesehen worden.

Die schlau durchdachte Politik Japans schlug nun gleicherzeit die Politik à deux mains ein: Aufhetzung Chinas gegen Rußland und andererseits unmittelbare Verhandlung mit Rußland zur Herbeiführung eines Einverständnisses. Zu dem letzteren Zwecke wurde unter anderem der Marquis Ito Ende 1901 nach Rußland

entsendet, doch gelang es ihm nicht, von der russischen Regierung eine bündige Erklärung zu erhalten. Ito begab sich darauf unmittelbar nach England, wo er mit offenen Armen aufgenommen und auch alsbald der bekannte englisch-japanische Vertrag zum Abschluß gebracht wurde.

Anstatt nun dieses offenkundige, zur Vorsicht mahnende Signal gehörig zu beachten, rief das Abkommen im Lande nur geringen Eindruck hervor; es machte sich eher die Bemühung geltend, Japan gegenüber eine noch energischere Politik zu akzentuieren.

Noch einmal muß ich Worte des Gegners der Angriffspolitik seines Landes — Wittes — aus einem an die höchste Stelle geleiteten Rapport anführen: „Ich verstehe die große Bedeutung der Verteidigung der koreanischen Halbinsel gegen Rußland vom Standpunkte der japanischen Lebensinteressen so sehr, daß ich einen Vertrag zwischen Rußland und Japan auf der Basis gegenseitiger Konzessionen zur Beseitigung der bestehenden Mißverständnisse als eine sehr glückliche Lösung ansehen würde. Nur auf diesem Wege kann Rußland einem bewaffneten Zusammenstoße mit Japan entgehen. Der Krieg mit Japan könnte aber für Rußland die schwersten Folgen hervorbringen; denn die strategische Lage des Zarenreiches im fernen Osten kann noch keineswegs als „stabil" bezeichnet werden. Dieses Duell würde daher seitens Rußlands unabsehbare Opfer fordern."

Aus einem anderen vor mir liegenden Schriftstücke geht hervor, daß Witte sogar die Möglichkeit anerkannte, äußerstenfalls Korea vorübergehend den Japanern gänzlich zu überlassen, um für diesen Preis das jetzt feindlich gesinnte Japan zu einem das gutnachbarliche Verhältnis hochschätzenden Freunde zu verwandeln. Die Einrichtung des neuen koreanischen Landgebiets würde von Japan die Entfaltung erheblicher Mittel an Kraft und Geld erfordern, dadurch Japan ablenken und schwächen. Sollte aber im Verlaufe der Zeit der Freundschaftsvertrag mit Japan sich nicht bewähren und die Ausdehnung des russischen Einflusses auf Korea notwendig werden, dann würde die Verteidigung der russischen Interessen mit weit geringeren Opfern gefestigt werden können, zumal da Rußland während der Friedens- und Freundes-

dauer mit Japan die vollste Möglichkeit gewönne, die eigene strategische Lage im fernen Osten zu verstärken.

Noch einmal — selbst nach Abschluß des englisch-japanischen Vertrages — erneute Japan den Versuch, mit Rußland zu verhandeln, und wandte sich im Herbst 1903 an die russische Regierung mit neuen Vorschlägen in der koreanischen Frage.

4.

St. Petersburg, 12./25. April 1905.

Japan hatte trotz der Abweisung Marquis Itos von russischer Seite — wie mein letzter Brief ausführt — die Hoffnung auf eine friedfertige Austragung der Komplikationen noch immer nicht aufgegeben, rechnete vielmehr nach dem Zustandekommen des englisch-japanischen Vertrages auf eine größere Nachgiebigkeit Rußlands. Diesem Wunsche gab Japan in einem im Herbst 1902 an die russische Regierung geleiteten Memorandum offiziellen Ausdruck.

Aber noch andere Wege schlug die japanische Regierung ein, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Sie war davon unterrichtet, daß der Minister v. Witte so ziemlich der einzige Staatsmann in Rußland war, der das Einschlagen einer aggressiven Politik im fernen Osten nachdrücklichst bekämpfte, und wußte auch, daß Witte zu der Zeit auf einer dienstlichen Inspektionsreise durch die Mandschurei begriffen war. Es wurden nun von der japanischen Regierung vielfache Anstrengungen unternommen, um einen Besuch Wittes in Japan zu veranlassen.

Dieser Besuch kam jedoch nicht zustande, wiewohl der Finanzminister — hätte die Entscheidung in seiner Hand gelegen — sich dieser Mission schwerlich entzogen haben würde. Das geht mit ziemlicher Deutlichkeit aus folgenden Ausführungen in seinem, nach Beendigung der Mandschureireise dem Zaren unterbreiteten Berichte hervor, worin er eine gewisse Berücksichtigung der japanischen Politik als Sache der Gerechtigkeit anerkennt:

„Als dunkler Fleck auf dem Horizonte der russischen Politik im fernen Osten erscheint außer der mandschurischen Frage unser Verhältnis zum japanischen Reiche. Der politische Einfluß Japans in der Mandschurei und Korea oder mindestens in Korea, bildet

für Japan eine Lebensfrage. Der starke Überschuß an Bevölkerung zwingt die japanische Regierung, ein neues Ansiedelungsgebiet zu suchen. Da jedoch die Auswanderungsbewegung im Süden, hinter der Formosa-Insel, großen Hindernissen begegnet — denn sowohl das Uferterritorium des südlichen und mittleren China, als auch die kolonialen Niederlassungen der fremdländischen Mächte sind übervölkert —, so kann diese für das Staatsleben Japans so bedeutsame Frage kaum anders als zu Gunsten einer tunlichst freiheitlichen Bewegung Japans in Korea gelöst werden. Aber nicht nur die Bevölkerungsfrage, sondern auch die mannigfaltigen in erheblicher Entwicklung begriffenen japanischen Industriezweige verlangen gebieterisch die Aufsuchung neuer Absatzmärkte, um eine Überproduktionskrisis zu vermeiden; auch dieses wirtschaftliche Bedürfnis kann nur durch Korea erfüllt werden. Vor Besetzung Port Arthurs durch Rußland und vor dem Bau des südlichen Zweiges der chinesisch-östlichen Bahn konnte Japan auf eine Ausbreitung seines Einflusses in der Mandschurei rechnen und hat in dieser Richtung nach dem siegreichen Waffengange mit China auch schon mancherlei Versuche unternommen. Demnach ist unsere Vorherrschaft in der Mandschurei der Regierung des Mikado keineswegs gleichgültig: im Gegenteil, sie stehen im Gegensatz zu den dringendsten Interessen Japans. Japan müsse naturgemäß jeden von anderen Mächten in Korea unternommenen Schritt auf das ernsteste beobachten und zur Aufrechterhaltung seines Einflusses auf der koreanischen Halbinsel unter Umständen zu den äußersten Mitteln greifen. Selbstredend hat auch Rußland seinen Interessenkreis in Korea; die ersten Versuche Rußlands zur Befestigung seines Einflusses in diesem Lande reichen in das Jahr 1897 zurück; dieses Unternehmen war auch von Erfolg begleitet. Um so mehr aber ist Japan auf der Hut, und je dauerhafter Rußlands Einfluß im fernen Osten sich einbürgert, je größere Gefahren drohen den koreanischen Interessen Japans. Daraus geht hervor, daß, solange wir unsere Wünsche auf Korea nicht fallen lassen, der feindliche Gegensatz zu Japan nicht nur in Bezug auf die koreanische, sondern hinsichtlich der ganzen Fern-Osten-Frage bestehen bleibt.

Viele sind der Meinung, daß Rußland in der koreanischen Frage — selbst vorübergehend — nicht das Geringste nachgeben

dürfe; der Krieg mit Japan sei früher oder später auf alle Fälle unvermeidlich, daher wäre der beste Ausweg der, Japan sofort den Krieg zu verkünden und es zu vernichten, solange es noch keine Zeit gehabt, seine Kriegsflotte zu verstärken. Dieser Anschauung kann ich meinerseits durchaus nicht beitreten. Es ist vielmehr wohl möglich, daß durch den Bau der chinesisch-östlichen Bahn in nächster Zukunft eine Annäherung zwischen Rußland und Japan auf dem Gebiete der kommerziellen und industriellen Interessen sich entwickeln könne; eine Interessengemeinschaft zwischen den Völkern auf solcher Grundlage bildet eine der stärksten Garantien zur Beseitigung bewaffneter internationaler Zusammenstöße. Es besteht daher die begründete Hoffnung, daß es in Zukunft auch uns gelingen wird, auf dem Felde einträchtigen Wettbewerbs eine friedliche Entscheidung derjenigen Fragen im fernen Osten herbeizuführen, welche heute zur russisch-japanischen Interessen-Kollision Anlaß geben. Sollte aber diese Anschauung sich nicht bewähren, und diejenigen recht behalten, welche das Gegenteil behaupten, so müßte auch in solchem und in jedem Falle der Zusammenstoß mit Japan hinausgeschoben und ein, wenn auch nur zeitweiliger, Ausweg gesucht werden, um Japans Interessen in Korea auf Grund eines Kompromisses nicht anzutasten. Meiner Meinung nach wäre ein bewaffneter Zusammenstoß mit Japan für Rußland äußerst gefährlich. Ich zweifle nicht daran, daß Rußland in diesem Kampfe den Sieg davonträgt, doch würde dieser Sieg unter den bestehenden Verhältnissen enorme Opfer erfordern und schweren Einfluß auf die ökonomische Lage Rußlands ausüben. Um diese Folgen abzuwenden oder in ihrer Bedeutung zu verringern, ist es unumgänglich notwendig, daß Rußland sich zur Kriegsführung vorher auf das Ernsthafteste vorbereitet. Es darf nicht vergessen werden, daß bei dem gespannten Verhältnis Rußlands zu China die Position Rußlands während eines Krieges mit Japan seitens der chinesischen Regierung keine besondere Stärkung finden würde. Deshalb muß Rußland, bevor es den Kampf mit Japan aufnimmt, in erster Reihe klare Verhältnisse zu China schaffen. Von entscheidender Wichtigkeit für Rußland ist es überdies, für sich eine bessere strategische Lage in der Mandschurei vorzubereiten; dahin gehört die vollständige Ausrüstung der ost-chinesischen Bahn, die

zweckentsprechende Organisation des gesamten Verwaltungsapparates und die Erledigung einer ganzen Reihe von heute noch ungelösten Fragen; außerdem müßte die Mittel-Sibirische Eisenbahn wesentlich verstärkt, der Bau der Baikalbahn und die ausgiebigste Verproviantierung Port Arthurs vorgesehen werden, wobei lediglich die kriegsmäßige Vervollständigung der Einrichtung Port Arthurs nach Aufstellung des Marineamtes einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren erfordert.

Unter diesen Umständen kann ich nicht anders, als auf die Aufrechterhaltung und Pflege der friedlichen Beziehungen zu Japan nachdrückliches Gewicht zu legen, und bin auch dafür, daß wir uns im Notfalle für einige Zeit von Korea ganz lossagen, wenn Japan bereit wäre, uns dafür eine gewisse Kompensation zu bewilligen. Von zwei Übeln — Krieg mit Japan oder Rückzug aus Korea — ist meiner Meinung nach das letztere vorzuziehen; schon deshalb, weil Rußland nicht nur mit den bereits ausgeführten direkten Konsequenzen und Gefahren, sondern mit einer Schwächung seiner Position auch im Westen und im nahen Osten zu Gunsten anderer Mächte zu rechnen hat.

Die schnellste Beseitigung der Mißverhältnisse mit Japan auf Grund beiderseitigen Entgegenkommens erachte ich — in Anbetracht der gesamten Sachlage — als die wichtigste Aufgabe der russischen Politik im fernen Osten. Die glückliche Durchführung würde Japan rücksichtlich unserer koreanischen Politik beruhigen, mit unserer Stellung in Nord-China aussöhnen, und damit wäre einer der Hauptgründe für ein unnützes Blutvergießen im fernen Osten, das sonst jeden Moment zu befürchten steht, mindestens unter den gegenwärtigen Bedingungen beseitigt."

Das wegen seiner Bedeutsamkeit vorstehend in den wesentlichen Hauptzügen wiedergegebene Memorandum Wittes rief in den offiziellen Kreisen St. Petersburgs einen ungemein günstigen Eindruck hervor, und die von ihm gegebenen Nachweise gegen ein aggressives Vorgehen in Korea wurden von fast allen Ministern anerkannt. Wiederum in anderen, leider einflußreicheren Regierungskreisen wurde Wittes Memorandum zum Teil vollständig ignoriert, von anderer Seite jedoch dagegen gegen Wittes Einmischung in die Fern-Osten-Politik energisch protestiert. Diese Kreise arbeiteten der Friedenspolitik Wittes direkt entgegen und

suchten eine die selbständige Entscheidung der koreanischen Frage verfolgende Politik zur Geltung zu bringen, ohne Japans Interessen und Wünsche irgendwie in Betracht zu ziehen.

Freilich erscheint es heute unbegreiflich, wie sich im Gegensatz zur Auffassung fast sämtlicher Minister ein derartiger Strom in den russischen Regierungskreisen Bahn zu brechen vermochte, doch liegt die alleinige Erklärung in der von mir wiederholt gekennzeichneten Staatsordnung, in dem Mangel einer Regierungszentrale, in welcher die gesamte staatliche Arbeit zusammenfließt; jedes Regierungsmitglied handelt nach individueller Veranlagung und momentaner Eingebung, doch trifft er die Entscheidungen nicht nur in seinem eigenen Namen oder im Namen des ihm unterstellten Ressorts, sondern oft genug, und zwar zumeist gerade in den wichtigsten Fragen: Im Namen des Zaren!

5.

St. Petersburg, 15./28. April 1905.

Die voraufgegangenen Ausführungen enthalten schon den Hinweis, daß Rußland im Jahre 1898 genötigt war, seine nur zwei Jahre vorher dem koreanischen Hofe zur Verfügung gestellten Instruktoren und Ratgeber wieder abzuberufen. — Gewisse Regierungskreise brachten es aber nicht über sich, mit dieser Tatsache zu rechnen, sondern arbeiteten unentwegt daran, den russischen Einfluß auf der koreanischen Halbinsel wieder herzustellen, und glaubten diesen Zweck durch Ausbreiten materieller Interessen auf koreanischem Gebiete am sichersten zu erreichen.

Ein in Wladiwostok seßhafter Kaufmann namens Briner war im Besitz einer von der koreanischen Regierung erworbenen Konzession zur Exploitation von Waldungen an den Flüssen Tumyn-Ula und Jalu-Tsian, sowie auf der Insel Dajalett. — Diese Konzession wurde nun dem Briner von einer Gruppe von der russischen Regierung nahestehenden Männern, darunter an erster Stelle der abgedankte Wirkliche Staatsrat, später wieder zum Staatssekretär erhobene Besobrasow, angekauft, um sie dem russischen Staate anzuhängen.

Trotz eindringlicher Versuche, Herrn v. Witte persönlich und als Finanzminister für diese Angelegenheit zu erwärmen, deren

vermeintliche öffentliche Bedeutung von den Konzessionsinhabern nicht laut genug gepriesen werden konnte, lehnte Witte jedes Zusammengehen mit der Gruppe und auch jegliche Unterstützung aus Staatsmitteln kategorisch ab.

Die abgewiesenen Unternehmer sahen sich demzufolge genötigt, auf eigene Faust zu wirtschaften; als erster Schritt zur Verwirklichung ihrer Pläne wurde eine Expedition unter Leitung des Geheimrates Neporojnew zur Besichtigung des auszunutzenden Waldkomplexes entsendet. Dieser Expedition gelang es anfänglich, noch eine Erweiterung der Rechte ihrer Auftraggeber zu erlangen, indem die koreanische Regierung ihr ein Vorzugsrecht auf Ausbeutung der Bergreichtümer in bestimmter Umgrenzung einräumte; doch wurde hierüber kein formeller Vertrag abgeschlossen.

Nun schritt man im Jahre 1900 zur Gründung einer völlig privaten Charakter tragenden „Ostasiatischen Industrie-Gesellschaft", deren Statuten jedoch, infolge der beginnenden chinesischen Unruhen erst im Juni 1901 bestätigt werden konnten. Wiewohl die Kapitalbeschaffung mit großen Schwierigkeiten verknüpft war, so daß die Gesellschaft sich vorab außerstande sah, ihre Tätigkeit zu eröffnen, knüpften die Gründer noch anderweitige Verhandlungen mit der mandschurischen Obrigkeit zwecks Erwerbung der Konzession für Ausbeutung der auf der chinesischen Seite des Jalu-Tsian liegenden Wälder an. Zugleich aber wurde die koreanische Regierung angegangen, die demnächst verfallende Brinersche Konzession für die jetzigen Inhaber zu verlängern.

Am Ende des Jahres 1902, nach der Rückkehr v. Wittes von seiner Fern-Osten-Reise, begab sich Besobrasow im Interesse der geschilderten Gründung aber dahin, um das Unternehmen an Ort und Stelle kennen zu lernen. Besobrasows Reise aber hatte auf den ganzen weiteren Verlauf der russischen Politik im fernen Osten einen ganz gewaltigen Einfluß.

Schon während seines Verweilens in den Spekulationsgebieten bemühte sich Besobrasow nachdrücklichst, die Sache der Exploitation sowohl der koreanischen als auch der chinesischen Wälder am Jalu-Tsian der Verwirklichung zuzuführen.

Um das seinen Plänen unbequeme Vorgehen Japans nordwärts zu hemmen, beauftragte Besobrasow den Obersten Ma-

dritow, als eine Art Schutztruppe für das Jalu-Tsian-Unternehmen, eine Arbeiterbande zu organisieren, die hauptsächlich aus militärischen Elementen und Chunchusen zusammengesetzt war.

Selbstredend erweckte diese Organisation das lebhafte Mißtrauen der chinesischen Obrigkeit und lenkte die Aufmerksamkeit verschiedener Mächte, an erster Stelle aber Japans, auf sich.

Von seiner Reise heimgekehrt, suchte Besobrasow für seine Auffassung über die weitere Richtung, welche die russische Politik im fernen Osten einzuschlagen habe, festen Boden und entscheidenden Einfluß zu gewinnen. Er wollte sich in offenen Gegensatz stellen zu dem russisch-chinesischen Vertrag wegen Abberufung der russischen Truppen aus der Mandschurei, ebenso zu den Vorschlägen Wittes, mit Japan eine Vereinbarung zu treffen, und aggressives Vorgehen in Korea zu vermeiden.

Sowohl das russische diplomatische Ressort mit dem Grafen Lamsdorff an der Spitze, gleichwie die Kriegs- und Marineämter, und erst recht das Finanzministerium, sträubten sich auf das Entschiedenste, die Besobrasowsche Gewaltspolitik mitzumachen oder zu unterstützen, sondern verlangten, daß das Jalu-Tsian-Unternehmen seinen kommerziellen und privaten Charakter durchaus beizubehalten habe.

Genau das Gegenteil traf ein: die Politik der Friedensfreunde scheiterte vollständig, besondere Mittel wurden aufgewendet, um die strategische Lage Rußlands im fernen Osten zu verstärken, die russischen Truppen wurden ungeachtet der Vertragspflicht in der Mandschurei belassen, das Jalu-Tsian-Unternehmen unter staatlichen Schutz gestellt, eine Statthalterschaft in der Person des von Besobrasow energisch unterstützten Admiral Alexejew in der Mandschurei eingesetzt, Finanzminister Witte mußte als ein der Entwicklung der Ereignisse im Wege stehender Staatsmann seinen Posten aufgeben und der Wirkliche Staatsrat Besobrasow erhielt seine Rückberufung in den aktiven Dienst als Staatssekretär.

Über den Anteil an der Zuspitzung der Verhältnisse gleichwie über die amtliche Tätigkeit des Statthalters Alexejew ein klares Bild zu entwerfen, ist bis nun noch keinem gelungen.

„Es schwankt sein Bild in der Geschichte — von der Parteien Gunst und Haß verzerrt,“ das Dichterwort dürfte auf Alexejew geprägt worden sein, so treffend wirkt hier seine Anwendung. Seine Charakteristik stößt auf fortwährende Widersprüche, zwischen seinen Worten und seinem Handeln liegen ungezählte Verworrenheiten; was er heute behauptet, verwirft er morgen, Sympatien und Antipatien wechselt er leichter, denn ein Paar Handschuhe. Aus der heftigsten Befehdung Besobrasows, gegen dessen erste Reise nach dem fernen Osten er mit Kopf und Kragen opponierte, ging er ebenso offen in Besobrasows Lager über, der freilich seinerseits auch seinen ganzen Einfluß in die Wagschale geworfen hatte, um die Ernennung Alexejews als Statthalter auszuwirken.

Anfangs Juni 1903 begab sich Besobrasow zum zweiten Male nach dem fernen Osten. Der damalige Kriegsminister Kuropatkin befand sich zu der Zeit in Japan; es wurde eine Zusammenkunft zwischen ihm und Besobrasow in Port Arthur verabredet, die auch wirklich stattfand. Hier versammelten sich: Besobrasow, Kuropatkin, Alexejew, der russische Gesandte in China, Lessar, der russische Gesandte in Korea, Pawlow, mit dem Programme, die Frage der Evakuation der Mandschurei und die in Korea einzuschlagende Politik zu besprechen. Sämtliche Teilnehmer an dieser Beratung, mit alleiniger Ausnahme Besobrasows, erklärten die Zurückziehung der russischen Truppen aus der Mandschurei durchaus als geboten; allerdings müsse China seinerseits Rußland gewisse Garantien gewähren.

Kuropatkin erklärte ausdrücklich, daß die strategische Lage Rußlands unter allen Umständen jedes aggressive Vorgehen gegen Japan verbiete. Admiral Alexejew wies darauf hin, daß Japan — nach ihm gewordenen zuverlässigen Informationen — einen bewaffneten Zusammenstoß mit Rußland vorbereite, daher verlange die Behandlung der Dinge die äußerste Vorsicht, um einem diplomatischen Bruch mit Japan vorzubeugen; gleichwohl näherte sich Alexejew in der Konferenz noch am meisten der Anschauung Besobrasows, der von einer friedlichen Politik, oder davon, daß man Japan irgendwie nachgeben müsse, nicht das Geringste hören wollte.

Von seiner zweiten Fern-Osten-Reise nach St. Petersburg zu-

rückgekehrt, legte Besobrasow dem Zaren ein Kriegsprojekt vor, das jedoch seitens Kuropatkins kritisiert und zu Falle gebracht wurde. Kuropatkin wiederholte bei dieser Gelegenheit seine Meinung, daß Rußland allen Grund habe, gute und friedliche Verhältnisse zu Japan festzuhalten.

Im Juli 1903 erneuerte der japanische Gesandte in St. Petersburg, Kurino, Verhandlungen mit der russischen Regierung wegen Abgrenzung der russischen wie der japanischen Interessensphären in Korea und der Mandschurei. Der darüber unter den Ministern gepflogene Meinungsaustausch führte zur Festsetzung eines Modus zur Herbeiführung eines friedlichen Ausgleichs in allen von dem japanischen Gesandten berührten Fragen.

Es wurde dabei für Rußland die Notwendigkeit anerkannt, auf jegliche aktive Politik in Korea zu verzichten, das Jalu-Tsian-Unternehmen auf eine Privatgesellschaft zurückzuübertragen, welche die einschlägigen Interessen lediglich auf kommerzieller Grundlage weiterzuführen hätte.

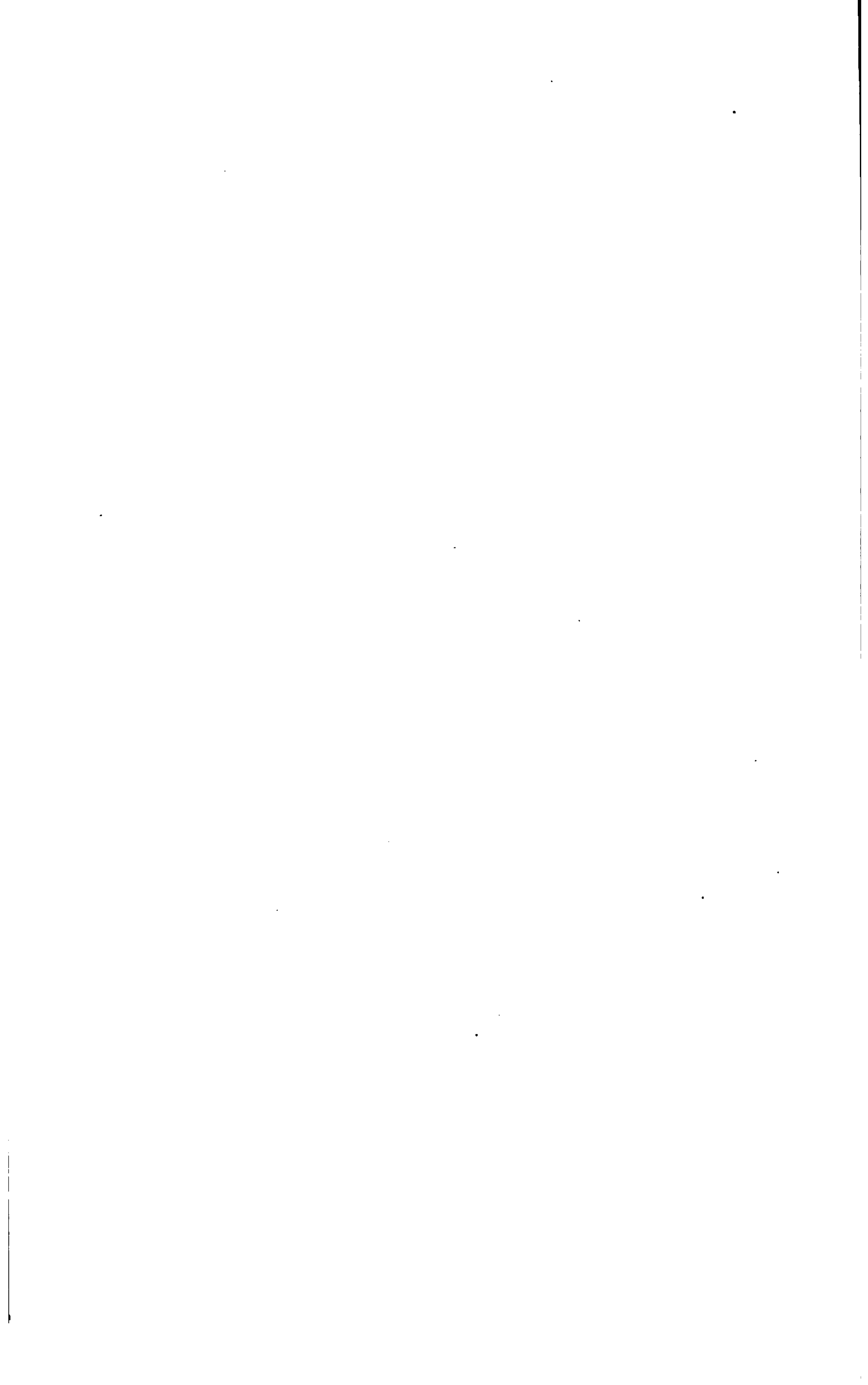
Anstatt nun an diesen Grundsätzen festzuhalten, wurde, — wie schon oben bemerkt, — die Statthalterschaft im fernen Osten, man möchte sagen, über Nacht eingesetzt, und damit trat für die russische Politik in der Mandschurei und in Korea ein radikaler Umschwung ein.

Nun entwickelte sich eine Wirtschaft der Unbesonnenheit und Verworrenheit, die einen Fehler nach dem anderen zeitigte. Aus Besobrasows Feder entsprangen die abenteuerlichsten Projekte, von Alexejew bedingungslos gut geheißen, die unbequemen Minister wurden zur Seite geschoben; wer im Amte bleiben wollte, hatte sich jeder Einmischung im fernen Osten zu enthalten und der Entwicklung tatenlos zuzusehen.

Einzig und allein der Minister des Innern, W. v. Plehwe, erklärte sich mit Besobrasow und Alexejew als solidarisch; hierin aber wurzelte die Kraft Besobrasows und Genossen, die einzige Erklärung für die rapiden Fortschritte ihrer Politik. Denn wie nicht erst gesagt zu werden braucht, gebot Plehwe zu jener Zeit über den ausschlaggebendsten, an Allmacht grenzenden Einfluß am russischen Hofe.



Stadthauptmann Gen.-Adjut. S. A. Fullon und Pope Gapon unter Arbeitern auf der Putilowfabrik in St. Petersburg.



.6.

St. Petersburg, 17./30. April 1905.

Die schwerste Sorge der geistigen Urheber und Leiter der im fernen Osten begonnenen Operationen bestand nun in der Beschaffung der Mittel zur Verwirklichung ihrer grandiosen Pläne durch Exploitation der russischen Besitztümer. Die Lösung dieses Finanzproblems wurde einer besonders eingesetzten Kommission übertragen, die ihre Tagungen sogar noch während der ersten Zeit nach Ausbruch des Krieges fortgesetzt hat.

Eine der zahlreichen, mehr minder fantastischen Ausbrütungen dieser Spezialkommission verlangte eine vollständige Reorganisation der ostchinesischen Bahn und der Russisch-Chinesischen Bank, um daraus eine unerschöpfliche Goldquelle für das spekulative Unternehmen im fernen Osten zu gestalten.

Besobrasow und sein Anhang wiegten sich in dem Glauben, das groß angelegte Unternehmen müsse dem Auslande mächtig imponieren, ja letzteres würde sich mit kapitalistischer Beihilfe geradezu herandrängen; um so mehr, da es als beschlossene Sache galt, von der chinesischen Regierung das ausschließliche Ausbeutungsrecht auf dem gesamten Bergreichtum und Waldbestande in der Mandschurei kategorisch zu fordern; dann aber russischerseits entsprechende Teilkonzession sowohl an einheimische, wie an ausländische Unternehmer abzugeben.

Für den Fall eines Widerstandes der chinesischen Regierung gegen diesen Plan erachtete Besobrasow eine Waffenandrohung als erlaubtes Mittel, um Chinas Einverständnis zur russischen Forderung zu erzwingen. Komplikationen mit den ausländischen Mächten waren auch in solchem Falle — immer nach Besobrasowscher Auffassung — nicht zu befürchten, im Gegenteil: ein entschlossenes Auftreten seitens Rußlands könne nur nach allen Seiten den besten Eindruck hervorrufen und jegliche Mißverständnisse mit einem Schlage beseitigen.

Der um die gleiche Zeit durchgeführte abermalige Einmarsch russischer Truppen in Mukden gab dieser Anschauung Besobrasows zweifellos einen gewissen offiziellen Rückhalt, denn es war dadurch der erneute Beweis geliefert, daß Rußland weit davon entfernt war, sein Versprechen wegen Abberufung der Truppen wahr zu machen; die Wiederbesetzung Mukdens verfehlte daher

auch nicht, sowohl in China wie auch in Japan einen schwer nachhaltigen Eindruck hervorzurufen.

Außerdem war Japan durch Übertragung des weiteren diplomatischen Verkehrs in der Fern-Osten-Frage auf den Statthalter Alexejew äußerst gereizt und empfand es als herausfordernde Beleidigung, daß Rußland es für unangebracht hielt, die Verhandlungen unmittelbar durch Alexejew auf dem zwischen gleichberechtigten Mächten gewohnten Wege zu führen.

Bei der prononzierten Stellung Alexejews und Besobrasows, nach welcher ein bewaffneter Zusammenstoß mit Japan ohnehin unvermeidlich und daher vorzuziehen wäre, die „kleine Expedition" mit dem unbedeutenden Japan lieber gleich als später „abzutun", ist es nicht weiter erstaunlich, daß die Verhandlungen, mit denen er betraut war, seitens Alexejews so gehandhabt wurden, daß sie zu den verhängnisvollsten Folgen für Rußland führen mußten.

Wie schon erwähnt, hatte die japanische Regierung noch im Juli 1903 neue Vorschläge zur friedfertigen Beilegung der schwebenden Fragen dem russischen Auswärtigen Amte unterbreiten lassen; Vorschläge, die mit einer einzigen Ausnahme die Zustimmung fast aller Minister gefunden hatten. Die nicht genehme Bestimmung sollte Japan das Recht zugestehen, die koreanische Eisenbahn zwecks Verbindung mit der ostchinesischen und der Schanghai-Guan-Eisenbahn bis in die südliche Mandschurei zu verlängern. Doch bestand bei der russischen Regierung kein Zweifel darüber, daß Japan entschlossen war, in diesem Punkte nachzugeben oder Mittel und Wege finden werde, um für diese Forderung eine Kompensation anzubieten.

Die Statthalterschaft zögerte und zauderte indes in ihrer Stellungnahme und suchte der von Japan verlangten positiven Antwort immer wieder auszuweichen. Nebenher bekundete Alexejew durch alle Dispositionen in seinem Amtsbereiche, daß er Japan gegenüber in keiner Hinsicht zur Nachgiebigkeit bereit war; nach St. Petersburg aber richtete er unausgesetzt und in gesteigerter Dringlichkeit die Aufforderung, die energischsten Maßnahmen in kriegsstrategischer Hinsicht unverzüglich zu ergreifen.

Nunmehr legte Kurino, der japanische Gesandte, am 13. Januar 1904 die letzten Forderungen seiner Regierung dem rus-

sischen Kabinette vor, und nachdem im Verlaufe von weiteren zehn Tagen keine Antwort seitens Rußlands in Tokio einlief, erfolgte am 24. Januar 1904 der diplomatische Bruch zwischen Rußland und Japan.

Dieser kurze historische Überblick der Verwicklungen im fernen Osten bildet ein neues überzeugendes Argument für die verhängnisvoll-bedeutsame Rolle, die gewissenloses Strebertum in Verfolgung selbstischer Zwecke unter dem „Ecran“ des Selbstherrschertums an sich zu reißen vermag; der oder die Urheber werden von der Folgenschwere ihrer Handlungen schließlich kaum gestreift, denn sie wissen in diesem kritischen Moment diesen „Ecran“ nur zu geschickt zu benutzen. Die ganze Wucht des Verhängnisses trifft das in seiner normalen Entwicklung auf unberechenbare Zeit gehemmte und unterwühlte Zarenreich.

Vielleicht ist es auch ein nutzloses Bemühen, die Schuldigen zu suchen; sind es ja ihrer so sehr, sehr viele; nicht etwa nur die letzten von Machtfülle umgebenen Hauptakteure, sondern auch das ganze Heer von kleinen und kleinsten Beamten („tschinowniki“), deren Moraldisziplin sie lehrt, den Willen ihrer Vorgesetzten und nicht den des Gesetzes in Erfüllung zu bringen. Auf die Anklagebank der Geschichte als verantwortlicher Hauptschuldiger für das schwere Unglück, von dem das Kaiserreich ereilt wurde und den es niederzuringen hat, um in ernster, harter Arbeit und mit eiserner Strenge sich wieder zu glanzvoller Höhe emporzurichten, ist — — die heutige Staatsordnung!

II.

Ein Bild über die russische Armee in Ostasien.

St. Petersburg, 6./19. Mai 1905.

Der Korrespondent einer der angesehensten russischen Zeitungen, der mehr als acht Monate im fernen Osten verbracht hat, ist dieser Tage vom Kriegsschauplatze zurückgekehrt. In persönlicher Unterhaltung, zu der sich unmittelbar nach dem Eintreffen des Berichterstatters Gelegenheit darbot, empfing ich eine Darstellung von packender Anschaulichkeit, aber auch von geradezu niederdrückender Tragik. Ich bin gewiß, daß diese Enthüllungen

für jedermann, der es mit den Interessen Rußlands gut und ernst meint, einen tiefgehenden Eindruck nicht verfehlen werden; allein man dient diesen Interessen besser, wenn man der durch einen einwandfreien Augenzeugen verbürgten Wahrheit ins Angesicht sieht, als durch Unterdrückung von Tatsachen, die eine bedeutsame Charakteristik zur Beurteilung der Mißerfolge unserer Heeresmacht bilden.

Es fällt mir überaus schwer, die Eindrücke, die ich auf dem Kriegsschauplatze erhalten habe, wahrheitsgetreu wiederzugeben — so erklärte der vom Pflichtbewußtsein und der Verantwortlichkeit seines Amtes erfüllte Gewährsmann —, doch weder kann, noch darf ich die tatsächliche Wirklichkeit verschweigen, weil das mit der Würde eines wahrhaften Patrioten, dem die Wohlfahrt seines Vaterlandes auf dem Herzen liegt, unvereinbar sein würde. Was ich gesehen, werde ich nie mehr wiedersehen, auch nie wieder hören, was sich meinen Ohren während der Ausübung meines Dienstes im fernen Osten dargeboten. Ich fühle den tiefsten Schmerz für mein Vaterland, nicht weil dieser Koloß unter den Kulturstaaten einem verhältnismäßig winzigen Gegner wie Japan nicht standhalten kann, sondern weil ich, je länger und eindringlicher meine Beobachtung währt, um so bestimmter zur Überzeugung gelangt bin, daß unser mächtiges Reich einen viel größeren und gefährlicheren Feind als Japan zu überwinden hat; dieser Feind ist unsere Bureaukratie.

Wie weit Rußland bei Anbruch des Krieges davon entfernt war, wahrhaft kriegsfertig zu sein, mögen Sie aus folgendem beurteilen: Bei meinem Eintreffen auf dem Kriegsschauplatze war Rußland bereits seit annähernd neun Monaten in den Kampf verwickelt. Selbstverständlich war ich mit einer großen Anzahl Karten der Mandschurei ausgerüstet, vorzugsweise ausländischen Ursprungs, da in Petersburg auch nicht eine einzige sachentsprechende Karte für die Mandschurei aufzutreiben war. Meine Karten leisteten nun nicht nur mir sehr viele Dienste, sondern sie wurden auch — man stelle sich das vor — von dem Generalstabe zur notwendigen Ergänzung des eigenen Kartenmaterials in Anspruch genommen.

Bei meiner Vorstellung in der Eigenschaft als Korrespondent stellte der Oberbefehlshaber Generaladjutant Kuropat-

kin folgende überraschende Frage an mich: „Nun, sind Sie zum Spionieren hieher gekommen?“ — Es erübrigt, hinzuzufügen, daß der Oberkommandierende nicht etwa gewagt hätte, in mir den Spion des Feindes zu suchen, sondern seine höchstbefremdliche Frage hatte die geheime Befürchtung gezeitigt, ich könnte von dem Tschinowniktum der Residenz in das Armee-Tschinowniktum beordert worden sein, um die Vorgänge der Kriegsarmee zum Gegenstande geheimer Berichterstattung zu machen. Den Nährboden für diesen Verdacht fand der Generalissimus in der Tatsache, daß so ziemlich kein Tag ins Land ging, ohne daß aus Petersburg ein förmlicher Sprühregen von Erlässen und Ratschlägen über den Oberbefehlshaber herniederregnete, worin von den Strategen am grünen Tisch der todsichere Sieg der russischen Waffen bis auf das Tüpfelchen über dem i herausgerechnet war, immer unter der Voraussetzung, daß die Pläne, Weisungen und Ratschläge der Armee-Bureaukratie draußen auf der Walstatt pünktlich und unweigerlich befolgt wurden.

Auf dem Kriegsschauplatz, fernab von der strafferen Kontrolle der Zentralbehörden, wo das wachsame Auge des verantwortlichen Leiters fehlt, treibt auch die Habgier eines gewissen Teils der Beamtenschaft ein zügelloses Spiel. Halten Sie es für glaubhaft, wenn ich versichere, daß japanische Agenten ihre Depeschen mehr-minder ungehindert durch Irkutsk über London nach Tokio abgeben konnten!? Auf welche Art? Die Antwort ist ziemlich einfach: In papiernen Verordnungen war über alle Telegramme, besonders über ausgehende, die strengste Zensur verhängt, so zwar, daß die Telegrafenbeamten verpflichtet waren, vor Expedition jedes Telegramm dem Zensor zur Durchsicht vorzulegen. Insoweit die kritischen Depeschen nun zugleich mit rotem Golde beschwert den pflichtgetreuen Beamten eingehändigt und zugleich die — selbstredend unantastbar wahrhafte! — Versicherung abgegeben ward, daß die übergebenen Depeschen, die in so findiger Weise chiffriert waren, daß kein Unbeteiligter den tiefen Sinn durchdringen konnte, absolut harmlosen und privaten Charakters seien, wurden diese Drahtungen unbeanstandet weiter befördert.

Die schuldigen Telegrafenbeamten waren sich gewiß nicht der Tragweite ihres vaterlandsverräterischen Treibens bewußt,

sondern handelten mit der Gedankenlosigkeit und Leichtfertigkeit, die ein tiefwurzelndes Übel des Bureaukratismus bis zur Stunde geblieben sind. Erst General Linewitsch machte diesem Treiben nach zwölfmonatlicher Dauer ein radikales Ende, indem er an einem Tage nicht weniger als 14 Telegrafenbeamte standrechtlich aufknüpfen ließ. Die Erstattung des Rapports über die geführte Untersuchung, das Todesurteil und dessen Vollziehung spielten sich an einem und demselben Tage ab. Achtundvierzig Stunden später kam ein Befehl aus Petersburg, das Urteil aufzuhalten und nicht eher zu vollziehen, bis die aus Petersburg einzuleitende Untersuchung ihren Abschluß gefunden haben würde. Der Befehl traf natürlich post factum ein. Ob die blitzartig wirkende Kriegsjustiz aus einer Vorempfindung über die Petersburger Intervention ausgelöst worden ist, mag dahingestellt bleiben.

Hören Sie weiter! Eine größere Anzahl von Polizeibeamten war aus Rußland nach der Mandschurei mit der ausdrücklichen Bestimmung abkommandiert, darüber zu wachen, daß weder Spione, noch Revolutionäre, Aufwiegler in den Reihen der Armee ihr lichtscheues Gewerbe auszuüben vermögen. Diese Maßnahme konnte gleichwohl nicht verhindern, daß in Charbin eine wohlorganisierte Bande eintraf, unter das Kriegsvolk aufrührerische Proklamationen verteilte und die Revolution propagierte. In der ganzen Armee war dieses gefährliche Treiben bekannt, nur für die Bureaukratie waren die Urheber unerreichbar; für sie galten die Japaner als unzweifelhafte Urheber sämtlicher Proklamationen und die Chinesen als ihre Verbreiter, damit betraut, sie in die Reihen unserer Truppen zu werfen.

Über die Mängel des Rekognoszierungsdienstes hat General Kuropatkin nach der Niederlage von Mukden selbst eine vernichtende Kritik geübt. Daß in Port Arthur in Büchern und Dokumenten 1200 neue Kanonen angeführt waren, die sich in Wirklichkeit als 300 alte und unter diesen wiederum 100 völlig unbrauchbare chinesische Kanonen, ohne irgend welche Geschosse entpuppten, ist in weiteren Kreisen bekannt geworden. Auch die Ausrüstung unserer Kriegsschiffe ist ja von Fachleuten ausreichend gewürdigt worden.

Es ist nur zu natürlich, daß der Mut der Truppen, wenn eine Niederlage die andere ablöst, in rapidem Sinken begriffen ist.

Auch muß zugegeben werden, daß nach dem Falle von Mukden eine vollständige Demoralisation in der Armee eingetreten ist. Ich habe selbst den Rückzug mitgemacht und war Augenzeuge gräßlicher Bilder, deren Erinnerung von erschütternder Tragik ist. Die Armee verlor nicht nur den größten Teil ihrer Mannschaften, sondern auch wichtige Pläne und Dokumente, sowie unersetzliche Kriegsvorräte blieben beim Feinde. Und was das Schlimmste ist, das dem ernsten Kenner und feinfühlenden Beobachter der russischen Armee nicht entgehen kann, wie sich derselben mehr und mehr eine, wenngleich versteckte, bewundernde Sympathie für den gutorganisierten Feind bemächtigt, und das ist fürchterlich! Die gegenwärtige Armee kann ernsthaft nichts mehr verrichten. Es muß eine neue Armee geschaffen werden, die aber auch von einem vollständig neuen — von der Bureaukratie völlig unabhängigen — Geiste beseelt ist. Dann erst kann uns der Sieg gesichert sein, dann erst wird unser gelber Feind zur Überzeugung gelangen, daß Rußland „an und für sich" unüberwindbar ist.

III.

Die letzte Seeschlacht.

St. Petersburg, 1./13. Juni 1905.

Außer den ziffermäßigen Angaben über die dem Russenvolke in der letzten Seeschlacht zugefügten ernsten Verluste, deren Umfang und Bedeutung leider nicht bezweifelt werden kann, fehlt es bis zur Stunde immerhin an näheren zusammenhängenden Mitteilungen sowohl von russischer, wie von japanischer Seite; ja nicht einmal die Totalziffer der auf beiden Seiten angerichteten Schäden steht endgültig fest. Diese kriegstechnische Beleuchtung wird ja nicht lange auf sich warten lassen. Die berufenen Beobachter der unheilvollen Vorgänge auf dem gewaltigen Kriegstheater haben inzwischen die schuldigen Berichte und Kommentierungen zweifellos fertiggestellt, kein Blatt und kein Blättchen im Zeitungswalde beider Welten wird von dem Sturmestoben, das in der Wasserstraße von Korea seinen Ausgang genommen, in den nächsten Tagen und Wochen unberührt bleiben. Doch die

Aufgabe des Chronisten ist eine viel bescheidenere als die, Kriegsgeschichte zu machen. Ich habe einfach der Wirkung nachzugehen, die die beklagenswerten Ereignisse hervorgerufen und möglicherweise auf die nächste Entwicklung der inneren politischen Verhältnisse auszuüben geeignet sind.

Geradezu bewundernswert ist der ruhige Gleichmut, der hier Platz gegriffen: wenige Stunden schon, nachdem sich die Wogen der ersten Erregung über die jüngste Heimsuchung und über den harten Rückschlag gelegt, den hochgespannte Erwartungen auf die Durchführung der von Roschdjestwensky bis dahin so schneidig gelösten Aufgabe gesetzt hatten. Der allgemeine Eindruck über das nationale Unglück ist keineswegs so erschütternd, um im öffentlichen Leben und Wandel sonderlich wahrnehmbar hervorzutreten.

Ob die Reihe der vorangegangenen Niederlagen die Empfindungen des Volkes apathisch beeinflußt, ob die emsige Arbeit der Zensur dabei ihren Anteil hat, die nicht den vollen Umfang der neuen schweren Schlappe zu offener Kunde bringt, ob die Hoffnung auf den späteren, aber schließlichen Sieg der russischen Waffen die Volksseele neu belebt; ob die Anschauung, daß jede neue Niederlage die Aussichten auf den von den Verzagten so dringlich ersehnten Frieden zur Tatsache verdichten hilft; ob wiederum andere in dem Gedanken Trost finden, daß das Mißgeschick des dritten Geschwaders eine raschere Förderung des Reformwerkes auslösen würde? Gewiß spiegelt sich in dem Gedankenkreise eines jeden, je nach politischer Reife, Parteistandpunkt und individuellem Temperament, ein Stück dieser Argumentationen wieder. Die Hauptursache für die fast heroisch erscheinende Ruhe ist aber in der Individualität des Russen, in seiner nationalen Eigenart, angeboren oder anerzogen, begründet. Der Russe ist zumeist der Urtypus des Phlegmatikers; er ist phlegmatisch bis zur Trägheit, in physischer Beziehung, wie in seiner Denktätigkeit, erfüllt von der unüberwindlichen Scheu, den Dingen ohne besonderen Zwang auf den Grund zu gehen und bis zu den äußersten Konsequenzen zu prüfen. Hand in Hand mit diesem Phlegma geht der wohlbekannte untilgbare russische Fatalismus, der in dem Nationalworte „Avos" („'s wird schon gehen") seinen prägnantesten Ausdruck findet. Für dieses „Avos"

hat Rußland schon ein ganz enormes Lehrgeld bezahlt. Dieses „Avos" hat eine Zersetzung der Fundamentalstützen gezeitigt, die das mächtige Zarenreich auch in dem Kampfe mit dem kleinen Japan, mindestens in den Augen der Gegner, als ein „Koloß auf tönernen Füßen" erscheinen läßt. Denkträgheit und Fatalismus der Nation wurden aber von jeher von den „Starken auf dieser Welt" für egoistische Ziele weidlich ausgenützt, um jede Initiative auf dem Gebiete der Staatsordnung zu unterdrücken, die Unantastbarkeit der Selbstherrschaft dem Volke zu predigen und dieses völlig unter den Bann der Bureaukratie zu bringen. Der Russe durfte nur antworten, aber nicht fragen; nur geben, aber nicht nehmen. Was soll er nun beweinen, was verteidigen? Ideale, die er nie besessen, die ihm nie gehört? Etwa das Prestige der russischen Macht? Doch ihm ist von jeher eingeimpft worden: die Macht ist in der Selbstherrschaft verkörpert! Der „Muschik" (Bauer) vereinigt alle seine Hoffnungen in der Selbstherrschaft; er nennt den Japaner einen „Teufel", Japan „die schwarze Kraft"; dagegen ist nichts zu machen. Man betet für den Selbstherrscher, weiteres hat man den Muschik nicht gelehrt. Die Intelligenz jedoch ist von der Notwendigkeit einer Volksvertretung erfüllt und erwartet von ihr Heil und Rettung. Doch täuscht sich aufs gründlichste, wer an eine radikale Änderung oder Besserung der Verhältnisse von heute auf morgen ohne ernste Selbstzucht, ohne Überwindung des Übergewichtes der negativen Qualitäten des russischen Nationalcharakters glaubt.

IV.
Der Belagerungszustand in Polen.

Warschau, 12./25. Juni 1905.

Das stolze Schloß an der Weichsel, in dem einst die Könige von Polen, die Sigismunde und Wladislaws, ein Johann Sobieski und Stanislaus Poniatowski gethront und auch allerlei kostbare Schätze an Skulpturen, Bildwerken wie den prachtvollsten Einrichtungsstücken aus der Blütezeit des Kunstgewerbes früherer, besonders der XV. und XVI. Jahrhunderte, zusammengetragen, dient heute als Gouvernementsgebäude, zum Teil als Kasernement,

in den mächtigen und prächtigen Haupträumen jedoch zur Wohnung und Repräsentation für den Generalgouverneur.

Nur kurze drei Monate sind es her, seitdem der jetzige Inhaber dieser hohen Machtstellung, Generaladjutant v. Maximowitsch, bei welchem gütige Einführung von hoher Stelle mir freundliche Aufnahme gesichert, im polnischen Königsschlosse residiert. Der Weg des im Dienste des Vaterlandes ergrauten Generals war in dieser knappen Spanne Zeit nicht gerade mit Rosen bestreut. In der Seestraße von Korea sank mit dem Kriegsfahrzeug „Swetlana“ der einzige Sohn der sorgsamen Lebensgefährtin des Generalgouverneurs aus deren erster Ehe, als Opfer des unglücklichen Ringens im fernen Osten, in die Tiefe. Mit knapper Not und nur dank dem sichtbaren Eingreifen der Vorsehung blieb das Leben Maximowitschs von dem ihm zugedachten Attentat verschont; denn nur das Auftreten eines akuten Leidens hielt den Generalgouverneur um eine Viertelstunde von dem sicheren Todesausgange zurück. Dazu kamen die aller Welt bekannten Revolten, die Warschau viele Tage hindurch zum Schauplatze wüster Verheerungen, der Entfesselung zügellosester Leidenschaften und zu blutigen Straßenkämpfen umwandelten. Bringt man auch einen beträchtlichen Teil von den Berichten über die Geschehnisse auf Rechnung von Übertreibung und Sensationsbedürfnis in Abzug, so bleibt immerhin an Tatsächlichem genug übrig.

Die äußeren Kundgebungen der aufgewühlten Volksleidenschaft sind für den Moment zwar unterdrückt, nicht aber ihre tiefgreifenden Wirkungen auf das öffentliche Leben, auf Handel und Wandel. Zudem gibt sich hier auch kein Denkender der Täuschung hin, daß trotz des Rückganges der Symptome die gewaltigen Aktionen uneingeschränkt fortbestehen, ungestüm sich weiter entwickeln und jeden Moment wieder an die Oberfläche treten können. Es gährt unter der anscheinend ruhigen Oberfläche weiter und kein Tag vergeht, an dem nicht eruptive Kundgebungen des unaufhörlichen Arbeitens unheimlicher Kräfte aus der Tiefe empordringen.

Vorgestern wird ein angesehener Fabrikant auf offener Straße am helllichten Tage von einer Arbeiterrotte niedergemetzelt, ohne daß der oder die Übeltäter ermittelt werden können; gestern ge-

langen in der ganzen Stadt revolutionäre Proklamationen zur Verteilung, ohne nachweisbare Möglichkeit des Ursprungs, der Herstellung, der Zusendung; heute findet dieser oder jener Exekutivbeamte sein Todesurteil unter dem Suppenteller. Ich habe ein solches Papier in Händen gehabt, das weder durch Aussehen, noch durch den mit Maschinenschrift hergestellten Inhalt irgend ein Merkmal zur Auffindung des mit dreifachem „P. P. P." („Parti Polonais Prolétaire") unterzeichneten Absenders führen könnte. Kein Wunder daher, wenn die wohlhabenden Familien nicht nur infolge des heranbrechenden Sommers die Stadt scharenweise verlassen, wo nicht gar auswandern, in Industrie und Handel hier Stillstand, dort erheblicher Rückschritt Platz gegriffen haben. Wenn aber haltlose Kombinationen, vielleicht auch erfinderische Wünsche die beabsichtigte Demission des Generalgouverneurs Maximowitsch hartnäckig behaupten, so bin ich auf Grund kategorischer Erklärung des Genannten ermächtigt, diese Ausstreuungen zu widerlegen: „Ich bin Soldat," — so die eigenen Worte des Generaladjutanten — „durch das Vertrauen Sr. Majestät auf diesen Posten gestellt, von dem auch nur der Befehl des Kaisers mich abberufen kann. Solange der kaiserliche Wille mich hier beläßt, kann von einer Demission von meiner Seite gar keine Rede sein."

Im weiteren Verlaufe der Unterredung, die der gewinnend liebenswürdige General — eine selten frische, kräftige soldatische Erscheinung in der Mitte der Fünfziger — in tadellosem Deutsch mit mir führte, ließ er sich über die Fragen, deren Studium mich hieher geführt, völlig zwanglos und unbefangen aus; allerdings unter Hervorhebung des Umstandes, daß er bei der Kürze seiner hiesigen Amtsdauer in die historische Entwicklung der politischen und sozialen Probleme, die die von ihm bereits vorgefundenen Zustände gezeitigt, selber noch nicht tief und erschöpfend eingedrungen sei, um ein abgeschlossenes Urteil abzugeben.

Vier nebeneinander herlaufende, in verschiedenen Nuancen sozialistisch-revolutionär gefärbte Bewegungen beherrschten und beherrschen die öffentliche Stimmung des vormaligen Königreichs Polen:

a) die „P. S. D." (Parti Social Démocratique), die sociale Arbeiterbewegung;

b) die jüdische Organisation, genannt „Der Bund";
c) die politisch-sozialen Bestrebungen der „P. P. S." (Parti Polonais Social);
d) die „P. P. P." (Parti Polonais Prolétaire).

Alle vier Gruppen sind miteinander liiert und stützen sich gegenseitig in ihren innerlich verwandten Bestrebungen. Unzufriedenheit mit dem Bestehenden ist der gemeinsame Nährboden für Keimung und Entwicklung aller dieser Bewegungen; gemeinsam ist ihnen auch die antirussische und antiimperialistische Gesinnung; gemeinsam endlich der terroristische Charakter.

Die Vorbedingungen für die Aufnahme der Aussaat haben sich zunächst bei dem russisch-polnischen Bauernstande als — mindestens vorübergehend — außerordentlich günstig erwiesen; geschaffen durch seine wahrhaft erbarmenswerte Notlage. Der russische „freie" Bauer ist — von wenigen glücklichen Ausnahmen abgesehen — kaum besser, ja durch die ihm aufgebürdete Sorgenlast mitunter schlechter gestellt, als der frühere Leibeigene; wenigstens in seiner materiellen Abhängigkeit vom Großgrundbesitzer, der in dem Bauer keinen gleichberechtigten wirtschaftlichen Faktor, sondern eben nur den Knecht erkennt, dessen Kräfte er gegen eine lächerlich geringe Entschädigung aufs äußerste anspannen dürfe. Auch der nicht in unmittelbarem Dienstverhältnis stehende russische Kleinbauer ist vielfach ärmer denn ein Bettler, gleich diesem auf Almosen angewiesen, denn er hat nichts, gar nichts in des Wortes nacktester Bedeutung, was er in Wirklichkeit als sein verfügbares Eigentum ansehen darf. Nicht den Boden, auf dem er baut, denn den soll er erst ablösen, wenn er dereinst kann — dahinter ist eine ganze Anzahl Fragezeichen hinzuzudenken gestattet —. kein Geld, denn der kümmerliche Erlös ist durch Abgaben und Schulden aufgezehrt, bevor der Bauer ihn zu sehen bekommt; nur die sprichwörtliche Anspruchslosigkeit des russischen Bauern ermöglicht seine trostlose Existenz. Dabei ist der polnische Bauer noch verhältnismäßig viel günstiger situiert als der eigentliche altrussische Bauer. Zur Abhilfe von drückender Notlage sind nun mindestens die ersten, ernsten Schritte geschehen. Unter dem Eindrucke der bedrohlichen Haltung der von professionellen Agitatoren aufge-

stachelten Bauern und unter der nachdrücklichen Einwirkung der Regierungsfaktoren haben sich die Großgrundbesitzer nach Möglichkeit zur Nachgiebigkeit bereit gefunden; die billigen Ansprüche der bescheidenen Landleute wurden im großen und ganzen bewilligt, der Arbeitslohn erhöht, die Daseinsbedingungen verbessert und eine gerechtere Regelung der Verhältnisse zwischen Leistung und Gegenleistung für die Zukunft in Aussicht gestellt.

Damit war der Bauernaufstand in den meistbedrohten Gouvernements Lublin, Sedlicze und Warschau einstweilen zur Ruhe gebracht, ohne daß es den fremden Schürern gelungen wäre, eine nachhaltigere revolutionäre Bewegung hervorzurufen. Hier hat die internationale Propaganda keine Triumphe feiern können, höchstens das von ihnen ungewollte, vom sozialen und humanen Standpunkte erfreuliche Resultat gezeitigt, daß die Lage des Bauern, mindestens in den genannten Gouvernements Polens, wesentlich erträglicher gestaltet worden ist. Um so tiefere Wurzel hat die sozialistische Irrlehre bei den Arbeitern und bei einem großen Teile der anderen Ständen angehörenden jugendlichen Bevölkerung Polens gefaßt, wie die blutigen Exzesse, namentlich in Lodz und Warschau, gezeigt.

Straffe Organisation, eiserne Disziplin und mustergültige Solidarität kennzeichnen die sozialistischen Gruppen, mögen diese nun, wie die „P. S. D." und der „Bund" internationalen Charakters, oder wie die „P. P. S." und „P. P. P." in der polnischen Propaganda ihren Ursprung haben. Die Führer beider Kategorien befinden sich in ruhiger Sicherheit im Auslande, die polnischen „Granden" in Krakau oder Lemberg, die Heerführer der „P. S. D." in Berlin oder Paris, die Häupter des „Bund" in Paris. Doch hat jede Gruppe ihr Exekutionskomitee im Lande, dessen Anordnungen und Befehlen ihre respektiven Zugehörigen unweigerlichen blinden Gehorsam leisten.

Über die Bedeutung dieser Organisationen wird man sich erst an der Hand einiger ziffermäßigen Nachweisungen klar. Lodz allein beherbergt 100000 Arbeiter. Die Fabrik des deutschen Großindustriellen Scheibler zählt annähernd 10000 Arbeiter; die Fabriksanlagen mit Wohngebäuden usw. nehmen einen territorialen Umfang von einer mäßig großen Vorstadt ein. Man wird hienach verstehen, daß sich sowohl das Polizeiaufgebot, wie der

zunächst verfügbare militärische Sukkurs als unzureichend erwiesen, den Widerstand der Arbeiterbataillone zu brechen, als dieselben auf Grund „Komiteebefehls“ die Direktoren und sämtliche Oberbeamten in ihrer eigenen Fabrik einsperrten und bis zur Erreichung völliger Gefügigkeit gefangen hielten. Nicht minder ohnmächtig erweist sich das Einschreiten der staatlichen Organe gegenüber der geheimen Vehme der über eine Armee von Hunderttausenden gebietenden, geeinten revolutionären Organisationen, die aus genau ebenso vielen, bis zur Selbstvernichtung bereiten Urteilsvollstreckern bestehen.

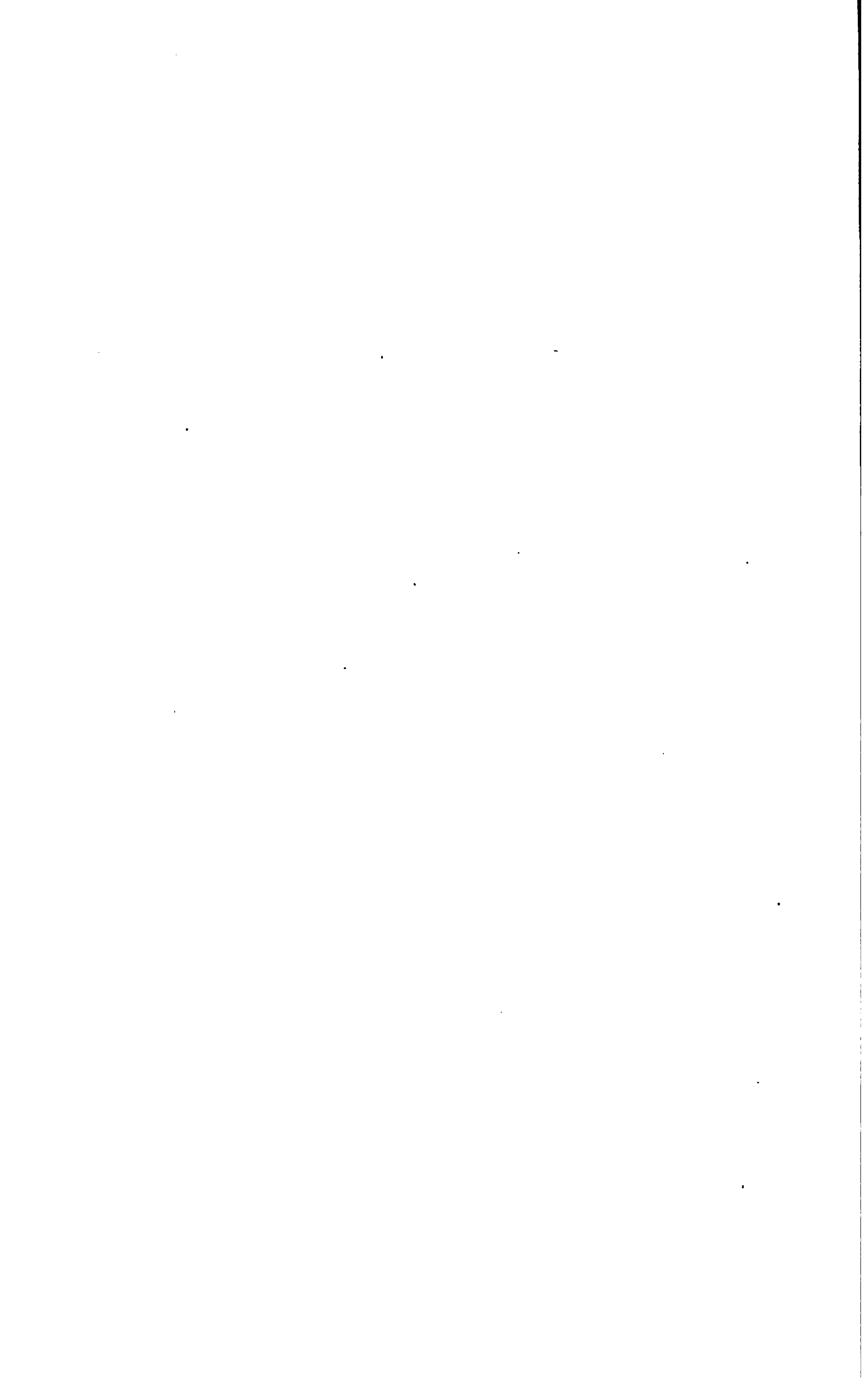
Nur wenige aus zahlreichen mir zur Verfügung gestellten Beispielen: Ein kleiner Industrieller beschäftigt 20 Arbeiter, mit denen er recht und schlecht seinen bescheidenen Betrieb aufrechthält. Der Fabrikant bekommt nun von dem Exekutivkomitee der „P. P. P.“ die Aufforderung, innerhalb Wochenfrist 40 Arbeiter an Stelle der bisherigen 20 einzustellen mit Todesdrohung im Falle der Weigerung. Der Fabrikant hat weder Raum, noch Arbeit, auch kein Geld zur Einstellung weiterer Arbeiter und fällt am achten Tage von Mörderhand. Der vorgestern, wie oben erwähnt, auf offener Straße ermordete Fabrikant ist nicht aus eigener Schuld oder darum, was die Anarchisten als Schuld ansehen, hingeschlachtet worden, sondern als Stellvertreter seines ins Ausland geflüchteten Sohnes, nachdem das Komitee den Vater vergeblich aufgefordert hatte, bis zu einem bestimmten Tage für die Rückkehr des Sohnes zu sorgen.

Nach der Berichterstattung hiesiger Korrespondenten an die Auslandspresse habe die Warschauer Polizei in den Tagen der jüngsten Exzesse völlig versagt, sich tagelang versteckt und den Zugehörigen des „Bund“ und der „P. S. D.“ ihr Werk der Zerstörung, gewalttätiger Mißhandlungen und Tötungen unbekümmert gestattet. Ein Wahrheitskern dieser natürlich übertriebenen Meldungen ist als richtig zuzugeben. Das Versagen der Polizeimacht ist aber erst eingetreten, nachdem bei drei in rascher Aufeinanderfolge ausgeführten Bombenattentaten und Massenemeuten der Polizeichef Baron Nolken schwer verwundet und über 50 Polizeiorgane teils getötet, teils lebensgefährlich verletzt worden waren.

Die Zugehörigkeit zur Geheimpolizei genügt, um das Todes-



Graf S. Witte. Baron Rosen. Plancon.



urteil seitens der Revolutionäre in dem gleichen Momente auszulösen, wo die Eigenschaft als Angestellter der Geheimpolizei den Exekutivkomitees bekannt wird. Erst der kurze und bündige Erlaß des Generalgouverneurs, womit er über die Städte Warschau und Lodz den Belagerungszustand verhängte und den Sicherheitsdienst den Truppen übertrug, stellte mit einem Schlage die äußere Ruhe in den beiden Städten wieder her. Freilich befinden sich auch heute noch in Lodz 18000 Arbeiter im Ausstande und für morgen wird der erneute Ausbruch eines allgemeinen Streiks auf der Wien-Warschauer Strecke erwartet. Diese im letzten Jahre von den Streikbewegungen besonders stark heimgesuchte, sonst mit zehn und zwölf Prozent Überschuß arbeitende Bahn wird diesmal ihren Aktionären kaum eine Dividende auszuschütten in der Lage sein.

Neben der Gemeinsamkeit der Kampfeszwecke der alliierten vier sozialistischen Parteien hat natürlich jede für sich ihr besonderes Programm, dementsprechend auch das Maß radikal-terroristischer Tendenz mehr oder minder stark nuanciert in die Erscheinung tritt. Die „P. P. S." verfolgt, wenngleich nur als fernes Endziel, die Loslösung von Rußland auf sozialistisch-republikanischer Grundlage. Einstweilen richtet sich die Propaganda auf Erreichung der Selbstverwaltung, Einsetzung eines polnischen Landtages, Einführung der Nationalsprache in Amt und Schule. Die „P. P. P." hat grundlegend das gleiche nationale Programm, operiert jedoch mit weitaus radikaleren, anarchistisch durchsetzten Maßnahmen. Die „P. P. S." ist eine Schöpfung der internationalen Arbeiterpartei mit dem bekannten sozialdemokratischen Programm und frei von jeden polnischen Velleitäten; dafür aber von terroristisch-revolutionärem Geiste beseelt. Der gleichfalls internationalem Boden entsprossene „Bund" verlangt die politische und soziale Gleichstellung der Juden als oberstes Postulat. Aufstachelung der Massen erscheint ihm als letztes geeignetes Kampfesmittel.

Außer mit diesen vier sozialistischen Parteigruppierungen hat die russische Regierung noch mit der starken und mächtigen großpolnischen nationaldemokratischen Partei, der „P. P. N." zu rechnen, die ganz offenkundig die Loslösung von Rußland, Herstellung der Autonomie mit Wiederaufrichtung des Königreichs

Polen aufs Panier geschrieben hat. Allen diesen antirussischen und antigouvernementalen Unterströmungen kommt der unheilvolle Krieg im fernen Osten ganz außerordentlich gut zustatten; jedes neue Unglück, das sich an Rußlands Waffen heftet, wird von den Führern im In- und Auslande gründlichst ausgebeutet. Ein hoher russischer Offizier, der seit 25 Jahren einem militärpolitischen Amte vorsteht, gab mir die Versicherung ab, daß zu keiner Zeit innerhalb seiner langjährigen Beobachtung der Landesverhältnisse eine auch nur annähernd gleich starke Desorganisation des vierten Standes, eine ähnliche permanente Überschwemmung mit revolutionären Proklamationen und Anhäufungen von gefahrdrohenden Evolutionen, keine Periode, in welcher, wie jetzt, kein Tag vergeht, ohne neues Aufflackern der durchwühlten Leidenschaften und Gegensätze durch Mord- und Gewalttaten, beobachtet worden ist.

Mit der Besiegelung des Friedens wird auch eine Beschwichtigung der aufgepeitschten Volksleidenschaften in Stadt und Land zu erreichen sein. Gründliche Besserung, Schaffung normaler politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse, Wiederkehr ruhiger, wirtschaftlicher Entwicklung erhofft niemand vom Aufhören des ostasiatischen Krieges; die Lösung dieser Aufgaben erfordert die umsichtige, ernste Arbeit vieler Jahre und das opferbereite Zusammenwirken aller Faktoren. Aber mit dem von weiten Kreisen ersehnten Friedensschluß wird das Gefühl größerer Sicherheit im öffentlichen Leben zurückkehren und auch die Möglichkeit zur Einsetzung systematischer Reformtätigkeit gefunden sein.

An gutem Willen, mit liebevollem und verständnisreichem Eingehen die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung zu fördern, fehlt es dem Generalgouverneur v. Maximowitsch, der übrigens gestern seine Residenz vom Warschauer Königsschlosse nach der befestigten Ortschaft Zegrze, ungefähr 25 Werst von Warschau, in eine herrliche, früher dem Prinzen Radziwill gehörende ländliche Besitzung, verlegt hat, gewiß nicht. Gibt es doch nur eine Stimme der Anerkennung bei Freund und Gegner — persönliche Feinde hat er kaum — über die von hilfsbereitem Wohlwollen und freundlicher Humanität erfüllte Persönlichkeit des gegenwärtigen Generalgouverneurs. Bis zur äußersten Anspannung seiner

Kräfte und seiner Machtbefugnisse tritt er für Hebung der Wohlfahrt, für Versöhnung der Gegensätze, für friedfertige kulturelle Entwicklung in den seiner Leitung anvertrauten Gebieten ein.

V.

Die Mission Wittes.

St. Petersburg, 3./16. Juli 1905.

Die amtlich vollzogene Ernennung des Präsidenten des Ministerkomitees S. v. Witte zum ersten Bevollmächtigten der in Washington bevorstehenden Friedensverhandlungen hat den Staatsmann, der als erstes Opfer einer von ihm mißbilligten Kriegspolitik aus dem aktiven Staatsdienste verdrängt und der in einer wesentlich dekorativen Stellung den Verderbensgang seines Vaterlandes in machtloser Untätigkeit beobachten mußte, mit einem Zauberschlage in den Vordergrund der Ereignisse gestellt.

Gestern noch ein bei seinem kaiserlichen Herrn in Ungnade gefallener Diener, in den Augen seiner politischen Gegner ein abgetaner, überlebter, müder Mann, an verblichenem Ruhme einstiger Größe zehrend mit der sicheren Aussicht, Popularität und Dankbarkeit seines früheren Anhanges in raschlebigstem Tempo einzubüßen, wird Witte heute als bedeutsamster Mann Rußlands, als Retter des Vaterlandes umjubelt.

Nicht ohne weiteres hat Witte das unerfreuliche Mandat übernommen, die vielverschlungenen Knoten zu entwirren, die andere gegen seinen Rat und Willen geflochten und die seinen eigenen staatsmännischen Gang vorzeitig unterbunden. Aber die Not seines Landes und die unmittelbare Bitte seines Kaisers waren stärkere Argumente, als Erwägungen der ihm zugefügten Unbill.

Wie telepraphische Berichte aus allen Plätzen der Welt die Kunde hieher getragen, daß das feinfühlige Barometer der öffentlichen Meinung, der Börsenkurs, auf die Betrauung Wittes mit der Führung der Verhandlungen sofort mit „fest" auf gesteigerte Friedenschancen reagiert hat, so konnte die gleiche prompte Wirkung auch durch erfreulichen Aufschwung der russischen Werte an der Petersburger Börse zugleich mit dem ausgezeichneten Eindruck, den diese Ernennung in allen hiesigen führenden poli-

tischen Kreisen hervorgerufen, übereinstimmend konstatiert werden. Freilich darf der Optimismus sich nicht zur Auffassung versteigen, in der Mission Wittes einen schlüssigen Beweis für Herstellung des Friedens zu erkennen, doch soll bedingungslos zugegeben werden, daß die Friedensaussichten damit erheblich gestiegen sind.

In welchem Maße Witte seinen ganzen Einfluß derzeit eingesetzt, die kriegerische Verwicklung mit Japan zu vermeiden, wie intensiv er auch nach Ausbruch des Krieges den Friedensgedanken zur Geltung zu bringen bemüht geblieben ist, das ist in den Eingangsartikeln auf Grund urkundlicher Nachweise ausreichend dargetan. In klarer Erfassung der Schwächen und Mängel in den Vorbereitungen zur Kriegführung hat der weitblickende Staatsmann das Unterliegen Rußlands in dem Zweikampfe mit Japan wiederholt vorausgesagt und ebenso oft nachher die Notwendigkeit ausgesprochen, das Unabänderliche der verlorenen Schlachten einzusehen und einen Ausweg aus der mißlichen Situation durch Herbeiführung des Friedensschlusses zu suchen, bevor der Fuß des Feindes russisches Territorium berührt.

Heute ist Sachalin in den Händen Japans, das zweifellos mit unaufhaltsamer Gewalt auf Wladiwostok vorrückt. Es ist nun an Japan, die Friedensbedingungen zu diktieren; um so unwahrscheinlicher werden diese Bedingungen in den Augen der Russen als „annehmbare" gelten.

Die Ernennung Wittes nach unmittelbarer Besetzung Sachalins ist nicht ohne Bedeutung. Unterliegt es auch keinem Zweifel, daß mit der Besetzung Sachalins durch die Japaner die Aussichten auf erfolgreiche Abwicklung der Washingtoner Verhandlungen in hiesigen diplomatischen Kreisen gering bewertet würden, nachdem Rußland seinen Entschluß, auch keinen Fußbreit russischen Territoriums den Japanern abzutreten, feierlichst bekundet hat, so wird man auch nach Ernennung Wittes die Friedensmission mit äußerster Vorsicht zu beurteilen haben. Steht Witte auch an der Spitze der Friedenspartei und ist er auch fraglos von dem Wunsche beseelt, den Frieden für sein Land herzustellen, so heißt das noch lange nicht die Bereitwilligkeit zur Entgegennahme von Bedingungen, die Rußland in eine unwürdige Lage versetzen würden.

Des Russenkaisers Appell an diesen Staatsmann in der Stunde der höchsten Gefahr und sein eigenes durchdringendes Verständnis für das Wohl seines Landes erlegen dem auch bei der feindlichen Kriegsmacht hochangesehenen Vermittler die schwerstwiegenden Verpflichtungen auf. Er ist sich bewußt, daß ganz Rußland heute in seiner Hand liegt; er allein wird die Verantwortung für die Resultate der Verhandlungen tragen, und zwar er ganz allein, denn er ist vollkommen selbständig und von keinem Ressort beeinflußt oder abhängig; auch nicht vom Auswärtigen Amt, mit dessen Instruktionen der zuerst mit der Missionsleitung betraute Botschafter in Rom, frühere Justizminister Murawieff, immerhin zu rechnen gehabt hätte; Witte wird ausschließlich mit dem Zar in direktem Verkehr bleiben.

Wittes Berufung beweist deutlich, daß gewisse wohlbekannte Kreise innerhalb der russischen Regierung in der Mandschureifrage vor Witte endgültig die Segel streichen mußten.

Welchen Weg Witte Rußland weisen wird — ob Krieg oder Frieden —, die Anerkennung wird selbst der widerstrebendste Gegner des von ihm gezeitigten Resultats nicht versagen dürfen, daß die Entscheidung unmöglich in bessere, geschicktere Hände gelegt werden konnte! Und darin liegt die dem Zarenreiche im Augenblicke nottuendste und wohltuendste Beruhigung.

VI.
Witte.

Petersburg, 5./18. Juli 1905.

In kurzer Aufeinanderfolge war ich zweimal mit Einladungen von Herrn v. Witte beehrt worden. Das erste Mal Ende Mai l. J., als die Auslandpresse ein vages Gerücht über die augenblicklich bevorstehende oder gar schon erfolgte Demission Wittes in seiner Eigenschaft als Präsident des Ministerkomitees zur Tatsache verdichtete, richtiger gesprochen „erdichtete". Damals saß ich in dem hohen, geräumigen Arbeitszimmer der vornehmen, in blendendem Weiß gehaltenen Villa am Kamenostrowsky-Prospekt einem von bitterer Verstimmung ersichtlich erfüllten, anscheinend vor-

zeitig gealterten Manne gegenüber, der erst allgemach in zunehmend entfachtem Temperament zu intensiver Durchringung des behandelten Themas gelangte. Da erst gewann die hohe, mächtige Gestalt, wie vom frisch pulsierenden Lebensstrom erfüllt, die volle Spannkraft zurück, die bis dahin leise, trockene, ruckweise Sprache erhob sich zu kraftvoller Höhe und gab den bedeutsamen, rückhaltlos offenen Worten besonders wirksame Prägung, während die ausdrucksvollen Augen unverändert das Auge des Gegenübers fragend und prüfend maßen.

Es ist nicht meine Sache, den Inhalt der Unterredung, die der Staatsmann, der heute im Mittelpunkte des Weltinteresses steht, mir im vollen Vertrauen auf Loyalität gewährte, in der landläufigen Art des professionellen Interviewers in phonographischer Treue oder zuweilen auch in der aus üppiger Phantasie geschöpften Ausschmückung zu reproduzieren.

Auffassung, Urteil und Stellungnahme Wittes zur kriegerischen Verwickelung mit Japan habe ich unter Benutzung authentischen Materials in der einleitenden Artikelserie dargetan.

Das Essentielle aus dieser ersten eingehenden Unterhandlung soll indes zur Auffrischung des Gedächtnisses meines verehrlichen Leserkreises und, soweit das vor wenigen Wochen Gesprochene auch heute aktuelles Interesse beansprucht, hier wiedergegeben sein. Nicht in den Worten des Ministers, das sei besonders betont, wohl aber nach den zuverlässigen Eindrücken, die ich persönlich gewonnen, gleichwie nach den Wahrnehmungen und Beobachtungen, die ich im Verkehr mit anderen Staatsmännern erlangt und die mein aus dem Verkehr mit Minister Witte gewonnenes Urteil zum Teile bestätigten, zum anderen Teile vervollständigten.

Einige Äußerlichkeiten mögen des guten Herkommens willen und um die Wißbegierde auch der hochgebietenden Frauenwelt zu befriedigen, hier ihren Platz finden.

Witte ist ein Ordnungsfanatiker; sein Lebenszuschnitt spielt sich mit der Regelmäßigkeit des vielberufenen Uhrwerkes ab; blitzblank, weiß und sauber, gleich einer holländischen Musterstube, ist auch das Interieur des Hauses; auf dem riesigen Schreibtische stört kein unnützes Blättchen Papier die mustergültige Ordnung. Wie jeder Petersburger, so hat auch Minister Witte mit seiner Gemahlin — er ist seit fünfzehn Jahren verheiratet und

kinderlos — den Wintersitz mit Anbruch der „weißen Nächte“ gegen die rosenumrankte, herrlich gelegene „Datsche“ auf der Jelagin-Insel vertauscht. Die siebente Morgenstunde findet den Minister bereits am Arbeitstische, den er vor 11 Uhr vormittags und bis zur Durcharbeitung aller Eingänge nicht verläßt. Dann folgt ein Spazierritt, zumeist nach dem freundlichen, der gräflich Steenbockschen Familie gehörenden Datschenorte Lachta, bis ungefähr 1 Uhr, wobei eine Strecke bis auf 30 Werst durchritten wird. Um 1 Uhr wird das Frühstück eingenommen; hieran schließt sich von 2 bis 4 Uhr die Empfangszeit, die entweder im eigenen Hause oder an Sitzungstagen im Palais des Ministerkomitees abgehalten wird, wohin sich dessen Vorsitzender in einer Automobilkalesche zu begeben pflegt. Von 4 bis 7 Uhr macht er seine Besuchs- oder Spazierfahrten, woran sich um 7 Uhr das Diner anschließt. Herr v. Witte steht im 57. Lebensjahre, sieht aber erheblich älter aus.

Mein zweiter Besuch führte mich erst kürzlich ins Ministerhaus, da bereits vorübergehende kaiserliche Ungnade der Erkenntnis von der Unentbehrlichkeit der Mitarbeit des angefeindetsten unter den lebenden russischen Staatsmännern Platz gemacht und die bis dahin weit auseinandergehenden Anschauungen in der Kriegsfrage und der im Moment notwendigsten Entscheidung sich harmonisch geeint.

Die Stellung als Präsident des Ministerkomitees in Rußland ist eine ganz andere, als die des Ministerpräsidenten in konstitutionellen Staaten. Das Ministerkomitee ist eine Institution, um bestimmte administrative Fragen zu beraten; in dieser Körperschaft führt Witte den Vorsitz, aber mit der Regierungsgewalt hat Witte nicht das Mindeste zu tun. Selbst auf den politischen Kurs seines Lebens vermag er nicht durch seine amtliche Stellung, sondern nur durch das Gewicht seiner persönlichen Verbindungen indirekten Einfluß auszuüben.

Die vormals am russischen Hofe beglaubigten Geschäftsträger des Deutschen und des Großbritannischen Reiches, Fürst Radolin und Mr. D'Connor, sind vermöge ihres vertrauten Verkehrs mit Witte klassische Zeugen dafür, daß dieser von jeher gegen den Krieg mit Japan, gegen eine aggressive Politik im fernen Osten, gegen eine schroffe offensive Behandlung der chinesischen Frage

war, wie er nicht nur vor Ausbruch der jetzigen Wirren, sondern schon im Jahre 1898 die Wegnahme von Port Arthur als ein schweres Unglück, das zur Aufreibung von ganz Rußland führen würde, vorerkannt und vorausgesagt hat. Nachdem Witte alles aufgewendet, um den Krieg mit Japan zu vermeiden, aber mit seinen Anschauungen unter keinen Umständen durchdringen konnte, trat er von der Leitung des Finanzministeriums und von der Führung der Staatsgeschäfte gänzlich zurück; gleichwohl blieb er aber unablässig bemüht, die Gesamtheit seiner politischen Erfahrungen und die Geltung seines politischen Ansehens für die Beendigung des von ihm nie gewollten und als schwerstes Unglück für sein Land angesehenen Krieges so bald als irgend tunlich und unter glimpflichen Bedingungen für Rußland zu beendigen.

Der Gegensatz der Anschauungen zwischen dem Kaiser und Witte war aus diesem Grunde während des ganzen Kriegsverlaufes und bis zu den allerletzten Wochen ein so tiefgehender, daß die Begegnung zwischen beiden immer seltener wurde. Mußte Witte gleichwohl notgedrungen beim Zar erscheinen, so waren die Eröffnungen des Staatsmannes für seinen kaiserlichen Herrn so empfindlich und unangenehm, daß die Entfremdung nur noch zunahm und die persönlichen Berührungen noch seltener stattfanden. Gleichwohl war der Zar nie zu bewegen, die von Witte wiederholt angebotene und erbetene Niederlegung des letzten Schattenamtes anzunehmen, denn der Kaiser wollte nicht, daß Witte frei sei, so sehr dieser die Freiheit angestrebt. Über die Entwickelung der inneren Zustände bis zu den Erscheinungen der Letztzeit, Bauernunruhen, Meutereien, Arbeiterausständen und Revolten denkt Herr v. Witte ebenso ernst wie er umgekehrt die geplanten Reformen in ihren praktischen Wirkungen nicht höher veranschlagt, wie vergleichsweise den Wert einer Dosis Natron muriaticum als Heilmittel für einen Schwerkranken; die Reformen kämen fünf bis zehn Jahre zu spät.

Über die Begleitumstände vor und bei Annahme der gegenwärtigen verantwortungsreichen Mission als oberster Friedensvermittler Rußlands habe ich bereits in meinem letzten Briefe berichtet. Herr v. Witte will vom Moment des Betretens des amerikanischen Bodens ein streng geordnetes detailliertes Tagebuch führen und eine getreue Kopie davon täglich an den Kaiser übermitteln.

Herr v. Witte beherrscht das englische Idiom nur mangelhaft, wie er auch das Deutsche zu sprechen vermeidet. Er hat deshalb außer den ihm sonst beigegebenen Bevollmächtigten und Beamten persönlich den ihm sympathischen, jüngeren Diplomaten, den Abteilungschef im Auswärtigen Amte, Korostowetz, ausgesucht und zu seinem unmittelbaren Begleiter bestimmt; natürlich ist der Genannte des Englischen in vollendetem Maße mächtig. Abgelehnt hat Witte die Mitnahme eines offiziellen Repräsentanten der Presse, dafür aber die Herstellung des Korrespondenzdienstes zwischen Washington und der „Petersburger Telegraphen-Agentur" durch einen der amtlichen Vertreter Rußlands bei dem Friedenskongresse gestattet.

VII.

Die Vorläufer der russischen Verfassung.

St. Petersburg, 9./22. August 1905.

Das russische Reich hat seit dem 19. August eine Art Probeverfassung und erhält eine Vertretung, die Anfangs 1906 ihre erste Lebensregung bekunden soll. Begreiflicherweise bildet dieses Ereignis das Tagesgespräch in den intelligenten Schichten der Bevölkerung, in öffentlichen wie in privaten Kreisen, deren Teilnahme an der Inauguration eines neuen Zeitabschnittes im politischen Leben mächtig genug ist, um wenigstens für den Moment alle anderen Interessen in den Hindergrund zu drängen. Die Volksseele dagegen ist wenig bewegt, die großen Massen bringen dem Ereignisse nur Gleichgültigkeit entgegen, die teils im Nationalcharakter, teils aber in dem festgewurzelten Mißtrauen gegen alle Maßnahmen der Regierung begründet ist.

Es gibt heute, drei Tage nach Erscheinen der Verfassungsbestimmungen, nur wenige Menschen — ich nehme davon auch verantwortliche Staatswürdenträger nicht aus —, die den Inhalt des Reichsdumastatuts sich bereits in systematischer Gründlichkeit zu eigen gemacht haben; noch geringer aber ist die Zahl derjenigen, welche die Wirkungen der Vorschriften auf die nächste Zukunft in politischer, administrativer und wirtschaftlicher Beziehung zu würdigen vermögen oder den ersten russischen Kon-

stitutionsversuch mit den staatsrechtlichen Grundlagen anderer Länder zu vergleichen imstande sind.

Die offiziellen Kreise, namentlich soweit sie an der Ausarbeitung irgendwie mitbeteiligt sind, heben mit Genugtuung hervor, daß die Bestimmungen aus keiner der bestehenden Verfassungen übernommen, sondern ein tüchtiges Stück selbständiger Gedankenarbeit sind, in welcher das Bestreben, die Gesetze den heimischen Verhältnissen und dem eigenartigen russischen Boden anzupassen, zur Geltung kommt.

Unlösbar verknüpft mit diesem grundlegenden Verfassungsentwurf Rußlands ist der Name Bulygins. Der Minister des Innern scheint mit der Vollendung dieser Aufgabe, die weniger eigenes Wollen als strikter Befehl, den er als gehorsamer Diener seines Herrn auszuführen hatte, auch seine staatsmännische Laufbahn — mindestens vorderhand — als erfüllt anzusehen. Am Tage der Verkündung des Gesetzes, an dem hohen russischen Feiertage von Christi Verklärung, nahm Minister Bulygin einen längeren Urlaub, von dem er, wie Wohlunterrichtete bestimmt annehmen, ins Ministerpalais nicht mehr zurückkehren wird.

Von den Urteilsfähigen erachtet kaum ein verschwindender Teil das Reichsdumastatut als einen tatsächlichen und definitiven Akt zur Einführung eines parlamentarischen Regimes im russischen Reiche. Die Kundgebung wird zumeist als ein Versuch seitens des Selbstherrschertums gekennzeichnet, den Bestrebungen der stetig kraftvoller anschwellenden Reformpartei ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, jedoch nur innerhalb der festgefügten und anscheinend durch nichts zu durchbrechenden Grundpfeiler der herrschenden Gesetzesnormen, ein Versuch, dem das Bemühen, von den bestehenden Rechten und Prärogativen so wenig als möglich abzubröckeln, deutlich aufgeprägt ist.

Noch pessimistischere Stimmen sind vernehmbar, die den Verdacht aussprechen, daß die geistigen Urheber der Verfassung, mit den Reaktionären in engster Geistesverwandtschaft stehend, der Vorlage mit wohlberechneter Absichtlichkeit eine Ausgestaltung gegeben haben, um einen bei der Erprobung auf praktische Gebrauchsfähigkeit gründlichst versagenden Organismus zu schaffen, beim Eintritt der hieraus entstehenden Verwicklungen aber dem Selbstherrscher die Handhaben zu liefern, anstatt die Konstitution

durch neue, liberale Zugeständnisse im Sinne des westeuropäischen Parlamentarismus auszubauen, umgekehrt, allmählig, aber sicher die Rückbildung der jetzigen Teilverfassung unter dem Hinweise zu rechtfertigen, der erste Schritt habe schon bewiesen, daß Rußland und sein Volk vom Selbstherrschertum abweichende Regierungsformen nicht vertrügen.

Diese in starker Zahl auch in den Kreisen der höheren Beamtenschaft vertretene Auffassung erachtet diesen, wie jeden anderen gleichartigen Versuch — abgesehen von seinem verspäteten Inslebenrufen — als verfehlt, wenn nicht von beiden Seiten — Regierung und Gesellschaft — mit gleicher Aufrichtigkeit dem Ziele zugestrebt wird, auf dem Wege der Evolution das Volk vollster Freiheit zuzuführen. Diese Verheißungen würden Rußland zu lebendiger Gestaltung bringen, jedoch nicht durch das vorbereitete Stückwerk, sondern trotz desselben, das gleich bei der ersten Inszenesetzung zu gewaltigen Konflikten führen müßte.

Schwere Bedenken gegen die Aufrichtigkeit der Absichten erheben sich frei von der Zaghaftigkeit, die bis vor kurzem jedes kühne Wort erstickte. Man sieht voraus, daß die Obrigkeit von ihren Gerechtsamen in Wirklichkeit nichts vergeben, die Gesellschaft aber unaufhaltsam der Freiheit zustreben werde; daraus müsse sich statt einer friedlichen Lösung der Existenz- und Lebensfragen eine Verschärfung des Verhältnisses auf beiden Seiten, und statt eines evolutionären ein revolutionäres Resultat entwickeln.

Die Reichsduma ist, wie das Manifest kündet, eine beratende und nicht eine entscheidende Körperschaft. Ihre Beschlüsse werden mit denen des Reichsrates zusammen dem Selbstherrscher unterbreitet, dem das Recht vorbehalten ist, die Meinung der Minorität zu bestätigen. Nur in einem Falle ist dieses allerhöchste Recht begrenzt: wenn beide beratenden Institute, Duma und Reichsrat, mit zwei Drittel der Stimmen einen legislatorischen Akt ablehnen. Dann werden ihre Beschlüsse dem Zar nicht unterbreitet, sondern der abgelehnte Antrag dem Minister zurückgegeben. Hierin liegt das Hauptzugeständnis des Selbstherrschertums an das Volk! Im übrigen sind alle Rechte der Volksvertreter, wie das Recht der Kontrolle des Budgets, das

Recht der Initiative, das Interpellationsrecht wesentlich begrenzt. Der in das Ermessen des Präsidenten gestellte Ausschluß der Öffentlichkeit der Sitzungen wird ebenfalls als eine der empfindlichsten Lücken des Statuts der Reichsduma kritisiert, die das Volksvertretungsinstitut in ein gewöhnliches bureaukratisches Kollegium wandelt, das fern von der Welt, innerhalb vier Wänden abgeschlossen, seine geheimnisvolle Arbeit vollzieht. Die Rechtlosigkeit der Presse, der Freiheit des Wortes und der Versammlungen, die gänzliche Entziehung wichtiger Gebiete des öffentlichen Lebens der Einflußsphäre der Reichsduma setzen die Bedeutung der verkündeten Reform über alles Erwarten herab und erschüttern von neuem den Glauben der Gesellschaft an die Aufrichtigkeit der Absicht einer durchgreifenden Änderung der Verhältnisse.

Daß ohne Freiheit der Presse, ohne Versammlungsrecht keine Volksvertretung rationell funktionieren kann, liegt auf der Hand und darin liegt die Hauptursache, weshalb die Gesellschaft der papiernen Konstitution einen so kalten Empfang bereitet hat.

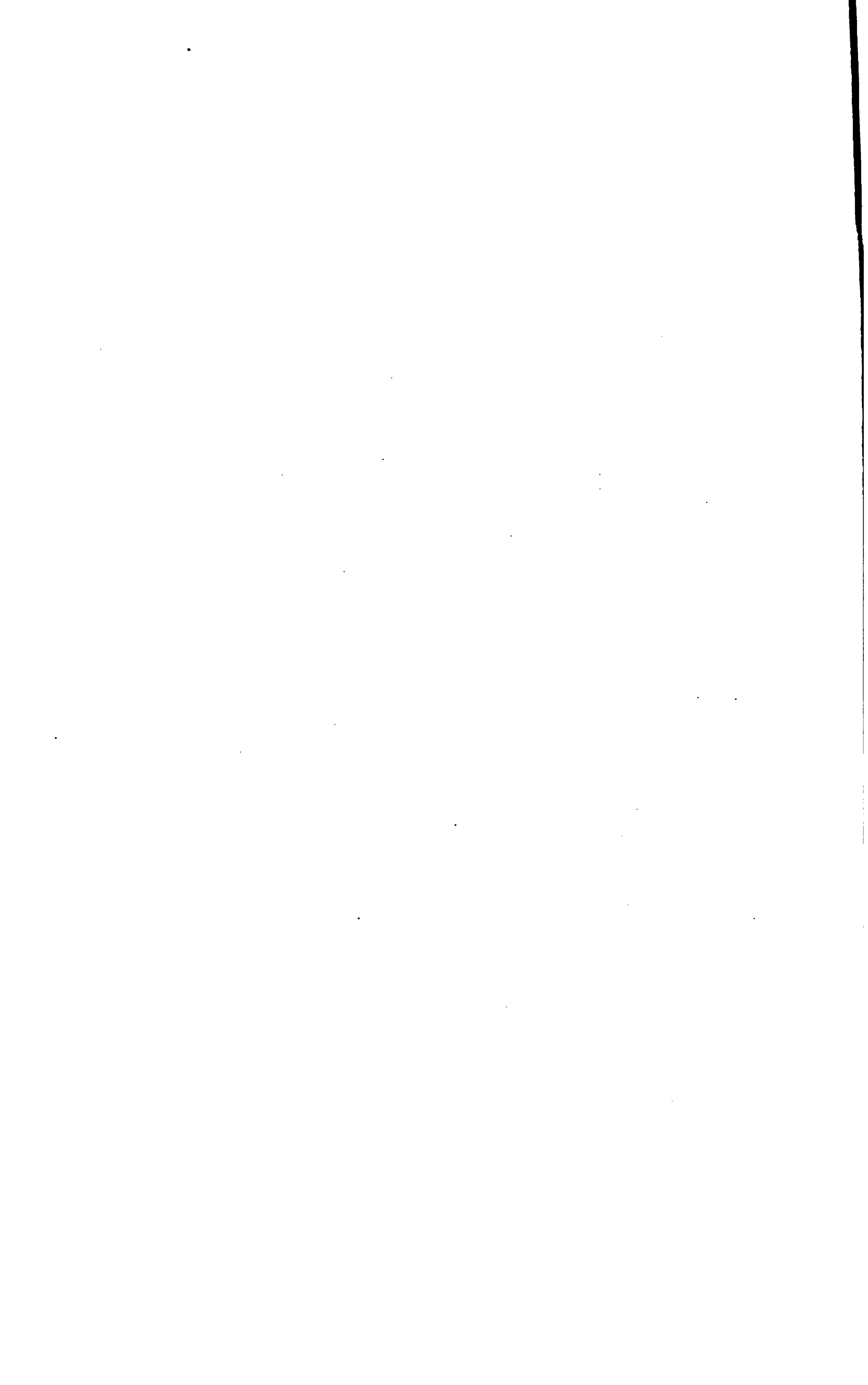
Das komplizierte Wahlsystem, für die Bauern dreiklassig, für die anderen Stände zweiklassig, in Verbindung mit der Abhängigkeit des aktiven und passiven Wahlrechtes von einem unverhältnismäßig hohen Zensus läßt alle Wünsche der russischen Fortschrittsparteien, die auf Erlangung des direkten Wahlrechtes gerichtet waren, vollends unberücksichtigt.

Unverkennbar ist dagegen, daß der ursprünglich nur sehr dürftig bedachte Bauernstand in der definitiven Redaktion des Gesetzes gegenüber den anderen Ständen sehr viel günstigere Wahlbedingungen errungen hat. Während nämlich beim Bauern der Besitz eines mäßig kleinen Grundstückes oder Hauses — und Hausbesitzer ist schließlich im Dorfe nahezu jeder Einwohner — zur Wahlberechtigung genügt, wird vom nichtbäuerlichen Gutsbesitzer die Aufbringung einer ziemlich hohen Immobiliensteuer verlangt. Auch die Zahl der städtischen Wähler ist durch einen reichlich hochbemessenen Zensus — in Petersburg beispielsweise annähernd 1400 Rubel Jahresmiete oder entsprechende Gewerbesteuer — begrenzt. Jeder Wahlbezirk (Gouvernement) muß überdies mindestens einen Bauerndeputierten, welcher ausschließlich von Bauern gewählt wird, in die Reichsduma entsenden. Dieses

keinem anderen gewährte Privileg wird die Tätigkeit und die Zusammensetzung der Reichsduma zweifellos beeinflussen; ob zugunsten der konservativen oder gar radikalen Richtung, bleibt abzuwarten.

Vielfach wird befürchtet, daß die Bevorzugung der Bauern der Duma einen radikalen Anstrich geben werde, nachdem die soziale Propaganda die Agrarbewegung in Fluß gebracht und nicht ohne erheblichen Erfolg gewirkt hat. Die Frage der Landaufteilung wird aller Wahrscheinlichkeit nach in der Reichsduma sehr bald zur Debatte stehen, da die Bauern entschlossen sind, die Aufteilung der auf Milliarden bewerteten Krondomänen zu verlangen, die bislang ohne Nutzen für den Staat, aber mit desto beträchtlicherem Vorteil für die zu unverhältnismäßig raschem Reichtum bei beneidenswertem Wohlleben gelangenden Verwalter administriert werden, was aller Vorausberechnung nach auf absolut sozialradikaler Grundlage geschehen wird. (Der Verwalter einer Krondomäne bezieht vielfach neben Wohnrecht in einem auf Staatskosten prunkhaft eingerichteten Schlosse von 20—24 Zimmern, Verfügung über Wagen und Pferde, Genuß aller möglichen Servitute, noch ein Jahresgehalt von 5000 Rubeln und erreicht den Exzellenzrang.)

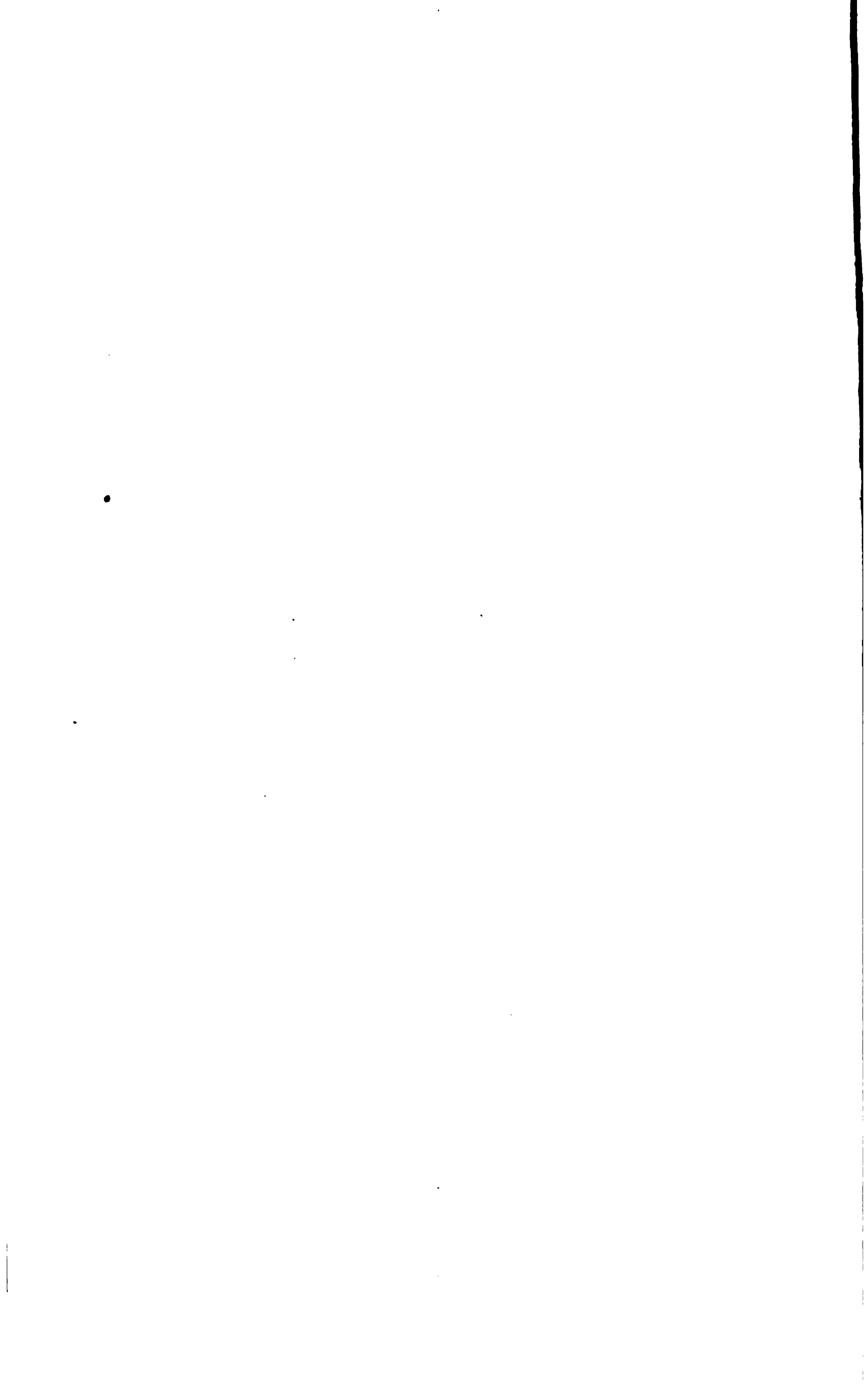
Wie jedes unvollkommene Reformwerk, wird auch dieses voraussichtlich viele unzufriedene gärende Elemente gleich am Anfange der Dumatätigkeit entfesseln. Die Mehrheit der russischen Gesellschaft wird sich mit den halben Maßnahmen auf die Dauer nicht begnügen; auf der anderen Seite wird aber ebensowenig die grundlegende Einschränkung der Selbstherrschaft aus freien Stücken zugestanden werden, somit kann auf Erreichung eines konstitutionellen Lebens in Rußland ohne weiteres nicht gerechnet werden.





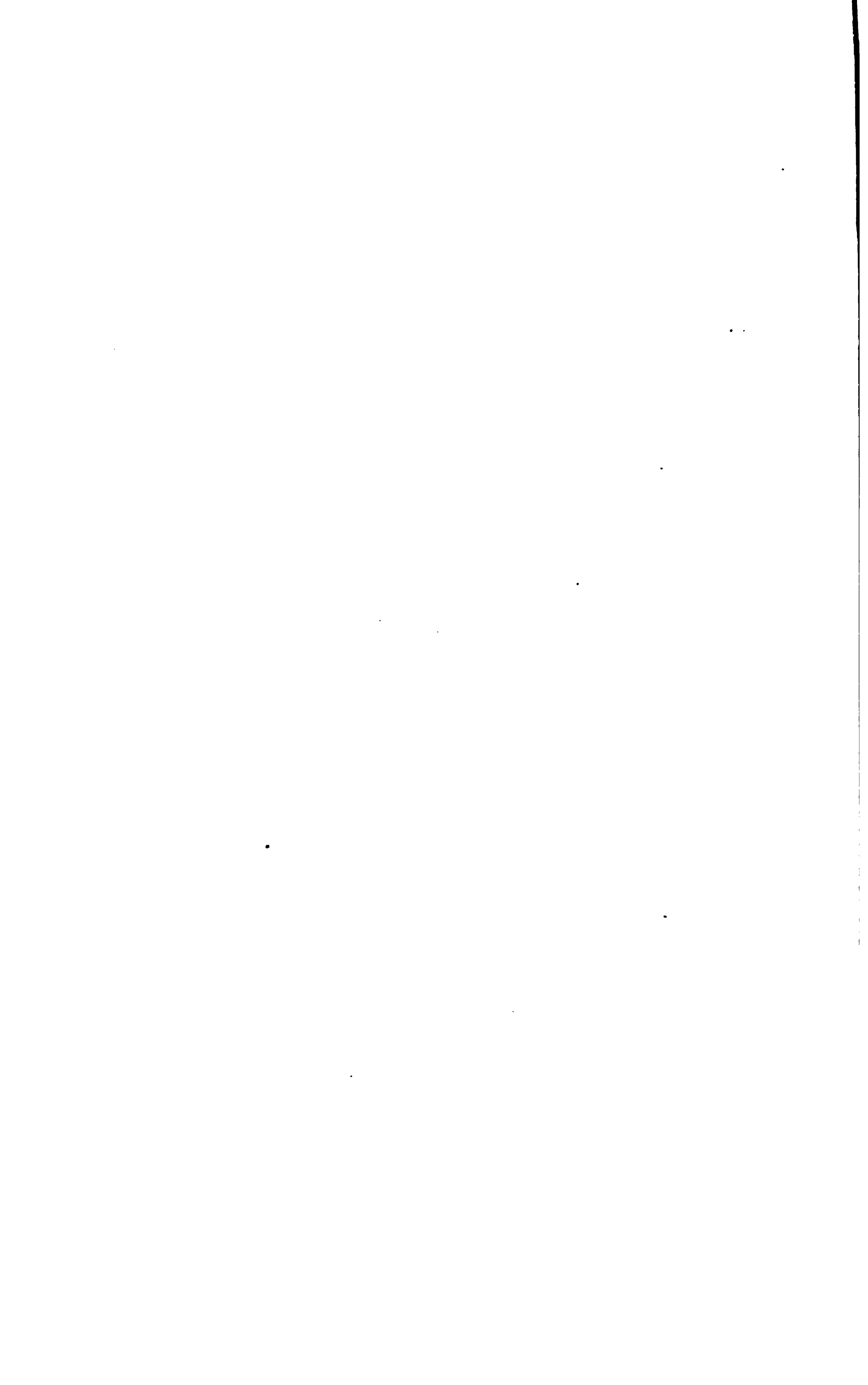


Auf den Straßen von Odessa. (Demoliertage im Oktober 1905.)



II. Abschnitt.

Nach dem Friedensschluß.



VIII.

Die Friedensverkündung.

St. Petersburg, den 19./1. September 1905.

Wie schon telegraphisch berichtet, traf hier die Nachricht über das Übereinkommen der russischen und japanischen Bevollmächtigten in der Frage des Friedens in später Abendstunde ein, infolgedessen die russischen Blätter, außer der „Nowoje Wremja", ohne Kommentare Mittwoch früh erschienen. Ich befand mich außerhalb der Stadt und begab mich um 8 Uhr morgens auf die Eisenbahnstation „Lachta", um mit dem nächsten Eisenbahnzuge nach Petersburg zu fahren; schon von weitem fiel es mir auf, daß die den Zug erwartenden Reisenden auf dem Bahnsteig in lebhaftester Erregung den Zeitungsjungen die Blätter förmlich aus der Hand rissen. Ich schloß mich der frohbewegten Gesellschaft an, darunter auch eine Gruppe von Deutschen, die mir mit jubelnder Erregung mitteilten, daß der Frieden nun geschlossen sei. Zum erstenmal bot sich mir Gelegenheit, den Petersburger Bewohner im Zustande inniger Begeisterung zu sehen, zum erstenmal konnte ich konstatieren, daß er tatsächlich imstande ist, seine träge Apathie abzuschütteln, allerdings gehört dazu sehr viel. Die Friedensmeldung hat aber ihren tiefen Eindruck auch auf den kalten und gleichgültigen Newastädter nicht verfehlt.

In Petersburg angelangt, fand ich keine erkennbaren Feierlichkeiten vor, auch setzte kaltes, regnerisches Wetter ein, das etwaige äußere Veranstaltungen und begeisterte Kundgebungen ungünstig beeinflußt haben mag. Die in den verschiedensten Kreisen angestellten Beobachtungen zeigten dagegen ausnahmslos die freudigste Begrüßung der Friedensnachricht, gegenseitige Beglück-

wünschungen und Austausch hoffnungsfroher Empfindungen als erster Eindruck, welchen die Tatsache der Meldung über den erfolgten Friedensschluß hervorrief.

Eine weitere, viel ruhiger sich gestaltende Phase bildet nun freilich die Analyse der Bedingungen, welche den Friedensschluß ermöglichten.

Will man den Reflex der Meinung in der Gesellschaft von unten bis in die höchsten Stufen hinauf in einem Satz formulieren, so lautet er etwa: „Bessere Bedingungen waren nicht zu erwarten, nachdem der Krieg so unendlich unglücklich für Rußland ausgefallen war.“

Daß Rußlands Einfluß im fernen Osten nun gänzlich verloren und ein Aufschwung für Rußland dort im laufenden Jahrhundert wohl schwerlich zu erwarten sei, darüber ist man sich ebenso klar, wie in der Erkenntnis, daß es ein grober diplomatischer Fehler war, Rußlands agressives Auftreten auf die Mandschurei auszubreiten, wo außer Schaden nichts zu erwarten war.

Somit hat Rußland — so fügt man tröstend hinzu — mit den nun abgetretenen Rechten eigentlich nichts Materielles verloren, doch beklagt werden die dort „mir nichts dir nichts“ zerstreuten Millionen; das ist auch der Angriffspunkt der Unzufriedenen. Von der Niederlage des Militärs wird nicht gesprochen, es heißt vielmehr, daß es schon lange Zeit war, dem bureaukratischen Regime zu beweisen, wie niederträchtig Rußlands Schicksal von demselben geleitet war. Dies ist alles, was sich vorläufig in der Meinung der Gesellschaft über das große Ereignis widerspiegelt.

Was nun die Presse betrifft, so stimmen alle Schattierungen in der Anerkennung des Friedensschlusses überein. Isoliert blieb am ersten Tage nur die „Nowoje Wremja“, welche die Tatsache als „skandalös“ bezeichnete; alle übrigen Blätter meinen einstimmig, daß die Bevollmächtigten beider Seiten mit ihrer Arbeit zufrieden sein können — Japan, weil seine vitalsten Interessen volle Berücksichtigung gefunden haben, Rußland, weil es keine Kontribution bezahlt, und somit die Wunden des Volkes nun schnell zu heilen sind; andernfalls aber wären diese, beeinflußt von der Idee der Revanche, noch lange offen geblieben und hätten leicht zu einem neuen Duell mit Japan führen können. — Übrigens führt auch die „Nowoje Wremja“ gestern und heute schon eine

ganz andere Sprache. Der erste Artikel war offenbar von kleinlicher Bosheit nicht ganz frei, denn der Spezial-Korrespondent in Portsmouth hat mit seinen pessimistischen Prophezeiungen seinen Auftraggeber gründlich „aufsitzen“ lassen.

Ein endgültiges Urteil über den Eindruck, den der Portsmouther Vertrag hier bewirkte, zu fällen, wäre viel zu verfrüht, da die Details des Vertrages für das große Publikum vorläufig noch unaufgeklärt bleiben.

Nun aber S. von Witte. Dieser Staatsmann hat bewiesen, was er kann, und wenngleich manche hohen Repräsentanten der gegenwärtigen Regierung den Namen Wittes nur ungern in den Mund nehmen, weil er heute für viele „eine harte Nuß“ darstellt, so wird allgemein zugegeben, daß nur Witte diese schwere Mission zu Ende führen konnte und daß seine Position als erster Minister des Staates sich nunmehr endgültig befestigt hat. Viele bezeichnen ihn als „Weltdiplomaten“, der es verstanden hat, nachdem Japans Triumph kein Ende zu nehmen schien, in Tokio heute Unzufriedenheit hervorzurufen.

IX.

Der Moskauer Semstwo- und Städtekongreß.

St. Petersburg, den 16./29. September 1905.

In der letzten Zeit zeigt die russische Regierung eine sichtliche Nachgiebigkeit der liberalen Bewegung gegenüber. Die Tatsache, daß der Semstwo- und Städtekongreß in Moskau wieder zusammengetreten ist, bekräftigt von neuem diese meine Auffassung, nur mit der Erweiterung, daß diesmal die Regierung den Kongreß nicht nur stillschweigend geduldet, sondern ihre Einwilligung dazu ausdrücklich gegeben hat.

Gleichwohl ist der Kongreß für das große Publikum ziemlich unerwartet zusammengetreten, da nach der Verkündung des neuen Moskauer Generalgouverneurs, General Durnowo, bei Empfang der Semstwo-Deputierten, nachdem das Dumagesetz veröffentlicht war, keine politischen Kongresse mehr zugelassen werden

sollten. Indes, mit dem Umschwung in den maßgebenden St. Petersburger Kreisen mußte auch ein Wandel in der Anschauung des Generals Durnowo eintreten; als einziger Trost war ihm die Möglichkeit geblieben, in die Kongreßfreude einen kleinen Wermutstropfen zu träufeln, indem er seinen Kanzleidirektor Waronin als „Oberaufseher“ und „Zensor“ in den Sitzungssaal postierte.

Aus den ausführlichen Depeschen der offiziellen St. Petersburger Telegraphen-Agentur ist das Programm und der Verlauf der Sitzungen bekannt, daher werde ich mich nur mit dem Material befassen, welches entweder infolge knapper telegraphischer Wiedergabe nicht genügend die schwebenden Fragen beleuchtet, oder aber ganz in Wegfall geraten ist.

Der Kongreß war diesmal weniger besucht, als bei seinem ersten und zweiten Zusammentreten, doch sollte dadurch das Interesse an den Vorgängen nicht beeinträchtigt werden. Äußerst lebhaft gingen die Debatten vor sich, wobei eine in jeder Hinsicht glänzende Organisation zutage trat. Man gewahrte aus jedem Wort, aus jeder Interpellation, aus jeder Resolution den strengen Ernst und die hohe Bedeutung der Arbeiten des Kongresses, man fühlte, einer Institution gegenüberzustehen, die nicht von ungefähr improvisiert ist, sondern die einem gefestigten Ziele zustrebt. Dieses Bewußtsein hat der Kongreß auch der Regierung aufzuprägen verstanden und deren volle Aufmerksamkeit erzwungen. Die zutage getretenen Kritiken sind durchweg scharf, aber gerecht, die einzelnen Ausführungen vielleicht zu weitgreifender Natur, der Kern entbehrt indes nicht der Begründung, und schwer läßt sich vom objektiven Standpunkt gegen die vom Kongreß angeführten Feststellungen Wesentliches entgegenhalten. Es handelt sich hierbei keineswegs, wie die Gegner der Bewegung gern sehen möchten, um theoretisch-ideale Phantastereien, sondern die gestellten Anträge und erhobenen Forderungen wurzeln in der lebendigen Wirklichkeit, in den tatsächlichen Verhältnissen.

Zur Beleuchtung möchte ich als einziges Beispiel folgenden Passus aus der Vorlage des Kongresses in wortgetreuer Wiedergabe herausgreifen:

„Eine vielfach bestehende Meinung geht dahin, daß infolge der Unvollständigkeit des Wahlgesetzes die Reichsduma ignoriert und die neue Institution boykottiert werden müsse. Zugegeben,

daß eine solche Meinung in den oppositionellen Kreisen, welche unsere Staatsordnung umgestaltet zu sehen wünschen, wirklich die Majorität gewinnen würde. Was wäre dadurch erzielt? Können denn diese Kreise tatsächlich eine weitgreifende Organisation bewerkstelligen, die eine allgemeine Lossagung von den Wahlen zur Folge haben würde? Könnten sie denn herbeifühen, daß der größte Teil der Wähler im Namen des Prinzips sich den Wahlen enthalten sollte? Entschieden nicht! Denn wäre das möglich, so hätte es keinen Zweck mehr, die Duma zu boykottieren; man hätte nur nötig, die Wahlen vollziehen zu lassen, dann könnte diese unter solchen Umständen gewählte und sich auf die Bevölkerung stützende Duma auf keine Opposition stoßen, vielmehr alles Erwünschte erhalten. Doch ist damit noch zu wenig gesagt. Sollte die allgemeine Stimmung so einheitlich, übereinstimmend und energisch sein, daß ein Boykott der Reichsduma möglich wäre, so würde die Duma, resp. das Reichsdumagesetz überhaupt nicht existieren. Wir wollen damit nicht sagen, daß es jetzt keine starke oppositionelle gesellschaftliche Meinung gibt, welche sich deutlich für die Umgestaltung der Staatsordnung äußert, doch ist dieser Strom noch nicht genügend reguliert, diese Meinung hat noch nicht das einheitliche Bewußtsein in sich, daß ein allgemeiner Boykott verwirklicht werden könnte. Somit ist nicht zu zweifeln, daß eine Wahlenthaltung in ernsten, tiefgreifenden Dimensionen unmöglich wäre. Sollte ein gewisser, mehr fortschrittlicher Teil der Wähler Wahlenthaltung üben, so würde das weder die Wahlen, noch die Zusammenberufung der Reichsduma hindern, doch würde diese fast ganz oder auch vollständig den oppositionellen Charakter verlieren. Die Reichsduma würde dann hauptsächlich aus dem Ministerium gehorsamen Deputierten bestehen. Damit wäre der Wunsch der jetzigen Regierung erfüllt, in der Duma ein gefügiges, lenksames Werkzeug zu haben zur Befestigung des Bureaukratismus und um eine neue Stütze für die bureaukratische Willkür und den Terrorismus zu schaffen. Wir sehen, daß die „polizeiliche Regierung" auf verschiedenen Wegen bemüht ist, die regelrechten Vorbereitungen zu den Wahlen zu stören, wir befürchten, daß sie einen angestrengten Druck auf die Wahlen ausüben würde; wir hören von einem Plan, der die Beseitigung vieler Männer von der Ausübung des Wahlrechts bezweckt, indem sie einer

Untersuchung ihres politischen Charakters unterworfen werden sollen. Gegen dieses Vorgehen der Regierung muß das Land sich zur Wehre setzen, diese Bestrebungen müssen zertrümmert werden; doch kann das nicht erzielt werden, wenn die oppositionellen Elemente sich von dem Kampf lossagen und selbst zurücktreten. Ein solcher Rückzug hieße den Wunsch des „polizeilichen Ministeriums" erfüllen und wäre der gröbste Fehler in der Sache der Verwirklichung der politischen Reformen."

Die in diesem Passus ausgedrückten Gedanken enthalten ja nichts Neues, doch beweisen sie die vernünftige logische Richtung, in welcher der Kongreß arbeitet, die den hiesigen extremradikalen Elementen so sehr fehlt. Denn Hitzköpfe haben wir hier mehr als zuviel. Mit ihnen aber hat die Regierung leichtes Spiel; dagegen stellt der Semstwo- und Städtekongreß, dank seiner ruhigen und logischen Arbeit, eine für die Regierung sehr bedenkliche Oppositionskraft dar. Jedenfalls ist die Regierung auch schon zu der Einsicht gelangt, daß ein Zweikampf mit dieser Organisation zwecklos und unmöglich ist; darin findet die Tatsache ihre Erklärung, daß der überwachende Kanzleidirektor es nicht wagte, den Kongreß zu schließen oder zu unterbrechen, obgleich in vielen Fragen eine Stimmung hervortrat, die nicht nur regierungswidrig, sondern vom Gesichtspunkt der Administration eine fast revolutionäre Tendenz zeigte.

Die im Programm des Kongresses angesetzten Fragen lassen sich wie folgt resumieren:

Erstens: Das Recht der Untertanen und Menschen.

Zweitens: Das Politische Programm.

a) Das allgemeine Wahlrecht, die aktive Mitwirkung in der Verwirklichung der Gesetzgebung und der Staatsverwaltung;

b) Autonomie und Recht der Nationalitäten;

c) Gerichtswesen, Bauernfragen, lokale Selbstverwaltung, Volksbildung.

Drittens: Wirtschaftliches Programm.

Viertens: Aufruf an das russische Volk.

Die in diesen Fragen vom Kongreß angenommenen Resolutionen erfordern keine Ergänzung. Soll man sie einem Kommentar unterwerfen, so muß man allerdings zugeben, daß die Beschlüsse

für die russischen Verhältnisse reichlich schroff verfaßt sind, doch dem Inhalte nach sind sie nichts weiter als eine detaillierte Ausarbeitung des rohen unvollständigen Materials, aus dem das Reichsdumagesetz von nicht allzu glücklichen Händen als Stückwerk aufgebaut wurde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Duma sich in ihrer jetzigen Verfassung nicht auf die Dauer halten kann, und sich selbst in kürzester Frist umgestalten wird. Dieser Werdeprozeß ist ja übrigens schon im Gesetz vorbehalten, wie auch der Zar in seiner Rede an die Ständedeputation deutlich betont hat: „Das Leben selbst wird uns die Wege zeigen usw."

Wenn Minister Bulygin sich für die Verfassung seines Reichsdumagesetzes der theoretischen Kabinettsformeln bediente, so ist demgegenüber die ergänzende Arbeit des Semstwo- und Städtekongresses ein Produkt der zwingendsten Interessen des praktischen Lebens.

X.

Russische Provinzbilder.

Liberale Priesterbewegung. — Bakuvorgänge und Naphthakrisis. — Eine sozialdemokratische Sitzung in Kiew. — Bewegung in den Hochschulen.

St. Petersburg, 6. Oktober 1905.

Die Rolle der russischen Geistlichkeit, als eine der mächtigsten Stützen der Regierung, deren besondere Aufgabe, vornehmlich in bäuerlichen Distrikten, nicht nur darin besteht, den heiligen orthodoxen Glauben in der Bevölkerung zu befestigen, sondern in der Anerkennung des Selbstherrschertums als unantastbares Heiligtum, ist aller Welt wohlbekannt.

Nach den Grundsätzen des Pobedonoszewschen Systems darf der Bauer neben der Gottheit nur noch den Zaren als Gottes irdischen Vertreter erkennen, und diese Lehre wird selbstverständlich in den Dorfschulen eifrigst gepredigt.

Die fortschreitende Richtung der letzten Zeit scheint nun auch in diesem Dogma eine Wandlung herbeigeführt zu haben, indem stellenweise selbst der russische Pope der liberalen Bewegung sich angeschlossen hat und der Regierungsadministration

gegenüber eine oppositionelle Gesinnung an den Tag zu legen beginnt.

Aus Kasan wird u. a. berichtet, daß die dortige Geistlichkeit in einer Sitzung vom 17. (30.) September folgende Resolution angenommen hat: „Es ist durchaus notwendig, daß die russische Geistlichkeit sich der Befreiungsbewegung anschließt und in dem allgemeinen Kampf gegen die administrative Willkür aktiv mitwirkt. Die wirkliche und wahrheitstreue Funktion der Geistlich keit kann nur dann ihrem grundlegenden Ziel entsprechen, wenn der Priester als freier Diener der Kirche seinen Pflichten nachkommen kann.“

Die letzten Vorgänge in Baku haben das ganze Wolgagebiet in die kritischste Lage versetzt. Aus verschiedenen Stellen einlaufende Depeschen besagen, daß infolge knapper Naphthavorräte das Wolga-Kama-Wjatka-Ufa-Gebiet, woselbst sämtliche Dampfschiffsgesellschaften mit Naphtha heizen, sehr beträchtlich zu leiden hat. Dazu kommt noch, daß im vorigen Jahr der Versuch, die für Sibirien und Ural bestimmten Waren mit der Samara-Slatoust-Bahn zu expedieren, gänzlich eingestellt werden mußte, weil die gesamten Güterzüge für Kriegszwecke in Anspruch genommen waren und die gesamten enormen Privatgüter unexpediert liegen bleiben mußten. Man war daher zu dem Umwege des Transportes der Waren auf dem Kama-Wege nach Sibirien gezwungen. Doch konnte die Fortsendung nur im langsamen Tempo erfolgen, so, daß bei dem Ausbruch der Naphthakrisis noch große Vorräte liegen blieben. Die Krisis zwang die Dampfschiffsgesellschaft, ihre Tätigkeit einzustellen, auch sind sie infolge Herannahung der Wintersaison außerstande, für den Umbau der Dampfer zur Holzheizung Sorge zu tragen. Wie telegraphisch aus Nishnij Nowgorod gemeldet wird, haben sich bei einer Gesellschaft ungefähr eine Million Pud Waren angesammelt, ohne daß die geringste Hoffnung besteht, die Waren weiter zu befördern. Die durch die geschilderten Verhältnisse drohenden Gefahren sind heute noch ganz unabsehbar.

Mein Kiewscher Korrespondent schildert in seinem letzten Schreiben eine Szene aus dem sozialen Leben in Rußland, die nicht des humoristischen Beigeschmacks entbehrt.

„Von einem Arbeiter einer größeren, in der Umgegend von

Kiew gelegenen Zuckerfabrik hatte ich erfahren, daß demnächst eine private sozialdemokratische Sitzung stattfinden sollte. Auf der Einladungskarte, die jeder Fabrikarbeiter erhalten, war als Zweck die Besprechung über die Gründung einer allrussischen Arbeiterkasse angegeben; der eigentliche politische Zweck dagegen gänzlich unterdrückt. Durch Vermittlung eines Arbeiters erhielt auch ich eine Zutrittskarte. In der bezeichneten Privatwohnung fanden sich indes zu meiner Überraschung neben Fabrikarbeitern auch mehrere den bürgerlichen Kreisen, der sogenannten Intelligenz, angehörende Personen ein, deren Zahl bis zur Eröffnung der Sitzung immer mehr anwuchs, ferner eine ziemlich starke Vertretung an „Kursistinnen“ — die abgekürzte Bezeichnung für die höheren Kurse besuchende „Blaustrümpfe“ —. Der Vorsitzende eröffnete seine Ansprache mit der dem „Sozi“ aller Länder gleichbeliebten Apostrophe: „Genossen!“ und verlangte vor Erörterung der Frage über die Gründung einer allrussischen Arbeiterkasse eine Klarlegung des politischen Standpunktes der Versammelten und ihrer Stellungnahme „über die Mittel, durch welche der Kampf mit dem Kapitalismus aufzunehmen sei . . .“

Nach ausgiebiger rednerischer Leistung hielt der Einberufer den Zeitpunkt nunmehr als gegeben, sich mit seiner Zuhörerschaft bekannt zu machen, indem er an jeden einzelnen mit der inquisitorischen Frage herantrat: „Wer sind Sie?“ Die Antwort, die er von einem der Zunächstsitzenden erhielt, lautete: „Ich muß Ihnen meine Überraschung bekunden, hier Reden zu vernehmen, die mit der Arbeiterkasse nichts Gemeinsames haben, ich bin der Repräsentant der Setzerkasse, bin erstens preußischer Untertan, zweitens Besitzer einer Typographie unserer Stadt, folglich Repräsentant des Kapitals; wie Sie dazu kommen, mir, und wie ich hier sehe, auch anderen Vertretern des Bürgertums Einladungen zuzuschicken, ist uns unbegreiflich.“ Bestürzung auf der einen, frenetisches Gelächter auf der andern Seite löste diese Antwort aus. Der Vorsitzende verzog keine Miene, ignorierte die Antwort des Bürgers, forderte seine Genossen auf, sich zu der von ihm verlesenen Resolution zu erklären und verkündete in demselben Atemzuge, daß diese einstimmig angenommen sei. Mein Gewährsmann charakterisierte den kleinen Vorfall mit der berechtigten Frage: „Ist das nicht ein schlagender Beweis, daß der Boden in

Rußland nicht genügend gereift ist, um hier west-europäische Früchte zu kultivieren?"

Aus Charkow, Riga, Dorpat, Odessa und Moskau laufen über die dort vorsichgehenden Studentenversammlungen (Shodki) täglich neue nichts weniger als beruhigende Nachrichten ein.

Die Entschlüsse der „Shodki" lassen sich übereinstimmend in folgende Sätze zusammenfassen: Der Streik soll eingestellt werden, fortdauern soll jedoch der Kampf gegen das bestehende Regime und die Stellungnahme zu den politischen Tagesfragen, eine ruhige ordnungsgemäße Arbeit in den Hochschulen kann durch den Aufbau der Staatsordnung auf politisch freien Prinzipien erzielt werden. Die Studenten müssen frei von polizeilicher Aufsicht arbeiten, ihr freies Versammlungsrecht muß gewahrt werden.

Nur dem Professorenrat soll das Recht der Ausschließung von Studenten von der Universität zustehen; allen bis jetzt ausgeschlossenen Studenten der Wiedereintritt in beliebige Hochschulen gestattet sein. Die Türen der Hochschulen müssen für alle Nationalitäten und beiden Geschlechtern offen stehen; etwaige Einschränkungen sind absolut unzulässig, die vollkommene akademische Freiheit muß gewährleistet sein.

Gänzlich zu beseitigen sei die Möglichkeit eines administrativen polizeilichen Einflusses auf die Hochschulen.

XI.

Die Hochschulenreform.

St. Petersburg, 9. Oktober 1905.

Im besonderen Auftrage des Ministers für Volksaufklärung, Generalleutnant Glasow, empfing mich der Direktor dieses Ministeriums, vormaliger Rektor der Moskauer Universität und alter Heidelberger Kommilitone, Dr. A. A. Tichomirow, um mir in nachstehenden, einschneidend aktuellen Fragen die erbetene Auskunft zu erteilen.

„„Ich erfahre, daß das neue Statut für Hochschulen und Universitäten schon fast ausgearbeitet ist und demnächst zur Prüfung den Universitätsvorständen zugeht. Es verlautet, daß die Universi-

täten Autonomie erhalten sollen. Könnte ich vielleicht über die Grundsätze der bevorstehenden Reform näheres erfahren?““

„Die russischen Universitäten hatten vordem die dem deutschen Muster entnommene Autonomie, die durch das Statut vom Jahre 1863 eingeführt war und bis zum Jahre 1884 in Geltung verblieb. Dieses Statut des Jahres 1863 gewährleistete den Universitäten noch eine weit größere Freiheit, wie das von Deutschland übernommene Schema.

Rektor und Dekane wurden von den Fakultäten gewählt, die Professoren, sowohl ordentliche, wie außerordentliche, durch den Rat der Universität. Dieser Universitätsrat, etwa mit dem deutschen Universitätssenat gleichbedeutend, bestand aus dem Plenum der Professoren, wozu auch die außerordentlichen Professoren zählten; in Rußland besteht zwischen ordentlichen und außerordentlichen Professoren kein weiterer Unterschied als der der geringeren Besoldung der außerordentlichen Universitätslehrer. Aber auch die Anstellung neuer Professoren erfolgte auf Vorschlag der Fakultäten vom Plenum.

Erst im Jahre 1884 wurde das autonome Statut des Jahres 1863 durch das, auf Befehl des Zaren Alexanders III. durch den Kaiserlichen Rat ausgearbeitete autokratische Statut ersetzt.

Wiewohl viele der Mitglieder des Reichsrates gegen dieses Statut waren, gab Alexander III. der Ausarbeitung seine Zustimmung, gemäß der von ihm auf Grund der bei seinem Regierungsantritt vorgefundenen politischen Sachlage inaugurierten autokratischen Regierung. Das Statut des Jahres 1884 bestimmte, daß weder Rektoren noch Dekane von der Universität zu wählen sind, sondern ernannt werden. Auch das den Fakultäten bis dahin zustehende Vorschlagsrecht wurde beseitigt.

Die Durchführung dieses Statutes brachte, je länger es bestand, je mehr Unzuträglichkeiten zutage, die sich periodisch in allgemeinen Unruhen, Einstellung des Universitätsbesuches und der gesamten Hochschulenarbeit kundtaten.

Erst der jüngsten Zeit war es vorbehalten, hierin Wandel zu schaffen. Mit dem 27. August 1905 wurden die sogenannten ‚zeitlichen Regel‘ eingeführt, welche die Autonomie der Universitäten wieder herstellen sollten. Nach diesen ‚zeitlichen Regeln‘ werden Rektoren und Dekane wieder wie vor 1884 erwählt und — wie

auch in andern Staaten — der Rektor vom Kaiser, die Dekane vom Minister bestätigt. Die jetzt funktionierenden akademischen Behörden sind bereits nach diesen ‚zeitlichen Regeln' eingesetzt, manchmal unter Wiederwahl der bisherigen Rektoren und Dekane, in andern Fällen hat das Plenum der Universität auch ganz neue Männer gewählt.

Außer dieser grundlegenden Reform bestimmen die ‚zeitlichen Regel', daß für die Ordnung in den Universitäten das Plenum und nicht, wie seither, der Rektor und das Inspektorium verantwortlich sind, während dieses Institut nicht mehr dem Kurator, sondern dem Plenum der Universität unterstellt sind.

Das Institut der in andern Ländern nicht bekannten Universitätsinspektoren — jede Universität hat einen Inspektor, dem z. B. in der Moskauer Universität 25 Gehilfen zur Seite stehen; in der Regel Personen, die selbst die Hochschule besucht, aber nicht die höhere akademische Laufbahn eingeschlagen, — hatte durch das Statut des Jahres 1884 eine große Wichtigkeit, weil den Inspektoren die Aufrechterhaltung der Disziplin hauptsächlich oblag. Die oberste Universitätsbehörde bildeten früher unter der Herrschaft des Statuts des Jahres 1884: Rektor, Dekan und Inspektor. Jetzt dagegen wird die disziplinare Autorität durch eine vom Plenum eingesetzte Kommission gehandhabt. In dem neuen Universitätsstatut, das hoffentlich noch in diesem Jahr zur Geltung gelangt, ist vorgesehen, auch das Institut der Inspektoren dem Rektor zu unterstellen.

Zu den weiter geplanten Reformen gehören: außer der Wahl des Rektors und Dekans, noch folgende wichtige Neuerungen:

Die Universitätsregierung wird nicht vom Plenum, sondern von einem Universitäts-Senat geführt werden, der durch Delegation von 2—3 Personen seitens jeder Fakultät, ferner durch den Rektor, den Gehilfen des Rektors, den Dekan und den Syndikus gebildet wird.

Ferner hatten wir seit dem Bestand der Einrichtung in allen Fakultäten acht, in der medizinischen zehn Semester; je zwei Semester gelten als ein Kursus; nach Absolvierung eines jeden Kursus war ein Examen vorgeschrieben. Nach dem neuen Statut fallen diese jährlichen Kursusexamina weg; dagegen hat jeder Universitätshörer das Recht und die Gelegenheit, ein- bis zwei-



Beerdigung der am 18. Oktober 1905 in Sewastopol gefallenen Deputation revolutionärer Organisationen.



mal jährlich nach besondern, von den Fakultäten zu erlassenden Prüfungsreglements Teilprüfungen aus den Fächern abzulegen, in denen er sich fertig fühlt.

Ferner erfolgt die Ernennung der Professoren auf Grund einer von den Fakultäten aufgestellten Kandidatenliste, welche die akademischen Behörden an den Minister weiterleiten. Dem Minister steht es frei, welchen Kandidaten er ernennen will, eventuell ist er auch befugt, nach eignem Ermessen einen andern, von den Fakultäten nicht vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen.

Eine weitere Änderung betrifft das Universitätshonorar. Gegenwärtig zahlt jeder Student grundlegend 25 Rubel, ferner pro Stunde und Semester je einen Rubel Kollegienhonorar. Der ordentliche Professor bezieht gegenwärtig ein Gehalt von 3000 Rubeln, der außerordentliche von 2000 Rubeln, dazu kommen die Kollegiengelder, die durchschnittlich 1500 Rubel betragen. Für die Folge soll nun der Student ohne Rücksicht auf die Zahl der von ihm belegten Unterrichtsfächer 50 Rubel pro Semester Honorar zahlen; dieses Honorar fällt aber nicht den Professoren zu, sondern einer besonderen Kasse der ‚Spezialmittel für die Universitäten'.

Für den Wegfall der Kollegiengelder werden die Professoren durch ein höheres Gehalt entschädigt, und zwar bekommt nach dem neuen Statut der außerordentliche Professor 2500, der ordentliche 3500 Rubel Jahrgehalt, ferner nach je fünfjähriger Dienstzeit 500 Rubel Zulage, so daß nach dreißigjähriger Dienstzeit der ordentliche Professor 6000, der außerordentliche 5000 Rubel Jahrgehalt vom Reiche, aber keinerlei Kollegiengelder erhält."

„„Glauben Exzellenz, daß diese Reform die Studentenwelt beruhigen werde, oder sind nicht nur die Nachteile der Hochschulenorganisation, sondern die allgemeine schwere politische Lage in Rußland Ursache der Unruhen und Streiks in den Hochschulen?""

„Das ist schon eine hochpolitische Frage, zu deren Verständnis die Kenntnis des russischen Charakters gehört. Wir sind ein Volk, von dem bereits das Sprichwort sagt: ‚daß es zugleich zu ruhig und zu unruhig ist'. Es scheint, als sei jetzt der Moment der größten Unruhen über Rußland gekommen, und die

studentischen Unruhen sind ja auch nur ein Symptom dieser allgemeinen Zeitlage. Kein Mensch kann vorhersagen, wie lange diese Epoche dauern wird, aber wir hegen die Hoffnung, daß sie bald vorübergeht und die Gemüter der akademischen Jugend sich beruhigen werden."

„„Sind Chancen vorhanden, daß alle Nationalitäten das unbegrenzte Recht erhalten, die Hochschulen zu besuchen, und daß die in den letzten Jahren ausgeschlossenen Studenten wieder in die Universität eintreten können?""

„Die Frage hängt gleichfalls mit einer Reihe von politischen Momenten zusammen. Die Wiedereinstellung ausgeschlossener Studenten geht leicht vor sich, wir sind sehr nachsichtig, und wenn die Ursachen für den Ausschluß beseitigt sind, so lassen wir die Wiederaufnahme bereitwillig zu. Auch die Zulassung des weiblichen Geschlechts gehört nicht zu dem Programm des jetzt in Aussicht genommenen neuen Statuts. Wir stehen im allgemeinen der Zulassung des ‚ewig Weiblichen' zum Hochschulenstudium sympathisch gegenüber, doch erlangen die Schülerinnen in den weiblichen Gymnasien nicht die gleiche Vorbildung, wie die jungen Leute. Man hat deshalb bei uns für die Weiterbildung des weiblichen Geschlechts die Frauenkurse; die Absolventinnen dieser Kurse erhalten indes kein Diplom und somit auch nicht die Rechte der männlichen examinierten Universitätshörer. Nur in Petersburg existiert ein medizinisches Institut für Frauen. Die Zulassung dazu erfordert ein besonderes Examen aus dem Lateinischen. Die erfolgreiche Absolvierung erbringt den Glücklichen den Schmuck des Doktorhutes."

„„Es ist vielfach von der Unterstellung aller Universitäten und Hochschulen unter das Ministerium der Volksaufklärung die Rede; ist das richtig?""

„Es ist der vielfach zum Ausdruck gelangte Wunsch der akademischen Kreise, dem jetzigen Zustande ein Ende zu machen, unter welchen nicht weniger als sechs Ministerien bei der Überwachung der Hochschulen beteiligt sind. So gehören Hochschulen dem Wegebauministerium, andere dem Justizministerium, noch andere dem Ministerium des Innern an; das ist eine zu vielen Unzuträglichkeiten führende Einrichtung, doch bin ich außerstande, zu sagen, ob hier bald eine Änderung eintritt."

„„Nimmt der jetzt begonnene Unterricht in den Hochschulen bereits einen geregelten Verlauf? Werden insbesondere die Kollegien regelmäßig besucht, und sind neue Unruhen zu befürchten?““

„Die Regelmäßigkeit des Besuches läßt noch recht viel zu wünschen übrig, es geht eher schlecht als gut. Unruhen in größerem Maße befürchten wir jetzt nicht, wir glauben vielmehr, daß die Gemüter sich beruhigen und zufrieden geben werden.“

„„Wie stellt sich die Regierung zu den Resolutionen der in allen Universitäten stattfindenden Studentenversammlungen? Werden solche Versammlungen auch fernerhin gestattet, ungeachtet dessen, daß rein politische Fragen besprochen werden?““

„Die Resolutionen der Studentenversammlungen berühren uns nicht im mindesten, da solche, wo sie stattfinden, völlig außerhalb der Kompetenz der Versammelten stehen, denen lediglich die Beurteilung akademischer Fragen tatsächlich erlaubt ist. Die Einführung der Reform wird indes eine bessere Handhabe für die Ausübung der akademischen Disziplin sicherstellen.“

XII.

Zur allgemeinen Lage.

St. Petersburg, 29. (12.) Oktober 1905.

Als Minister Witte nach langem Schwanken und Zaudern des Kaisers im letzten Moment das Mandat erhielt und übernahm, Rußlands Interessen als erster Verhandlungs-Bevollmächtigter in der Portsmouther Konferenz zu vertreten, da gab es nicht wenige, auch in den offiziellen Kreisen, denen diese Ernennung gewaltig gegen den Strich ging. Daß die intime Hofkamarilla und ihre machtvollen reaktionären Verbündeten nicht imstande waren, diese Berufung zu verhindern, erregte derzeit vielfaches verwundertes Kopfschütteln.

Nachdem indes beim Zaren die bessere Einsicht über persönliche Abneigung die Oberhand gewann, so fand die Reaktionspartei der unabänderlichen Tatsache gegenüber ihren Trost in der Erwartung, dem kühnen Emporkömmling bei dessen erneuerten

Auffluge, der ihn mit einem Schlage in den Mittelpunkt des Weltinteresses gestellt, nunmehr endgültig den Todessturz zu bereiten.

Von der Unannehmbarkeit der japanischen Friedensbedingungen überzeugt, weissagte die reaktionäre Kriegspartei die Heimschickung des unbequemen Gegners aus Amerika mit unverrichteter Sache. Zum andern aber sollte mittlerweile das Reichsduma-Gesetz in einer den damaligen Anschauungen Wittes völlig entgegengesetzten Verfassung zum endgültigen Abschluß und zur Veröffentlichung gebracht werden.

Mit dem ersten Teil der politischen Kombination hatten sich die Kriegshetzer nun gründlich verrechnet; etwas mehr Glück war aber den Widersachern Wittes beim zweiten Programmpunkte beschieden, wiewohl auch hier das unerwartete Eintreten General Trepows für das Programm Wittes anläßlich der Peterhofer Sonderkonferenz die Ausbeute für die Reaktion bei weitem nicht so reichlich als erhofft gestalten ließ.

Das Gesamtergebnis der mit so großer Sorgfalt und noch größern Hoffnungen eingeleiteten Aktion war schließlich — als nun Witte von seinem diplomatischen Siegeszuge, durch die Etappe Rominten fraglos am meisten gestärkt, hier mit größeren Ehrungen empfangen wurde, als irgend ein mit den Verhältnissen Vertrauter, Witte eingeschlossen, je für möglich gehalten hätte — für die Hofpartei so niederdrückend, daß ihr Einfluß, für den Moment wenigstens, zum Schweigen gebracht wurde.

Gemeinsames Leid bringt Menschen bekanntlich näher. Auch diese Niederlage ließ die Feinde Wittes dichter zusammenrücken.

In ihren Reihen suchten und fanden aber auch neue Gegner Aufnahme, die aus irgend welchem Grunde, auch ohne zur eigentlichen Reaktionspartei zu gehören, das Bedürfnis hatten, sich von Witte abzuwenden.

Spielt bei andern Gegnern Wittes in den offiziellen Kreisen der sogenannte Karrierenneid eine schwerwiegende Rolle, so kann davon bei anderen Würdenträgern sicherlich keine Rede sein.

Was dem Grafen Witte, selbst von den Gegnern, zum Vorwurf gemacht wird, die seine Talente und staatsmännische Begabung vorbehaltlos anerkennen, liegt auf dem Gebiete der persönlichen Charaktereigenschaften: Unaufrichtigkeit gegenüber seinen Arbeitsgenossen, undankbare Ausnutzung der ihm als

vorübergehend brauchbare Werkzeuge erscheinenden Personen und gefährliche Rücksichtslosigkeit in der Beratung des Zaren, wo es gilt, seine persönliche Anschauung, gegenüber den Bestrebungen anderer Staatsmänner, zum Siege zu führen.

Hatte Wittes eiserne Energie in Verbindung mit seinen überragenden Talenten schon in seinen früheren Stellungen fertiggebracht, alle übrigen Ressorts mehr oder minder seinem Willen unterzuordnen, so versteht man die heute, angesichts der immer greifbarer werdenden Wahrscheinlichkeit seiner bevorstehenden Ernennung zum Premier, vielfach hervortretenden Befürchtungen, daß Witte seinen neuerstarkten Einfluß und seine hochentwickelte Machtfülle nunmehr in einem bis zur vollständigen Aufsaugung der übrigen Staatsmänner gesteigerten Umfange ausnutzen werde.

Findet die offenbar äußerst vorsichtige Haltung des Grafen Solski zu dem Grafen Witte in dieser Auffassung ihren naheliegenden Grund, so soll damit durchaus nicht behauptet werden, daß Graf Solski etwa darauf ausgeht, die Chancen Wittes, mit der Kabinettsbildung betraut zu werden, zu unterbinden; das keineswegs.

Ich glaube vielmehr, daß die Premierschaft dem Grafen Witte unstreitig gesichert ist, zumal Graf Solski, wie jeder einsichtsvolle russische Staatsmann von der unbedingten Eignung Wittes überzeugt ist, den überaus schwierigen Aufgaben dieses Amtes Herr zu werden. Was ich für äußerst verständlich halte, ist, daß die ernste Bemühung aller einflußreichen Kreise, die nicht bedingungslos auf Seiten Wittes stehen, dahin gerichtet sein wird, dem Statut für das russische Ministerkabinett eine Verfassung zu geben, die sich mit den Ambitionen Wittes äußerst unzureichend deckt, mit anderen Worten, dem zukünftigen Premier so gründlich als irgend möglich „die Flügel zu beschneiden“.

Seit Schluß des dritten Moskauer Semstwo-Städtekongresses sind kaum zwei Wochen ins Land gegangen; doch war diese Frist vollkommen ausreichend, um unter dem Einfluß dieser Tagung der liberalen Bewegung in Rußland eine ganz klare und festgeprägte Gestaltung zu geben.

Die Gruppierung der Parteien vollzieht sich im schnellsten Tempo, dabei in vollster Ordnung; zum andern haben bereits fast alle Städte und die Semstwos ihr politisches Programm durch An-

nahme der Resolution des Kongresses geoffenbart; drittens hat auch die Regierung aus den Moskauer Verhandlungen die entsprechende Konsequenz gezogen, indem sie der liberalen Bewegung, solange weder Unruhen noch Ausschreitungen in die Erscheinung treten, keine Hindernisse in den Weg legt, ja selbst der ihr schnurstracks entgegenarbeitenden demokratisch konstitutionellen Partei in ihrer agitatorischen Tätigkeit stillschweigend Duldung gewährt.

Für ein russisches Auge und Ohr ist das zensurfreie Hören und Lesen der programmatischen Grundsätze dieser Partei derart ungewohnt, daß die „Ängstlichen" hierin die herannahende Revolution zu sehen vermeinen und vorläufig nicht zu kapieren vermögen, wie es die Regierung über sich gewinnt, eine solche scharfe öffentliche Kritik ihrer Tätigkeit zuzulassen. Zur Beruhigung darf gleich hinzugefügt werden, daß, seitdem der rote Zensorstift im Pulte des gefürchteten Mannes fest verschlossen liegt, dank welchem Ruhezustande die Gesellschaft mit dem Programm der „Extremen" in allen Details bekannt geworden ist, die Gegenströmung der gemäßigten Partei gegen die Radikalen bei weitem größer und nachdrücklicher geworden ist, als diese bis vor kurzem vermuten konnten. Es bewährt sich hierbei das bekannte Wort von der vermeintlichen Süßigkeit der verbotenen Früchte; heute, wo diese in Rußland überall feilgeboten werden, hat man bereits vielfach erkannt, daß diesen Früchten auch nach hiesigen Anschauungen einige „Bitterkeit" innewohnt.

Nachdem der Strom der politischen Bewegung hierdurch eine ganz präzise Richtung erhalten hat, auch alle Parteien öffentlich zu Worte kommen, so liegt es klar zutage, daß die Liberalen in der Reichsduma eine starke Position einnehmen werden.

Das verkündete Programm dieser Partei darf in folgende Sätze zusammengefaßt werden:

1. Allen Nationalitäten sollen gleiche Rechte gewährt werden.
2. Freiheit des Gewissens und der Konfession, des Wortes, der Presse, Verbände und Versammlungen; Unantastbarkeit der Person und Wohnung.
3. Vor den Gesetzen sind alle gleichberechtigt;
4. Unterrichtsfreiheit in der Muttersprache;
5. Unentgeltliche Anfangsbildung;

6. Erweiterung des Wahlrechts der Volksvertretung;
7. Umgestaltung des Reichsrates auf Grund eines Wahlsystems;
8. Umgestaltung der Reichsduma in ein gesetzgebendes Institut.

Die Frage über das allgemeine Wahlrecht bleibt unentschieden; denn die Liberalen scheinen sich in diesem Punkt noch nicht geeinigt zu haben.

Wie weit das Reichsdumagesetz diesen Anforderungen nachkommen kann und wird, entzieht sich vorläufig jeder Voraussage.

Gelingt es der energisch in Angriff genommenen Propaganda der gewählten Vertrauensmänner und Bevollmächtigten des Moskauer Semstwo- und Städtekongresses, die hier für den 16. Oktober russischen Stils die erste öffentliche Wählerversammlung in den Saal der Stadtduma mit hochobrigkeitlicher Einwilligung einberufen hat — nebenbei bemerkt, die erste russische parlamentarische Wählerversammlung überhaupt — das vorstehende Programm zur Geltung zu bringen, so darf der Erreichung einer Konstitution nach west-europäischem Muster vertrauensvoll entgegengesehen werden.

XIII.

Die Bauernfrage.

St. Petersburg, 8. Oktober.

Der Leiter des Ministeriums für Landwirtschaft und Domänen, Exzellenz P. v. Schwanebach, gewährte mir in einer längeren Unterredung den erbetenen Einblick in die gegenwärtig bedeutsamsten Tagesfragen seines Ressorts in folgender Darstellung:

„Die in der Luft umherschwirrenden Projekte der Nationalisierung des Grund und Bodens sowie der zwangsweisen Enteignung sind selbstverständlich ohne jedwede Begründung. In Wahrheit handelt es sich bei den in Aussicht und Angriff genommenen Reformarbeiten darum, die bäuerlichen Besitzverhält-

nisse, die an einer mangelnden Regulierung des Grundeigentums leiden, durch eine zweckmäßige und vorsichtige Gesetzgebung zu regeln. Der hierbei leitende Gedanke ist: ohne den Kollektivbesitz der Gemeinden durch „Überskniebrechen" aufzuheben, immerhin den Individualbesitz nach Möglichkeit zu stärken und dem einzelnen den Weg zu ebnen, mit seinem Besitze aus der Gemeinde auszuscheiden; subsidiär, namentlich dort, wo sich durch Übervölkerung und geringe Landausteilung bei Aufhebung der Leibeigenschaft schwierige Verhältnisse für die Bauernschaft eingestellt haben, Remedur zu suchen durch staatlich geregelte Auswanderung ins ostasiatische Rußland, durch eine planmäßige Entfaltung der vermittelnden Tätigkeit der Bauernbank, zum Teile auch durch langfristige und zweckmäßige Verpachtung der Staatsdomänen.

Dabei darf zunächst nicht übersehen werden, daß über den Umfang und die Bedeutung der Reichsdomänen vielfach falsche und übertriebene Zahlen im Schwange sind. Es ist richtig, daß die Krone im europäischen Rußland mächtige Waldbesitzungen hat, die ich auf ungefähr 97 Millionen Deßjätinen schätzen möchte, dagegen beträgt der Umfang des urbaren Ackerlandes kaum etwas mehr als 4 Millionen Deßjätinen. Die Bewirtschaftung dieser Krondomänen erfolgt nun hauptsächlich auf dem Wege der Verpachtung; berücksichtigt man, daß mindestens 90 Prozent davon bereits in bäuerlichen Pachthänden sich befinden, so wird ohne weiteres klar, daß nach dieser Richtung nicht mehr viel Ersprießliches geschehen oder erwartet werden kann.

Hinsichtlich der Funktionen der Hauptverwaltungen für die Landwirtschaft wird es sich im wesentlichen darum handeln, weniger durch direkte Maßnahmen vorzugehen, als von einer wissenschaftlich autoritativ ausgestatteten Zentrale aus tunlichst die selbständige Tätigkeit der Landschaften (Semstwos) zu fördern.

Daß der Bauer in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen, namentlich im Zentrum der schwarzen Erde, stark heruntergekommen ist, kann nicht in Abrede gestellt werden. Es ist eben hier der Anprall eines geldwirtschaftenden Staates mit einer noch vielfach im Banne der Naturalwirtschaft lebenden Bevölkerung

zu beobachten. Es ist Gegenstand ernster und eindringlicher Prüfung seitens der berufenen staatlichen Organe, namentlich und insbesondere auch der persönliche Wille meines kaiserlichen Herrn, diesem Notstande mit allen Mitteln entgegenzutreten. Selbstverständlich besteht diese Aufgabe in einer vielfachen, langsamen, unscheinbaren Arbeit, die sich nicht durch effektvolle Staatsaktionen vollziehen kann.

Seitens der sich jetzt breitmachenden Agitation der Intelligenz werden utopisch hochgehende Wellen entfesselt, die sich von selbst legen müssen, wenn man aus der hohen See der Theorie in die Kanäle praktischer Tätigkeit das Schiffchen hinüberleiten muß. Im russischen Bauernstande lebt ein großer Fonds gesunden, praktischen Erdgeistes, indes drängen sich zurzeit sehr viele unberufene Elemente in Gestalt von Gemeindeschreibern, Volkszählern und ähnlichen Halbbildungen heran, so daß sich die Hypnose der gegenwärtigen Zeiten der Gärung und Erwartung auch in jenen Kreisen zur Geltung bringt; jedenfalls wird es der Agitation nicht gelingen, dort ihr Nest dauernd aufzuschlagen.

Dabei verkenne ich keineswegs die Gefahren, die von der sozialdemokratischen Unterwühlung der Massen ausgehen, und die Regierung sieht diesen Schäden auch keineswegs tatenlos zu. Aber ich befinde mich — um einen Vergleich heranzuziehen — in der Rolle des Arztes, dessen Patient an einer chronischen konstitutionellen Krankheit leidet, die nur durch lang dauernde diätetische Behandlung behoben werden kann. In Verbindung mit dieser Krankheit treten nun direkte Symptome fressender Wunden zutage. Diese müssen natürlich sofort gestillt und es darf nicht auf eine Karlsbader Kur vertröstet werden, wenn der Patient inzwischen in Lebensgefahr schwebt; ich werde den Kranken aber ebensowenig innerlich mit Lapis brennen, noch auf fressende Wunden äußerlich Karlsbader Wasser aufschmieren.

Gegen agrarische Unruhen muß mit unerbittlicher Strenge vorgegangen und müssen sofortige, energische, nachsichtslose Repressalien geübt werden; diese aber werden um so „schwungvoller" wirken, je mehr gleichzeitig die Regierung an der inneren Behandlung arbeitet. Die Worte des Fürsten Bismarck bei Einbringung des zweiten Sozialistengesetzes

an den deutschen Reichstag sind auch für mich richtschnurgebend: „Nur die Überzeugung, daß wir vor Gott und unserem Gewissen alles getan haben, um den berechtigten Anforderungen der Arbeiterschaft nachzukommen, gibt uns den Mut, Ihnen diese drakonischen Maßregeln vorzuschlagen."

Die diesjährige Mißernte gehört zu den ernstesten Übelständen, die uns begegnen konnten. Die Größe des mit 140 Millionen angegebenen Defizits beruht freilich nur auf ungefährer Schätzung, solche werden indes in der Regel übertrieben. Wir dürfen daher hoffen, daß sich der wirkliche Schaden als minder bedeutend erweisen wird. Jedenfalls haben wir umfassende, vom Kaiser genehmigte Vorkehrungen getroffen, um den zweifellos gewaltigen Schaden, der unsere Grundbesitzer — auch den kleinen Bauer — in Mitleidenschaft gezogen hat, zu mildern. Die Durchführung dieser Maßnahmen wird, wie wir hoffen, das Elend einer Hungersnot von den betroffenen Landteilen fernhalten.

Auch kann man nicht davon sprechen, daß die Mißernte jeden Export unterbinden werde, da glücklicherweise der größte Teil der Weizen produzierenden Landstriche von der Mißernte verschont geblieben ist.

Von der Reichsduma und ihren Arbeiten erhoffen wir gleichfalls einen wichtigen Schritt nach vorwärts, zur Befriedigung der Anforderungen des Bauernstandes trotz aller Auswüchse, die das neue Verfassungsinstitut in den ersten Anfängen zeitigen möge. So wird das sprudelnde Tempo, das ja schon aus psychologischen Gründen den Anbeginn der Redeschlachten kennzeichnen dürfte, alsbald in die ruhige Tonart gemäßigter Verhandlungen zurückgeleitet werden. Nach dem für die Schaffung der Reichsduma vorgesehenen Wahlzensus, der sich in allen Ländern, wo das Parlament aus Dreiklassenwahlen hervorgeht, als unfehlbares Mittel für konservative Zusammensetzung erwiesen hat, hoffen auch wir, daß unsere Reichsduma diesen konservativen Charakter tragen wird.

XIV.
Die Freiheitsverkündung.

St. Petersburg, 19. Oktober/1. November 1905.

Die Nacht vom Montag auf Dienstag wird für den russischen Chronisten als eine denkwürdige in aller Zukunft verzeichnet bleiben. In den spätern Nachmittagsstunden erst erhielt die Leitung der Regierungsdruckerei aus Peterhof vom Grafen Witte die persönliche telephonische Verständigung, daß er die vom Zaren Nikolaus vollzogenen Aktenstücke mitbringen werde. Hieran war die Weisung geknüpft, die technischen Vorbereitungen dergestalt zu treffen, daß das Manifest noch am gleichen Abend durch Druck vervielfältigt und sowohl hier zur Verteilung, wie im ganzen Reiche, so auch im Auslande, telegraphisch verkündet werden könne.

Die getroffene Anordnung, von Mann zu Mann weitergegeben, brachte alsbald die ganze Stadt, wie von einem elektrischen Strom willenlos getrieben, auf die Beine. In freudig erregter Spannung eilte die Bevölkerung der Hauptstadt aus allen Stadtteilen und Vororten zum Newski-Prospekt, als Verkehrsmittelpunkt der Newastadt.

Dank der befohlenen Fernhaltung von Polizei und Militär bewegten sich die aus allen Gesellschaftsständen zusammengesetzten Scharen, die von Minute zu Minute durch massenhafte Zuzüge aus allen Seitenstraßen zur förmlichen Lawine anwuchsen, wenn auch nicht in Ruhe, so doch in angemessener Ordnung. Vielstimmiger Gesang, Jubelrufe, zuweilen auch kernige Ausbrüche gegen die verhaßte „Administration“, Hochrufe auf Kaiser, Freiheit, Witte, Reichsduma, Konstitution usw. ertönten hier und dort, um von Gleichgesinnten aufgenommen und weitergetragen, oder auch durch Gegendemonstrationen beantwortet zu werden. Zusammenläufe, die vorübergehende Verkehrsstockungen verursachten, Rempeleien und Balgereien in kleinerem Stile waren auch wohl bei der durch stundenlanges Ausharren gesteigerten Erregung hier und da wahrnehmbar, gleichwohl kam es zu keinem einzigen Unfall oder ernsterem Zusammenstoß.

Wie beim Regiezeichen auf einer Schaubühne veränderte sich das grandiose Straßenbild in dem Moment, als die Zeitungsaus-

träger mit dem „Regierungsboten“ in den hochgeschwungenen Rechten auf dem Plane erschienen. Staatsrettende Siegeshelden, vom Kriegsschauplatz heimkehrend, vermöchten sich keinen erhebenderen Empfang — in des Wortes tatsächlichster Bedeutung — zu erträumen, als diesen Überbringern der Botschaft zuteil wurde, die für das harrende Volk die Sprengung Jahrhunderte währender, vom jetzigen Geschlecht aber bis zur Unerträglichkeit empfundener Fesseln, Licht, Freiheit, Bewegung, frischen Lebensodem; oder die Fortschwingung der Tod und Verderben verheißenden Knute; für das tief aufgewühlte, giftzersetzte Russenreich hoffnungsreiche Neugeburt, oder Fortsetzung des Innenkrieges bis zur Endschaft der bereits in vollen Zügen arbeitenden revolutionären Zerklüftung enthalten sollte.

Wie es möglich war, bei der durch Versagen der Elektrizitätswerke nur durch einige Gasflammen spärlich hergestellten stellenweisen Beleuchtung einiger Straßenpartien, während die meisten andern in völliger Dunkelheit gelassen wurden, die den Zeitungsvertreibern förmlich entrissenen Blätter zu entziffern, ist mir bei der geschilderten, mehr minder wohlbegreiflichen, elementaren Bewegung des Volksgemütes, das einzig Rätselhafte. Bei entzündeten Streichhölzern, beim matten Scheine der „Papyros“ verlasen die glücklichen Eroberer eines Exemplars ihrer sie umzingelnden Gruppe unter lautloser, atemanhaltender Totenstille die kaiserliche Botschaft.

Nur wer das donnerartige Dröhnen der nach einem Moment des Zurücktretens in sturzartigen Wellen aufflutenden Brandung des Ozeans miterlebt hat, kann sich von den Kundgebungen der bis zum nicht mehr steigerungsfähigen Höhepunkt geladenen und nunmehr entfesselten Volksleidenschaft eine annähernde Vorstellung machen.

Zur Festhaltung des Stimmungsbildes genügt aber weder der Vergleich mit der Bühnenszenerie, noch mit dem gigantischen Anblick des Ozeans; denn für die Theaterkomödie war der Vorgang viel zu ernst, für die Erhabenheit des großen Naturschauspiels zu komödienhaft. Am nächsten kommt vielleicht das Beispiel des Volkstreibens in den Hauptstraßen Petersburgs, nachdem die besonneneren und gebildeten Elemente sich nach Sättigung des ersten Freudentaumels in ihre Häuser, auch vielfach in Klubs

und bekannte große Restaurants zurückgezogen hatten, einem potenzierten Karnevalserguß unter freiem Himmel.

Alles, was sich unter dem Begriffe der Volksmassen in Rußland einreihen läßt, voran die „zweite Garnitur“ der Studenten und die „Kommißgarnitur“ der Studentinnen in feuerroten Blusen und gleichfarbigen Sportmützchen auf den medusenartig unfrisierten Häuptern, Arbeiter, Kleinhandwerker, Budiker, Unterbeamte, und ein mächtiger Anhang von unregistrierbarem Janhagel — hier Holigans genannt — nebst der unvermeidlichen schwarzen „Hundertrotte“ (d. i. Polizeispitzel), war buchstäblich aus Rand und Band.

Was sich diese frenetisch überschäumende, jauchzende, singende, brüllende, Allotria und Unfug treibende Menge eigentlich bei Kenntnisnahme des Manifests gedacht und vorgestellt hat: Ich bin nicht vermessen genug, die Antwort zu riskieren. Daß die klare Erkenntnis der staatshistorischen, sozialen und kulturellen Bedeutung des Momentes nicht im Vordertreffen der geistigen Verarbeitung gestanden hat, wage ich mit dem bescheidenen Bekenntnisse zu behaupten, daß auch mir ein übersichtlich geordnetes Urteil über die Tragweite des Aktes, nicht nur im Moment der ersten Bekanntwerdung, gefehlt hat. Eine Tatsache stand aber in der Sekunde, das Volksbewußtsein gleichsam hypnotisch durchdringend, fest: „Wir haben unsren Todfeind, die Polizei, besiegt!“

Grund genug, wahrlich, zu Jubelhymnen und Freudenrausch.

Wo sich ein Polizeiorgan in der Montagsnacht auch nur blicken ließ — zum ersten Male seit Menschengedenken wurde die Polizei gesucht und nicht gemieden —, da wurde es von einem Volkshaufen umkreist und umtanzt und herausfordernd angeschrieen: „Nun zeige doch mal, was du kannst, arretiere mich doch, wenn du Courage hast.“ — „Nein, mich magst du einsperren!“ — „Oder uns alle, nur zu doch!“ — „Nieder mit der Polizei, herunter mit der Mütze vor dem Volke!“

Dieses Beispiel unter tausend Varianten, in denen die Exzesse des Wonne- und Alkoholrausches sich entluden!

Für die Demonstrationen und Manifestationen in festen, wohldisziplinierten Organisationen war der gestrige, wie auf stillschweigende Verabredung als Nationalfesttag angesehene 18. Ok-

tober russischen Stiles auserkoren. Die ganze Stadt, amtliche wie Privat-Häuser, hatte Flaggenschmuck angelegt, nationale und blutigrote Guirlanden verbanden einzelne Straßenzüge, Banken, Bureaus und Geschäfte waren ganz oder von Mittag ab geschlossen; in den Hauptstraßen bewegte sich eine mit den vorrückenden Tagesstunden immer mächtiger anschwellende Menschenmenge, vor Kirchen, öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen und ganz besonders auf dem Newski-Prospekt und angrenzenden Straßen fanden Ansammlungen und regelrechte Meetings unter der Gunst eines besonders schönen Sonntages statt, so zwar, daß der Wagenverkehr vielfach unterbrochen ward und auch Fußgänger oft genug unfreiwillig in den Strudel der Volksaufläufe gezogen und in ihrer freien Bewegung gehemmt waren.

Bis zum letzten Plätzchen überfüllt waren sämtliche Gasthäuser und vornehme Restaurants im Stadtinnern zur Frühstückszeit von 11—3, wo die politisch überladene Atmosphäre in spontanen patriotischen Redetournieren der „guten" Gesellschaft und in oppositionellen Aufruhrreden der nach wie vor Unzufriedenen zur Entleerung kam.

Will man die richtige Mittellinie in diesen Massenkundgebungen suchen, so darf die Regierung, die sich, zum Überfluß bemerkt, seit gestern in der Person des Grafen Witte konzentriert, mit dem Erfolge des mit kaiserlicher Anordnung veröffentlichten Programmes wohl zufrieden sein.

Die sogenannte Intelligenz, in welche Umrahmung ich außer den nach Geburt und Rang jederzeit und unter allen Verhältnissen kaisertreuen Personen, die gesamte höhere Beamtenschaft und den Offiziersstand, die Fabrikherrn, Rechtsanwälte, Ärzte, Professoren, Ingenieure usw. rubrizieren möchte, sind mit dem Errungenen wohl einverstanden und erkennen an, daß ein Mehr nicht verlangt werden kann; vorausgesetzt, daß die auf dem Papier verheißenen Verfassungsfreiheiten auf dem gesetzlichen Wege durch die Reichsduma in kürzester Frist auch wirklich erreicht werden.

Eine nicht geringe Wichtigkeit in der Bewertung als Sicherheitskoeffizient wird der Lösung der Judenfrage im Sinne der Gleichberechtigung dabei allseits zuerkannt.

Nicht so denken die gekennzeichneten andern Volkskreise!



Moritzberg.



Lemburg.

Zwei zerstörte livländische Schlösser.



Sie heimsen die Freude, an der Polizei zunächst ihr Mütchen kühlen zu können, als allererste Abschlagszahlung behaglichst ein, stehen aber im übrigen in strammster Konsequenz auf dem Standpunkt: „Ich glaube der Regierung gar nichts und erwarte den Gegenbeweis.“

Papier ist geduldig; oft genug hat man versprochen, ebenso oft hinterher getäuscht. Will die Regierung den Ernst ihrer Absichten betätigen, so mag sie die papierenen Rechte durch den selbstherrlichen Willen des Zaren verwirklichen, und nicht erst den Zusammentritt der Reichsduma abwarten.

Diese Auffassung zum demonstrativen Ausdruck zu bringen, dienten die von der Mittagsstunde ab den ganzen Abend und die halbe Nacht hindurch währenden, immer massenhafter sich gestaltenden Straßenaufzüge unter Vorantragung zahlloser Rotflaggen in den verschiedensten Dimensionen und mit revolutionären Inschriften.

Daß nicht nur Arbeiter und Studenten, sondern auch Kleinbeamte, Soldaten und Matrosen, ja sogar Offiziere in Uniform, die ihre Degen als Flaggenhalter zur Verfügung gestellt haben — abschwächend wird behauptet, es seien nur als Offiziere verkleidete Studenten oder „Sommerleutnants“ gewesen, während mir von durchaus kundiger Seite entschiedenst versichert wurde, daß es „authentische“ Offiziere gewesen sind — mit zu den Demonstranten gehörten, ebenso wie die Tatsache der gestern stattgefundenen mehrfachen blutigen Zusammenstöße zwischen Bevölkerung und Militär, endlich auch die Schreckensperiode des nunmehr in den letzten Zügen liegenden General-Streiks, sind Momente, über die der gebildete Leser aus den Zeitungsberichten vollkommen unterrichtet ist.

Die Wirkungen der militärischen Schießübungen auf ausschreitende, aber kein Unheil anrichtende Manifestanten, deren Austobung ruhig zu dulden dem militärgewaltigen Oberbefehlshaber Trepow vom Grafen Witte dringendst empfohlen war — zum Befehlen hatte Witte, General Trepow gegenüber nicht die Macht — auf die öffentliche Meinung, ausnahmslos in allen Gesellschaftskreisen, war eine tief niederschmetternde. Eine gefährlichere Durchquerung der an den Regierungsantritt Wittes geknüpften Wünsche und Hoffnungen aller Wohldenkenden hätte

der ärgste Feind des Grafen Witte in seinem loderndsten Grimm gar nicht auszudenken vermocht.

Viel bemerkt wurde in dem gestern vormittags stattgefundenen Empfang der russischen Redakteure beim Grafen Witte, daß dieser den General Trepow in seiner Eigenschaft als Generalgouverneur von Petersburg vollständig mit dem Hinweise preisgab, General Trepow stünde im Begriff, sich von seinem Amte zurückzuziehen. Daß Graf Witte den Eintritt des Generalstreiks bei Festhaltung des Trepowschen Militärregimes vorausgesagt hat, ist eine vielbesprochene Tatsache.

Der Gegensatz in dem Eindruck der Bevölkerung über das gestern verkündete Manifest gelangte auch in der Audienz der Redakteure beim zukünftigen „Premier" zum Ausdruck, wo ein Teil der Zeitungsleiter ihre Unterstützung zur Beilegung des wogenden Kampfes nicht nur von der sofortigen praktischen Durchführung der konstitutionellen Freiheiten, sondern auch von der Entlassung Trepows, allgemeiner politischer Amnestie, Zurückziehung der Truppen aus Petersburg und Etablierung einer Volkswehr — eine Art Nationalgarde —, abhängig machten. Darauf erfolgte eine haarscharfe Sezession seitens der demokratischen Redakteure, die sich als offene Gegner Wittes bekannten, unter Führung des Zeitungsherausgebers Propper (Börsenblatt) und der Zusammenschluß aller loyalen Elemente unter Führung des Zeitungsinhabers Perzow (Slowo). Graf Witte bat die Redakteure, seine Ansprache nicht als ausersehener Ministerpräsident, sondern als ihr Mitbruder Sergei Juliewitsch halten zu dürfen und versicherte, daß der Zar keinen andern Willen habe und kenne, als sein Volk glücklich zu machen.

Über das zukünftige Ministerkabinett durchschwirren selbstredend die waghalsigsten Konjunkturen die offizielle Welt; am unsichersten und wenigst unterrichtet zeigen sich die jetzigen Inhaber der Regierungsgewalt, von denen nicht einer weiß, ob er das erste russische Ministerkabinett persönlich ausbauen helfen wird.

Dem heute vollzogenen Abgang des Generals Glasow als Minister für Volksaufklärung weiht niemand eine Träne, während der endliche Sturz der monumentalsten Säule im Bureaukratenregimente Pobiedonoszew, eine durchaus selbstverständliche Grundbedingung für Anzug der Ära Witte, sich ohne weiteres ergab.

III. Abschnitt.

Die Revolutionsbewegung.

XV.

Die Wahrheit über die Sachlage.

St. Petersburg, 3. November 1905.

In letztvergangener Nacht traf bei der österreichisch-ungarischen Botschaft ein Telegramm ihres Konsuls in Odessa ein, worin dieser im Namen sämtlicher Konsulate die Intervention des Herrn Baron Aehrenthal als einzigen zur Zeit anwesenden funktionierenden Botschafters am russischen Hofe anrief, um Schutz für Gut und Leben der fremden Untertanen zu finden. Exzellenz v. Aehrenthal begab sich noch nachts 1 Uhr zum Generalgouverneur Trepow, der versprach, zu den bereits inzwischen erlassenen, unverzüglich noch weitere verschärfte Anordnungen an das Militärkommando zur Unterdrückung der Gefahren zu richten.

Aus Kiew liegen amtliche Berichte über Meutereien und Massakres rein semitischen Charakters vor, unter welchen auch ein Konsul, dessen Äußeres zum Verdacht jüdischer Zugehörigkeit Anlaß gab, während einer Spazierfahrt einen Überfall nur mit knapper Not unter der Bürgschaft seines Kutschers abwehren konnte, der die arische Abkunft seines Herrn bezeugte.

Ein blutiger Zusammenstoß von ganz besonderer Heftigkeit fand gestern in Warschau zwischen einer unter Vorantritt der Geistlichkeit zu einem Festzug vereinigten polnischen Liga und dem Pöbel statt. Das Einschreiten des Militärs hatte alsbald einen blutigen Kampf zur Folge, dessen Dimensionen das Aufgebot der Artillerie notwendig machten.

Ganz Finnland befindet sich im revoltierenden Aufstand gegen Rußland, um nach dem Beispiele Norwegens seine Selbständigkeit unter Trennung von russischer Oberherrschaft durchzusetzen.

Die russische Sozialdemokratie in offener Verbrüderung mit den Revolutionären setzt unentwegt und offenkundig ihre Propaganda für Herbeiführung der republikanischen Staatsform fort.

Die Ausstandsbewegung ist noch keineswegs zum Stillstand gelangt, vielmehr wird von Kennern der Verhältnisse das Wiederaufflackern der Unruhen bis zum Umfange eines allgemeinen Streiks als in Bälde bevorstehend vorausgesagt.

Diese mehr oder weniger bekannt gewordenen Tatsachen schicke ich gleichwohl voraus, um an der Hand dieser Symptome darzutun, wie voreilig die optimistische Beurteilung der Sachlage ist, die nach den kaum überwundenen revolutionären Schreckenstagen vermöge der durch das Manifest vom letzten Montag angebrochenen freiheitlichen Ära vielfach Platz gegriffen hat.

Die dem russischen Volke durch den Willen des Zaren in der Verkündung der letzten Montagsnacht verheißenen Freiheiten, in Verbindung mit der heute veröffentlichten Verordnung wegen Abschaffung der administrativen Strafen für die Presse und dem in den nächsten Stunden zu erwartenden Amnestiegesetz, bilden nach dem Zeitpunkt und der Art ihres Zustandekommens eine Gefahr, die nicht nur für Rußland, sondern vielleicht für ganz Europa verhängnisvoll werden kann.

Vor Jahr und Tag, um nicht von früheren Zeitpunkten zu sprechen, ja sogar noch in den letzten Sommermonaten, hätte die Verkündung einer Konstitution mit Garantien für die Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Religion, die Unverletzlichkeit der Person und des Hauses, gegen Polizeiwillkür, in der Wandlung der öffentlichen Meinung die Wunder bewirken können, die ihr Schöpfer von diesen an sich fraglos bedeutsamen Bestimmungen heute vergeblich erhofft. Die unter dem gewaltigen Ansturm des Volksterrorismus erpreßten und ertrotzten Freiheiten werden die hochgehenden Wogen der politischen Bewegung nicht glätten, die Forderungen des Volkes nicht zum Abschluß bringen.

Wer in einem starken und machtvollen russischen Reiche die sichersten Grundlagen für die ungestörte friedliche Entwicklung der andern europäischen Staaten, besonders der Nachbarreiche Deutschland und Österreich, erkennt, wird nun mit Betrübnis und Besorgnis die Tatsache verzeichnen, daß Rußland durch die in der Überstürzung, unter der unmittelbaren Einwir-

kung des Volksaufstandes gemachten Zugeständnisse eine kaum wieder gutzumachende Schwäche anerkannt hat.

Daß die antimonarchistischen, umstürzlerischen Parteien anderer Länder über den Triumph der Volksgewalten frohlocken und ihre Konsequenzen daraus ziehen werden, liegt auf der Hand. Die heute aus Wien gemeldeten Straßenkrawalle mit dem ausgegebenen Stichwort: „Nun wollen auch wir anfangen, russisch zu sprechen", wird hier schon als erstes betrübliches Symptom für die Tragweite des großen Rechenfehlers angesehen, den Graf Witte in seinem staatsmännischen Kalkul beim ersten Wiederkehrdebut sich hat zuschulden kommen lassen.

Geben die einschneidenden Maßnahmen durch die Umstände ihrer Entstehung zu ernstesten Bedenken Anlaß, so wirkt nicht minder atembeklemmend die virtuosenhafte Geschwindigkeit in dem Tempo der gesetzgeberischen Arbeit.

Wer zur Winterzeit, ohne Rücksicht auf Frost und Schnee, ein in Überhastung mit unerprobtem, unfertigem Material zurechtgezimmertes Bauwerk eindeckt, kann nicht verlangen, trocken und in solider Behaglichkeit zu wohnen; Risse, Sprünge und demnächstiger Einsturz des Baumonstrums werden niemand wundernehmen.

„Noch kenne ich nicht die Absichten der ‚Amnestievorlage'; aber ich mißbillige sie," kann ich, um einen bekannten Satz zu variieren, auch von dieser Frühgeburt sagen, und wahrlich nicht, um einen billigen Witz zu machen, auf den es mir in ernster Stunde ganz und gar nicht ankommt. Schließt die Amnestievorlage die politischen Meuchelmörder nicht ein, so wird sie die Kreise, auf deren Beruhigung es abgezielt ist, so wenig befriedigen, als wäre sie gar nicht geboren. Geht die Amnestievorlage aber radikal, nämlich ohne jede Einschränkung, zu Werke, dann ist die Glorifikation schandbübischer Abschlachtung des politisch Andersgesinnten pragmatisch geworden.*) Das Reichsdumagesetz in seiner vor wenigen Wochen vom Zar genehmigten und veröffentlichten Ausgestaltung hat fraglos mit Recht in der öffentlichen Meinung in und außerhalb Rußlands

*) Inzwischen ist die Amnestievorlage erschienen, ohne den Radikalen zu genügen.

eine kritische Aufnahme gefunden! Immerhin, das Gesetz war recht und schlecht zur Tatsache geworden und alle Welt begann sich damit abzufinden. Die Freunde Rußlands und die monarchisch gesinnten Kreise im Zarenreiche freuten sich aufrichtigst des Fortschrittes, der mit diesem ersten und deshalb bedeutsamen Schritte auf dem Wege zur parlamentarischen Konstitution getan war, während selbst die eingeschworensten Gegner der Regierung und der Staatsform in dem Kampfe um Erweiterung der parlamentarischen Rechte eine natürliche und willkommene Arbeit erblickten. Einen allmählichen Ausbau auf Grund der Erfahrungen und der praktischen Bedürfnisse des Lebens hatte ja schon der Zar in seinem Geleitsmanifest dem Reichsdumagesetz verbürgt.

Graf Witte hat nun das Werk vielmonatlicher bienenfleißiger Arbeit einer ganzen Reihe von erprobten und bedeutsamen Staatsmännern von gleichfalls durchaus liberaler Gesinnung mit einem einzigen Handschlag über den Haufen geworfen, um dafür ein in wenigen Stunden aus seiner Schöpferhand erstandenes Bauwerk zu setzen. Ob wir ein wirklich neues, einheitlich durchgeführtes, organisch vollendetes Ganzes oder ein Stück- und Flickwerk vor uns sehen werden, das wird die demnächstige Enthüllung zeigen. Aber Einrichtungen, die Jahrhunderte lang bestanden, mit dem Volksleben, mit der Erziehung, der Gewohnheit, der Tradition verwoben mit dem gesamten Leben und Weben der öffentlichen Meinung, lassen sich nicht mit einem Federstriche ohne Erschütterungsgefahren aus der Welt schaffen, selbst wenn diese Einrichtungen noch so mangelhafte sind und ihre Abschaffung, allmählich und durchdacht, als noch so wünschenswert erscheint.

Auch die persönlichen Fragen spielen bei einer Umgestaltung des gesamten Staatsorganismus von der, wie das letzte Zarenmanifest vorgeschrieben, grundlegenden Bedeutung eine zu große Rolle, um nicht gleichfalls für ihre Lösung die äußerste Vorsicht und Diskretion zu verlangen.

Graf Witte kann sich im Sonnenglanz der wiedererlangten Machtfülle und bei der sonstigen Unabhängigkeit seiner Stellung ziemlich unbeschränkten Luxus gestatten; nur nicht den der Vermehrung seiner Gegner: die Zahl ist gerade groß, ihr Stimmengewicht eben stark genug, um seinen politischen Lebensweg nicht nur mit Rosen zu bestreuen.

Mag auch ein Teil der früheren Reaktionspartei sich den Verhältnissen anbequemen und durch geräuschvollen Übergang ins Wittelager die Bangigkeit um Amt und Brot beschwichtigen, mag der weitaus größte Teil der gesellschaftlich und materiell hochragenden Vertreter der reaktionären Parteirichtung und der sogenannten Hofkamarilla sich für eine Zeitlang in schweigendem Groll zurückziehen, so wird ihre unterminierende Arbeit keinen Augenblick aufhören; so wenig wie der entgegengesetzten Partei in brandrotester Färbung.

Die Vorgänge in einer vor wenigen Tagen abgehaltenen Ministerratssitzung endeten, nach durchaus zuverlässigen Informationen, mit dem Entschlusse des Generalgouverneurs Trepow, sein Amt Knall und Fall niederzulegen. Inzwischen haben versöhnende Kräfte die einstweilige Zurückstellung der Demissionsabsicht bewirkt, der Riß ist aber geblieben.

Finanzminister Kokowzoff soll vorgestern abend dem Zaren sein Abschiedsgesuch eingereicht haben. Der Minister für Volksaufklärung, Glasow, der Leiter des Synods Pobiedonoszew sind bereits endgültig abgesägt und jedermann weiß, daß die Tage, ja Stunden für die Amtstätigkeit einer großen Reihe oberer und oberster Staatswürdenträger gezählt sind.

Neue Zeitrichtung und die Verwirklichung neuer Ideen verlangen auch neue Männer an der Arbeit der Staatsmaschine. Dagegen läßt sich nichts einwenden, noch ist auch ein Heilmittel gegen den Unmut der aus Amt und Würden Verdrängten und ihres Anhangs gefunden. Das war und bleibt zu allen Zeiten und in allen Ländern das ungelöste Problem. Nur das Unvermittelte, Sprunghafte, Exabrupte in dem Eilmarsche des Grafen Witte flößt seinen Freunden die meiste Besorgnis ein, ob er nicht in Überschätzung seiner Leistungsfähigkeit sich in den Anforderungen dieser Gewaltaktionen an Bestand und Ausdauer seiner Kraft arg verrechnet haben könnte.

Tritt aber dieser Fall ein, kommt Graf Witte bei einem Kurzsprunge — um im Sportbilde zu bleiben — zu Falle, bevor er über das vacuum horror hinweg den festen Boden unter den Füßen erreicht, dann sei Gott Rußland gnädig! Daß dann das unhaltbare Gebälk des Staatsgebäudes zusammenstürzt, um in wüstestem Chaos alles zu begraben, was unter seinem Dache wohnt, das ist

auch die Meinung derjenigen, die heute im zuversichtlichsten Optimismus nur die geglättete Meeresoberfläche, nicht aber das dräuende Walten der finstern Mächte in den Unterströmungen erblicken, die dem Genius des neuen Staatslenkers vertrauen und sich begeistert um seine Fahne scharen.

XVI.
Die neue Regierung und die Umsturzparteien.

St. Petersburg, 6. November 1905.

Von Stunde zu Stunde treten aus dem lodernden Hochofen der Regierungswerkstatt Umrisse, Form und Gestaltung der Neuschöpfung plastischer hervor, von dem gesamten Russenvolke in gespanntester Aufmerksamkeit erwartet und von der ganzen zivilisierten Welt mit Aufmerksamkeit und Interesse verfolgt.

Kennt man auch noch nicht die letzten Ziele, noch die Grenzlinien in der Fortschrittspolitik des Grafen Witte, so kristallisiert sich doch um so deutlicher als fester Punkt „in der Erscheinungen Flucht" der kundgegebene Entschluß des neuen Steuerführers, von dem eingeschlagenen Kurse nicht um eine Linie abzuweichen.

In meinen jüngsten Ausführungen, nach den unmittelbaren, von aufrichtigen Freunden Rußlands und ebenso ehrlichen Anhängern einer freiheitlich fortschreitenden Politik, vor kaum 48 Stunden empfangenen Eindrücken, habe ich die Besorgnis aussprechen müssen, ob Zeitpunkt, Art und Tempo für die fundamentalen Umgestaltungen richtig gewählt sind: Ob nicht nach dem vielberufenen Sprichworte: „L'appetit vient en mangeant" die sozialrevolutionären Parteien die dem Zaren und seinem neuen Paladin unter dem Hochdruck des Volksaufstandes abgerungenen Konzessionen, nicht lediglich als der einbekannten Schwäche abgerungene „Sakuska" (Vorspeisen), ansehen werden, um bei allernächstem Anlaß, unter dem gleichen Terrorismus die Auftischung der gesamten Speisefolge bis zu Kaffee und Likören einfordern würden, um erst bei der aromatischen Friedenszigarre zur „entente cordiale" die Hand zu bieten.

Heute darf ich aus zuverlässigster Quelle die Beruhigung aussprechen, daß die Darbietung der neuen Regierung kein appetit-

reizendes Hors-d'œuvres, sondern den Gesamtinhalt der Mahlzeit darstellt, die der Reichskoch seinen Kostgängern vorzusetzen hat. Damit wird das „Tischlein deck dich" reinlich bis zum letzten Krumen abgetragen, unbeschadet darum, ob die Empfänger der Gabe mit einem dankbaren „gesegnete Mahlzeit!" oder mit mürrischer Kritik, oder sei es auch mit empörter Auflehnung Quittung leisten.

Das Amnestiegesetz soll als eine organische Folge zur Konstitution, wie die Erweiterung des Wahlrechtes als eine notwendige Ergänzung angesehen werden, und die Schaffung des Ministerkabinetts bildet ihre unerläßliche Vorbedingung. Als weiterer und schließlicher Ausfluß der Staatsreform mußte auch Finnland seine Verfassung als Krönung des Gesamtwerkes gegeben werden.

Die Zahl der Ministerien wird vergrößert, die Einteilung einiger Ressorts geändert. Es ist die Schaffung eines neuen Handelsministeriums vorgesehen, dem auch das Ressort der Handelsmarine angegliedert werden soll. Die Oberpreßverwaltung in ihrem heutigen Bestande wird aufgelöst, die weltberüchtigte Zensur hat mit dem letzten Wochenschluß den wesentlichsten Teil ihrer Tätigkeit eingestellt, die Herren Zensoren laufen stellesuchend von Behörde zu Behörde. Auch in der Polizei-, wie in der Post- und Telegraphenverwaltung stehen prinzipielle Umgestaltungen bevor. Gestern hat Minister Bulygin, als vierter der seitherigen Ressortchefs, seinen Abschied genommen, und schneller als gedacht, hat sich meine Voraussage erfüllt, daß sämtliche staatliche Verwaltungen mit neukommenden Männern besetzt sein werden.

Die kursierenden Ministerlisten in dieser Stunde zu kolportieren, darf ich mir versagen, um so mehr, weil nicht jeder „Berufene" darum ein „Erwählter" ist.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß Graf Witte sich auch schon manchen Korb bei Staatsmännern geholt hat, die entweder die weise Vorsicht üben, sich nicht vom Ansturm der ersten Kraftentfaltung unserer demnächstigen Reichsduma zermürben zu lassen, sei es, daß sie die prävalierende Persönlichkeit Wittes zu sehr scheuen, um gerade aus seiner Hand ein Ministerportefeuille anzunehmen.

Ist dieses in den Grundzügen skizzierte Staatswerk vollendet,

so will Graf Witte sich der inneren Konsolidation seiner Schöpfung widmen, durch keine Machtentwicklung der Unersättlichen von seinem Wege abirren lassen, sondern jeder Mehrforderung mit nachdrücklichster Entschiedenheit einen wirksamen Damm entgegensetzen.

Graf Witte ist sich klar bewußt, daß das gesamte russische Regierungssystem mit seinen Anachronismen, Korruptionen, Willkürexzessen und Mißbrauchsherrschaften das einstimmige Verdammungsurteil aller Kulturstaaten gefunden hat.

Auch die Richtigkeit der in meinen vorgestrigen Ausführungen wiedergegebenen Befürchtungen, daß das zu plötzliche Nachgeben und Entgegenkommen der neuen Regierung in der Bewilligung der an sich wünschenswerten Freiheit für die übrigen europäischen und besonders für die Nachbarregierungen eine nicht zu unterschätzende Gefahr enthalten, wird von dem kommenden Ministerpräsidenten sehr wohl anerkannt.

Wohl aber hofft Graf Witte, daß sein unerschütterlich feststehender Entschluß, die gewährten Volksrechte und Freiheiten nach Treu und Glauben pünktlich zu erfüllen, ohne Abstrich, aber auch ohne weitere Zugeständnisse, zur Folge haben werde, daß das schwer erschütterte Vertrauen zur Staatslenkung Rußlands seitens der Nachbarvölker und Regierungen zurückkehren und daß der neuen Regierung für die Durchführung ihres Reformwerkes wohlwollende Zustimmung zuteil werden wird.

Die neue Regierung Rußlands hat unter Respektierung des Grundsatzes, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, dem Volke in einem Zuge und in vollgeschütteltem Maße gegeben, was des Volkes ist.

XVII.
Generalstreiks.

St. Petersburg, 7. November 1905.

Nachdem ich in meinem vorangegangenen Briefe meine Auffassung über die durch das Reformwerk des neuen Regimes geschaffene Sachlage dargetan, nahm ich heute Veranlassung, mich mit einer dem Grafen Witte nahestehenden, politisch durchaus ver-

trauten Persönlichkeit, über das gleiche, die gegenwärtige politische Diskussion selbstverständlich allein beherrschende Thema, eingehend zu unterhalten, und skizziere in nachstehendem die Auffassung meines Gewährsmannes, wenngleich und weil diese sich nicht in allen Punkten mit meinen eigenen Ausführungen deckt.

Zwei Tendenzen sind in hiesigen politischen Kreisen heute, nachdem die starke Gemütsbewegung der Tage des allgemeinen Aufstandes nunmehr kühlerer Erwägung Platz gemacht hatten, bemerkbar hervorgetreten: die eine umfaßt die Frage, ob der Leiter der soeben eingeleiteten neuen Politik, Graf Witte, durch die starke Nachgiebigkeit in Erfüllung der Volkswünsche sich nicht auf eine schiefe Ebene begeben, auf der es keinen Halt gibt, so daß er gezwungen sein werde, selbst den phantastischsten, ausschweifendsten Forderungen der Revolutionäre Schritt für Schritt zu folgen, um sich mindestens den zeitweiligen Frieden und die Regierungsfähigkeit zu ermöglichen.

Die zweite, diesem Zweifel entgegenstehende Frage gipfelt darin, ob dank der gewährten Freiheiten und Rechte eine wesentliche Abschwächung der aufrührerischen Bewegung und die Wiederherstellung des normalen Lebens in Rußland in Sicht steht.

Das gemäßigt liberale Element, das hier zweifellos die entschiedene Majorität der gebildeten und besitzenden Stände ausmacht, vertraut vollkommen der neuen Führung, ist entschlossen, diese zu unterstützen und ist dabei von der Überzeugung geleitet, daß der vom Grafen Witte eingeschlagene Weg bereits Gutes gebracht hat und noch Besseres von ihm zu erwarten steht.

Solange das russische Volk unter dem Druck des bureaukratischen Regimes schwer zu leiden hatte, jede freiheitliche Bewegung nur zu den erträumten Hoffnungen gehörte, hatte die Regierung in den breiten Schichten des Volkes keinen verläßlichen Stützpunkt; sie nahm im Gegenteil eine das Volk ohne jedes Verbindungsglied überragende und deshalb gänzlich isolierte Position ein.

Die Abneigung und Opposition gegen die administrative Willkür war selbst in sonst durchaus gemäßigten Kreisen von an sich liberaler, ja selbst konservativer politischer Gesinnung so stark, daß eine stetige, unaufhaltsame Wandlung in radikalem Sinne auch bei diesen höheren gesellschaftlichen Elementen zu verzeichnen war.

Je mehr die Freiheitsbewegung überhand nahm, desto mehr wuchsen die Sympathien der intelligenten Kreise für die extreme, ja selbst für die revolutionäre Partei. Der Glaube an die Mission der politischen Revolution steigerte sich mit jedem von ihr errungenen Augenblickserfolge.

Dieser bedenklichen Tendenz der gebildeten Bürgerkreise und der oberen Stände, mit den internationalen Revolutionären zu liebäugeln und unter Umständen gemeinsame Sache zu machen, ist, nachdem das geschickt gewählte Regierungsprogramm des Grafen Witte nach langem Ringen und Schwanken die Anerkennung des Zaren gefunden hat, mit einem Schlage Einhalt geboten. Wer wollte bestreiten, daß an dem der Manifestverkündung in der Nacht von Montag folgendem Dienstag trotz Aufflackern der Volksleidenschaften an verschiedenen Stellen und trotz bedauerlicher Ausschreitungen, sowie blutigen Zusammenstößen, doch im großen und ganzen die Ruhe in der Hauptstadt zurückgekehrt war, die den Befreiungstag als Festtag mit allen äußeren Ehrungszeichen und mit innerem Jubel aufgenommen hat. Wie in der Hauptstadt, so war es auch in den andern großen und kleinen Städten Rußlands bis in die fernsten Provinzgebiete.

Spontane Reden in kleineren und größeren Kreisen wurden zur Feier der neuen Ära gehalten, in welchen bereits unzweideutig die Umkehr von der extremen Richtung und die Zuwendung zur neuen Regierung hervortrat.

„Hätte ich gestern gewahrt, daß ein Kosak die Knute gegen Arbeiter erhob, ich würde ihn mit dem Revolver heruntergeschossen haben; bemerke ich heute dasselbe, so drücke ich dem Kosaken die Hand.“ Dieser Ausspruch wurde am Dienstag vormittag in dem stadtbekannten Cubatschen Restaurant von einem hochangesehenen freien Bürger getan, der, wie seine durchaus charakteristische Rede zeigt, eine innere Sezession von einem zum andern Tage vollzogen hat.

In der Tat haben sich seither die Liberalen aller Schattierungen von den Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären nicht nur energischest zurückgezogen, sondern erklären ihnen den offenen Krieg. Von Tag zu Tag verlieren die ultraradikalen Elemente an Zahl, Ansehen und Bedeutung.

Ja sogar im bisher festgeeinten Lager der sozialdemokrati-



Gen.-Adjut. Vize-Adm. Rojestvensky.

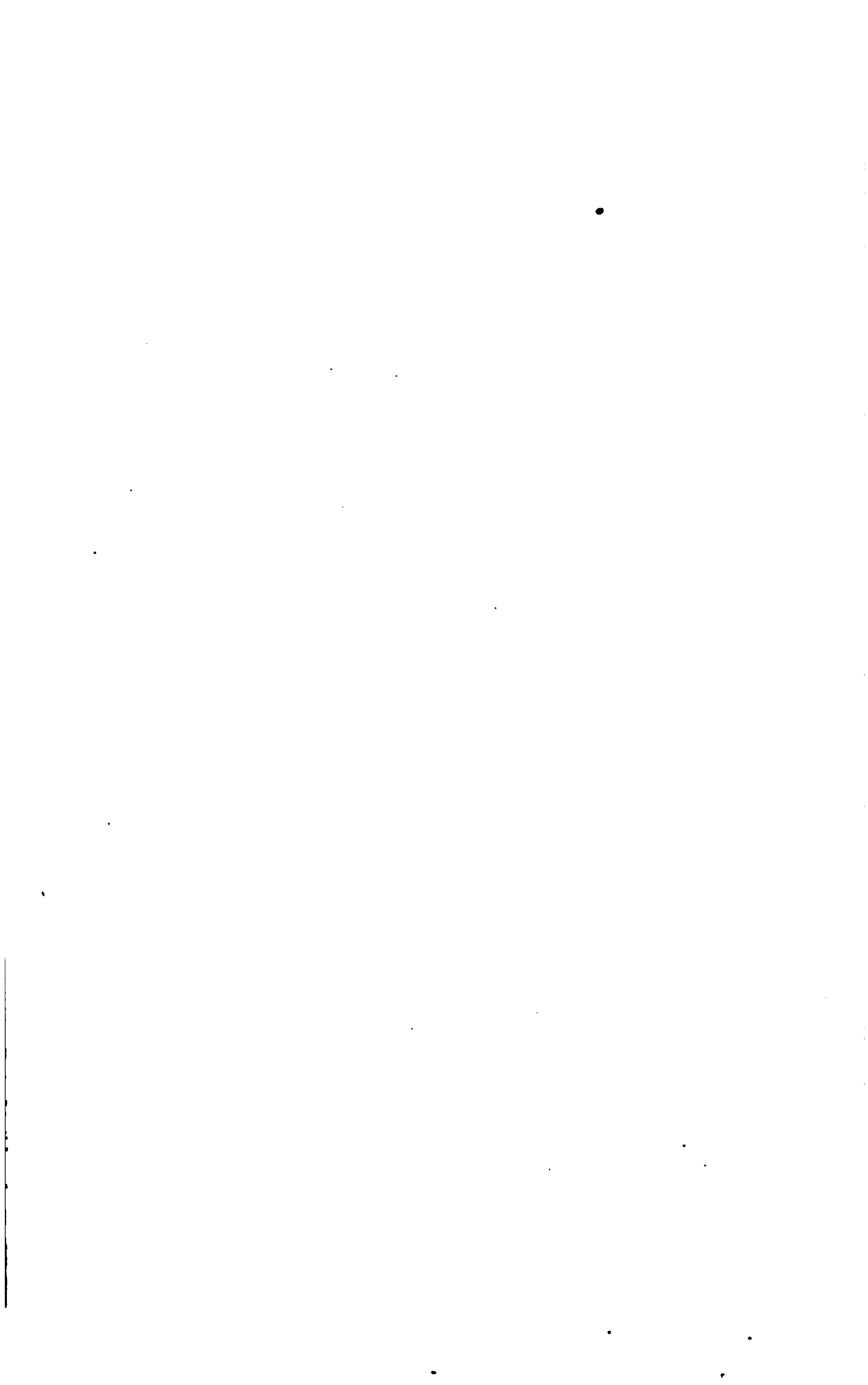
Gen.-Adjut. Vize-Adm. Avelan.



D. F. Trepow. Ehemal. Gen.-Gouverneur von St. Petersburg.



General A. F. Roediger, Kriegsminister.



schen und sozialrevolutionären Partei existiert heute keine Einigkeit mehr; während mindestens ein erheblicher Teil der Sozialdemokraten mit dem Erreichten sich als vorläufig befriedigt erklärt und die Gleichgesinnten zur Aufrechterhaltung der Ordnung wie zur Wiederaufnahme der Arbeit angehalten hat, setzen die Revolutionären die Streikbewegung fort und erklären, auf ihrem Standpunkt beharren zu wollen, bis das Ideal: die demokratische Republik erreicht ist.

Der bewirkte Abstrom der revolutionären Hochflut im Momente der höchsten Gefahr für den Bestand der Monarchie und der gesamten Staatsordnung im russischen Reiche, sowie die Hintanhaltung eines Bruderkrieges, der Ströme von Blut gekostet und das ohnehin schwer geschädigte Prestige Rußlands vielleicht empfindlicher getroffen hätte, als der Konflikt mit Japan, enthalten ein tatsächliches und eminentes Verdienst Wittes, das ihm die Dankbarkeit und das Vertrauen seines Monarchen und eines starken Teils der besonnenen Politiker inner- und außerhalb Rußlands gesichert hat.

Auf der andern Seite wird Rußland und ganz Europa behutsam auf der Wacht bleiben, daß und ob die gemachten Zusagen für den Ausbau einer neuen Staatsordnung auch vollinhaltlich zur Verwirklichung gelangt; eine Garantie, die trotz des unzweifelhaften guten Willens des Zaren und des Grafen Witte nach den Erfahrungen, die man in diesem Lande der unbegrenzten Überraschungen gemacht hat, keineswegs feststeht!

Unleugbar würden Manifest und Proklamation der Montagsnacht einen bei weitem wirksameren Eindruck in allen Bevölkerungsschichten gemacht haben, wenn die Regierung sich hätte entschließen können, die versprochenen Freiheitsrechte durch Dekret des in seinem Willen unbeschränkten kaiserlichen Selbstherrschers provisorisch bis zum Zusammentritt der Reichsduma oder durch oktroyierte Konstitution zur Tat werden zu lassen; allermindestens hätte sich die sofortige Zusammenberufung der konstitutionellen Versammlung in Verbindung mit der Verkündung der Montagsnacht als ungemein praktisch erwiesen.

Die unter solchen Umständen einberufene gesetzgebende Versammlung würde sicher keine republikanische Staatsordnung gefordert haben, sondern die Abstimmung hätte schon nach den

oben skizzierten Symptomen einzig und allein eine überwiegend Majorität für die konstitutionelle Monarchie ergeben; mehr ve langt hier mit Ausnahme der Revolutionäre niemand.

Ganz anders gestaltet sich das Bild freilich, wenn die ve sprochenen Freiheiten, gleichviel durch welche Umstände, etw nur auf dem Papier bleiben sollten. Dann entgeht Rußland nich einer Revolution von ungeahnten Dimensionen; diese Voraus sage stützt sich auf Beobachtungen und Tatsachen und nicht etw auf theoretische Kombinationen.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß di eben durchlebte Volkserhebung, etwa von Agitatoren künstlicl hervorgerufen worden sei, welche die dunkle Masse benutzen um mit Aufstachelung niedriger Instinkte willenlose oder halb blinde Mengen in die revolutionäre Bewegung hereinzuziehen.

Ein Rückblick zu den Revolutionsperioden in Frankreich Deutschland, Österreich: in Gegenüberstellung zu den Ereignissen die sich soeben in Rußland abgespielt, zeigt deutlich, daß wi es hier mit den Gärungsprozessen der sozialen Kräfte zu tun haben, die, in Formen eingezwängt, einem längst verflossenen Zeitalte angehörend, einen Ausgang suchen und den Damm gewaltsam durchbrechen, der sich der elementaren Bewegung entgegenstellt. Dieses gewaltsame, einheitliche Niederringen aller Hindernisse, um dem gleichen Ziele zuzustreben; die geeinte Solidarität der sonst einander schroff entgegenstehenden Interessen hat die wohlvorbereitete und grandios durchgeführte Entladung herbeigeführt, die in Unterbindung aller Lebensfäden des öffentlichen Verkehrs, im Generalstreik zum Ausbruch und Ausdruck kam.

Ob der vom Grafen Witte beschrittene Weg, auch bei strikter Einhaltung der vorgesehenen Richtung dazu führen wird, die Ruhe im Lande vollkommen herzustellen, ist freilich eine Frage, die nicht ohne weiteres mit einem kurzen, zuversichtlichen „ja“ beantwortet und abgetan werden kann.

Auf der einen Seite gilt es, die Revolution „von unten“ im Schach zu halten; auf der andern Seite ist aber bereits das Wetterleuchten der drohend herannahenden Revolution „von oben“ wahrnehmbar.

Die Situation zeigt somit den Grafen Witte in einer von zwei Seiten mehr als kritisch bedrängt.

Gelingt es den vordringenden „hohen“, nicht allzu zahlreichen, aber übermächtigen Einfluß und immerhin nicht zu unterschätzenden Anhang gebietenden Revolutionären, festen Fuß zu fassen, so ist die Prognose für das Witteregime keine allzu rosige.

Wie aus der Ära Plehwe unseligen Andenkens bekannt, der das frivole Mittel der Aufeinanderhetzung einer Bevölkerungsgruppe gegen die andere mit vollendeter Meisterschaft betrieben hat, scheuen die verbissenen Reaktionäre vor keinem Mittel zurück, um ihr Machtbedürfnis zu befriedigen.

Die Meldungen aus Tomsk, wo annähernd 600 Menschen von den sogenannten „Nationalisten“ lebendig verbrannt wurden, aus Baku, wo etwa 200 Mann beim jüngsten Aufstand allein ums Leben gekommen sind, aus Odessa, wo die Zahl der Ermordeten, Verbrannten und Verwundeten die erschreckend hohe Zahl von beinahe fünftausend aufweist, geben einen trüben Voraufblick, wobei schwer ins Gewicht fällt, daß fast jeder einzelne telegraphische Bericht über die vorgekommenen Ungeheuerlichkeiten hinzufügt: „Die Polizei war auf seiten der Nationalisten.“

Auch das Ausland kennt sehr wohl die Namen der reaktionären Politiker von der Prägung eines Grafen Ignatiew, des Reichsrat-Mitgliedes Styschinsky, des Generals Bogdanowitsch, des Herrn Pobiedonoszew — um nur einige hervorragende Namen zu bezeichnen. Aus diesen Kreisen wurde dem Zaren — wie ich heute erfahre — die Annahme eines Manifestes zugemutet, worin das Volk aufgefordert werden sollte, eingedenk zu bleiben, daß die Selbstherrscherschaft als unerschütterliches Fundament im russischen Reiche zu gelten habe; sowie, daß die Freiheit dem Volke gegeben ist, nicht etwa, um die Selbstherrscherschaft zu untergraben, sondern sie zu stützen. Die Wirkung der Veröffentlichung eines derartigen Dokumentes in den Stunden der elementaren Entfesselung des Gewittersturmes, ist nicht gut auszudenken.

Die verbürgte Tatsache beweist aber, mit welchen Schwierigkeiten der heute auch in aller Form ernannte Ministerpräsident und seine Regierungsgenossen zu kämpfen, und welchen Aufwand von Energie und Arbeit sie noch zu betätigen haben werden, um nicht in dem Wirbel der beiden revolutionären Gegenströmungen ihren vorzeitigen Untergang zu finden. Bei der schwierigen Auswahl seiner zukünftigen Mitarbeiter fallen Erwägungen in der

eben dargetanen Richtung nicht ganz unwesentlich in die Wa schale. Die bis heute namhaft gemachten Ministerkandidaten we den durchweg als dem Volke wenig imponierende Staatsmänne zweiter Ordnung gekennzeichnet.

Die Zusammenfassung der hier entwickelten Sachlage gipfel in folgendem: Mit den proklamierten Freiheiten, Rechten und Re formen ist die große Mehrheit der urteilsfähigen Politiker einver standen und zufrieden. Die liberalen, teilweise auch die radikale Elemente, schließen sich der neuen Regierung in einer noch in de Bildung begriffenen neuen Partei mit entschiedener Kampfesstel lung gegen die Revolutionäre an. Weit gefährlicher erschein gegenwärtig die Revolution „von oben"; sie bedroht die neue Re gierung und versucht eine Gegenbewegung gegen das neue Regime hervorzurufen. Gelingt es der neuen Regierung, den Gefahren aus dem Wege zu gehen, so ist Rußland für geraume Zeit von der Anarchie gerettet. Stürzt Witte, so stehen dem Staatskörper neue Erschütterungen bevor, die vielleicht der Halluzination von der „demokratischen Förderativrepublik" mindestens für eine kurze Spanne Zeit ernstere Gestalt geben könnte.

XVIII.
Authentisches vom Kaukasus.

St. Petersburg, 8./21. November 1905.

Eine Nachprüfung der grauenvollen Ereignisse, die sich, bluti ger und tiefgehender als in irgend einem Teile Rußlands, in drei verschiedenen Epochen — im Februar, im August und zuletzt im Oktober vor. Js. — im kaukasischen Gebiete abgespielt haben, bietet mehr als nur historisches Interesse dar; denn die Wirkun gen der enormen Schädigungen, die diesen durch ihre Naphtha und Eisenindustrie besonders wichtigen Landesteilen in politi scher, wie in kommerzieller Richtung zugefügt wurden, sind noch lange nicht überwunden. Zudem vermag niemand abzusehen, wie bald, oder wie wir einstweilen hoffen wollen, wie ferne eine er neute Unterbrechung der erst in den allerjüngsten Tagen errun genen Ordnung der schwergeprüften Bewohnerschaft zu teil wer den wird.

Ich habe deshalb die augenblickliche Anwesenheit des Konsuls einer befreundeten Großmacht in Baku gern benutzt, um eine zuverlässige Darstellung über die Vorgänge, die sich in seinem Amtssitz und vor seinen Augen, zuweilen unter den dringendsten Gefahren für sein und der Seinigen Leben abgespielt haben, zu erhalten.

Um das materiell Wichtige vorweg zu nehmen, darf erfreulicherweise festgestellt werden, daß der auf Grund der ersten Berichte — selbst in hiesigen amtlichen Kreisen auf etwa eine halbe Milliarde Rubel geschätzte Schaden — den die Naphthaindustrie durch Brandstiftung erlitten haben soll, beträchtlich geringer ausfallen wird. Die Ermittelungen sind noch nicht völlig abgeschlossen, doch dürfte der Gesamtschaden, nach meinem Gewährsmann, die Ziffer von 35 Millionen Rubel kaum überschreiten.

Um auch die politisch interessanteste, wenn auch betrüblichste Tatsache gleichfalls voranzustellen, so steht unzweifelhaft fest, daß die wesentlichste Schuld oder Mitschuld an Entstehung, Umfang und Verlauf der in dreifacher Wiederholung vorgefallenen Greueltaten der Unfähigkeit, zuweilen auch der Böswilligkeit der Regierungs- und Polizeiorgane höherer und niederer Gattung zuzuschreiben ist. Leider kann auch für die Ereignisse im Kaukasus keine Milderung oder Abschwächung in dem Hinweis auf übertriebene Darstellung, wie bei Beurteilung der Schadenssumme gefunden werden. Der im Amte ergraute, in seinem Wesen abgeklärt ruhige und in seiner Gesinnung ebenso maßvolle, wie durchaus objektive Konsul erklärt die Beschreibungen der Zustände und Vorkommnisse, wie er sie in russischen und außerrussischen Blättern gelesen habe, als durchaus zutreffend; zumeist sogar noch glimpflicher abgefaßt, als die amtliche Berichterstattung, die er seiner Regierung geliefert hat.

Schweres Verschulden trifft in erster Reihe den Fürsten G a l i t z i n, den Vorgänger des Grafen Woronzow-Daschkow, als Statthalter im Kaukasus. Fürst Galitzin beseitigte planmäßig alle Beamten, die an den Eisenbahnen, an den Post- und Telegraphenämtern, oder in sonstigen öffentlichen Diensten standen, soweit es sich um Eingeborene, Armenier, Mingrelen und selbst den der russischen Religion nächststehenden Grusinen handelte; um diese allesamt durch Russen zu ersetzen.

Die dadurch entstandene Mißstimmung wurde durch Über
nahme des von den Armeniern in Baku ersammelten Schulbau
fonds nebst der Gemeinde gehörenden Schulländereien in Re
gierungsverwaltung durch einfache, kurze Verordnung ohne jede
Rechtsgrundlage zur tiefsten Erbitterung gegen das russische
Regime entwickelt. Die gleiche autokratische Willkür und Unter
drückungsherrschaft führte demnächst zur Administration der
armenischen Kirchengüter; eine Maßnahme, die begreiflicher
weise die gänzlich rechtlos gemachten Armenier zum Widerstand
gegen die Peiniger aufreizte, so daß die mit der Schließung der
armenischen Kirche beauftragten Kosaken von der vor der Kirchen
tür versammelten Gemeinde mit Revolverschüssen empfangen
wurden, was die Kosaken mit einer Gewehrsalve beantworteten.
Während in den Reihen der Kosaken nur ein Mann fiel, sanken
an 20 Armenier am Fuße der von ihnen verteidigten Kirchentüren als Leichen zur Erde.

Die Verfolgung der vielfach nicht mit Unrecht der politischen Konspiration gegen Rußland verdächtigten Armenier wurde in schonungslosester und rücksichtslosester Weise ohne jeden Unterschied auf Schuldige und Unschuldige ausgedehnt, so daß der geringste Verdacht, oder die haltloseste Anschuldigung seitens eines übelwollenden Tschinownik zu den schwersten Konsequenzen, wie administrative Verschickung, Verhaftung und sonstigen tiefen Eingriffen in Leben und Vermögen der Betroffenen ausreichten.

Durch angesehene Stellung, zugleich auch vermöge seiner unantastbaren Unbescholtenheit als besonders markantes Opfer der russischen Schreckensherrschaft in weiten Kreisen bekannt, war der Fabrikant und Vorsitzende des armenischen Klubs namens Mingreff, dessen Fall in armenischen Kreisen ganz besonders viel böses Blut erregte. Der Genannte hatte am Tage des blutigen Zusammenstoßes vor der armenischen Kirche die im Klubgarten der Armenier konzertierende Musikkapelle aufgefordert, das Spiel zu unterbrechen. In dieser Aufforderung erblickte ein anwesender russischer Offizier eine Demonstration gegen Rußland, erstattete darüber dem Generalgouverneur in Tiflis telegraphischen Bericht und Fürst Galitzin verfügte die sofortige Ausweisung Mingreffs aus Baku, worauf sich dieser nach Petersburg begab.

Wenige Wochen später wurde gegen den Fürsten Galitzin anläßlich einer Ausfahrt mit seiner Gemahlin ein Attentat verübt, indem drei vermummte Reiter sich dem Wagen entgegenwarfen, den Fürsten aus dem Wagen zerrten und ihm mehrere Dolchstiche versetzten. (Der Fürst ist übrigens von seinen Wunden genesen und lebt nach seiner inzwischen erfolgten Abberufung, als Reichsratsmitglied in Petersburg.) Auf Grund der gänzlich unerwiesenen Ausstreuung, daß die drei Attentäter, die übrigens alle drei durch die Flintenkugeln der zum Schutze des Generalgouverneurs herbeigeeilten Kosaken getötet wurden, früher in Diensten Mingreffs gestanden hätten, wurde letzterer während einer Vorstellung in der Petersburger Oper verhaftet und in Frack und weißer Binde, wie er ging und stand, nach Tiflis befördert, wo er, ohne den Gesellschaftsanzug wechseln zu dürfen, viele Monate inhaftiert blieb, wiewohl er den Nachweis zu erbringen vermochte, daß er in keinerlei Beziehungen zu den Attentätern gestanden habe. Während seiner Gefangenschaft war die Gattin Mingreffs schwer erkrankt, ein Kind war ins Grab gesunken, Peinigungen aller Art wurden dem Gefangenen auferlegt, bis schließlich mangels jedes Anhaltspunktes wider ihn seine Freilassung erfolgen mußte, jedoch durfte er nach wie vor Baku nicht betreten, sondern wurde nach einer andern Gouvernementsstadt verschickt.

Das Signal zur Februarrevolte gab die Attacke eines Tataren gegen einen armenischen Soldaten, der den Bruder des Tataren auf einem Gefangenentransport bei dem Versuche, zu entweichen, pflichtgemäß niedergestreckt hatte. Der Tatare nahm an dem Armenier Blutrache und erschoß ihn, worauf der Tatare von herbeigeeilten Armeniern massakriert wurde. Nun standen mit einem Male die bis dahin in vollstem, harmonischem Einvernehmen friedlich nebeneinander und miteinander lebenden Nationen als zwei Kriegsheere sich gegenüber. Da die Tataren in zweifacher Überzahl waren und außerdem von den Behörden ersichtlich unterstützt wurden, so konnte der Ausgang des ungleichen Kampfes nicht zweifelhaft sein. Die Tataren, mit Waffen von der Polizei gut ausgerüstet, töteten die Armenier rudelweise, steckten ihre Häuser in Brand, raubten, plünderten, schändeten in tierischer Lust, Blut- und Beutegier, solange und soviel es ihnen gefiel, während Militär- und Polizeiorgane sich an dem Schauspiel als

passive Zuschauer ergötzten. Der von der gesamten Bevölkerung Bakus hochgeschätzte und allgemein beliebte Gouverneur Rogge, war vom Fürsten Galitzin abgesetzt und an seiner Stelle der später ermordete Fürst Nakaschidze eingesetzt worden. Mein Gewährsmann hat nun persönlich beobachtet, wie der neue Gouverneur Nakaschidze bei einem Ausritt, von 60 Kosaken umgeben, einem Streifzug revoltierender bewaffneter Tataren begegnete, sich in aller Gemütsruhe längere Zeit mit dem Anführer der Mordbrenner unterhielt, dann mit seinen Kosaken abzog, ohne an Einschreiten überhaupt zu denken.

Nachdem die Tataren ihren Tatendurst ausreichend gelöscht, trat verhältnismäßige Ruhe ein, die bis etwa Anfang August anhielt. Um diese Zeit fand das Bombenattentat gegen den Fürsten Nakaschidze statt, der nun durch den Gouverneur Fadejeff ersetzt wurde. Wiederum genügte eine geringfügige Veranlassung, um die von den zur Hütung der öffentlichen Ordnung bestellten Organen geschürten Tataren zu neuen, noch grausameren Überfällen gegen die Armenier zu entfesseln. Bezeichnend für die Umsicht und den guten Willen der Behörden ist das verbürgte Moment, daß mein Gewährsmann in Voraussicht der drohenden Gefahr sich in seiner amtlichen Eigenschaft als Konsul zum Gouverneur begab, um für sich und seine Kolonie den erforderlichen Schutz zu erwirken.. Der noch heute amtierende Gouverneur Fadejeff wies das Ersuchen lächelnd zurück, es sei purer Unsinn, an eine Störung der Ruhe auch nur zu denken; träte sie aber trotz alledem wirklich ein, so verfüge er — der Gouverneur — über soviel Militär, um innerhalb einer Stunde jede Revolte niederzuschlagen.

Noch war nicht ein Tag seit dieser Unterredung verflossen, als der Krieg zwischen Tataren und Armeniern in erneuter und verstärkter Vehemenz wieder zum Ausbruch kam. Der Gouverneur, dessen Weitblick sich so glänzend bewährt, hatte, wie sich nun herausstellte, im ganzen 700 Mann zur Verfügung, die zwar richtig innerhalb einer Stunde in Bereitschaft waren, sich aber als vollständig ohnmächtig erwiesen. Es gibt keine ausdenkbare Scheußlichkeit, die bei dem nun folgenden Gemetzel, das Baku buchstäblich in ein Blutbad verwandelte, nicht begangen wurden. Um an einem hervorragenden Armenier nur des Prinzips willen

ihr Mütchen zu kühlen, ohne daß dieser, der in stiller Zurückgezogenheit und fleißiger industrieller Arbeit lebende Millionär Laleiew den Angreifern das geringste zu Leide getan hatte, bestrichen die Tataren das Etablissement und das Wohnhaus Laleiews mit Petroleum und steckten den ganzen Komplex in Brand. Als Laleiew mit seiner Familie, um das nackte Leben zu retten, einen Ausgang durch die Rauchsäulen suchte, wurden er und die Seinigen in der schmachvollsten Weise massakriert.

Als die Behörde endlich den Zeitpunkt als gekommen erachtete, den Greueltaten Einhalt zu gebieten, beschied der Gouverneur die angesehensten Führer beider Nationen zu sich, die Friedensbedingungen wurden schriftlich stipuliert, die Armenier boten eine Million Rubel als Kaution für jeden durch ihre Zugehörigen etwa verursachten Schaden, die Tataren verweigerten dagegen die gleiche Sicherstellung. Der Frieden kam gleichwohl zustande, aber am selben Abend legten die Tataren ohne jeden Grund und Veranlassung 16 weitere armenische Häuser in Asche und ermordeten 300 Armenier. Nun erst raffte sich die Behörde zu energischen Maßnahmen auf, das Standrecht wurde proklamiert, die Mulahs wurden aufgeboten, um den Übeltätern mit Ausschluß aus der Religionsgemeinschaft zu drohen. So gelang es schließlich, zu einem zweiten, dem sog. definitiven Frieden zu gelangen, der glücklich bis zum 21. Oktober anhielt.

Von der Stunde der Bekanntwerdung des Freiheitsmanifestes begann die Bewegung der Revolutionäre, der Hooligans, der Studenten und Schüler, der gesamten unter der roten Fahne sich zusammenscharenden aufgewühlten Massen. Nun erst kamen die Früchte zur Reife, welche die Ära Plehwe gesät und seine übereifrigen Schüler Galitzin und Nakaschidze gezüchtet hatten. Die Gegeneinanderhetzung der Bevölkerungsklassen und Gemeinschaften zur Verfolgung politischer Zwecke, die das russische Bureaukratensystem Jahre hindurch verfolgt, war nun zur Waffe gegen die Regierung geschmiedet worden. Im Banne des Freiheitstaumels verkündete die blutige Revolution den Krieg, zugleich der Regierung, wie den besitzenden Klassen. Von neuem und nunmehr in zügelloser Ausbreitung arbeiteten der Mordstahl, die Brandfackel, die Schußwaffen, die Wurfgeschosse. Was der aufgewühlte Schlamm an niedrigen Instinkten und Leidenschaften

in den Tiefen der Menschheit bloßgelegt hatte, was Grausamkeit und Unmenschlichkeit ersinnen konnten, feierte wahre Orgien. Der gesamte Kaukasus wurde von den siegreich vordringenden Revolutionsführern besetzt, von dem übrigen Rußland und von dem sonstigen Weltverkehr abgeschnitten, die Zügel der Regierung entsanken den schwachen und ohnmächtigen Machthabern; die Revolutionsregierung behauptete den Platz.

XIX.

Persönliche Eindrücke aus den Revolutionsgebieten.

St. Petersburg, 9./22. November 1905.

In der anerkennenswerten Bemühung der Regierung, über die politischen Zustände in den verschiedensten Gebietsteilen des weiten russischen Reiches aus unmittelbarer Anschauung geschöpfte Berichte und Urteile zu erlangen, bereiste im höheren Auftrage ein politischer Beamter den Nordwesten Rußlands. Bei seiner gestern erfolgten Rückkehr erhielt ich von dem bezeichneten Vertrauensmann die nachstehenden bemerkenswerten Darstellungen:

Das Gouvernement Wilna hatte nicht so alarmierende Ereignisse in die Welt hineinposaunt, wie es aus dem Kaukasus, aus Sibirien und aus den baltischen Provinzen geschehen ist, gleichwohl war die innere Bewegung in dieser Provinz für die Bewohnerschaft nicht minder fühlbarer und tiefeingreifender Art. Die aufrührerischen Organisationen, besonders der „Bund“, entwickeln auf Grund eines ausgezeichnet ausgearbeiteten Systems eine Tätigkeit, deren besondere Gefährlichkeit darin besteht, daß der „Stein durch stete Tropfen allmählich ausgehöhlt wird“, während an anderen Stellen durch kopflose Gewaltakte früher oder später eine wohltuende Reaktion seitens der Ordnungsparteien hervorgerufen wird. Arbeiterstreiks, Zusammenstöße, Exzesse, die in den nordwestlichen Gebieten so gut oder schlecht vorkamen, wie allenthalben, sollen hier gar nicht besonders hervorgehoben werden; es sind das betrübliche soziale Bewegungen, doch bedeuten diese noch keine Revolution. Daß aber in dortiger Gegend die Revolution heute so intensiv als vordem, allmählich aber sicher fort-

schreitet, das ist das ernste Moment der angestellten Beobachtungen.

Im Verlaufe fast des ganzen Monates Oktober und bis heute stand und steht der gesamte Nordwesten Rußlands unter der Macht des alleinherrschenden Bundes.

Gleich wie in den baltischen Provinzen ist der Parteienkampf auch in den nordwestlichen Gebieten lebhaft entwickelt; dort sind es die Esten und Deutschen, hier die Juden, Polen und Litauer, die sich um den dominierenden Einfluß streiten. Die Veröffentlichung des Manifestes vom 17./30. Oktober entfaltete einen äußersten Wetteifer unter diesen so verschiedenen Nationen. Die Litauer planten die sofortige Einberufung eines Kongresses in Wilna, auch fanden sich zahlreiche einflußreiche Parteigänger zu einem litauischen Organisationskomitee zusammen. Die energisch durchgeführte Agitation zur Vorbereitung der zukünftigen Kongreßmitglieder nach den Wünschen der Führer, tat auch ihre Schuldigkeit, es klappte alles ganz ausgezeichnet nach Wunsch; so konnte denn der Kongreß in Wirklichkeit alsbald zusammentreten. Gleich in seiner ersten Sitzung beschloß die Versammlung einstimmig, für die Litauer die absolute Autonomie zu fordern, im Falle der Weigerung jedoch von Rußland abzufallen, sich ihre eigene Regierung zu wählen usw. Die allgemeine Parole wurde in die Erklärung zusammengefaßt: „Weshalb sollen denn wir keine Autonomie erhalten, wenn selbst die Russen ihr Rußland nicht anerkennen wollen, sondern ihr Vaterland zerstören.“ (Ein für den Patriotismus der Russen nicht wenig beschämender Ausspruch!)

Die Polen traten nun zwar zu keinem Kongreß zusammen, wenn auch ihre Grundstimmung nicht minder „autonomistisch“ erfüllt war, nur warteten sie auf ein Signal aus Warschau.

Inzwischen aber befleißigten sich die katholischen Priester aufs beste, um das ihnen blind parierende Volk, sowohl polnischer, als auch litauischer Abstammung, von Rußland zu entfremden.

Am fanatischsten aber arbeiteten mit Unterstützung ihrer für diesen Zweck fix und fertigen Bundesorganisation, die Juden. Alles was recht ist. Mustergültig wie bei keiner der beiden vorgenannten Parteigruppierungen „stimmte“ bei dieser Organisation jede Funktionsäußerung wie auf Kommando. Ein Beispiel für viele: der Bund verstand es, den Gouverneur in Wilna derart in

Angst und Schrecken zu versetzen, daß er neue Zeitungen, die nach Veröffentlichung des Manifestes an anderen Orten wie Pilze aus der Erde wuchsen, im Wilnaer Gouvernement, nur mit Zustimmung und Genehmigung des Bundes zulassen durfte. Es entspricht der verbürgten Tatsache, daß die Presse in Wilna im Vormonat der Zensur des Bundes vollständig unterworfen war, der übrigens noch heute seinen Einfluß auf die Preßorgane ausübt.

Litauer und Polen, die zugunsten ihrer eigenen Interessen die gleiche Macht anstrebten, waren über diesen anwachsenden Einfluß des Bundes nicht wenig empört, ohne jedoch daran das geringste ändern zu können. Die Juden saßen in ihrer vielbeneideten Position; wagte es jemand, einen Angriff gegen sie zu unternehmen, so war flugs ein halbes Dutzend Bomben zur Stelle. Gegen dieses durchgreifende Argument gab die Opposition jeglichen Widerspruch alsbald auf; die Warschauer Bundesfabrik, unter Direktion des bekannten Anarchisten Schaumann, sorgte für ständige Ergänzung des Arsenals.

Diese Zustände veranlaßten fast alle besser situierten Bewohner von Wilna und Umgebung, ihr von der Natur malerisch reizvoll ausgestattetes, als litauische Schweiz mit Recht bezeichnetes Heimatland zu verlassen, um mit Kind und Kegel ins Ausland zu wandern.

Zum sozialen und nationalen gesellte sich nun auch noch der politische Streit, dem sich der Bund selbstredend begeistert anschloß; auf Geheiß des Bundes wurden sämtliche Magazine und Läden unverzüglich geschlossen. Die leiseste Weigerung wurde mit Demolierung und Brandschatzung beantwortet.

In dieser äußersten Not — denn der Kleinhandel bildet für die Mehrheit der Wilnaer Bevölkerung die Hauptnahrungsquelle — sowie nach Absetzung des bundesabhängigen Gouverneurs, rafften sich die regierungstreuen Kreise zu energischen Maßnahmen auf. Der neuernannte Generalgouverneur, General Krschiwitzky verkündete den Befehl, alle Geschäfte sofort zu öffnen, wobei er für Demolierung selbst des kleinsten Fensters eine Strafe von dreitausend Rubel zugunsten des Geschädigten, auf Kosten der konfiszierten Parteikassen androhte.

Der Erfolg dieser Ankündigung war, daß am nächsten Morgen 75 Prozent sämtlicher Läden geöffnet hatten. Nun griff die Re-

gierung gegen die Umsturzparteien mit schonungslosen Repressivmaßregeln ein. Verhaftung folgte auf Verhaftung: Journalisten, katholische Priester, Stadtverordnete, Lehrer, wurden gefänglich eingezogen. Noch bis zum heutigen Tage wird diese „Aufräumungsarbeit“ fortgesetzt, wobei, übrigens wiederum nach der andern Seite weit übers Ziel hinausschießend, auch vielfach harmlose Geschöpfe grundlos getroffen und in ihrer Existenz vernichtet werden; ein Umstand, der nicht gerade hilft, das Ansehen der neuen Obrigkeit zu heben.

Die Ruhe ist allerdings wiederhergestellt, jedoch nur äußerlich, denn der Bund arbeitet weiter und breitet sich immer mächtiger aus. Er hat einstweilen seine Fangarme eingezogen, um jedoch im geeigneten Moment den Druck seines Gewichtes fühlbar zu machen. Inzwischen vermeiden die Bundesorgane klüglicherweise alles, was sie zu gesetzlicher Verantwortlichkeit führen könnte, statt dessen begnügen sie sich mit kleinlichen Bosheiten. In der Vorwoche starb ein Attaché des Generalgouverneurs, Herr D. im „Cabinet particulier“, wo er sich mit einer in Wilna bekannten Sängerin N. zu später Abendstunde eingefunden hatte. Die Lokalchronik eines Wilnaer Bundesblattes apostrophierte dieses Vorkommnis in folgender Notiz: „Heute nacht ist plötzlich unser in der Stadt vielbeliebter Attaché des Generalgouverneurs, Herr D., gestorben. Über den Ort und Grund seines Todes erteilt ausführliche Information die zum sterben schöne Sängerin N.“

Aus einem mir von einem hiesigen erstrangigem Handelshause, das Niederlassungen in Moskau und Charbin unterhält, zur Verfügung gestellten, heute eingelaufenen Briefe seines Prokuristen vom 15. Dezember 1905 verdienen nachstehende, aus dem englischen wiedergegebene Aufzeichnungen als authentische Charakteristik eines Augenzeugen der vor wenigen Wochen dort herrschenden Situation allgemeines Interesse:

„Boy, come this side.“ Wiewohl Charbin das denkbar verwegenste Bild der Zerstörung darbietet, so freue ich mich doch, wiederum im fernen Osten zu sein. Es gibt keine Möglichkeit, hier eine Wohnung oder selbst nur ein einzelnes Zimmer zu mieten, nicht einmal in einem Hotel; Nahrung und alle anderen Bedürfnisse sind lächerlich teuer (ein Faden Holz kostet 75 Rubel, sonstiger Preis 6 bis 7 Rubel). Es gibt keinerlei Waren am Platze,

nicht die geringste Einfuhr wird ermöglicht dank der gedankenlosen Verfügungen der militärischen Autoritäten. . . .

Über das Privatleben läßt sich überhaupt keine Beschreibung machen; Charbin ist augenblicklich in einem Zustand, viel ärger als Port Arthur zur Zeit der Belagerung. Dort wußte man wenigstens, woher die Gefahr kam, hier lauert sie versteckt an allen Straßen und Ecken. Die allgemeine Aufgeregtheit ist eine Folge der Streiks und der zum Teil unverständlichen Repressivmaßnahmen der Militärbehörden, die einfach die Telegraphenbeamten aus ihrem Amte herausreißen und in Militärzüge verpacken ließ, um sie nach Europa zu verfrachten. Der Ort ist von freigelassenen Sträflingen der Insel Sachalin überfüllt, die gemeinsam mit unzufriedenen Soldaten die „Tschernaja Sotnja" (Rotte der schwarzen Hundert) bilden. Der Terror regiert in der ganzen Stadt, und allabendlich ist der Himmel vom Widerschein der rotaufflackernden Revolutionssäulen gefärbt. Während der Nächte beherrschen Strolche und Mörder die Situation. Niemand wagt es, nach Eintritt der Dunkelheit überhaupt und im Notfalle ohne starke Bewaffnung die Straße zu betreten. Ich bin glücklich, daß ich nicht verheiratet bin und nicht für Weib und Kinder Fürsorge haben muß . . ."

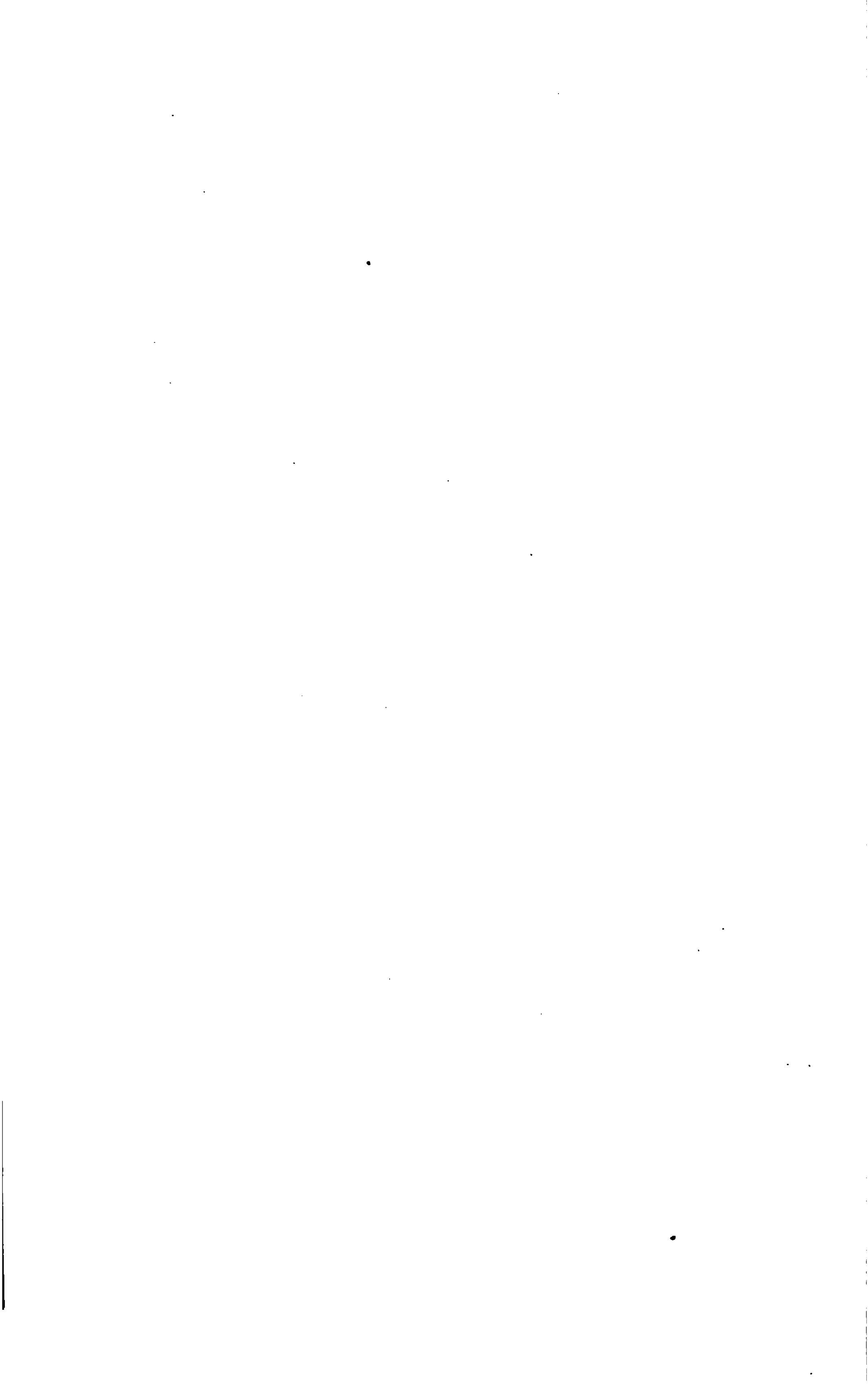
XX.
Stimmungsbeobachtungen.

St. Petersburg, 10./23. November 1905.

Ein vom Finanzministerium in besonderer Mission nach Reval entsendeter höherer Funktionär hat mir bei seiner heute erfolgten Rückkehr über die dortigen Verhältnisse nachstehendes Bild entworfen: Die Gerüchte und Meldungen über Gewalttaten, mindestens in der Stadt Reval, sind außerordentlich übertrieben worden. Von zerstörten Häusern, massenhaften Überfällen auf friedliebende Revalenser, Straßenkämpfe usw. weiß man in der gegenwärtig wiederum zu voller Ruhe zurückgekehrten Stadt Reval gar nichts. Wie in fast allen Städten des Zarenreiches war auch dort der allgemeine Streik ausgebrochen, wobei es ohne einzelne Gelegenheitszusammenstöße nicht abgegangen ist; doch haben die Bewohner der estländischen Hauptstadt darunter nicht im min-



Kommandeur von Odessa, Offiziere und ein Teil der Mannschaft vom Kreuzer „Otschakow“ mit Kapt. 1. Ranges Owod einige Tage vor dem Aufstand der Mannschaft.



desten gelitten, vielmehr erfuhren sie von den stattgehabten Unruhen in der Regel erst durch die Tageschronik der dortigen Zeitungen. Die extremen estländischen Parteien haben freilich ihr möglichstes darangesetzt, um auch in Reval die aufwühlerische Bewegung in Schwung zu bringen, doch fanden sie erst in der Provinz bei der Landbevölkerung den geeigneten Boden für ihre Tätigkeit, während sich der städtische Rayon für die vergiftete Aussaat als völlig steril erwies. Auf dem flachen Lande dagegen bestand schon seit langem ein festgewurzelter Antagonismus zwischen Letten und den deutschen Adelsständen; diese günstige Vorbedingung wurde von den Revolutionären gründlich ausgenutzt. Niedergebrannte historische Schlösser, Zerstörung wertvoller alter Güter, Plünderung oder Brandschatzung alles dessen, was nur den geringsten Wert hatte, bildeten die Früchte der Hetzarbeit. Unter den Führern der antideutschen Bewegung nennt man an erster Stelle den Herausgeber und Redakteur des estnischen Blattes „Teataja“, Herrn Paetz, einen von der Obrigkeit schon lange gesuchten, gefährlichen Aufwiegler. Er fährt noch heute in einer den leichtgläubigen Bauern nicht wenig imponierenden Generalsuniform mit rotem Bande über der Schulter von Ort zu Ort, fordert die Landleute in feurigen Reden auf, die Waffen nicht niederzulegen, dem Militär scharfen Widerstand zu leisten und der Regierung den Gehorsam zu verweigern. Außer Paetz wird noch nach seinem Genossen und Gehilfen, einem Stadtverwaltungsmitglied, der teils allein, teils mit Paetz gemeinsam in der Provinz umherschweift, von der politischen Polizei stark gefahndet; die meisten anderen Agitatoren sitzen schon hinter Schloß und Riegel, so daß die estnischen Radikalen ohne Führung dastehen. Die politische Physiognomie Estlands hat sich durch die revolutionäre Bewegung dadurch wesentlich verändert; da es den gemäßigten Estländern an befähigten Köpfen fehlt, ist das deutsche Element ins Vordertreffen gerückt, die russische Obrigkeit und die deutsche Partei haben die Oberhand über Esten und Letten gewonnen. Auf welche Dauer und wie sich die beiden ungleichen Elemente miteinander verständigen werden, wenn die augenblicklich noch erregten Leidenschaften zu Ruhe gebracht sind, das sind freilich offene Fragen von nicht zu unterschätzendem Ernst.

* * *

In einer Privatgesellschaft in Petersburg traf ich dieser Tage einen von Kiew hierher geflüchteten Rektor des philologischen Seminars, das als Internat für 100 Studenten eine Wegstunde von Kiew entfernt errichtet ist. Der würdige und gelehrte Herr erzählte in beweglichen Worten das Selbsterschaute und Selbsterlebte der jüngsten Tage. Ein Teil seiner Studenten hatte in unreifem Freiheitstriebe mit den Revolutionären gemeinsame Sache gemacht und den Krieg gegen Dynastie und Regierung verkündet. Eines Morgens — es war gerade Sonntag vor dem Kirchgang — da erschienen bewaffnete Bauern in einer Überzahl von vielen Hunderten, umzingelten das Seminargebäude, fingen jeden heraustretenden Studenten ab, um ihn jämmerlichst zu zerbläuen. Student für Student mußte, von den Hieben der Bauern getrieben, mit entblößtem Haupte ein mit dem Bildnis des Zaren geschmücktes, in die Hand gedrücktes Kreuz tragend, durch die Hauptstraße defilieren und schließlich in der Kirche Buße tun, Abbitte leisten und beschwören, den Zaren zu verehren und die Obrigkeit nicht wieder zu verletzen. Für den folgenden Tag waren die Professoren aufgefordert, in gleicher Weise vor der Bauernschaft das Gelübde der Kaisertreue abzulegen. Inzwischen hatten sich die Studenten bewaffnet und stellten sich, durch gesinnungsgleiche Bewohnerschaft und Revolutionäre aus Kiew verstärkt, der Bauernschaft entgegen, und nun kam es zu einer regelrechten blutigen Schlacht mit Toten und Verwundeten am Kampfplatze. Das Militär umstand, nach meinem einwandsfreien Gewährsmann, untätig die Gewaltszenen und verweigerte jedes Eingreifen mit dem Hinweis, sie hätten dazu keinen Befehl. Schließlich sollte das ganze Seminar von der leidenschaftdurchwühlten Bauernmasse demoliert werden, bis schließlich die herbeigeeilte Kiewer Polizeimannschaft das Äußerste verhütete und den bedrohten Professorenfamilien nebst Studenten die Flucht nach Kiew ermöglichte. Das Seminar ist seither geschlossen.

* * *

Ein mit der Psychologie des russischen Volkes wohlvertrauter hiesiger Künstler legte in einer andern von Kunstgenossen, hohen Staatsbeamten und Männern der Wissenschaft besuchten andern

Privatgesellschaft, wohin mich der gestrige Abend führte, in längerer begründeter Auseinandersetzung dar, daß eine der Hauptursachen für die Niederlage der Russen im letzten Kriege, neben den klaffenden Defekten in der Vorbereitung, Ausbildung und Organisation die suggestive Hypnose, daß der Feind Rußland besiegen solle und müsse, unter deren Bann die gesamte Kriegsarmee an Haupt und Gliedern gestanden habe, angesehen werden müßte. Das seltsamste an dieser Ausführung bestand für mich darin, daß kein einziger unter den den verschiedensten Berufskreisen angehörenden Mitgliedern der Gesellschaft sich fand, der hierin dem Vortragenden nicht rückhaltlose Zustimmung gespendet hätte.

XXI.

General Trepow.

St. Petersburg, 11./24. November 1905.

Die von immer breiter anschwellenden Volksschichten, mit stetig zunehmender Heftigkeit verlangte Absetzung des Generalgouverneurs und Militärchefs in Petersburg, Trepow, ist trotz wiederholter Ableugnungen, deren mehrere von ihm selbst ausgegangen, nunmehr zur Tatsache geworden.

Kein zukünftiger Beschreiber der eben durchlebten Volkserhebung wird seine Aufgabe erfüllen können, ohne den Namen Trepow in den Mittelpunkt seiner Betrachtung zu stellen und das Verwaltungsregime zu würdigen, das sich an die Persönlichkeit knüpft, die der letztverflossenen Periode in der Geschichte Rußlands sein markantes System aufgeprägt hat.

Zunächst ist der Jubelruf über den Sturz des Gewaltigen ebenso maßlos, wie der bis zur Stunde wider ihn geführte Kampf auf des Messers Schneide. Seltsamerweise erfüllt dieses Triumphgeschrei nicht nur die Radikalen, sondern auch die Liberalen und gemäßigten Elemente Rußlands, wie der Widerhall in der Presse aller Schattierungen zeigt.

Genugtuung über das gestillte Verlangen, Schadenfreude des Kleindenkenden über den Fall des Großen, gekühlte Sportlust der

nach Millionen zählenden Meute, das Edelwild zur Strecke gebracht zu haben, erst in letzter Linie die politische Erwägung, daß auch dieses Opfer zur Stärkung der Ära Witte verlangt und erlangt worden ist, bilden die Komponenten des leidenschaftlichen Freudentaumels.

Leidenschaft macht bekanntlich blind! Daß aber berufsmäßige Chronisten sich von ihren Instinkten bis zur handgreiflichen Geschichtsfälschung blenden lassen, wie ich solcher beispielsweise eine Petersburger Zeitung anklagen muß, die in ihrem heutigen Leitartikel dem angeblichen Schuldkonto des Generals Trepow auch die Leichen und Verwundeten zuzählt, die dem Kugelrgen der Petersburger Truppen am 9./22. Januar 1905 blutigen Angedenkens erlegen sind, ist geradezu unerfindlich. Ich brauche für den gebildeten Zeitungsleser kaum die Erinnerung aufzufrischen, daß Trepow gerade zufolge jener unheilvollen Straßenmetzeleien tags darauf auf seinem Marsche von Moskau nach dem ostasiatischen Kriegsschauplatze in Petersburg aufgehalten und zum Generalgouverneur bestellt worden ist.

Macht die Leidenschaft blind, so macht sie zugleich ungerecht, wobei die Suggestionskraft auf die gesteigerte Massenwirkung die bekannteste Begleiterscheinung ausmacht.

Mir ist mindestens in der Zeitgeschichte kein zweiter Fall gleich ungerechter Charakteristik und in ihrer Einmütigkeit so vollkommener Verurteilung eines Staatsmannes bekannt, der just das Gegenteil von dem ist und will, was der überwiegendste Teil der russischen und außerrussischen Presse und mit ihr fast alle Welt behauptet.

Es hat in Rußland vielleicht noch niemals einen liberaleren, jedem naturgemäßen, gesunden Fortschritt in freundlicher Förderung zugeneigten hochanständig gesinnten, in moderneren Anschauungen durchbildeten, grundehrlicheren, ritterlicheren, liebenswürdigeren und sympathischeren Soldaten und Menschen gegeben, als den vielgeschmähten und vielverkannten General Trepow. Seine Schwäche lag in dem Mangel an politischer Schulung.

Daß es in der Wertschätzung und auch in den Erfolgen eines in der Öffentlichkeit stehenden Mannes viel weniger darauf ankommt, was er ist und leistet, als auf den Ruf, den er genießt,

ist eine im Alltagsleben tausendfach erprobte Beobachtung. Der Name „Trepow“ war schon durch die strenge Ausübung der Polizeiherrschaft von Trepow Père in Petersburg in eine Wolkenschicht von Übertreibungen eingehüllt. Dem bisherigen Generalgouverneur Trepow Fils ging gleichfalls der Ruf eines rücksichtslosen Polizeifanatikers voraus, der nach den Schreckenstagen vom Januar, mit außerordentlichen Vollmachten bekleidet, nach Petersburg berufen wurde. „Natürlich zur Ausübung einer unterdrückenden Gewaltherrschaft“ — so lautete das von einigen beunruhigten Volksführern ausgegebene Losungswort und: „Trepow der Diktator“ echote es alsbald in allen Schichten, an allen Ecken und Enden innerhalb und außerhalb des Russenreiches.

Die Ausübung des obersten Polizeiamtes in Rußland mit den Pflichten eines Polizeiministers, mit der Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Zaren, wie für die Ruhe der Residenz bilden in ihrer Gesamtheit eine Aufgabe, die auch der eingefleischteste Philanthrop wohl schwerlich einem sentimentalen Lyriker anvertrauen möchte; sie erfordert einen ganzen, willensstarken, zielbewußten Mann.

Ich bin weit davon entfernt, alle Maßnahmen, die General Trepow kraft Amtes vollführt hat, gutzuheißen.

Ich habe deshalb absichtlich nur die persönlich humanen Eigenschaften Trepows, die ich aus eigener Wahrnehmung kenne und hochschätze, zur Geltung gebracht.

Daneben kenne ich aber aus gleich unmittelbarer Beobachtung die Wirkungen seiner Amtstätigkeit. Hebe ich hierbei nur die feststehenden, auch vom fanatischsten Feinde nicht abzustreitende Tatsache hervor: daß Trepow nach dem Entsetzenstage vom 9./22. Januar der Hauptstadt Rußlands Ruhe geschaffen, daß er diese Ruhe und damit die ungestörte Entwicklung von Handel und Wandel in Petersburg bis zu dem Aufstandstage gewahrt, daß kein einziges Attentat gegen das Oberhaupt des Staates, gegen ein Mitglied des Kaiserhauses oder gegen einen hohen Staatswürdenträger innerhalb seines Generalgouvernates das Land und die Außenwelt erschüttert haben und daß endlich an den kritischsten Revolutionstagen des roten Oktobermonats ein Blutbad von nie dagewesenen Dimensionen ein allgemeines Plündern, Morden, Niedermetzeln, Brennen und Sprengen vermieden worden

ist, so wird das Verdienst des persönlichen Mutes, der Entschlossenheit, der Umsicht, der Tatkraft des Generals Trepow von so helleuchtender und überzeugender Bedeutsamkeit, daß Hunderte von kleineren Mißgriffen, die ihm seine Feinde nachweisen sollten, in nichts zerflattern.

Die ominöse Verordnung Trepows: „Die Patronen sollen nicht geschont werden“, ist seither zum geflügelten Kampfesworte gegen Trepow geworden. Daß aber diese Drohung in letzter Linie die aufgewühlten Massen in respektvollem Schach gehalten, daß dieser drakonisch klingenden Verheißung ungezählte Familien die Erhaltung ihrer Ernährer und Söhne, Rußland die Wahrung vor Staatsbankerott und Auflösung zu danken hat, das wird sicher und gewiß eine spätere Zeit erkennen, die dem Manne, der in selbstlosester, tiefernster Pflichterfassung keine Nacht vor der vierten Morgenstunde seinen Arbeitstisch verlassen, die ihm zukommende Ehrung nicht streitig machen wird.

Gehen aber heute die leidenschaftlich fanatischen Fehlurteile bis zur ungeheuerlichen Beschuldigung, daß Trepow durch sein Militär- und Polizei-Regime den Generalstreik und die revolutionäre Bewegung herbeigeführt habe, so muß dem aus Gründen der historischen Gerechtigkeit das Zeugnis des Grafen Witte, in dessen Regierungsführung sich „die Hoffnung Rußlands“ kristallisiert, entgegengehalten werden:

„Trepow ist der einzige, der mir in schwerster Zeit geholfen hat.“

XXII.
Im Banne der Revolution.

St. Petersburg, 20. November/2. Dezember 1905.

Es erscheint ganz unbegreiflich, daß die Reaktion im gegenwärtigen Momente es noch unternimmt, in Fragen der russischen Politik entscheidende Einflußnahme zu versuchen, nachdem sie durch den Entschluß des Zaren, das Freiheitsmanifest nach den Vorschlägen des Grafen Witte zu veröffentlichen, in die ihr gebührenden Schranken zurückverwiesen worden ist.

Nach dem weltgeschichtlichen Ereignis des 17./30. Oktober 1905

durfte von der reaktionären Partei erwartet werden, daß sie nicht anders handeln werde, wie General Kuropatkin nach der Mukdenniederlage, der sich dem neuen Oberbefehlshaber General Linewitsch unterwerfend, stillschweigend den weiteren Gang der Dinge beobachtete. Ein ähnliches Vorgehen müßte für die reaktionäre Partei richtschnurgebend sein, lägen ihr die teuersten und wichtigsten Lebensinteressen des russischen Volkes höher am Herzen, als ihr Egoismus.

In Wirklichkeit benutzen die Häupter der Partei jedwede Ge legenheit — und an solchen Anlässen fehlt es bei Hofe niemals — um das im Bau begriffene neue Staatsgebäude gleich in seinen ersten Anfängen zu untergraben, neues Baumaterial an sich zu reißen, mit dem Vorhaben, damit den zerborstenen Bau auszuflicken und, wenn irgend möglich, wiederherzustellen; eine gefährliche Taktik, welche die Reihen der sog. „Nationalisten" immer dichter anwachsen läßt.

Bestanden die Stützen der Reaktion im Volke anfänglich in der Hauptsache aus Hooigans, Agents provocateurs und sonstigen Nobile, so schließen sich dieser Gesellschaft nach und nach auch andere, bis nun unschädliche Elemente an; darin besteht die Gefahr. Die Bande der „Schwarzen Hundert" wächst, in ihrer Organisation liegt System.

Die gewährte und verbürgte Freiheit wird benutzt, um Straßenkämpfe zu provozieren, um im letzten Endzweck — die Freiheit wieder auszurotten.

Die auffällige Dreistigkeit im Auftreten der Reaktion erhellt aus verschiedenen hier einlaufenden Provinzdepeschen:

Unmittelbar nach Veröffentlichung des Manifestes versammelt der Revalsche Gouverneur die Herausgeber der dortigen Zeitungen, verkündet ihnen die unbeschränkte Preßfreiheit, indem er gleichzeitig den Zensor auffordert, die Ausübung seines Amtes hinsichtlich der Zeitungen einzustellen. Auf Befehl von hoher Stelle muß der liberal gesinnte Revaler Gouverneur indes die Zenzur flugs in allen Ehren wieder einsetzen.

Der Warschauer Generalgouverneur schließt drei Tage nach Veröffentlichung des Freiheitsmanifestes die Redaktionen von drei russischen Zeitungen; zugleich verbietet er den Einzelverkauf für sämtliche in Warschau erscheinenden polnischen Zeitungen.

Der Stadthauptmann von Odessa befiehlt am 3. November strengste Zensur für einlaufende Zeitungsdepeschen.

Die private „Russische Telegraphenagentur“ arbeitet unter dem Druck eines speziell instruierten Zensors, unter dessen Aufsicht innerhalb Rußlands nur „genehmigte“ Nachrichten veröffentlicht werden dürfen.

Die Frage liegt nahe, wie sich Graf Witte zu dem Vorgehen eines seiner wichtigsten Mitarbeiter stellt? Vielleicht wird der bedeutungsvolle Umstand, daß die Ernennung von drei neuen Generaladjutanten mit den denkbar weitestgreifenden Vollmachten zum Zwecke der Wiederherstellung der Ruhe in verschiedenen Gouvernements ohne Kenntnis und Mitwirkung des Grafen Witte vollzogen worden ist, hierfür den Schlüssel bieten.

Es sind eben zwei parallel laufende Regierungen in Funktion geblieben, wie solche auch bis zum Erlaß des Manifestes tätig waren: die liberale und die reaktionäre Regierung.

Wollte man untersuchen, welche von beiden nun eigentlich die stärkere ist, so müßte die getreue Antwort lauten: Beide, in schnellst aufeinanderfolgendem Wechsel, welche eben just die Oberhand gewinnt, sei es auch nur auf Stunden. Beide Regierungen walten ihres Amtes namens des noch selbstherrschenden Zaren.

Dient die eine Regierung als Rad an der Staatslokomotive, so bildet die andere die Bremse, die vor dem falschgerichteten Notsignal die Staatsmaschine leider allzu oft zum Stoppen oder zum Kontredampf zwingt.

Daß die extrem radikalen Gruppen mit ihrem exzessiven, brutalen Auftreten der Reaktion in die Hand spielen, der liberalen Regierung Verlegenheit bereiten, somit die von dem vielbefehdeten Premier Grafen Witte geplanten Reformen nur aufhalten, ist das Traurigste an der ganzen Sache.

Es ist hohe Zeit, dem gefährlichen Spiel ein Ende zu bereiten. Pflicht der gesamten loyalgesinnten russischen Gesellschaft, die sich bis jetzt von jeder aktiven politischen Mitarbeit ferngehalten, ist, der amtlichen Regierung zu Hilfe zu kommen; diese Auffassung scheint auch allmählich zum Durchbruch zu gelangen.

Im Laufe des gestrigen Tages versammelte sich zum ersten Male der in jüngster Zeit organisierte demokratische Verband,

dessen Programm durchaus geeignet erscheint, die Interessen der mittleren Parteien einheitlich zusammenzufügen.*)

Der Verband, so jung er noch ist, hat heute schon zahlreiche Mitglieder aus den verschiedensten Ständen, vom Bauern bis zum hohen Standesherrn, auch einen starken Prozentsatz Militär unter seine Flagge geschart.

Die Grundsätze, die der neue Verband zu den seinigen gemacht, sind folgende:

1. Der Verband stellt sich zur Aufgabe, alle ehrlich denkenden Russen zu sammeln, auf friedlichem Wege eine bessere Zukunft dem unglücklichen Vaterland zu sichern und es einem neugestalteten Leben zuzuführen.

2. Durch seine Tätigkeit will der Verband die Anerkennung Rußlands als konstitutionelle Monarchie auf Grund der Freiheit und der Reformen auf evolutionärem Wege herbeiführen.

3. Die Verwirklichung der Standesprivilegien der konstitutionellen Monarchie geschieht auf Grund des allgemeinen, direkten, geheimen und gleichen Wahlrechts, als Prinzip eines demokratischen Reiches.

4. Aufhebung der Standesprivilegien. Alle russischen Untertanen sind gleich vor dem Gesetz, ungeachtet des Geschlechtes, Konfession, Rasse oder Nationalität.

5. Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Verbände, Unantastbarkeit der Person und der Wohnung.

6. Niemand darf einer Verfolgung oder Strafe anders unterworfen werden, als nur auf Grund des Gesetzes.

7. Weiteste Entwickelung und Verbreitung der lokalen Selbstverwaltung auf dem ganzen Gebiete des Reiches.

8. Justizreform auf Grund der Wiederherstellung und weiteren Entwickelung der Justizgesetze vom Jahre 1864.

9. Erweiterung des bäuerlichen Grundbesitzes auf Rechnung der Reichsdomänen, des Klosterlandes, wie auch privater Besitztümer auf Grund von Expropriationen. Weiteste agronomische Propaganda, Aufhebung der Auskaufszahlungen, allgemeine Ver-

---

*) Diese Organisation ist inzwischen von ihrem ursprünglichen Programme allmählich und immer mehr nach links abgerückt.

sicherung der Ernte auf Rechnung der Semstwos mit Kronsrückversicherung.

10. Freiheit der Arbeiterverbände, Versammlungen und Streiks. Allmähliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages, obligatorische Versicherung der Arbeiter für Unglücksfälle, Altersschwäche und Krankheit.

11. Obligatorische allgemeine kostenfreie Bildung. Volle Autonomie der Hochschulen. Freiheit der Studentenorganisationen. Eröffnung der Volksbibliotheken und Volksuniversitäten.

Aus dem vorstehenden kurzen Programmauszuge — zu mehr reicht nicht der Raum — geht deutlich hervor, daß die gestellten Forderungen die Grenzen der Möglichkeit stark überschreiten, dafür aber selbst den radikalen Wünschen nicht völlig fern stehen. Entwickelung und Erneuerung Rußlands auf evolutionärem Wege; Freiheit, Friede und Protest gegen jede Tyrannei, von wo sie auch kommen mag, von oben oder von unten, sind die Devise des neuen Verbandes.

XXIII.

„Nitschewo!“

(Der Post- und Telegraphenausstand in Rußland.)

St. Petersburg, 5./18. Dezember 1905.

Mit Zustimmung und in Anwesenheit des Direktors des St. Petersburger Postdirektors Glagolew versammelten sich am gestrigen Vormittag im Gebäude des Hauptpostamtes etwa 500 Post- und Telegraphenbeamte und Beamtinnen, um über Ursachen und Dauer des Streikes sich auszusprechen. Da aber der Postchef außer der freundlichen Aufforderung, zur Arbeit zurückzukehren, und Erwirkung der Freilassung einer der verhafteten weiblichen Postdelegierten, den Ausständigen gar nichts zu bieten hatte, so beschloß die Versammlung, wie vorauszusehen war, den Kampf fortzusetzen bis zum vollen Siege; ein Beschluß, der durch feierliche Eidesleistung der Streikenden besiegelt wurde.

Wohl gab es in der Versammlung eine ansehnliche Minorität, namentlich unter den weiblichen Angestellten, die sofort bereit war, zu Amt und Pflicht zurückzukehren. In bemerkenswert sachlicher Rede führte eine Dame den Kollegen das Unrecht vor, die gesamte Gesellschaft für die Schuld der Regierung büßen zu lassen, doch wurde diese Minderheit der Arbeitslustigen niedergeschrien; sie mußten sich bei Gefahr für Leib und Leben dem Mehrheitsterror fügen. Um ihre kampfesfertige Widerstandsfähigkeit zu demonstrieren, wurde sogar der Beschluß gefaßt, die am 20. (russ. St.) fällig gewesenen Monatsgehälter bis zur vollständigen Beendigung des Streiks nicht zu erheben.

Für den Abend war ein zweites Meeting in den Sälen der Freien Ökonomischen Gesellschaft vorgesehen, wobei es beklagenswerterweise zu einem Zusammenstoß zwischen den Ausständigen und der Polizei, sowie den durch diese herangeholten Kosaken kam. Den in das Gebäude der Ökonomischen Gesellschaft Einlaß Begehrenden wurde, obschon mit Einladungskarten versehen, der Zutritt unter dem Vorgeben verweigert, daß zwar eine geschlossene Versammlung der elektrotechnischen Arbeiter, nicht aber ein Meeting der ausständigen Post- und Telegraphenbeamten, der Polizei angemeldet worden sei; folglich wären die Einladungskarten fingiert und ungültig. Es kam zu hocherregten Skandalszenen, der Eingang sollte erzwungen werden, bis auf ein Zeichen des Pristaws die berittenen Kosaken mit erhobenen Nagaikas die Menge auseinandersprengte. Nur der schließlichen Besonnenheit der letzteren ist erneutes schweres Blutvergießen zu verdanken; ein Schuß aus den bereitgehaltenen Revolvern, ein Steinwurf aus der empörten Menge und die Chronik des russischen Volksaufstandes wäre um eine traurige Episode bereichert worden.

Unter diesen Umständen ist an eine vorzeitige Beendigung des Post- und Telegraphenstreikes nicht nur nicht zu denken, sondern das Übergreifen der Ausstandsbewegung auf den Eisenbahntelegraphendienst ist jeden Moment zu erwarten — die Gefahr war schon mehrfach bis zur unmittelbaren Erfüllung nahe gerückt —, womit dann auch der Eisenbahnverkehr erneut vor seiner Endschaft stände.

Der Telephonverkehr zwischen Petersburg und Moskau ist bereits eingestellt; die unter dieser Beamtenkategorie herrschende

Gärung läßt uns auch mit der Eventualität eines Telephonstreiks rechnen. Da nun in diesem Falle auch die finnländischen Beamten mit den russischen sich für solidarisch erklärt haben, ferner auch das dänische Kabel Petersburg-Libau der Norwegischen Telegraphenkompanie zerstört ist, so hat Rußland alle Anwartschaft, zunächst auf die volle Dauer von 20 Tagen — nach dem Gebot des Streikkomitees — für jedes Verkehrsleben, sowohl innerhalb des russischen Reiches, wie dem Auslande gegenüber, vollständig eingesargt zu werden.

Die Haltung der Regierung in der gesamten Angelegenheit wird von Stunde zu Stunde weniger verständlich. An äußeren Kundgebungen oder an Symptomen für tatkräftiges Eingreifen nach Innen, zur Beseitigung oder Milderung der schweren Interessenschädigung für Staat und Gesellschaft ist bis nun nichts weiter in die Erscheinung getreten, als die brüske Weigerung des Grafen Witte, die Delegierten der Post- und Telegraphenbeamten anzuhören, sie vielmehr einfach an die „vorgesetzte Instanz“ zu verweisen.

Vom rein prinzipiellen, politischen Gesichtspunkt finde ich es wohl erklärlich, daß Graf Witte sich dem gedankenlos übereilten, brutal terroristischen, zwölfstündigen „Ultimatum“ nicht gebeugt hat; in gleichem Maße unentschuldbar ist die Handlungsweise der Ausständigen, die schon im logischen Gegensatze zum Sprach- und Sinnbegriffe das „Ultimatum“ nicht in Wirklichkeit als „ultimum refugium“, sondern als Anfang, als ersten Schritt ihrer Aktion behandelt haben. Anstatt sich bewußt zu sein, daß sie zur Erfüllung ihrer sachlich noch so berechtigten und begründeten Wünsche zunächst alle anderen, durch das Manifest vom 17./30. Oktober ihnen zahlreich zu Gebote stehenden Mittel zu erschöpfen haben, ohne weiteres den Ministerpräsidenten mit einer Kriegserklärung zu überrumpeln, in einem Momente, wo Staat und Regierung von allen Seiten bedroht und gefährdet sind, ist von durch Treueid zur loyalen Stütze des Staates in erster Reihe berufenen Staatsbeamten nichts anderes, denn frivole Pflichtverletzung.

Aber ein Staatslenker von dem Herrn v. Witte nachgerühmten Scharfblick darf seinerseits, angesichts einer den Bestand des ganzen Reiches unterwühlenden und zersetzenden Gefahr, nicht zum

niedrigen Standpunkt von inferioren oder verblendeten Beamten heruntersteigen; vielmehr muß von ihm verlangt werden, daß er in richtiger Voraussehung und Erfassung der Situation zur rechten Zeit und mit den rechten Mitteln seine vorbeugenden Maßregeln trifft.

Zwischen der schwächlichen Unterwerfung unter die Forderungen einer widersetzlichen Beamtenschaft und der Unnahbarkeit seiner überragenden Stellung des „zehn Schritt vom Leibe“ Gebietenden, ist wahrlich Raum genug für privat intime, vertrauliche, direkte oder indirekte Verhandlungen; um einen herannahenden Sturm zu beschwichtigen und die gar nicht mehr gutzumachenden Konsequenzen für das ohnehin durch schwere Krankheit niedergerungene Rußland zu beschwören.

Nun aber der Kampf einmal offen ausgebrochen ist, sollte man doch billig annehmen, daß Witte und seine Mitarbeiter Kopf und Kragen daransetzen, dem unmöglichen Zustand irgendwie aufzuhelfen, Noteinrichtungen zu treffen, Militär-Post- und -Telegraphendienst zu organisieren, die Beamten anderer Ministerien zum Verkehrsdienst heranzuziehen, kurzum, mindestens den guten Willen zu bekunden, auch nur einen Schritt zur Lösung der Krise zu versuchen . . . weit gefehlt! Herr v. Witte bleibt in seiner undurchdringlichen olympischen Höhe — und ganz Rußland bleibt eingesargt.

Dieses für Rußland verhängnisvolle „Nitschewo“ ist leider wiederum die Signatur unserer Tage!

Nitschewo auf allen Gebieten! Der Monatstag des kaiserlichen Manifestes ist bereits überschritten . . . faßt man die Summe des inzwischen tatsächlich und greifbar Geleisteten zusammen: Was ist geschehen, um den politischen Bau fertig zu machen? Wo ist die Einberufung zur Reichsduma, die nach der Verheißung Mitte Januar ihre Tagung eröffnen sollte? Nicht einmal das Wahlgesetz, nach dessen Vorschriften die Reichsdumavertreter gewählt werden sollen, ist bis heute geboren.

Was ist heute von den gegebenen Worten in die Wirklichkeit übersetzt? Ausnahmslos unbefriedigende Halbmaßnahmen oder erneute Zukunftsversprechungen. Eine ernste, volle, durchgreifende, die inneren Volkskreise wie das Ausland wirklich beruhigende, die revolutionäre Bewegung niederhaltende, zur rationellen

Sammlung und solider Arbeitsvertiefung, die hier wirklich not tut, zusammenfügende Maßnahmen, von alledem keine Spur, Nitschewo!

In diesem Bann des „Nitschewo" steht auch das gesamte von Witte geschaffene erste Ministerkabinett, das sich aus einigen Bureaukraten zusammensetzt, denen Witte sein Vertrauen schenkt, die aber nicht das Vertrauen des Volkes besitzen; dann aus einigen portefeuillemüden Elementen, denen das Volk traut, die aber ihrerseits kein Vertrauen zu Witte führt.

Nachschrift. Dienstag abend 7 Uhr.

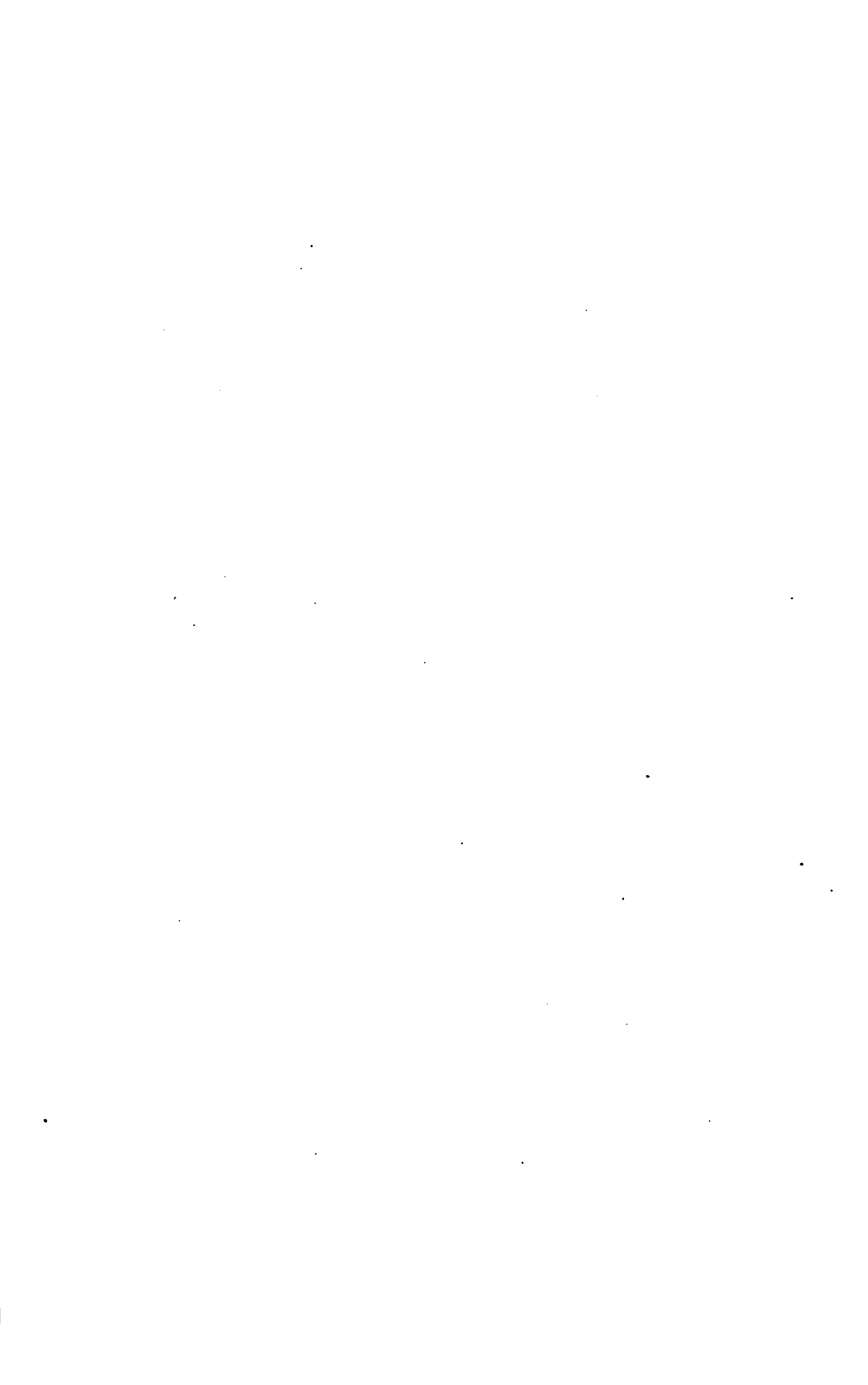
Soeben beginnt die erste Freiwilligenarbeit beim Hauptpostamt durch Studenten. Zeitungs- und Briefeingänge werden sortiert. Ein Regierungscommuniqué verspricht den Nachweis bedeutsamer Fortschritte ihrer Tätigkeit für die nächsten Tage.


Graf W. Lamsdorff, Minister des Äußeren.


General Grodekow. Der neuernannte Oberbefehlshaber im fernen Osten.


Graf Ignatiew. Führer der reaktion. Hofpartei.


Fürst S. N. Trubetzkoy, vorm. Moskauer Universitätsprofessor, Führer der Liberalen.



IV. Abschnitt.

Rußlands Neugeburt.



XXIV.
Halbe Maßnahmen.

St. Petersburg, 6./19. Dezember 1905.

Den Wortlaut des gestrigen Regierungserlasses stelle ich Ihnen hiermit zur Verfügung:

„Durch das Allerhöchste Manifest vom 17. Oktober ist die Regierung verpflichtet worden, die durch den unbeugsamen Willen Seiner Kaiserlichen Majestät der Bevölkerung verliehenen unerschütterlichen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit auf der Basis einer tatsächlichen Unantastbarkeit der Persönlichkeit, der Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Versammlungen und Verbände zu verwirklichen. In dem alleruntertänigsten Bericht des Staatssekretärs Grafen Witte, der am 17. Oktober der Allerhöchsten Bestätigung gewürdigt worden ist, und in den hierauf veröffentlichten Regierungsmitteilungen wurde ausgesprochen, daß die vorgemerkten Grundlagen der Regierungstätigkeit zu ihrer Verwirklichung bedeutender gesetzgeberischer Arbeiten und einer folgerichtigen administrativen Organisation bedürfen, weil es unmöglich ist, mit einem Male alle Einrichtungen des staatlichen Lebens Rußlands zu ändern und der in anderen Prinzipien erzogenen Bevölkerung und umfangreichen Administration die Normen einer Rechtsordnung einzuimpfen. Zwischen dem Zeitpunkt der mit der größten Aufrichtigkeit kundgegebenen Prinzipien der bürgerlichen Freiheit und dem Zeitpunkt der Verwirklichung derselben in genauen gesetzlichen Bestimmungen muß notgedrungen eine gewisse Zwischenzeit liegen. Bis zur Erneuerung der Ordnung des staatlichen Lebens Rußlands müssen unzweifelhaft die früheren Gesetzesbestimmungen, angewandt im Geiste des Manifestes vom 17. Oktober, in Kraft und Wirksamkeit verbleiben,

da ein Staat ohne gesetzliche Normierung der Erscheinungen des öffentlichen Lebens nicht bestehen kann.

Die endgültige Verwirklichung der Grundlagen der bürgerlichen Freiheit muß durch die Vermittelung der gesetzgeberischen Sanktion der Reichsduma erfolgen. Indem die Regierung sich von dem direkten, im Manifest kundgegebenen Willen Sr. Majestät des Kaisers leiten läßt, hält sie es für notwendig, zu bestätigen, daß sie es als ihre wichtigste Aufgabe angesehen hat und ansieht, schon jetzt die im Allerhöchsten Manifest vom 17. Oktober kundgegebenen Grundprinzipien einer Rechtsordnung durch den Entwurf von Gesetzen temporären Charakters zu realisieren, welche eine Verwirklichung der durch das Manifest verliehenen Rechte der bürgerlichen Freiheit bedeuten, mit den zur Sicherung der Rechte einzelner Personen und der öffentlichen Ruhe notwendigen Einschränkungen.

Die Lage der Dinge im Reiche fördert nicht die schöpferische Arbeit, indem sie immer wieder die Regierung von derselben ablenkt und sie zwingt, ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung und auf die Beseitigung von Gewaltakten jeglicher Art zu konzentrieren. Nichtsdestoweniger ist gegenwärtig die Ausarbeitung des temporären Reglements beendet, welches die Freiheit der periodischen Preßerzeugnisse, sowie auch die Freiheit der Verbände festigt; beendet wird die Behandlung der Veränderungen im Reichsrat, welche notwendig geworden sind, um zwischen dieser Institution und der Reichsduma normale Beziehungen zu schaffen; beendet wird ferner die in Punkt 2 des Manifestes vorgesehene Erweiterung der Rechte der Bevölkerung hinsichtlich der Wahlen für die Reichsduma, deren Einberufung möglichst bald erfolgen soll. Gleichzeitig ist für notwendig befunden worden, Maßnahmen gegen die Unordnungen auszuarbeiten, welche die staatliche und öffentliche Sicherheit gefährden. Die Bestätigung dieser Gesetze soll demnächst erfolgen."

An dem guten Willen der legitimen Regierung ist gewiß nicht zu zweifeln; noch viel weniger aber — Gott sei es geklagt — an der Böswilligkeit der illegitimen „zweiten Regierung", über deren Wesen und Treiben wir, das dürfen wir mit einiger Genugtuung hervorheben, vor Wochen als erste in der Presse die öffentliche

Aufmerksamkeit hingelenkt haben; seither hat die gesamte russische Presse das Stichwort von der „zweiten Regierung“ aufgenommen und hundertfach beleuchtet.

Zur klassischen Beweisführung für die Richtigkeit unserer gestrigen Ausführungen dient dieses Regierungscommuniqué in Verbindung mit dem gleichzeitig bekannt gewordenen Preßgesetz.

Das Manifest vom 17./30. Oktober verkündet Preßfreiheit; die gestrige Regierungserklärung betont die Aufrichtigkeit der Absichten, die Zusicherungen des Manifestes zur Wahrheit zu machen. Wie weit aber das neue Preßgesetz von der Wahrheit der Preßfreiheit fernab bleibt, das geht, ohne daß wir ein weiteres Wort darüber zu verlieren brauchten, aus nachstehender Kundgebung des Verbandes der Presse vom heutigen Tage klar und deutlich hervor:

„1. Da im ausgearbeiteten Preßgesetz die administrative Willkür in vollem Maße aufrecht erhalten bleibt, indem dem Innenminister und anderen Autoritäten das Recht vorbehalten bleibt, Zeitungen zu schließen; 2. daß die Zensur für Zeichnungen fortbestehen soll; 3. daß der Presse laut diesem Gesetz die freie Kritik über Regierungsaktionen, sowie Handlungen einzelner Staatsmänner verboten ist, wird der Verband nach wie vor solche Gesetze vollständig ignorieren.“

Bedarf diese für sich selbst sprechende Tatsache überhaupt noch eine weitere Beleuchtung, so hat die legitime Regierung in, wenn auch ungewohnter Freundlichkeit, dafür gesorgt, unser Pensum zu erleichtern:

Der gestrige Tag brachte u. a. die Entlassung des Chefs der Oberpreßverwaltung, des wirklichen Staatsrates v. Bellegarde; bei der rückschrittlichen Gesinnung dieses schon vom Generalgouverneur Trepow ebenso heftig befehdeten, wie vom Innenminister Buligyn unrühmlicher Erinnerung lebhaft gestützten Bureaukraten, eine gewiß erfreuliche Handlungsweise. Leider steht ihr aber die mehr als unerfreuliche Tatsache gegenüber, daß zu Bellegardes Nachfolger Herr Tatischtschew, früheres Mitglied der Oberpreßverwaltung unter Plehwe, ernannt werden soll.*)

Den Namen Tatischtew, der auch einstmals als Finanzagent

*) Wegen Erkrankung Tatischtschews blieb die beschlossene Enthebung Bellegardes bis zur Stunde unausgeführt. Anm. d. Verf.

in London fungiert hat, von Witte jedoch wegen Unbrauchbarkeit abgesetzt wurde, spricht hier niemand aus, ohne kräftig abfällige Bezeichnungen hinzuzufügen.

Dieser Mann wird nun vom Grafen Witte zum Chef der Oberpreßverwaltung berufen. Zur Durchführung des neuen Preßknebelgesetzes bringt Tatischtew allerdings die notwendigen Qualitäten in sein Amt mit.

Sucht man für diesen schweren Mißgriff des Ministerpräsidenten eine Erklärung, so sind nur zwei Lösungen möglich: Entweder hat sich Witte inzwischen selber den Reaktionären mit Haut und Haaren verschrieben oder er ist zum Spielball in ihren Händen geworden. Die Wahl ist in beiden Fällen für Rußland betrüblich genug.

Der Post- und Telegraphenstreik wütet in unveränderter Stärke fort; von Nachgiebigkeit auf irgend einer Seite sind nicht die leisesten Symptome vorhanden; die Dauer des Ausstandes entzieht sich daher jeder Berechnung. Gestern und heute wird der Versuch unternommen, die in Turmeshöhe aufgehäuften Posteingänge durch die freiwillige Hilfe von Hörern der beiden adligen Hochschulen — Lyzeum und Rechtsschule — zu sortieren und durch Polizeiboten (Gorodowois) zur Austragung bringen zu lassen. Vorläufig ist nur ein Bruchteil der Zeitungsrestanten bewältigt, während Briefe bis heute mittag selbst den auswärtigen Missionen nicht zugestellt worden sind; obschon deren Doyen, der türkische Botschafter, wegen der unerhörten Zustände energische Vorstellungen erhoben hat. Im Telegraphenamt arbeiten Soldaten gemeinsam mit streikabtrünnigen Telegraphisten, die sich jedoch darauf beschränken, Depeschen aufzunehmen, die bis Eydtkuhnen mittels Eisenbahnpost und von da erst telegraphisch befördert werden. Dagegen ist der Verkehr für einlaufende Telegramme nach wie vor vollständig gesperrt.

Die „Nowoje Wremja", der wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit überlassen müssen, will — wie die heutige Nummer schreibt — erfahren haben, daß sich der Ministerrat bereit erklärt habe, die gestern von dem Verband der Presse veröffentlichten drei Bestimmungen im Preßgesetz wie folgt zu verändern oder zu streichen: 1. Die Zensur für Zeitungen soll ganz wegfallen; 2. nur der Innenminister erhält das Recht, Zeitungen zu

schließen und zwar nicht für immer, sondern bis zum Gerichtsverhör; 3. der Paragraph über Verbot einer freien Kritik über Regierungsaktionen oder einzelner Staatsmänner soll wegfallen.

XXV.
Das Moskauer Vorparlament.

St. Petersburg, 7./20. Dezember 1905.

Die Stellungnahme des nach außerordentlich langer Tagung endlich zum Abschluß gelangten Semstwo- und Städtekongresses zur Regierung des Grafen Witte bildete fraglos die für die gesamte politische Welt interessanteste Entscheidung der Versammlung. Sie ist zwar noch nicht endgültig, jedoch nach dem bisherigen Verhandlungsergebnisse unzweifelhaft, gegen das weitere Vorrücken der extremen Parteien und — wenn auch unter „schweren Bedingungen" zugunsten der Unterstützung des Grafen Witte, ausgefallen.

Nachdem die neue Regierung den ernsten Willen nicht nur bekundet, sondern auch betätigt hat, die Manifestreformen im denkbarsten Geschwindtempo zu verwirklichen; die Grundsätze des Manifestes aber, den September-Resolutionen des Moskauer Kongresses im wesentlichen gleichkommen: so mag es „prima vista" wenig verständlich erscheinen, weshalb den Resolutionen des Kongresses dieser allgemeine Wert zugesprochen wird. Die Bedeutung lag einzig und allein in der Vertrauensfrage!

Ziemlich unerwartet und — wie aus den telegraphischen Berichten bekannt — mit einer Stimmenmehrheit von 137 gegen 90 wurde der Antrag wegen Zusammenberufung einer konstitutionellen Versammlung abgelehnt und zugunsten der Regierung entschieden.

Diese Verzichtleistung des Kongresses auf Ausführung der sog. pièce de résistance seines Programmes hat aber für die Regierung noch eine andere, durchaus akute Seite.

Hätte der Kongreß das Zusammengehen mit der Regierung von der Einberufung der Konstitutionsversammlung abhängig gemacht, so würde die „zweite Regierung", von deren Wirksamkeit meine Berichte schon einige Schilderungen entworfen, sofort wie-

der Oberwasser erhalten haben; sie wäre mit Recht mit der Behauptung hervorgetreten, daß die gewährten Freiheiten für den Zaren eine Schraube ohne Ende bilden, Anlaß zu immer größeren Neuforderungen geben; daß es mithin Zeit sei, der Sache ein Ende zu machen.

In der gesamten reaktionären Presse zeigt sich das Bestreben, den Fortschritt der offiziellen Regierung durch den Hinweis abzuleugnen, daß der Kongreß in der maßgebenden Entscheidung an Stelle der konstitutionellen Versammlung die tatsächliche Bedingung gestellt habe, der Reichsduma konstitutionelle Funktionen zu erteilen. — Das nennt man auf gut Deutsch: offene Türen einrennen. — Denn diese Funktionen hat die Reichsduma durch das Manifest vom 17./30. Oktober ohnedies erhalten, worin ihr das Recht der Gesetzgebung und damit volle Aktionsfreiheit gewährleistet ist.

Aus den Telegrammen der Petersburger Telegraphenagentur, die über den gesamten Gang der Moskauer Verhandlungen durch getreueste stenographische Berichterstattung ihres dortigen Bureaus über alle Einzelheiten ausgezeichnet unterrichtet ist, sind der Mehrheit meiner Leser sowohl die Resolutionen, wie auch die interessantesten Reden der verschiedenen Parteivertreter bekannt geworden. Ich erspare deshalb einen eingehenden Kommentar.

Wohl aber möchte ich auf die Wichtigkeit der neuen „Stütze“, die der Regierung durch die Entscheidung des Kongresses zuteil geworden, an der Hand neuer Beispiele für die Zähigkeit des Reaktionsterrors hinweisen.

Die offizielle, vom Zaren eingesetzte Regierung hat sich mit der verbürgten Tatsache abzufinden, daß Graf Ignatieff gemeinsam mit dem aktiven Mitgliede der offiziellen Regierung — ein Unikum, das selbst im Raritätenkabinett des British Museum in London berechtigte, Be- und Verwunderung finden würde — Herrn Durnowo — der sich mit einem neuen, überaus gefürchteten Vertrauensmann — als Dirigenten der politischen Sektion im Staatspolizeidepartement — verbunden, eine der Regierung zuwiderlaufende Gegenpolitik treiben!

Des Doppelspieles ein Beispiel: Nach den letzten Judenmetzeleien in Odessa erhielt General Grigoriew daselbst vom Pre-

nierminister den Befehl, das dortige Stadthauptmannamt zu übernehmen. Grigoriew meldet sich zum Dienstantritt bei dem „berühmten“ Stadthauptmann Neidhardt, den er unter Vorweisung des Telegramms zur Übergabe der Geschäfte auffordert. Neidhardt erklärt, er habe von seinem Chef, dem Minister des Innern, keine Verständigung erhalten, folglich sei und bleibe er Stadthauptmann von Odessa. Erst nach Verlauf von drei Tagen konnte Grigoriew ins Stadthaus einziehen, nachdem Neidhardt in einer stürmischen Nacht, im tiefsten Inkognito, sich aus dem Staube Odessas davongemacht hatte. Man erkennt hieraus unschwer, wie prompt Geheimrat Durnowo den Anordnungen des Grafen Witte Geltung verschafft hat.

Aber das Zeichen der Zeit zeigt auch klar, wie sehr die amtliche Regierung gegenwärtig auf den Beistand der öffentlichen Meinung und besonders auch auf die Unterstützung der lokalen Semstwo- und Stadtverwaltungen angewiesen ist, um gegen die dunkle Kraft der Rückschrittler erfolgreich aufzukommen.

Just in diesem Augenblick erhalte ich von meinem Moskauer Vertrauensmann die telephonische Mitteilung, daß die „Polenfrage“ vom Kongreß im Sinne der Autonomie entschieden ist. Sie sind darüber bereits unterrichtet, daß diese Autonomie keineswegs ein „Los von Rußland“ anstrebt, sondern lediglich weitgehende Selbstverwaltung auch für diesen Landesteil fordert.

Viele Redner, darunter der bekannte Herausgeber des „Osvobrjdenic“, Peter Struve, versicherten, daß von einem Aufstand gegen Rußland keine Rede sein könne; „wenn es zum Aufstand kommen sollte, so würde er sich gegen — Deutschland richten; die Polen würden dem Zaren wie ein Mann helfen, Deutschland abzuweisen.“

Man begreift schwer, wie in einer so ernst gedachten Versammlung vorempfundene Karnevalstimmung in so breiten Ulkreden sich ergießen könne.

Der Angriff gegen Deutschland ist nach meiner an berufener Stelle empfangenen Information genau so unbegründet, wie die Behauptung, der Zar hätte Kaiser Wilhelm verständigt, daß er auf seine Unterstützung rechne.

Wenn es außer aller Frage steht, daß der Kongreß dem Ernste und der Würde dieser Körperschaft besser gedient hätte, sich

diese taktlosen Ergüsse zu „verkneifen", so findet dieses Vorgehen zum mindesten eine Erklärung in dem von den russischen Reaktionären geschürten Antagonismus gegen Deutschland; als eines der gefährlichsten Vertreter dieser Richtung wurde mir aber von wohlunterrichteter Seite der noch immer nicht abberufene Generalgouverneur des Zartums Polen: General Skalon, bezeichnet. Das mildert vielleicht auch die Reflexbetrachtungen Peter Struves.

Nachtrag. Der Ministerrat hat beschlossen, das Kolonisationsprojekt in der Mandschurei endgültig fallen zu lassen.

XXVI.

Die politische Rednerschule und anderes.

St. Petersburg, 9./22. Dezember 1905.

Die Beschenkung Rußlands mit einem in Sicht befindlichen Reichsparlament hat den Ehrgeiz der „Vielen, die berufen sind" oder sich berufen fühlen, mächtig entfacht. Würde die Anzahl der Reichsdumasitze um eine Dezimalstelle vergrößert, so reichte sie kaum aus, um alle zufriedenzustellen, die ihrer Besuchskarte den hier erst neu zu prägenden Titel eines „member of parlement" hinzufügen möchten.

Mangels parlamentarischer Einrichtungen fand auch die rednerische Schulung und Disziplin hierzulande keine geeignete Pflanzstätte. Das Versäumte wird nun in forciertem Eiltempo nachgeholt — im ganzen Lande, Stadt und Provinz, wo es nur ein vereinsartiges oder klubartiges Gebilde gibt, da müssen alle sonstigen Interessen zugunsten regelrechter Diskussionsveranstaltungen zurücktreten, die in Verbindung mit der Abhaltung von politischen oder volkswirtschaftlichen Vorträgen, sich als regelrechte rednerische Vorschulen allenthalben des lebhaftesten Zulaufes von Alt- und Jungrußland erfreuen.

Nicht an Redefähigkeit fehlt es dem Durchschnittsrussen; an Länge und Breite des Redeschwalls nimmt er es wohlgemut mit jeder andern Nation auf, nur mit der Tiefe hapert's. Kraftvoll, zuweilen stürmisch polternd setzt solch Redesturzbach ein, ohne Erbarmen ergießt er sich eine Stunde lang und darüber über die Häupter der wehrlosen Zuhörer. Die Ungeduldigen sind dabei

.e nachnotierten Redner. Ist das Reservoir endlich erschöpft, weiß in der Regel weder die Zuhörerschaft, noch der in der Entwickelung begriffene Demosthenes, weshalb und wofür man sich eigentlich aktiv und passiv gequält hat.

Wohl aber die knappe, sachlich übersichtliche, den Kern und Angelpunkt klar erfassende und durchleuchtende, den Zuhörer packende und hinreißende Redekunst; diese herrliche Blüte des menschlichen Könnens, darin stehen die Russen, u. a. auch Graf Witte, begreiflicherweise der Meisterschaft noch recht fern.

Schwächlich wie die oratorischen Leistungen ist es auch mit den in den Kinderhüllen stehenden politischen Gesinnungen und Überzeugungen bestellt. Auch hier fehlen Tradition und Erziehung.

Am letzten Freitag wohnte ich dem wöchentlichen politischen Vortragsabend — mit Disputatorium — des „ökonomischen Vereins“ in St. Petersburg bei: Die Klubmitglieder gehören samt und sonders den angesehensten Gesellschaftskreisen an, durchweg ernste, wissenschaftlich durchbildete Männer, Universitätsprofessoren, Richter, hohe Offiziere und Beamte, Rechtsanwälte, Ingenieure usw. usw.

Das Seltsame an dem Verlauf der mit großer Lebendigkeit und anscheinend konzentriertem Interesse geführten, wie angehörten Debatten besteht nun nicht nur darin, daß Redner aller Schattierungen, Regierungsmänner und eingeschworene Gegner der gegenwärtigen Gewalthaber, bis zu den radikal extremsten Umstürzlern zu Worte kommen, sondern daß dieselben Personen, die soeben dem Regierungsverteidiger beifällig zugestimmt haben, im nächsten Moment ihr Wohlgefallen an den Ausführungen der blutrünstigsten Revolutionspropaganda mit ebenso jubelndem Applaus zu erkennen geben.

Rußland befindet sich gegenwärtig, nach ruhmlosem Abschluß eines unglücklichen Krieges, nach Sprengung der seit Jahrhunderten bestandenen Fesselung des Individuums wie der Gesellschaft durch mittelalterliche Autoritäten-Despotie, nach Durchringung zur Bewegungsfreiheit, nach übergangloser Umformung des ganzen Staatswesens aus selbstherrlicher Autokratie zum Konstitutionalismus, in einem heißen Gärungsprozeß von einer Intensität und Extensität ohne Gleichnis in der Geschichte.

Mit dieser Tatsache muß gerechnet, daher auch über ungewöhnliche Aufflackerungen aus dem brodelnden Volkskessel nicht allzu schroff oder verständnislos ins Gericht gegangen werden. Das Klassischste für Rußlands Genesung und innere Abklärung lautet: Ruhe!

Aber auch über einen andern Punkt muß der Politiker sich durchaus klar sein. Wird die innere Gestaltung des Reiches in russischer Entwickelung zu klarer Festlegung der Prinzipien und zu bestimmter politischer Parteibildung gelangen; wird es der jetzigen Regierung gelingen, in einem starken Anhang Gleichgesinnter ihre Stabilität zu sichern, oder wird die demnächstige parlamentarische Mehrheit die Krone bestimmen, sich mit andern Staatslenkern zu umgeben, um den Reformbau des Reiches zu konsolidieren: In der Gesinnung gegen das Deutschtum, ganz besonders gegen Deutschland, wird eine dauernde Änderung nie eintreten. Denn der slawische Antagonismus gegen das germanische Element ist fundamental, zu Fleisch und Blut gewordene Überzeugung — das einzige politische Moment, in welchem alle Russen einig sind.

Weder Opportunitätsversicherungen, noch vereinzelte Ausnahmefälle berühren im geringsten die Tatsache, daß für den Gegensatz der beiden Nationalitäten es so wenig eine Überbrückung gibt, wie für den der Interessen, mögen diese auch zeitweilig zusammengehen oder stellenweise indifferent sein.

Der russische Patriot nährt in sich, bewußt oder unbewußt, eine mit der zunehmenden Machtfülle Deutschlands schritthaltende Eifersucht und Mißtrauen gegen den Nachbar, den er nicht entbehren kann, aber trotzdem, oder eben deswegen fürchtet und haßt. Rußland ist für fast ausnahmslos jeden kulturellen wissenschaftlichen und industriellen Fortschritt auf das Ausland und ganz besonders auf Frankreich sowie auf das nächstbelegene Deutschland angewiesen, wie die nach deutschem Vorbild eingerichteten und verwalteten Fabriken, der Verbrauch deutscher oder diesen nachgemachten Erzeugnisse, zuletzt die Summe des hier verwendeten deutschen Kapitals handgreiflich nachweist. Mit Frankreich fühlt Rußland sich durchaus homogen und gönnt ihm jeden aus Rußland gezogenen Gewinn. Diese Abhängigkeit von Deutschland aber wird hier in allen denkenden Kreisen und Schichten schwer empfunden.

Allgemein ist hier die Auffassung verbreitet, daß umgekehrt Deutschland in seinem starken Bedürfnis, für seine mit Siebenmeilenstiefeln ausschreitende Industrie immer neue Absatzgebiete zu erobern, in Rußland nichts anderes erblickt, als seine bequemst erreichbare, weil nächstbelegene größte und aufnahmefähigste Kolonie.

Unter diesem Gesichtspunkt werden alle Freundschaftsdienste Kaiser Wilhelms, alle loyalen Kundgebungen der deutschen Regierung als schlaue Umwerbungen unersättlicher Geschäftspolitik mit kühler Abwehr oder auch mit verbissenem Ingrimm betrachtet.

Bedarf es für die Richtigkeit dieser Beobachtung auch noch des Beweises, so braucht man wahrlich nicht lange zu suchen, um hundert überzeugende Beispiele für eines anzuführen. Wie oft im Laufe des letzten russisch-japanischen Krieges hatte die deutsche Presse den von den russischen Organen unverhüllt ausgesprochenen Verdacht zurückzuweisen, daß Deutschland unter dem Vorgeben, daß sein militärisches Prestige es verlange, Rußland zur Fortsetzung des Krieges ermuntere, in Wahrheit aber den Friedensschluß hintertreibe, um Rußland zu schwächen, seine Abhängigkeit von Deutschland zu vergrößern, zugleich aber der deutschen Industrie neue Aufträge zuzuführen.

Nicht minder deutlich ist die in den jüngsten Tagen im gesamten Russenreiche in verhundertfachter Auflage ausposaunte und geglaubte Legende von der Urheberschaft Deutschlands an der Verhängung des Kriegszustandes über Russisch-Polen; ein Märchen, das seinen Niederschlag noch in dem eben beendeten Semstwo- und Städtekongreß in Moskau mit dem niedlichen Aufputz fand, daß an der preußisch-polnischen Grenze 250 000 Mann (ausgerechnet!) bereitstehen, um bei dem geringsten Versuch, sich von Rußland loszumachen, über die armen Polen herzufallen und sie mit Haut und Haar überzuschlucken.

Wie im privaten, so ist es auch im öffentlichen Leben; der schlechtgesinnte Nachbar wird jede über mich ausgestreute Niedertracht ungeprüft glauben, und Rußland glaubt vom Deutschen überaus willig alles; nur das Gute nicht.

XXVII.
Ernste Maßnahmen.

St. Petersburg, 17./30. Dezember 1905.

Am heutigen Sonntag sind fast gar keine Zeitungen erschienen. Nicht weniger als acht ultraradikale Blätter sind, wie Ihre Leser aus den Agenturdepeschen wissen, bis zum Gerichtsurteil gesperrt; die übrigen, wie beispielsweise die „Slowo“, konnten wegen der Weigerung der Setzer, die den Abdruck des Protestes der Arbeiterdeputierten gegen das Vorgehen der Regierung den unterdrückten Zeitungen gegenüber vergeblich forderten, nicht erscheinen.

Heute wie vor drei Wochen die gleiche Erscheinung, doch aus grundverschiedenen Ursachen: Der damalige Zeitungsstreik kündete die Macht, der heutige die Ohnmacht der Revolutionspartei. Heute hat die Staatsregierung das Heft fest in Händen und gebraucht es energisch ohne jede Nachgiebigkeit.

Steht die Gesellschaft auch nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Entlassung Durnowos als Lösung der gegenwärtigen schweren Verwickelungen — auch ohne Schwäche gegen die streikenden Post- und Telegraphenbeamten zu zeigen — dringend wünschenswert ist und verlangt werden muß, so begrüßt jeder Einsichtsvolle gleichwohl das dezidierte Auftreten und schonungslose Zugreifen der Regierung gegen die Preßanarchie, deren Ausschreitungen selbst gegen die elementarsten Anstandsgesetze weitere Duldung zur Unmöglichkeit gemacht.

Seit der Vorwoche sind auch wiederum Massenverhaftungen in Petersburg an der Tages- oder Nachtordnung; besonders wird unter den Arbeitern, die als Mitglieder des Rates der Arbeiterdeputierten kompromittiert sind, sowie unter den Angehörigen des Verbandes der Verbände gewaltig aufgeräumt.



Leutnant a. D. Schmidt, hingerichteter Aufrührer von der Schwarzen-Meer-Flotte. 15. November 1905.



Kommandeur, Geistlicher und Offizier des 49. Brestschen Reg. in Sewastopol an der Bahre gefallener Soldaten. 18. Oktober 1905.



XXVIII.

Das vorläufige Ende der Revolution.

St. Petersburg, 30. Dezember 1905/17. Januar 1906.

Die ganze zivilisierte Welt wurde durch die mit Ablauf des gestrigen Tages verkündete Tatsache, daß die Revolution in Moskau als gebrochen anzusehen sei, von einem schweren Albdruck befreit. Handel und Wandel in der zweiten Haupt- und Residenzstadt des Russenreiches beginnen sich wiederum der Normallinie zu nähern.

Gleichzeitig beim Ministerpräsidenten eingelaufene private Informationen wollen wissen, daß die Revolutionspartei in ganz Rußland ihr Spiel als verloren ansehe, daß die eine Hälfte sich nun ob der zwecklos vergeudeten Opfer und Kräfte empört gegen die Führer wendet, während die andere Hälfte in ungebrochenem Mute die Niederlage nur als einstweilige betrachtet, in der festen Absicht, den Kampf, besser vorbereitet und mit zweckentsprechenderen Mitteln, alsbald von neuem zu eröffnen.

Die Lage in Petersburg darf im allgemeinen als unverändert ruhig bezeichnet werden. Nur in den Fabrikrayons dauern die Zusammenstöße zwischen Militär und Revolutionären einerseits, andererseits zwischen Ausständigen und Arbeitern fort, welche den Streik nicht fortzusetzen wünschen. Diese Gegenbewegung macht täglich größere Fortschritte, wobei blutige Prügeleien sich öfter, Mord und Totschlag nicht selten wiederholen.

Zunehmendes Elend, nagender Hunger und das aufdämmernde Bewußtsein, von den Revolutionären betrogen und lediglich als blinde Waffe benutzt worden zu sein, erklären ausreichend die geschilderten Vorkommnisse. Viele Fabrikarbeiter haben bei der Wiederaufnahme der Arbeit, unter völligem Bruch mit der bisherigen Gemeinschaft, die Ablohnung und Entlassung aller Genossen gefordert, deren revolutionäre Gesinnung einen Wiederausbruch neuer Streikbewegungen befürchten läßt. Die Fabrikherren zögern auch keinen Moment, weder hier, noch in der Provinz, wo die gleiche Erscheinung zu beobachten ist, diese Rückwirkung gebührend auszunützen, um sich der wühlenden Elemente dauernd zu entledigen.

Die Verhaftung des revolutionären Komitees in Moskau, in Verbindung mit dem dort entfesselten Bürgerkrieg, der im Zwange bedrängtester Notlage seine Spitze gegen die vaterlandslosen Umstürzler gerichtet, und endlich die Verstärkung des Militäraufgebotes haben rascher und gründlicher, wie es noch in den letzten Tagen zu erhoffen war, die öffentliche Ruhe zurückgewinnen lassen.

Die gleiche Energie in der Ergreifung von Repressivmaßnahmen kommt in den jüngsten Tagen in allen Teilen Rußlands, wie in Petersburg, mit bestem Erfolge und zur Genugtuung der bürgerlichen Gesellschaft zur Anwendung.

Mit dem Weichen der tiefgedrückten Stimmung, die bislang auf der Allgemeinheit ruhte, hat auch das dadurch hervorgerufene Fallen der Quotierungen an der Börse aufgehört und einer seit gestern eingesetzten munteren Steigung Platz gemacht.

Begreiflicherweise ist hier die Meinung vorherrschend, daß die Regierung dem Treiben der Revolutionäre viel zu lange eine als unbegreifliche Schwäche bezeichnete Nachsicht entgegengebracht habe, während andere dem Grafen Witte vorhalten, daß er dem Gewichte seiner Persönlichkeit zur Beschwörung der Umsturzbewegung zu stark vertraut habe. Beide Auffassungen finden ihre Nahrung in den Erklärungen des Grafen Witte durch den „Daily Telegraph", er wolle den Kampf mit dem inneren Feinde mit moralischen Mitteln durchführen; würden diese aber nicht ausreichen, so müßte zur Handhabung von Repressivmaßnahmen ein anderer Mann an seine Stelle treten.

Solche Äußerungen, womit der Hinweis auf einen militärischen Vollstrecker gegeben sein sollte, sind nur geeignet, die Situation zu verschlechtern.

Die oberste Staatsgewalt habe immer in Händen einer Zivilperson gelegen.

Auch Cicero hat nicht die Exekutive abgegeben, um mit Catilina fertig zu werden, so wenig wie Mr. Thiers um der Revolution und selbst nicht der weinerliche Lamartine, um mit dem Kommuneaufstand fertig zu werden.

Aber eine revolutionäre Anarchie muß eben wie die französische Kommune behandelt und niedergeschlagen werden.

Die Ereignisse haben gezeigt, daß der Kampf gegen die Anar-

chie nur mit Anwendung der drakonischsten Maßnahmen erfolgreich geführt und daß Gewalttaten nicht anders, denn durch Gegengewalten zu zügeln sind.

Das unbestreitbare Zaudern der Regierung gegenüber den Anfängen des Umsturzes hat die Kühnheit der Revolutionäre offenbar ins Unermeßliche gesteigert und das rapide Umsichgreifen der verderblichen Bewegung gezeitigt; ebenso sehr aber auch findet die notgedrungene Abwehr gegen gemeinen Raubmord, Plünderung, Brandstiftung, Metzelei, Bombenattacken und sonstige Greueltaten, die unter der Maske politischer Freiheitsbewegung, mit Vernichtung zahlloser Mitmenschen und ihrer Güter, verbrochen wurden, hierin ihre Erklärung.

Der letzte Beschluß des Ministerrates, mit diesem System der Nachgiebigkeit aufzuräumen und jede Umsturzbewegung im Keime zu ersticken, kam spät genug, zur allerhöchsten Zeit, um den jeden Moment loszubrechenden Rückschlag schrankenlosester Lynchjustiz des Bürgers wie des Bauern gegen alles, was die Ordnung im Staatsleben stört, hintanzuhalten.

Die Herren Revolutionäre, unter denen — das muß auch einmal gesagt sein — das jüdische Element eine Prozentziffer einnimmt, daß — wie mir erst gestern ein hoher Staatsmann wiederholt erklärte —, die Revolution in dem Momente in sich zusammenfällt, sobald die Juden nicht dabei wären, haben den groben taktischen Fehler begangen, nicht nur gegen die Regierung und gegen die loyal gesinnte Gesellschaft, sondern auch gegen das ihnen stammverwandte Proletariat Gewalttaten auf Gewalttaten zu setzen, um ihren Willen zur Geltung zu bringen.

Dieselben Elemente, die jahraus jahrein der Regierung autokratische Gewaltherrschaft, Unterdrückung des freien Wortes und Knebelung des Gewissens zum Vorwurfe gemacht, werden zu Mordbrennern und Henkersknechten jedem gegenüber, der für sich die Freiheit in Anspruch nimmt, anders, als nach den Geboten des Revolutionskomitees zu denken. Unter der Arbeiterschaft der niedrigsten Sorte — den sog. Schwarzarbeitern — um von andern Ständen nicht zu sprechen, wurden mehr als 75 Prozent festgestellt, die, von ihren Brotherren einzeln befragt, das Bekenntnis friedliebender Arbeitswilligkeit ablegten, aber aus Angst vor dem Terrorismus der Revolutionäre oder aus falsch verstandenem Solidari-

tätsgefühl sich verpflichtet glaubten, dem Kommando der Führerschaft folgen zu müssen, bis ihnen das Übermaß an Gewalttätigkeit, das Ausbleiben der versprochenen schillernden Erfolge und die wachsende Hungersnot die Augen öffnen half.

Zu dem groben Fehler des Übermaßes an Gewaltmißbrauch gesellte sich der plumpe Irrtum, daß unter den Bestimmungen des kaiserlichen Manifestes vom 17./30. Oktober alle Fesseln gesprengt, jede Zucht und Ordnung im Staate aufgelöst, die Regierungsexekutive machtlos geworden sei. In pilzartig aus dem Boden schießenden Preßorganen, in Volksaufrufen und Pamphleten, in Versammlungen, Meetings und unterm freien Himmel wurde in Wort, Schrift und Abbildungen gegen Regierung und Gesellschaft losgelegt, in einer Art und Weise, die jede Kennzeichnung unmöglich macht; Ausschreitungen an Schamlosigkeit und Gemeinheit, wie sie kein Ordnungsstaat der Welt ungestraft dulden würde.

Jetzt erst, nachdem Tag für Tag, Nacht für Nacht Massenverhaftungen alle revolutionären Organisationen mit Stumpf und Stiel ausgerottet und ihre Schandpreßerzeugnisse unterdrückt werden, beginnt es in den Köpfen der Hetzapostel zu dämmern, daß Freiheit nicht gleichbedeutend ist mit Zügellosigkeit.

Als großes Glück für Rußland kann nicht hoch genug veranschlagt werden die wahrhaft ausgezeichnete Haltung des Militärs in seinen weitaus überwiegenden Beständen. Es hat sich herausgestellt, daß eine Unzahl in der Hetzpresse veröffentlichter Soldatenbriefe und Militärproklamationen nichts waren, als glatte Fälschungen, ebenso auch, daß angebliche hohe Offiziere, die in politischen Versammlungen Oppositionsreden gehalten, als verkleidete Revolutionäre erkannt wurden.

In den Regierungskreisen herrscht heute eine zuversichtlichere Stimmung, denn je, ob des Niederringens der Revolution. Niemand aber täuscht sich darüber, daß die Gewaltbewegung wiederkommen wird, vorsichtiger in ihrer Taktik, aber wahrscheinlich stärker in ihrer Entfaltung und besser gerüstet in ihren Kampfesmitteln. Die Regierung darf sich keinen Moment in Sicherheit wiegen und muß sich bewußt sein, daß Zerstörungsgewalten im ersten Entstehen mit fester und entschlossener Hand radikal zu beseitigen sind.

XXIX.
Endlich ein Umschlag.

St. Petersburg, 3./16. Januar 1906.

Bis vor wenigen Tagen war das seltsame, unter dem prunkvollen Titel eines „Rates der Arbeiterdeputierten“ existierende Gebilde ein Faktor, der es sich herausnahm, durch „Manifeste“ und „Gesetze“ weiten Volkskreisen seinen Willen aufzuprägen; zugleich aber mit Staat und Gesellschaft einen regelrechten Kampf auszufechten. Die Siegeszuversicht dieser Kommandeure des Proletariats beherrschte eine geraume Zeit die Reihen ihrer Gläubigen so intensiv, daß ungescheut die Verkündung tausendfach ertönte, Rußland werde unter dem eisernen Druck dieser Macht seine letzten Kräfte dahingeben und den Friedensschluß nur um den Preis der Anerkennung ihrer Vorschriften erkaufen können.

Angesichts der anfänglichen Ohnmacht der Regierung, mit den verschiedenartigen Ausschreitungen der Revolution in ihren gewalttätigsten Kundgebungen oder auch nur mit den passiven Generalstreiks fertig zu werden, bestanden auch außerhalb der Reihen der Umsturzparteien berechtigte Zweifel, ob sie imstande sein werde, dem bewaffneten Aufstande gegenüber die siegreiche Oberhand zu behalten.

Die ernste Sorge ist jetzt endlich vom Zarenreiche genommen, der dringend notwendige Umschwung der Situation ist auf der ganzen Linie eingetreten, die Revolution liegt in ihren letzten Zügen, und ihre Arrangeure haben ihre armselige Rolle ausgespielt.

Das unerwartet schnelle, ruhmlose Ende der Aufstandsbewegung hat gezeigt, daß den Massen die straffe, taktische Organisation fehlt, daß ihre Führer in großtuenden Proklamationen und haßtriefenden Reden gegen die Gesellschaft ihre ganze Kraft verausgaben, aber der Sache des Volkes durch Unklarheit des Willens und unzureichende Mittel im Vollbringen nur unabsehbaren Schaden zufügen.

Aus dem Aufruf der dreißigtausend Arbeiter in dem dicht bei Moskau gelegenen Industrieorte Ivanovo-Wosnesensk, den der gebildete Leser aus dem offiziellen Telegramm der Agentur bereits kennt, erhellt ja zur Genüge, wie empört die genasführten Arbeiter

und Bauern gegen die traurigen Revolutionshelden sind: „Wenn die Bewegung bis zum 25. Dezember r. St., oder 7. Januar n. St. nicht aufgehört hat, so erheben wir uns zum 1./14. Januar gegen euch und werden euch parieren lehren; wir werden euch den Frieden in der heiligen Kremlstadt diktieren.“ Diese erste, aus den Herzen der Bauern vernehmbaren Stimmen erklingen für die Aufwiegler ernst und verheißungsvoll genug. Wer die hiesigen Bauern kennt, den erfüllt unwillkürlich ein Grauen schon bei der Vorstellung des Bildes von den bevorstehenden furchtbaren Ereignissen, wenn diese dunklen, in ihrer blinden Leidenschaftlichkeit fast tierischen Massen sich erheben sollten, um selbst die Rechnung mit der Revolution abzumachen.

Abgesehen von diesem drohend beunruhigenden Moment kommt überall das Bewußtsein zum Durchbruch, daß die Regierung mit dem Niederringen der Revolution plötzlich stark geworden ist und an Kraft mit jedem Tage zunimmt.

Ein feiner Beobachter der Ereignisse könnte die jüngsten Vorgänge fast als gewollte Probe der Regierung auf die Freiheitsverkündungen vom 17./30. Oktober und als Appell an die Gesellschaft betrachten: „Ihr wolltet Freiheit, absolute Freiheit haben — hier seht ihr die Früchte eures Wollens; nun aber genug mit gefahrvollen Experimenten und Festhaltung der gebotenen Schranken.“

Ob die blutigen Tage von Moskau mit ihren herzzerreißenden Greuelszenen, denen zahllose Unschuldige zum Opfer gefallen sind, die Zerstörung von wertvollem Hab und Gut notwendig war, um die schwül geladene Atmosphäre zu reinigen und frische Luftzufuhr zu schaffen, oder ob der Regierung der Vorwurf anhaften bleibt, im Momente höchster Gefahr für Gut und Leben ihrer Untertanen eine untätig zuwartende Haltung beobachtet zu haben, das wird erst zukünftige objektive Geschichtsschreibung zu entscheiden haben. Gewiß aber ist, daß die schroffsten Repressivmaßnahmen, der Regierung im letzten Stadium der überhandnehmenden Revolution noch als glimpflich bezeichnet werden müssen, stellt man gegenüber, was eine blut- und beutegierige, epileptisch-ekstatische, unmenschliche Horde von Übeltätern an Tausenden und Abertausenden von körperlich und wirtschaftlich zugrunde gerichteten Existenzen verschuldet hat. Selbst die loyal-

sten Kreise standen solchem beispiellosen Vorgang ratlos gegenüber; einig nur darüber, daß, wenn diesem Tun kein Halt geboten wird, Rußlands wirtschaftlicher wie moralischer Bankerott erbarmungslos besiegelt sei.

Man kann Gott nicht genug dafür preisen, daß diese äußerste Katastrophe vom Zarenreiche abgewendet worden ist, die Bevölkerung wieder Boden unter den Füßen fühlt und das Bewußtsein zurückgewinnt, daß es eine Regierung im Lande gibt, auf die sie sich stützen kann. Noch in der vorigen Woche bestanden darüber bei der Mehrheit die ernstesten Zweifel; die Aufraffung der Regierung zu entschlossener Tat geschah buchstäblich in zwölfter Stunde.

XXX.

Niederlage des russischen Proletariates.

St. Petersburg, 9./22. Februar 1906.

Der letzte fünftägige Streik in Petersburg ist gestern völlig resultatlos für die Streikenden beendet worden.

Alle vom Proletariat gestellten Forderungen sind unerfüllt geblieben, nicht nur das, keine einzige Arbeiterorganisation in der Provinz hat sich dem Ausstand angeschlossen.

Das Proletariat hat somit eine radikale Niederlage davongetragen, die schwerlich so bald wieder wettzumachen sein wird.

Wir haben bereits an dieser Stelle ausgeführt, daß die gemäßigten Kreise in Rußland, bis zur Veröffentlichung des Manifestes vom 17./30. Oktober, die revolutionäre Bewegung zwar nicht aktiv unterstützt, so doch auch nicht entschiedene Stellung dagegen genommen hatten; die Volkserhebung trug deshalb im schließlichen Effekte den Charakter eines allgemeinen Protestes.

Mit der Bekanntgebung des Manifestes änderte sich die Sachlage vollkommen; die Revolutionspartei und ihre Soldaten — das Proletariat — blieben isoliert, sie fanden keine Unterstützung mehr in der öffentlichen Meinung. — Im Gegenteil! In der weitüberwiegenden Mehrheit erklärten sich die mäßigliberalen Elemente als Feinde der Rotflaggen.

Offenbar fehlte es indes den Führern der Revolution an

dem nötigen Feingefühl zum Verständnis dieses Umschlages; betäubt von dem letzten Erfolg, versuchten sie die gefährliche Operation fortzusetzen, ohne zu ahnen, wie groß das Risiko ihrer gefahrvollen Spekulation war.

Der frivole Übermut, aus dem der letzte Streik geboren wurde, gab den starken Mittelkreisen den erwünschten Anstoß, eine reinliche Scheidung von der ihr unheimlichen Gesellschaft herbeizuführen und offenkundig darzutun, daß sie mit dem Regierungsprogramm in der Hauptsache zufrieden gestellt und nunmehr entschlossen sind, dessen alsbaldige Verwirklichung abzuwarten.

Das negative Streikergebnis hat aber zugleich dem Proletariat deutlich gezeigt, daß es ohne den Rückhalt des Bürgerstandes vollends ohnmächtig ist. — Wurde noch bis zu den jüngsten Tagen allgemein mit banger Scheu geglaubt, daß das Proletariat unendlich schwer zu bekämpfen sei, so ist auch in dieser Auffassung ein erfreulicher Umschwung eingetreten; um so offenkundiger, da selbst zwischen den Arbeitern eine einheitliche Gesinnung während des letzten Streiks nicht konstatiert werden konnte.

Weder waren alle Eisenbahnen, noch alle Fabriken ausständig; außerdem wurden mehrere Fabriken nicht auf Wunsch der Arbeiter, sondern auf Anordnung der Fabrikverwaltungen geschlossen, um Zusammenstöße oder Beschädigungen zu vermeiden.

Die Begebenheiten der letzten Woche liefern einen handgreiflichen Beweis dafür, wie die revolutionäre Bewegung nach dem Freiheitsmanifest, von Stunde zu Stunde mehr abgeflaut und abgeschwächt ist, wie wenig tatkräftige Anhänger sie heute zählt.

Auf der andern Seite erwächst der Regierung die Pflicht, diese „Konjunktur“ auszunutzen, um weitere wirksame Schritte auf dem Wege der festgesetzten Reformen zu unternehmen, der Gesellschaft aber damit zu beweisen, daß sie ihre Unterstützung mit gebührender Erkenntlichkeit entgegennimmt.

Ein neues Zurückweichen nach der reaktionären Seite würde den Stützpunkt sofort wieder zum schlechteren verändern und der Revolution eine gefährliche Waffe in die Hand drücken. — Die nach wie vor akute Frage: „Sein oder Nichtsein“, würde in

solchem Fall offenbar nicht zugunsten des Grafen Witte entschieden werden, dessen Stellung sich inzwischen von Tag zu Tag immer mehr befestigt zu haben scheint.

Notiz.

General Trepow erhält in seiner Eigenschaft als Palastpräfekt für den persönlichen Schutz des Zaren eine Jahrespauschale von 3 Millionen Rubel in Form eines keiner Kontrolle unterliegenden Dispositionsfonds. — Daraus hat er allerdings den gesamten Apparat für die Bewachung des Zaren und seiner Familie zu bestreiten.

XXXI.

Das erste russische Parlamentsgebäude.

St. Petersburg, 18./3. März 1906.

Dem freundlichen Geleitswort des Herrn Staatssekretärs am Reichsrat N. Deruijinsky danke ich die Besichtigung unter kundiger Führung des der Vollendung emsig zustrebenden Umbaues des monumentalen Taurischen Palais, das kaiserlicher Wille für die Tagungen der ersten russischen Reichsduma bestimmt hat.

Die wechselvolle Geschichte des von den Potemkin-Spalernaja und Woskresensky-Straßenzügen umgrenzten, ein riesenhaftes Karree an den Ochtaer Ausläufern der Newastadt bildenden Taurischen Palais ist, besonders in der Letztzeit, zu oft beschrieben worden, um eine Wiederholung zu erheischen.

Die weitausgedehnten Park- und Gartenanlagen des fürstlichen Besitztums, mit ihren Wasserwerken, künstlichen Teichen, Treibhäusern, Wintergärten, Lusthäusern, das bauliche Kunstwerk mit seinem, vielleicht einzigartigen Kolonnadensaal, dem elf Faden hohen Atrium (1 Faden gleich 1,8 m) mit einer Runddecke, die auf den Beschauer als Kuppelbau wirkt, jedoch nur ein durch Malkunst auf optischer Täuschung berechneter Flachbau ist, die Fülle an reichster altitalienischer Wandmalerei und florentinischen Fresken, sind von so seltener Pracht und Schönheit, daß es immerhin selbst bei größter Zurückhaltung nicht möglich

erscheint, von der gegenwärtigen Umgestaltung des herrlichen Baudenkmals zu erzählen, ohne seiner Aufspeicherung an Natur- und Kunstschätzen zu gedenken.

Besonders die kleinen, zum Park führenden Räumlichkeiten im Untergeschoß, die eine zartfühlende Schwester in Apoll in ihrer kürzlich veröffentlichten historischen Darstellung als diejenigen Zimmer dezentest umschreibt, „in welchen die Kaiserin Katharina sich aufgehalten und mit ihrem Liebling Potemkin — Karten gespielt habe“, enthalten Kunstschöpfungen in Alabaster, Marmor und Malerei, von einer Fröhlichkeit und Grazie atmenden, entzückenden Intimität.

Den architektonischen Petersburger Meistern Schestow und Bruni, die es verstanden haben, die komplizierte Aufgabe der Umwandlung eines antiken Schlosses in ein modernes Regierungsgebäude nicht nur mit ingeniösem Geschick, sondern zugleich mit kunstsinnigem Empfinden zu lösen, gebührt für die pietätvolle Konservierung und Ausnutzung mindestens eines großen Teiles dieser Kunstschätze von unvergänglichem Wert, sowie der unersetzlichen, einer längst vergangenen Kunstperiode angehörenden Einrichtungen, der ganz besondere Dank eines jeden Kunstfreundes.

Seltsam genug! So zahlreich die Beschreibungen des Bauwerkes, die Rückblicke auf seine historische Entwickelung auch sein mögen, so ist den vorhin genannten Umgestaltern, trotz aller Nachforschungen an allen ihnen zugänglichen archivalischen und Geschichtsquellen nicht gelungen, den ursprünglichen Erbauer und Schöpfer des vielgenannten Schlosses zu ergründen.

Bekannt ist dagegen, daß der Eroberer der Krim und Bezwinger des Herzens seiner kaiserlichen Herrin, das nach der russischen Bezeichnung der Krim — „Tawritschkaia Guberna“ — benannte Taurische Palais zweimal als Gnadengeschenk aus den Händen seiner Kaiserin empfing; das erste Mal unmittelbar nach Vollendung des nach den persönlichen Angaben Katharinas der Großen fertiggestellten Kolossalbaues, das andere Mal, nachdem Potemkin, dessen Leichtsinn und Verschwendungssucht mindestens ebenso groß waren, wie seine Tapferkeit und persönliche Liebenswürdigkeit, das Palais Schulden halber verkaufen mußte. — Die unerschöpfliche Güte der Zarin beschenkte den unwider-

stehlichen Günstling noch einmal mit dem ungeschmälerten Besitz, den er übrigens auch dieses Mal nicht lange sein eigen nennen sollte. Nun war es der ihn bald nachher ereilende Tod, der im Jahre 1791 Potemkin von allem irdischen Glanz und Reichtum hinwegraffte.

Seither war und blieb das Taurische Palais Eigentum der Krone und erhielt im Laufe der Zeit mancherlei Verwendung. — In den letzten Jahren diente es als Wohnstätte für pensionierte Palastdamen der Kaiserinnen, auch wurden die immensen Gesellschaftsräume zeitweilig für Wohltätigkeitsfeste, Kunstausstellungen usw. zur Verfügung gestellt.

Zur Gewinnung eines genügend großen Parlamentssaales mit Nebenräumlichkeiten wurde der an der Parkseite gelegene gelegene Wintergarten zum Sitzungssaal umgewandelt, außerdem durch Errichtung von zwei Querwänden noch die nötigen Säle für die Kommissionsberatungen gewonnen.

Der 300 Quadratfaden (1 Quadratfaden enthält reichlich 4 Quadratmeter) große Parlamentssaal enthält in kreisförmiger, amphitheatralischer Anordnung 564 Abgeordnetensitze. Zu ebener Erde befinden sich die Plätze für 6 Stenographen. Darüber erhebt sich die Rednertribüne; dem Redner zur Seite sitzen die beiden Sekretäre des Hauses. Über der Rednertribüne thront das Präsidium in dreifach vorgesehener Besetzung. Links und rechts von der Rednertribüne sind je zwei Fauteuilreihen für die Minister und deren Gehilfen angebracht. Seitlich von den Ministerreihen an der linken Seite des Saales, in gleicher Höhe mit den Präsidentenstühlen befinden sich die mit 34 Plätzen außerordentlich günstig angeordneten Presselogen, die eine vollkommen bequeme Übersicht über den ganzen Saal gewährt. Für die Vertreter der öffentlichen Meinung ist auch sonst durch eigenen bequemen Zugang zum Parlamentssaal, durch geräumige Schreibzimmer, in unmittelbarer Verbindung mit den Post-, Telegraph- und Telephonämtern, mit den Bibliothekräumen, mit den Arbeitszimmern der offiziellen Telegraphenagentur, mit den Buffets usw. in fürsorglichster Weise alles geschehen, was billig verlangt werden kann.

Für das Publikum sind etwa 50—75 Plätze in den oberen Saalgalerien vorgesehen; doch sind dort keinerlei besondere Logen

für höhergestellte Persönlichkeiten, für Diplomaten, auch nicht für den Hof vorbereitet, die einzelnen Abteilungen werden vielmehr nur durch eine Säulengalerie gebildet.

Unter den terrassenförmigen Sitzreihen ist eine zweckmäßige Saalventilation angebracht, die gesamte Diele des Parlamentsraumes ist aus Asphalt hergestellt; diese Bedeckung wirkt zugleich als Schalldämpfer, so daß etwaige Zeichen des Unwilllens durch Trampeln mit den Füßen durchaus wirkungslos bleiben. Auch sind die Pultdeckel in weiser Voraussicht nicht zum Auf- und Zuschlagen, sondern nur zum beschränkten Hervorziehen eingerichtet. Sapienti sat!

Die Akustik des Saales zu erproben hatte ich bei seiner Unfertigkeit keine Möglichkeit. Die gesamte übrige Einrichtung, für die sich die Erbauer soweit wie möglich diejenigen des englischen Hauses der Gemeinen zum Vorbild genommen zu haben scheinen, machen einen einheitlichen, ruhig würdigen Eindruck.

Den Abschluß des Saales nach der Parkseite gibt ein halbkreisförmiger Glasausbau, der für die sog. „Hammelsprungabstimmungen“ bestimmt ist. Die gegenüber und seitlich befindlichen Ausgänge führen teils direkt, teils durch breite Korridore in das vor dem Sitzungssaale gelegene 37 Faden lange „Promenoir“, der berühmten, schon erwähnten Kolonnadenhalle. Die Verzierungen an den Decken der Kolonnadenhalle weisen die Lettern S. P. Q. R. auf: (Senatus Populusque Romanus). Aus dieser gelangt man in das gleichfalls bereits genannte Atrium, von wo aus rechts und links geführte Halbbögen zu den Wirtschafts- und Gesellschaftsräumen, sowie zu den Präsidial-, Minister-, Warte- und Geschäftszimmern den Verkehr herstellen.

Die auf jeden Schritt und Tritt zu gewahrende Vermählung des „Alten“ mit dem „Modernen“ ist den Architektkünstlern in der mustergültigsten Weise gelungen, wie die ganze durchgeistigte Erfassung und einheitliche Durchführung der Anlage rückhaltlose Bewunderung abnötigt. Für russische Verhältnisse als geradezu phänomenal muß die Ökonomie, mit der das gesamte Rekonstruktionswerk bewältigt worden ist, anerkennend hervorgehoben werden. Die gesamten Baukosten einschließlich der geschaffenen Wasser-, Ventilations-, Kanalisations-, Heizungs- und Beleuchtungsanlagen, sowie der Inneneinrichtung ohne jede Ausnahme belaufen

sich auf die im Verhältnis zum Geleisteten wahrhaft minimale Summe von ca. 650000 Rubel.

Nach der ursprünglichen Bestimmung soll das Taurische Palais der Reichsduma nur interimistisch als Unterkunft dienen, bis ein eigenes Parlamentsgebäude erstanden sein wird. Es gibt Schwarzseher und Zweifler genug, die nur den ersten Teil der Voraussage gelten lassen, insofern sie nicht daran glauben wollen, daß das Institut der Reichsduma sich aus dem Provisorium in ein Definitivum festgestalten werde. Andere wiederum umgeben sich mit der Befürchtung, daß die Finanzkraft des Reiches den Luxus eines Parlamentsneubaues nicht so bald zulassen werde.

Wer recht behält, muß die Zukunft lehren. Sicher aber ist eins: Daß, abgesehen von der entfernten Belegenheit vom Weichbild der Stadt, das Taurische Palais nach vollendetem Umbau selbst für das in altem Glanz und zurückerlangter Machtfülle hoffentlich bald wieder erblühende Russenreich als ein durchaus zulängliches, vornehmes und würdiges Parlamentsgebäude anzusprechen ist.

XXXII.

Die letzten Zugeständnisse der Selbstherrschaft.

St. Petersburg, 22./7. März 1906.

Manifest und Ukas zur Ergänzung des Reichsdumastatutes, sowie zur Umgestaltung des Kaiserlichen Reichsrates — gestern in später Abendstunde hier veröffentlicht — sind als das letzte Wort von seiten des Staatsoberhauptes in der Frage der Konstitution im Zarenreich anzusehen; deshalb wird den beiden Aktenstücken mit Recht ganz besondere Wichtigkeit beigelegt.

Hiernach sind sowohl die Reichsduma, als auch der Reichsrat gleichberechtigte gesetzgebende Institutionen, ohne deren übereinstimmende Gutheißung kein Gesetz in Kraft treten kann.

Selbst in dem Zeitraum, der zwischen Sessionen der Reichsduma und des Kaiserlichen Rates gelegen sind, erlangen Maßnahmen oder Verordnungen, die der Ministerrat zur allerhöchsten Bestätigung vorlegt, erst dann Gesetzeskraft, wenn sie von den

betreffenden Ministern innerhalb spätestens zweier Monate nach Eröffnung der resp. Sessionen der Zustimmung der Reichsduma und des Reichsrates unterbreitet werden; lehnt einer der beiden gesetzgebenden Körperschaften die Vorlage ab, so ist sie eben nicht Gesetz.

Dieser Kern- und Angelpunkt der gestrigen kaiserlichen Kundgebungen gibt einen erfreulichen, aber zugleich unerschütterlichen Beweis für den Fortschritt, den die Frage der russischen Konstitution seit dem 6./19. August 1905 gemacht hat, der die Veröffentlichung des ersten Bulyginschen Rumpfprojektes gebracht. Die heutigen Errungenschaften hat die Bevölkerung Rußlands vom 17./30. Oktober zu danken, worin zuerst die demokratischen Grundlagen geschaffen sind, aus denen sich eine wirklich konstitutionelle Staatsordnung als logische Konsequenz entwickeln mußte.

Als weitere Tatsache für den konstitutionellen Aufbau der russischen Volksvertretung ist die Umgestaltung des Reichsrates durch den Hinzutritt neuer Mitglieder zu erachten, die als Vertreter der orthodoxen Geistlichkeit, der Semstwos, des Adelsstandes, der Gremien des Handels, der Industrie, der Wissenschaft gewählt werden, wobei die Zahl der vom Zaren ernannten Mitglieder diejenigen nicht überschreiten darf, die durch das Vertrauen der wahlberechtigten Korporationen in den Reichsrat gewählt werden. Durch diese Bestimmung wird ein Gleichgewicht erzielt, das jede bevorzugte Stellung des bureaukratischen Elementes gegenüber der Volksvertretung ausschließt. Dazu kommt der schwerwiegende Umstand, daß ausnahmslos jeder Semstwokörperschaft das Recht zuerkannt ist, ein Mitglied in den Kaiserlichen Rat zu wählen, so zwar, daß dadurch den Vertrauensmännern der Semstwos die Mehrheit der Sitze unter den von sonstigen Körperschaften in den Kaiserlichen Rat gewählten Mitgliedern gesichert ist.

Von großer grundlegender Bedeutung dabei ist aber auch die Festsetzung, daß alle Gesetzesvorlagen ohne jede Ausnahme, gleichviel von wem sie auch ausgehen mögen, der kaiserlichen Genehmigung erst unterbreitet werden dürfen, wenn sie von beiden gesetzgebenden Institutionen, sowohl von der Reichsduma, wie auch vom Kaiserlichen Rate, angenommen sind. Akzeptiert eines der Parlamente die Vorlage nicht, so wird sie zurückgezogen. Somit sind Reichsduma und Reichsrat vollkommen



Staatssekretär R. R. Pobiedonoszew.
Ehemaliger Oberprokurator.



General N. P. Linewitsch.
Ehemaliger Oberbefehlshaber
im fernen Osten.



Gen.-Adj. E. G. Alexeiw.
Ehemaliger Statthalter im fernen
Osten.



gleichberechtigte Faktoren. Auch die Sitzungen, sowohl des einen, als auch des anderen Parlamentes, sind, gleich dem englischen, öffentlich. Der Präsident der Duma wie des Reichsrates (Speaker in England) haben allerdings das Recht, Nichtzugehörigen den Zutritt zu verweigern, doch wird dieses Recht bekanntlich ebenso selten ausgeübt wie das auf Abhaltung geschlossener Sitzungen.

Das Recht der Reichsduma, die Minister zu interpellieren, war zwar schon in dem ersten Statutenentwurf enthalten, doch ist es immerhin von Wichtigkeit, daß die jetzt verlautbarte Verfassung dieses Zugeständnis klar und bündig dahin ausspricht, daß Interpellationen an die Minister in allen Fällen gerichtet werden können, wenn die Handlungen der letzteren nicht gesetzentsprechend sind.

Eine ganz wesentliche Änderung zugunsten der Volksvertretung weist in seiner neuen Fassung ein Paragraph des Dumastatutes auf. Nach Paragraph 21 des Statutes vom 6./19. August 1905 war dem Senat das Recht zuerkannt, Abgeordnete aus bestimmten Gründen ihres Amtes zu entheben, oder sie zeitlich aus der Duma auszuschließen. Diese Abhängigkeit vom Senat ist durch den heute veröffentlichten Ukas beseitigt und das Disziplinarrecht über die Dumamitglieder, der Reichsduma selbst übertragen.

Aus den angeführten Grundsätzen zur Bildung der russischen Volksvertretung geht unzweideutig hervor, daß dem russischen Volke durch kaiserlichen Willen, sowie durch die ehrlichen Absichten der Regierung neuerdings weitgehende Konzessionen gemacht sind. Wird es dem ersten russischen Parlamente gelingen, diese richtig zu würdigen und zu handhaben, so dürften die Zeiten nicht mehr fern liegen, wo die verwirklichte russische Konstitution über Rußlands selbstherrliche Traditionen den Sieg davontragen wird; unbeschadet des in den gestern abend veröffentlichten bedeutsamen Staatsakten zum Kummer vieler ängstlicher Gemüter betonten Fortbestandes der Selbstherrlichkeit.

XXXIII.
Armes Rußland.

St. Petersburg, 22./4. Dezember 1905.

Nichts anderes als ein fürchterliches, unerbittliches Strafgericht waltet über ganz Rußland, gleichsam um die Versündigung von Jahrhunderten an der heutigen Generation zu sühnen. Das beste Wollen des Zaren, den Zusammenschluß mit seinem Volke zu finden, das Füllhorn an freiheitlichen Gaben, das der bisherige absolutistische Herrscher unter Preisgabe eines guten Teils seiner Herrscherrechte, nicht zögernd, bruchstückweise, sondern in einem Zuge — vielleicht allzureichlich und unvermittelt, seinem Volke geschenkt; der Eifer einer arbeitsamen Regierung, mit schonungsloser Überspannung aller Kräfte die kaiserlichen Verheißungen in die gesetzliche Form und damit in die Wirklichkeit überzuleiten. Nichts ist imstande, dem Verderben Einhalt zu gebieten, dem Rußlands Söhne mit einem selbstzerstörenden Fanatismus der indischen Fakire förmlich entgegenstürzen. Was der mörderische Krieg im fernen Osten an nationalen Gütern Rußland noch belassen, alles fällt der geschlagenen Blindheit des Russenvolkes zum Raube; sie zermalmen einander und fressen sich selber auf. Vor kaum Halbjahrfrist hätte man den blutrünstigsten revolutionärsten Hetzapostel entwaffnet oder der Lynchjustiz preisgegeben, wäre der Agitation mit der Erfüllung der damals noch im kühnsten Traume kaum ausgemalten Freiheitswünsche, selbst nur zum kleinsten Teile entgegengetreten. Heute sind volle westeuropäische Konstitution, politisches Wahlrecht, Freiheit des Individuums, des Wortes, der Religion usw. usw. in überraschender Aufeinanderfolge proklamiert oder der Verwirklichung unmittelbar nahegebracht; und der damit erzielte Effekt? Mordbrennerei, Meuterei, Metzelei, Bruderkrieg, Militärgärung, Verhöhnung der Autorität, Arbeitseinstellung, Unterbindung von Handel und Wandel im ganzen Lande, an allen Ecken und Enden, Anarchie von oben bis unten, Tiefstand der russischen Staatsrente.

Vergebens predigen heute die Besonnenen und Gemäßigten den aufgepeitscht stürmenden Massen, vernunftgemäß zu beden-

ken, daß auch die Freiheitsmaßnahmen gesetzlicher Kodifikation bedürfen, daß eine totale Umwälzung einer Staatsverwaltung von der Ausdehnung der russischen nicht durch Zauberschlag über Nacht sich bewerkstelligen lasse, daß die rastlosest arbeitende Staatsmaschine doch nicht imstande ist, die physikalischen Bestimmungen umzustoßen, folglich ein bestimmtes Zeitquantum zur Bewältigung der Vorbereitungsarbeiten naturnotwendig ist: die Raserei hat für Naturgesetze, für mathematische Zeit-, Raum- und Maßeinheit kein Empfängnis. „Wir glauben der Regierung nichts, nur das Böse; wir lassen uns nicht hinhalten und übertölpeln, denn wir haben zu schwer gelitten, zu viel Arges erfahren; wir wollen keine Versprechungen, sondern Tatsachen!"

Diese allgemeine Volksstimmung wird nun durch die Unwilligkeit oder Unfähigkeit des eingefleischten „Tschinownik", sich der neuen Richtung anzupassen, aufs mächtigste genährt. Jeder neue Willkür- oder Gewaltakt ruft ein neues Aufflammen der Volksleidenschaft mit immer stärkerer Ausbreitung hervor mit der scheinbar vollberechneten Reflexion: „Seht Ihr, daß man der Regierung nicht trauen darf, es bleibt doch alles beim alten, es ist wiederum nur ein Spiel mit Worten." Das zähe Festhalten am seitherigen Prinzipe „divide" zwischen Staats- und einem Säckel „et impera" findet indes seine Stärke in der nach wie vor unveränderten Präponderanz der reaktionären Hofkamarilla, die neben der legitim verantwortlichen eine in des Wortes schlimmster Bedeutung unverantwortliche Nebenregierung etabliert hat.

Das Bindeglied zwischen beiden Mächten ist Herr Durnowo, der Minister des Innern. Nicht nur die Post- und Telegraphenbeamten, deren terroristisches, vom Standpunkt der Disziplin wie des Patriotismus unbedingt verwerfliches Auftreten das gesamte russische Reich zum Verkehrsstillstand verurteilt hat, sondern mit Ausnahme der Reaktionspartei das ganze Land, die gesamte Presse, fordern einmütig die Entfernung Durnowos. Je dringender und vielseitiger Durnowos Beseitigung verlangt wird, desto wütender arbeitet die Reaktion an der Erhaltung ihrer einzigen „Stütze" im gegenwärtigen Ministerkabinett; bis zur Stunde mit Erfolg. Denn der Zar, von gutem Willen beseelt, sein Volk mit Milde und Gerechtigkeit zu regieren, voll offener

Einsicht und Klarheit für die Schäden und Wunden am Staatskörper, ist auch, das muß offen gesagt werden, aus weichem, schwachem Material, von Stimmungen und Eingebungen des Momentes ebenso abhängig, wie leicht zugänglich dem jeweilig letzten und — stärksten Einfluß.

Die Ereignisse von Kronstadt und Sewastopol, von Kiew und Odessa, die Gärung militärischen Charakters selbst in den Gardetruppen und die Generalstreiks wären als Folgen der geschilderten geschichtlichen Entwickelung, der Zuchtlockerung nach dem unglücklichen Verlauf achtzehnmonatlicher Kriegsführung, sowie der Umwälzung des gesamten Staatslebens wahrscheinlich in jedem Falle unvermeidlich geworden.

Sicher ist aber, daß ohne den starken Rückhalt bei der einflußreichen Reaktionspartei die Herren Gouverneure und die von ihnen Abhängigen, abwärts bis zum Pristaw und Gorodowni, der aktiv legitimen Regierung, statt ihr passives Widerstreben entgegenzubringen, ganz anders Ordre parrieren und Ausschreitungen im Keime niederdrücken würden; niemals aber hätten die Greueltaten den nunmehrigen Umfang erreichen können, wäre Graf Witte nicht in der wenig beneidenswerten Zwangslage den erbitterten Daseinskampf nach zwei Linien, nach unten und nach oben, führen zu müssen.

In den Höchstregionen von Zarskoje Selo scheint man, bei aller Erkenntnis für die Notlage des Landes, immerhin den unmittelbar zu gewärtigenden Konsequenzen noch immer nicht mit vollem Ernste zu begegnen; die Bedeutung der unaufhaltsam heraufziehenden Revolution abzuschwächen, scheint die Hofpartei als ihre vornehmste Aufgabe zu betrachten. Glücklicherweise sind die in den letzten Tagen lebhaft umherschwirrenden Gerüchte über Uneinigkeit, ja sogar Zusammenstöße zwischen dem Zaren und dem Großfürsten Wladimir absolut falsch.

Die vorbereitete Abreise der Kaiserin und der kaiserlichen Kinder erscheint als einziges Symptom vorsichtiger Fürsorge, kann aber, die Authentizität vorausgesetzt, auch auf andere Ursachen zurückzuführen sein.

Der Militärattaché einer befreundeten Großmacht, der dieser Tage zur Überreichung eines Geschenks seines Souveräns eine Audienz in Zarskoje Selo hatte, fand den Zaren sehr ruhig und

in guter Stimmung; mit lebhafter Befriedigung sprach sich der Zar bei diesem Anlaß über die gute Haltung des Militärs bei der schließlichen Niederwerfung des meuterischen Aufstandes in Sewastopol aus. Es wäre auch ein Irrtum, anzunehmen, als hätte sich in den Kreisen der Newaresidenz etwa eine lebhafte Beunruhigung ausgebreitet. Alles geht seinen ruhigen, gewohnten, gedankenlosen Gang, der Newskyprospekt ist allabendlich mit Spaziergängern überfüllt, die Theater — zu deren Vielzahl noch eine Wiener Operette unter Führung H. Zellers mit dem Allerweltsliebling Steinberger mit dem gestrigen Tage hier eingezogen ist — spielen vor ausverkauften Häusern.

Wem möchte nicht unwillkürlich das Wahlwort Jérômes von Westfalen dabei in den Sinn kommen: „Morgen wieder lustik!" Armes Rußland!

XXXIV.

Der Oktobristenkongreß in Moskau.

St. Petersburg, 14./27. Februar 1906.

Daß der „Verband vom 17./30. Oktober 1905", dessen Mitglieder auch kurz die Oktobristen genannt werden, sich in kurzer Zeit zu einer der stärksten politischen Parteien in Rußland entwickelt hat, sowie auch, daß er eigentlich die einzige Organisation ist, der die Regierung, bei aufmerksamer Verfolgung ihrer Entwickelung die freieste Aktionsbewegung gewährt, haben wir schon des öfteren an dieser Stelle hervorgehoben.

Der gegenwärtige Moment, wo die hervorragendsten Oktobristen in Moskau zu einem Kongreß zusammengetreten sind — unter den Teilnehmern mögen nur einige Namen wie Schipow, Graf Heyden, Baron Korff, Gutschkow, Stachowitsch, Plewacko, Masslow, Schonjakow hervorgehoben sein — erscheint uns als der geeignetste Moment, die Tätigkeit dieser Partei und die Ziele des noch nicht zu Ende geführten Kongresses, insbesondere aber auch die zu erwartende Stellungnahme der Oktobristen der demnächst zusammentretenden Reichsduma gegenüber, eingehender zu beleuchten.

Wie aus den vorauseilenden telegraphischen Berichten bereits bekannt geworden ist, wurde der Kongreß am 25. c. von Schipow mit den Worten eröffnet: „Rußland ist zu einem neuen Leben berufen, doch ist die Regierung vom Wege der Reformen abgewichen. Staatsbürgerliche und moralische Pflicht des Kongresses verlangt es, seine Tätigkeit hauptsächlich auf die Fragen zu lenken, welche die Stellungnahme der Oktobristen zur Regierung aufklären.“

Diese Ouvertüre hat das Programm des Verbandes von vornherein ziemlich frei aufgedeckt; sie beweist vor allen Dingen, daß der Verband vom 17./30. Oktober 1905 von den Radikalen mit Unrecht als „zahme Schafherde“ apostrophiert wurde, daß er vielmehr mit den oppositionellen Elementen in durchaus nahem Kontakte steht. Gleich am Eröffnungstage wurden folgende Punkte auf die Tagesordnung des Kongresses gebracht:

1. Wiederherstellung der durch das Manifest vom 17./30. Oktober gewährleisteten Freiheiten.

2. Verhalten der Oktobristen zur Selbstherrschaft.

3. Zusammenberufung der Reichsduma.

4. Gründung eines Zeitungsorganes zwecks umfassendster Propagierung des Oktobristenprogrammes.

Die ersten drei Punkte umfassen ersichtlich die Vitalinteressen Rußlands und erfordern vom Standpunkt jedes Russen gegenüber der gegenwärtig recht scharf betriebenen Repressalienpolitik, besonders in öffentlicher Besprechung eine äußerst vorsichtige Behandlung.

Aus dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen hat man nun keineswegs den Eindruck gewonnen, als hätten die Oktobristen etwa ein Blatt vor den Mund genommen; in durchaus ungezwungener Weise äußerte sich u. a. der bekannte Semstwomann Stachowitsch in der Einleitung zu seiner vielbemerkten Rede etwa wie folgt: „Die Regierung ist nicht unser Feind; der Verband fordert weder die Hinrichtung noch die Absetzung der Regierung, doch ist diese in ihrem Verhalten im jetzigen Momente dem Lande gegenüber zweifellos im Unrecht. Der Verband will und muß diese Tatsache striktest und offen aussprechen. Laut Paragraph 1 des allerhöchsten Manifestes vom 17./30. Oktober ist es unum-

gänglich notwendig, ohne Zeitverlust Gesetze zu veröffentlichen, welche die freie Garantie regeln; es ist erforderlich, überall den Zustand des verstärkten oder außerordentlichen Schutzes aufzuheben; alle nach dem 17./30. Oktober ohne Gerichtsverhandlung auferlegten Strafen müssen niedergeschlagen oder vom zuständigen Gericht bestätigt werden; der Kriegszustand kann nur dort verhängt werden, wo bewaffneter Aufstand festgestellt ist, muß aber gleich nach Wiederherstellung der Ordnung aufgehoben werden; aber auch unter dem Kriegszustand muß äußerst vorsichtig zu Werke gegangen und mit diesem ‚hohen Rechte' keinerlei Mißbrauch getrieben werden; jedenfalls darf die Todesstrafe unter keinen Umständen, als lediglich auf Grund ordentlicher Gerichtsverhandlung, vollzogen werden."

Diese Ausführungen von Stachowitsch hat sich der Kongreß, wenn auch nicht in derselben Form, wohl aber in etwas gelinder gebauten Ausdrücken als Resolution zu eigen gemacht.

Zweifellos haben die bislang als gemäßigt liberal geltenden Oktobristen die Regierung zur Rechenschaft gezogen und sie auf ihre ernste Verantwortlichkeit nachdrücklichst verwiesen. In der vom Kongreß akzeptierten endgültigen Fassung liegt der Schwerpunkt auf folgender Ausführung: „Das Ministerkabinett führt die Prinzipien des Manifestes vom 17./30. Oktober nicht ins Leben; es sucht beständig diese Prinzipien im begrenztesten Sinne auszulegen und sie in einem ihrer Grundbedeutung nicht entsprechenden Sinne anzuwenden usw."

Dieser Satz zeigt der Regierung unmißverständlich, daß, wenn sie ihren Kurs nicht ändert, die versprochene Freiheit nicht verwirklicht, die bislang wohlgesinnten Liberalen in ihrer schon jetzt aufflackernden Opposition gestärkt und sich in der Reichsduma der entschiedenen Opposition anschließen werden.

Nachdem die Regierung den Oktobristen in der Wahlbewegung, wie schon oben angeführt, bis nun volle Aktionsfreiheit gewährt hat, so hat man guten Grund, anzunehmen, daß die Angehörigen dieses Verbandes die entschiedene Majorität im zukünftigen russischen Parlamente bilden werden; um so gewisser, weil der Verband seine agitatorische Tätigkeit im ganzen Lande mit wahrhaft mustergültigem Geschick und ausgezeichnetem Erfolg entfaltet.

Die Regierung muß sich notwendig darüber klar werden, daß sie ihre vornehmste Stütze verlieren würde und mit einer erdrückenden Opposition im Parlamente zu rechnen hätte, falls sie sich nicht entschließt, den gesetzlichen und berechtigten Forderungen der Oktobristen nachzukommen. Der bisherige Verlauf des Kongresses hat nebenher die Beobachtung aufkommen lassen, daß die Oktobristen im Notfalle, zur Opposition gedrängt, sich mit den konstitutionellen Demokraten vereinigen könnten; damit wäre die schwere Niederlage der Regierung unvermeidlich besiegelt. Es darf nicht vergessen werden, daß ähnliche Zustände in Rußland schon vor dem 17./30. Oktober geherrscht haben, als sich die Gesellschaft der Bewegung, wenn auch nur stillschweigend und passiv anschloß, ohne selbst den extremsten Elementen bei Entwickelung ihres gewalttätigen Treibens hindernd in den Weg zu treten.

Die dem Oktobristenverband anhängenden Elemente sind aber heute sozusagen in jedem Haus, in jeder Familie, in jedem Institut verbreitet; demzufolge würde nach Zusammentritt der Reichsduma eine dann etwa frisch auflodernde revolutionäre Bewegung Dimensionen annehmen, denen gegenüber alles verblassen müßte, was vordem gewesen ist. Nicht etwa, daß sich die Oktobristen jemals, selbst unter den ungünstigsten Voraussetzungen an der Revolution als treibende Elemente beteiligen würden, das keineswegs! Aber sie würden die Regierung einfach nicht mehr unterstützen, wie sie es seit dem 17./30. Oktober redlich getan haben. Als aufrichtiger Freund des in schwerem Ringen bedrängten Reiches möchte ich den hiesigen Machthabern den Ausspruch des berühmten russischen Metropoliten Filaret in die Erinnerung zurückrufen: „Um mit Erfolg zu regieren, muß man seine Untertanen genau kennen.“

XXXV.
Aus dem Baltikum.

1.

Reval, 23./8. März 1906.

Die baltische Frage steht heute mehr denn je im Vordergrund der politischen Diskussion; nicht so sehr für die breite Öffentlichkeit, um so intensiver ist dagegen die Aufmerksamkeit der leitenden Kreise der Lösung und versöhnenden Ausgleichung dieser Interessen, tunlichst noch vor Zusammentritt der Reichsduma, zugewendet.

Dieses Bestreben der Regierung ist sowohl unter dem Gesichtspunkt, daß die durch die zweifachen besonders tiefgehenden revolutionären Bewegungen im Oktober und namentlich im Monate Dezember v. J. den Bewohnern der baltischen Provinzen zugefügten schwersten Einbußen an Leben und Gütern noch keine Sühne gefunden haben, wie unter der Erwägung mehr als wohl begründet, daß die Regierung in dem überwiegend kaisertreu und patriotisch loyal gesinnten deutschen Element die zuverlässigsten Stützen bei dem in Angriff genommenen staatlichen Reform- und Umgestaltungswerk findet.

Ich habe mir deshalb zur Aufgabe gestellt, die Ostseeprovinzen aus eigner Anschauung kennen zu lernen, mit den führenden Kreisen Fühlung zu nehmen und das mir zugängliche aktenmäßige und archivalische Material zu studieren.

Wenn ich die empfangenen Eindrücke und Belehrungen hier in sachtunlichster Kürze zusammenfassend, meinen Lesern vorlegen kann, so muß ich in erster Reihe eines hochangesehenen, auf seinen ausdrücklichen Wunsch ungenannt bleibenden Rechtsgelehrten gedenken, dem ich vermöge der umfassenden Kenntnisse in den Verhältnissen seiner baltischen Heimat, wie den Besitz alter wertvoller Chroniken, die exakten historischen Daten zu danken habe.

„Man muß ein Fenster nach Europa durchbrechen,“ erklärte Peter der Große, und machte sich an die Eroberung der baltischen Provinzen.

Wie heutzutage, so wurde auch damals die Kolonisation durch Christianisierung beschönigt. Aber sehr bald — Anfang des 13. Jahrhunderts — erhoben die Dänen älteres Anrecht auf das Baltikum, speziell auf Linda-Nisa im Lande Rewele, das spätere Reval, und auf Oesel. Bei Rewele ist an die Schlacht zu erinnern, die Waldemar II. von Dänemark 1218 bei Reval lieferte; er wurde von den Esten überfallen und wäre umgebracht worden, wenn ihm nicht noch zur rechten Zeit ein Slawenfürst, Witzlaw von Rügen, Beistand geleistet hätte; da fiel — nach der Sage — eine rote Fahne mit weißem Kreuz vom Himmel, unter der Waldemar siegte. So entstand das dänische Reichswappen Danebrog, das noch heute das Stadtwappen von Reval ist. Nun ging der mächtige Kampf zwischen Deutschen und Dänen los, der schließlich damit endete, daß Dänemark seine Besitzungen dem deutschen Orden (Marienburg in Preußen) verkaufte.

Der Bischof Albert von Riga gründete im Jahre 1202 den Orden der „fratres militiae Christi". Dieser Orden hat aber nur zwei Meister gehabt: der erste des Namens Vinno, der zweite hieß Volquin. Ums Jahr 1237 erlitt der Orden in einer Schlacht gegen die Eingeborenen derartige Verluste, daß er so gut wie ganz aufgerieben wurde. Deshalb vereinigte sich der sog. Schwertbürger Orden mit dem Deutschen Orden in Preußen und der Hochmeister in Preußen ernannte als ersten livländischen Ordensmeister Hermann Balcke. Jetzt bildeten sich allmählich im Baltikum mehrere Landesherrschaften mit eigenen Regenten: der Erzbischof von Riga, der Hochmeister des Deutschen Ordens, der Bischof von Dorpat, der Bischof von Oesel und Wiek.

Alle diese Landesherren waren selbständig, sie gingen nur zusammen, wenn es ihnen paßte und freuten sich insgeheim, wenn es dem lieben Nachbarregenten einmal tüchtig in die Bude regnete. Zuerst unterstützten sie sich freilich in dem Kampfe gegen den mächtigen russischen Nachbarn (damals Großfürstentum Rußland); indes ging der Orden allmählich stark in Verfall, so daß sich die einzelnen Landesherren nicht mehr recht mit Erfolg gegen Johann (Iwan) den Schrecklichen verteidigen konnten. Um den Russen nicht zu unterliegen, unterwarfen sie sich anderen Machthabern. Der letzte Ordensmeister, Gothard Ketteler, legte am 5. März 1561 sein Ornat nieder und ward unter pol-

nischer Oberhoheit Herzog von Kurland, anfangs auch Statthalter von Livland, jedoch folgte ihm in dieser Eigenschaft alsbald Chodkiewicz. Riga blieb noch ca. 20 Jahre selbständig, aber ergab sich dann gleichfalls Polen, wogegen Estland sich Schweden anschloß.

Nun folgte die furchtbare Zeit der Kämpfe zwischen Schweden und Polen in Estland, wobei die Schweden die Oberhand behielten. Sehr schön hat es das Baltikum unter schwedischer Herrschaft nie gehabt. Geradezu schrecklich wird es aber unter Karl XII.; als dieser die Staatskasse ganz ruiniert hatte, versuchte er sie dadurch aufzubessern, daß er die sog. „Reduktion" erfand. Diese bestand darin, daß die schwedische Krone den baltischen Edelleuten die Güter abnahm, die irgendwann der Obrigkeit gehört hatten und worauf die Besitzer ihre Rechte dokumentarisch nicht nachzuweisen vermochten. Die Unzufriedenheit im Lande wuchs derart, daß ein patriotischer Livländer, wohl der größte Sohn seiner Heimat, Johann Reinhold von Pattkul, es schließlich durch seine Agitationen in Polen und Schürungen zwischen Rußland und Schweden zum Ausbruch des nordischen Krieges brachte. Schließlich wurde Pattkul ausgeliefert und endete sein Leben auf dem Rade.

Die Balten kämpften zuerst tapfer unter schwedischer Fahne; als aber der Schwedenkönig bei Poltawa unterlag, dauerte der Widerstand des Baltikums auch nicht lange. Viele Städte kapitulierten, so auch Reval, das überhaupt nie erobert worden ist.

Beide Teile, sowohl Balten wie Russen, waren durch dieses Resultat durchaus zufrieden gestellt. Peter der Große hatte erlangt, was er wollte, er hatte Tür und Fenster nach Europa durchgebrochen, und er hatte überdies im Baltikum eine Zivilisation vorgefunden, die er bemüht war, überallhin in Rußland zu verpflanzen.

Die Zeit, die das Baltikum unter russischer Herrschaft verbracht hat, muß in der Geschichte der Ostseeprovinzen durchaus als die glücklichste bezeichnet werden. Ein selbständiges Reich konnte das Baltikum nie bilden, somit war es genötigt, immer wieder auswärts, oft erfolglos, oft irrtümlich, Schutz suchen zu müssen; das letzte Mal aber war es bei den Schweden geradezu in den Rachen des Löwen gefallen.

Rußland hat nicht danach gestrebt, die einheimischen Institutionen zu vernichten; es ließ dem Lande freien Lauf in der Entwickelung der einheimischen Bedürfnisse — so lebten die Balten glücklich unter dem russischen Zepter bis zum Regierungsantritt Alexanders III.

Da trat in den Beziehungen der russischen Regierung zu den Balten eine starke Änderung ein.

2.

Reval, 1./14. März 1906.

Um dem slawischen Selbstbewußtsein Genüge zu leisten, mußte unter Alexander III. durchaus alles russisch werden. Besonderes Gewicht wurde oft nur auf reine Äußerlichkeiten gelegt, geradezu um die Bevölkerung zu verärgern. So wurde die bekannte deutsche Kulturstätte und Universitätsstadt Dorpat in Juriew umgebildet, obgleich andere reinrussische Städte ruhig Kronstadt oder Oranienbaum oder Schlüsselburg weiter genannt werden. Ohne daß ein Bedürfnis vorlag, wurde in Reval auf dem „Dom“ genannten Stadtteil, in der Nähe der Domkirche, wo die Häuser des Adels stehen, eine griechisch-orthodoxe Kirche eingezwängt. Alle Schulen in deutscher Unterrichtssprache, so auch die ehrwürdige Ritter- und Domschule, die schon im Jahre 1319 gegründet und aus der Männer wie Carl Ernst von Baer hervorgegangen sind, wurden allmählich geschlossen, ebenso die Landesgymnasien von Fellin und Birkenruhe, sowie das von der Familie Rennenkampf und Tiesenhausen gegründete Fräuleinstift zu Schloß Diedrichstein.

Die alten Behörden und die Prozeßordnung wurden abgeschafft, was insofern einen Vorteil für das Land bedeutet, als das neue Gerichtsverfahren modernen europäischen Anforderungen entspricht. Dennoch ist das Verfahren ein durchaus mangelhaftes, weil es auch wieder an den zur richtigen Handhabung geeigneten Menschen fehlt. Denn die Einheimischen, die Land und Leute kennen und die Landessprachen — deutsch, estnisch und lettisch — beherrschen, werden von der Regierung prinzipiell niemals für die Justiz der baltischen Provinzen verwendet. Die Richterposten werden ausschließlich mit nationalen Russen

besetzt, die weder das einheimische Provinzialrecht, noch das Land, noch die Sprachen kennen, so sind die Richter ganz und gar in den Händen der mangelhaft gebildeten Übersetzer; weder versteht der Richter den Angeklagten, noch weiß der Angeklagte, was mit ihm vorgeht. Viele Beamte kommen ins Land in der Erwartung, daß ihnen die Ehren eines triumphierenden Siegers erzeigt werden. Da das aber nicht geschieht, auch der baltische Adel recht exklusiv ist, fühlt sich der Beamte in seiner Ehre persönlich gekränkt; er versucht, die einheimischen Deutschen auf Schritt und Tritt fühlen zu lassen, daß er auch etwas vorstellt, zuweilen macht er ihnen auch aus persönlicher Verdrossenheit soviel Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten, wie nur irgendwie von ihm abhängig.

Nach Aufhebung der Leibeigenschaft (1816 für die baltischen Provinzen, 1861 für das übrige Rußland) gestaltete sich das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zu den einheimischen Esten recht erträglich. Es bildeten sich allmählich wohlwollend patriarchalische Beziehungen zwischen Gutsherrn und Bauern heraus. Natürlich gab es auch Anlässe zur Unzufriedenheit, die am häufigsten aus den Verhältnissen der Bauern als Pächter ihrer Höfe resultierten. Andere Zuträglichkeiten entstanden auch aus dem Patronatsrecht, das einigen Großgrundbesitzern bei den ländlichen Kirchen zusteht. Als nun die Epoche der gewaltsamen Russifikation anbrach, hielt sich die russische Regierung an die klassische Devise „Divide et impera“ (Stifte Zwietracht, und du beherrschest das Land).

Die Regierung in Rußland ist sich niemals dessen bewußt gewesen, daß das Oberhaupt der Regierung der erste Diener des Staates sei. Die Regierung und ihre Beamten behandelten das Reich wie ein großes Wirtschaftsgut und waren redlich bemüht, alles zu tun, um ihre Macht, wenn auch auf Kosten der Wohlfahrt des Landes, zu stärken. Wie an anderen Stellen des Reiches, so auch in den Ostseeprovinzen, war die Regierung stets darauf bedacht, eine Nationalität gegen die andere auszuspielen und so gegenseitig ihren Widerstand gegen die Regierung zu brechen.

Im Baltikum wurde zur Erforschung der Frage, wo der Leitsatz „Divide et impera“ am erfolgreichsten angesetzt werden könne, die Entsendung des Senators Manassein, späteren

Justizministers, zur Abhaltung der offiziell „Senatorenrevisionen“ genannten Expeditionen angeordnet. Manassein rief überall die Bauerngemeinden zusammen und stellte ihnen stets die gleiche Frage, ob sie sich nicht über etwas beklagen könnten. Es gelang dem eifrigen Beamten auch wirklich, 16 000 Gesuche verschiedener Bauern zu provozieren mit ziemlich gleichartigem Inhalt; in den meisten Fällen handelte es sich um Landzuteilung. Bald nachdem Manassein nach Petersburg zurückgekehrt war, machten sich die ersten Anfänge der Konversion der lutherischen Bevölkerung zur griechisch-orthodoxen Kirche bemerkbar.

Es erschienen griechische Geistliche im Lande, und ihnen strömten Hunderte von Esten zu, die sich ohne vorhergehende Unterweisung in den Lehren der griechisch-orthodoxen Kirche und, obgleich keiner der Geistlichen ein Wort estnisch verstand, noch die Esten einen Ton russisch konnten, in den Schoß der griechisch-orthodoxen Kirche aufnehmen ließen. Wenn man dann die Konvertiten um den Grund ihrer Glaubensänderung befragte, erhielt man regelmäßig zur Antwort, daß man ihnen dafür „Seelenland“ (russischen Gemeindebesitz) versprochen habe.

Einer der lutherischen Seelsorger hatte einen Konvertiten darauf aufmerksam gemacht, daß es doch nicht recht sei, seinen Glauben irdischer Vorteile willen zu ändern, er habe an dem Heiland wie Judas gehandelt, der ihn für 30 Silberlinge verkauft. Dafür geriet der pflichttreue Geistliche in den Anklagezustand; er wurde seines Amtes entsetzt, ihm auch verboten, jemals wieder eine Pfarre in Estland zu bekleiden.

Da über die massenhaft vollzogenen Konversionen den zuständigen lutherischen Geistlichen keinerlei Mitteilungen gemacht wurden, so ereignete es sich öfter, daß sie solchen Konvertiten nach wie vor das heilige Abendmahl erteilten oder deren Kinder tauften. Dafür sind zahlreiche Geistliche in Anklagezustand versetzt und ihrer Würde beraubt worden. Die Regierung fand außerdem hinlängliche Gelegenheit, durch die Bauernkommissare und Friedensrichter Spaltungen zwischen Pächtern und Gutsherren hineinzutragen.

Anfänglich wurde dieses Verhetzungssystem mit recht gewöhnlichen Mitteln, durchaus offenkundig betrieben. Allmählich trat etwas mehr Vorsicht und Zurückhaltung ein, ohne deshalb

der Intensität der unterwühlenden Arbeit Einhalt zu tun. Mit den feinsten Mitteln arbeitete einer der letzten Gouverneure Estlands unter „zarter" Mitwirkung. Er zeichnete sich der deutschen Bevölkerung gegenüber durch berückende Liebenswürdigkeit aus, dabei unterstützte er aber auf jede mögliche und unmögliche Weise die nationalen Bestrebungen der estnischen Bevölkerung und ließ es ruhig geschehen, daß estnische Zeitschriften die wildesten Hetzartikel gegen die Deutschen abdruckten. Das estnische Hauptorgan erschien mit Präventivzensur, jedoch wurden die zensierten Exemplare nur in der Stadt verschickt, für das Land war eine ganz andere Ausgabe bestimmt. Dem Gouverneur wurde ein und dieselbe Nummer in durchaus verschiedenen Redaktionen vorgelegt.

Da die Regierungsbeamten die Landessprache nicht kannten, waren sie auch nicht imstande, die Resultate ihrer Tätigkeit zu verfolgen. Sie glaubten, daß es sich in den publizistischen Kundgebungen nur um Wahlagitationen oder um Verteidigung estnischer Interessen handelte, und waren mehr als unangenehm überrascht, als sie zur Einsicht kamen, daß sich die publizistische Arbeit nicht nur gegen das Deutschtum, sondern auch gegen die Regierung selbst richtete.

Erst die Kenntnis dieser historischen Entwickelung wird die Beurteilung der jüngsten revolutionären Ausschreitungen meinen Lesern unter richtigen Gesichtspunkten würdigen lassen.

Die ersten regierungsfeindlichen Demonstrationen in Riga und Mitau liegen schon um drei Jahre zurück. Mein baltischer Gewährsmann hatte erst vor wenigen Monaten die unerwartete Genugtuung, während einer Eisenbahnfahrt von einem Reisegefährten, der sich als russischer höherer Justizbeamter im Baltikum erwies, das ganz offene Geständnis zu vernehmen, daß der eigentliche Grund der politischen Unruhen in der von der Regierung in den baltischen Provinzen beobachteten leichtfertigen Politik zu suchen sei, indem die Regierung Hoffnungen erweckt habe, die niemals verwirklicht werden konnten. Das erkläre sich aber dadurch, daß die Regierung die Esten und Letten als natürliches Gegengewicht gegen das Deutschtum angesehen und ausgespielt habe. Da die Unterhaltung in russischer Sprache geführt wurde, ahnte der Beamte nicht, welch' uneingeschränkte

Freude er seinem Reisegenossen, der einfach ein guter Balte war, mit dieser Erklärung bereitet habe.

Die weiteren Gründe der Revolution im Baltikum findet man außer in der Zusammenfassung der vorstehenden geschichtlichen Schilderung in der Unaufrichtigkeit der Regierung, in der Leichtgläubigkeit der Landbevölkerung und in der selbstsüchtigen Interessenpolitik einiger Demagogen.

Seit der Russifikation hat die Bildung der Landbevölkerung ungemein gelitten; denn früher, als die Volksschulen in den Händen der Geistlichkeit und des Adels lagen, war der Volksunterricht obligatorisch und wurde in den Landessprachen erteilt. Seit die Schulen aber von der russischen Regierung übernommen wurden, die Unterrichtssprache jedoch die russische und nicht die Muttersprache ist, kann der Schüler die Fächer naturgemäß auch nicht so rasch erfassen.

Von Politik ahnt die Landbevölkerung überhaupt nichts; moderne politische Ausdrücke wie „Konstitution" und „Revolution" erscheinen ihnen vielfach als gleichbedeutend. Man kann es nur der großen Unbildung der Bevölkerung zuschreiben, wenn sie den Hetzern geglaubt hat, daß nach Vertreibung der deutschen Großgrundbesitzer deren Privatbesitz Eigentum der Landbevölkerung werden wird.

Die Revolutionäre waren an Zahl überhaupt ungemein gering; sie konnten derartige Erfolge nur erringen, weil sie gewissenlos mit Lügen operierten und terrorisierten. Sie haben doch u. a. die harmlose Bevölkerung glauben gemacht, die Deutschen seien auf ein Schiff geflüchtet und dieses sei vernichtet worden; der Besitz der Deutschen sei somit herrenlos. Die weniger beutegierigen Elemente unter den Revolutionären haben nicht so sehr geraubt, als das in Stich gelassene Eigentum an sich genommen, das ihnen die Revolutionäre als herrenlos anboten. Den Führern der Revolution konnte sich das Gros der Bevölkerung, wiewohl es im allgemeinen mit den Gutsherren auf gutem Fuße stand, nicht widersetzen, da die Anführer scharf bewaffnet waren, während die gewöhnlichen Bauern keinerlei Waffen besaßen.

Aus dem Dargelegten ist klar ersichtlich, daß die Unruhen in den baltischen Provinzen keine agraren, sondern rein anar-

chistisch-politischer Natur sind, daher auch entschieden nicht die Sympathien zivilisierter Nationen für sich haben können. Diese Tatsache findet ihre besondere Bestätigung auch noch darin, daß die Anstifter und Führer der Revolution ja gar keine Landleute waren, sondern größtenteils städtische, auch teilweise ländliche Fabriksarbeiter; in Estland sogar viele Letten, die im Lande gar nicht ansässig und deren Sprache von einem Esten gar nicht verstanden werden kann.

Einen äußeren Anlaß zur Revolution hatte es gar nicht gegeben, wenn man darunter nicht — wie die in meinem Schlußbrief als typisch enthaltene Darstellung zeigt — eine verhältnismäßig günstige Gelegenheit verstehen will, welche die Revolutionäre für ihre Zwecke geschickt auszunutzen verstanden haben.

3.

Reval, 4./17. März 1906.

Nachdem schon im letzten Sommer in Livland aufrührerische Unruhen vorgekommen waren, wurden zunächst in Estland in den Kreisstädten kleinere Militärkommandos disloziert; so machte die revolutionäre Bewegung an der Grenze Estlands Halt. Keiner erwartete, daß sie dort in Estland dennoch zum Ausbruch kommen würde. Am 7. Dezember russ. St. wurde in Reval der estländische Landtag eröffnet.

Der ganze Adel des Landes war versammelt und begab sich aus dem Ritterhause im feierlichen Zuge in den Dom zum Gottesdienste, mit dem der Landtag eröffnet wird. Da bemerkte man schon umfassende Vorsichtsmaßregeln, welche die Administration getroffen hatte. Vor der Kirche standen nicht nur Polizeioffiziere, sondern auch feldmarschmäßig ausgerüstete Offiziere der örtlichen Garnison, und in der Kirche stand Polizei, was sonst nie vorkommt.

Während der Landtagsverhandlungen brach der Eisenbahnstreik aus; da die Regierung über die Vorbereitungen zur Revolution wohl benachrichtigt sein mochte, erklärte der stellvertretende Gouverneur den 10. Dezember den Kriegszustand; damit gingen die gesamten Befugnisse eines Generalgouverneurs auf den kommandierenden General über. Dem letzteren kam die Verhängung des Kriegszustandes ganz und gar unerwartet; da er

in der Stadt wenig Militär hatte, so fühlte sich der kommandierende General höchst unsicher und beging deshalb den großen Fehler, das auf dem Lande verteilte Militär sofort zurückzuziehen. Auf diese Weise verschaffte er selbst den Revolutionären freies Feld.

In der ersten Nacht nach Verhängung des Kriegszustandes wurden allerdings schon große Waffenlager ausgehoben, aber die Leiter der Revolution hatten sich unbemerkt aufs Land entfernt, und in der Nacht vom 12. auf 13. Dezember brach die Revolution auf dem Gute Koil in der Holzstofffabrik des Gutes aus. Ein Haufen Fabrikarbeiter drang in das Wohnhaus des nichtsahnenden Besitzers, der sogar selbst die Tür öffnete, ein und nahm ihn gefangen, während sich seine Familie in den beschneiten Garten flüchtete, sich in demselben verbarg und dort die Nacht zubrachte.

An dem Überfall war eine Menge von 3 bis 400 Mann beteiligt, so daß von einem Widerstande nicht die Rede sein konnte.

Das Gut Koil war der Hauptherd der Revolutionäre, von wo aus verschiedene kleinere Trupps in der Nacht und am folgenden Tage Eroberungszüge auf die benachbarten Güter unternahmen. Noch in derselben Nacht war die Nachricht in Reval eingetroffen und konnte auf die benachbarten Güter mitgeteilt werden, damit die Frauen und Kinder der Gutsbesitzer sich auf ein in der Nähe der Eisenbahn gelegenes Gut flüchten konnten.

Der Generalgouverneur schickte auch noch in der Nacht ein Kommando von 10—15 Mann Infanterie nach Koil, jedoch mit der scharfsinnigen Instruktion, um neun Uhr morgens wieder in Reval zu sein, so daß das Militär nur die Möglichkeit hatte, sich den Aufrührern in Koil aus dem Waggon zu zeigen und dann zurückzukehren. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß eine derartige Expedition eher geschadet als genützt hat, da die Revolutionäre leicht glauben konnten, daß das Militär sich fürchte, da sie doch nicht dem Generalgouverneur eine derartige Instruktion zumuten konnten. Jedenfalls setzten sie ihre Raubzüge ungehindert fort. Am Morgen des 13. machten sich einige Herren mit einem Kommando Dragoner und 12 Mann Infanterie aus Reval auf, um die Familien zu retten, die sich — wie erwähnt — auf einem Gute in Eisenbahnnähe versammelt hatten. Das Mili-

tär langte auf dem Lande mit einbrechender Dunkelheit an, so daß es am ersten Tage nichts mehr unternehmen und sich nur in seinem Biwak einrichten konnte. Einige der Herren unternahmen noch in der Nacht einen Rekognoszierungszug, um festzustellen, wie weit die Räuber vorgedrungen und ob noch die Möglichkeit vorhanden sei, Schulkinder in Sicherheit zu bringen, die auf einem der benachbarten Pastorate lebten. Auf dem Zuge hatten die Herren Gelegenheit, sich durch den Augenschein über die Art der Tätigkeit der Revolutionäre zu informieren. Die Haustür des Gutsschlosses war eingeschlagen, ebenso sämtliche Fenster und Läden; der Wind pfiff durchs Haus, und aus den Fenstern flatterten im Zugwinde die Vorhänge und roten Portièren durch dasselbe. Alles Mobiliar war zertrümmert; kein Tisch, kein Stuhl war heil, alle Scheiben, Spiegel und Lampen zerschlagen, die Dielen bedeckt mit Glassplittern, die unter den Füssen krachten; von den Lampen hingen nur noch die Ketten von den Lagern herab. Das Pianoforte im Gesellschaftszimmer war zertrümmert und lag umgekehrt auf der Diele. Die Türen der Schränke waren teilweise eingeschlagen, teilweise hingen sie an einem Haken schief herab; der Inhalt lag zerstreut im Zimmer umher.

In der Spritfabrik hatten die Räuber den Alkohol aus dem Bassin ausfließen lassen; aus dem Graben hatten einige Arbeiter das köstliche Naß zu sich genommen und liefen brüllend auf dem Hofe herum. Die Räuber waren aber schon vor einiger Zeit nach Koil zurückgekehrt, so daß der Weg zur ländlichen Lehranstalt sicher war und die Schulkinder am anderen Morgen unversehrt eingebracht werden konnten.

Beim Morgengrauen machten sich auch die Dragoner auf, um der Spur der Räuber zu folgen und trafen sie auch richtig in einem kleinen Flecken. Es waren ihrer wohl 150 Mann; die Dragoner konnten daher nicht viel ausrichten: denn vom Pferde schießen ist nicht möglich; rasch absitzen und als Infanterie vorgehen, war auch nicht möglich, da zu beiden Seiten des Weges tiefe Gräben und steinerne Gehege, teilweise mit Schnee gefüllt, waren. So blieb den Reitern keine andere Wahl, als blank zu ziehen und mit dem Säbel auf die Räuber loszugehen; diese stieben auseinander und hatten es leicht, sich zu

retten, da sie nur über einen Zaun zu klettern brauchten und die Dragoner ihnen auf die beschneiten, teilweise vereisten Felder und Wiesen nicht nachkommen konnten. Die Revolutionäre setzten sich nur schwach zur Wehr, da sie offenbar schlecht bewaffnet waren; im ganzen wurden nur zwei Dragoner und drei Pferde mit Schrot angeschossen, dagegen mehrere Revolutionäre gefangen genommen und gebunden auf Schlitten nach Reval geführt. Das ganze Kommando langte am 13. abends an und hatte am meisten durch den forcierten Ritt auf den glatten Wegen gelitten.

Auf diese revolutionäre Bewegung mußte die Regierung antworten, sie mußte sich wieder in Respekt setzen. Dabei ist sie wohl nach demselben Prinzip vorgegangen wie bei einem Schadenfeuer: man gießt eben Wasser auf den Brand, um der Verheerung Einhalt zu tun, ohne darauf zu achten, daß das Wasser auch Schaden verursacht. Die Regierung mußte, da ihr keine anderen Mittel zur Verfügung standen, Gleiches mit Gleichem vergelten. Die Führer und Anstifter der Raubzüge wurden auf Forderung des Militärs von den Bauerngemeinden ausgeliefert, wenn sie nicht geflüchtet waren. Öfters lieferten die Gemeinden die Schuldigen aus mit der Bitte, mit ihnen zu machen, was man wolle, nur dafür zu sorgen, daß sie nicht in die Gemeinde zurückkehren. Strafen gab es nur zweierlei: für die Rädelsführer sofortiges Erschießen, für diejenigen aber, welche sich hatten überreden oder irreleiten lassen, gab es Prügel.

Es ist nicht unmöglich, daß das dumme Landvolk doch Worte allein nicht hätten überzeugen können, daß sie von den Rädelsführern belogen worden sind und daß es dennoch eine Gewalt gibt, die größer ist, als die der Rädelsführer.

Nicht zu leugnen ist, daß ein derartiges Verfahren nicht allen Anforderungen entspricht, die man an die Justiz stellen kann, man muß aber dabei entschieden berücksichtigen, daß der Respekt vor Recht und Gericht durch die Art der Rechtspflege dermaßen gelitten hat, daß die normalen Justizbehörden entschieden kein Vertrauen bei der Bevölkerung haben; besonders wenn man noch in Betracht zieht, daß die Untersuchungsrichter ja die Landessprache nicht kennen und die Untersuchung daher niemals rasch und wirklich mit Erfolg betreiben können.

Dem weisen Kaiser, der damit nur eine alte, schon sechs Jahrhunderte vor ihm entdeckte Wahrheit wiederholte, gelang es tatsächlich, durch das Baltikum nicht nur ein Fenster, sondern gleich eine umfangreiche Tür nach Europa einzubrechen.

Denn durch das Baltikum sind die meisten deutschen Stämme nach Deutschland eingewandert. Es hatte für den Norden ungefähr dieselbe Bedeutung, wie Konstantinopel im Süden als Durchfuhrweg nach Osten und Westen.

In der „Heimskringla" (Weltkreis), im Jahre 1170 von Snorro Sturleson verfaßt, ist zum erstenmal eine Vorstellung von der schwedischen Urheimat gegeben und spricht der Autor dabei vom . . . „Großen Schweden, das lag ungefähr am Tanaquissl". Damit ist aber der Don, sowie die Urheimat der Germanen und nicht der Schweden gemeint.

Als die römischen Feldherren sich aufmachten, um alle Völker zu unterjochen, da wanderte auch nach verbriefter Geschichte Odin nach Westen aus und kam nach Gardarika (Nowgorod), von dort nach Sachsaland, vereinigte sich daselbst mit den Waren (Wenden), die vom Norden nach Osten, auch durch das Baltikum zogen.

Bei diesen Wanderungen haben, wenn nicht als Verkehrstraßen, so doch als Wegweiser, die großen Flüsse, besonders der Dnjepr aufwärts, der Rubon (Düna) abwärts gedient.

Überall, längs dieser Wege, hatten die germanischen Stämme Ansiedelungen: In der Letztzeit vorgenommene Ausgrabungen im Kiewischen Gouvernement, in der dem Grafen Bobrinski gehörenden Ortschaft Smela, wurden Gegenstände zutage gefördert, die germanische Provenienz mindestens stark vermuten lassen. Dann hat man bei Ausgrabungen in der Nähe der Kama Gegenstände gefunden, die mit den vorgenannten sehr viel Ähnlichkeit haben.

Von altersher war diese Verkehrsstraße jedenfalls dermaßen bekannt und befahren, daß sogar Plinius d. j. glaubte, daß das Schwarze Meer und das Nördliche Eismeer (oceanus borealis) durch eine Meerenge verbunden seien. Diese Straßen haben auch die germanischen Bevölkerungen, wovon zahlreiche Ansiedelungen in Gardarika, Aldeigaborg (Altladoga), dann an der Düna Gersike (eine sog. Ruthenische Ansiedlung, die jedoch nicht slawischen, sondern germanischen Völkerschaften als Wohnstätten dien-

ten) bewiesen. Diese Ansiedler zogen später von diesen Flußgestaden in großen Schwärmen durch Jütland nach Südskandinavien weiter.

Mit Anfang des Mittelalters, etwa um 250 n. Chr., begannen die großen Normannenzüge, von Westeuropa so genannt, während die byzantinischen und slawischen Quellen von Warjagerzügen sprechen. Aus den Vergleichen von byzantinischen, lateinischen und alten venezianischen Quellen läßt sich nun unanfechtbar nachweisen, daß Warjager und Normannen identisch sind.

Der erste, der die normannische Theorie aufgebracht hat, der berühmte russische Schriftsteller Nestor, ein Mönch in Kiew, schreibt in seiner in slawonischer Sprache geschriebenen Chronik, der ich die folgenden Zeilen entnehme — das Original des Werkes befindet sich in der Bibliothek in Königsberg — nachstehendes:

„Und es war ein Weg von den Wiberjagen zu den Griechen, aber von den Griechen längs des Dnjepr und den Dnjepr aufwärts zu der Lowodj und längs der Lowodj abwärts in den großen See Ilmen; aus diesem See entfließt der Wolchow und ergießt sich in den großen See New (Ladoga), und die Mündung dieses Sees geht in das Meer der Warjager (Finnischer Meerbusen), und längs diesem Meere kann man sogar nach Rom kommen.“

Von den slawischen Völkern im grauen Altertume weiß man nichts, jedoch nimmt man an, daß die alten Skythen Slawen waren. Greifbares hört man von ihnen zuerst durch die Züge der Warjager. Nach der Schilderung von Nestor hatten die Slawen indes keine ordentliche staatliche Organisation. Es gab nur einzelne kleine Fürsten, die, wenn sie sich stark genug fühlten, ihre Sippschaft, Verwandte und auch Nachbarn auseinander trieben oder totschlugen, um so den eigenen Besitz zu erweitern. Irgendwelche slawische Fürsten, die so aus ihrer Regentschaft vertrieben waren, wandten sich gegen die eigenen Landsleute mit der Bitte um Hilfe an die Warjager. Diese Tatsache schildert Nestor folgendermaßen:

„Sie fingen an zu kämpfen gegen sich selbst und sagten zu sich selbst: Lasset uns einen Fürsten suchen, der über uns herrsche und regiere nach dem Recht. Und sie gingen über das Meer zu den warjagischen Russen, denn diese Warjagen wurden

Russen genannt, wie es andere gibt, die sich Swien (Schweden) nennen, andere aber Umrer, Inglenen (Angeln), andere Gothen. Und so sagten die Russen: Unser Land ist groß und reich, aber Ordnung gibt es in ihm nicht — kommt denn, herrschet und regieret über uns.“

In darauffolgenden Zeiten existiert ein regelrechter Schiffsverkehr nach Südschweden, von Gothland aus in den Rigaischen Meerbusen an der Düna und vorzugsweise durch den Finnischen Meerbusen an der Ladoga, sowie nach Gardarika.

In der Heimskringla und auf unzähligen „Bautasteinen“ (Gedenksteine mit Runenschriften) wird von den Zügen auf dem „Austurweg“ (Ostweg) ständig Erwähnung getan, wohin alle ihre Richtung nahmen. Auf derartigen Zügen gelang Olaf der Heilige als Kind in die Gefangenschaft der Esten und kam später (Heimskringla) zum König Wladimir nach Gardarika, später zog er über Wienland (Wendenland) wieder in seine nordische Heimat — nach Norwegen — zurück.*)

In viel späteren Zeiten (zur Hansa), wo die Bremer Kaufleute einen regen Handel mit Wisby führten, ereignete es sich, daß solche Kaufleute, wie die Chroniken berichten (Heinrich der Lette, „Origines livoniae“, Ausgabe von Johann Daniel Gruber, Frankfurt und Leipzig, 1740; dann „Livländische Reinchronik“ von Detlef v. Alenpeke, 1817, herausgegeben von Liborius Bergmann in Riga), an der Mündung der Düna verschlagen wurden und somit Livland „aufgesegelt“ worden waren; wahrscheinlich wollten sie nur den Weg der Skandinavier gehen, waren aber vom Wege abgekommen. Von da an hebt baltische Geschichte an, die Kolonisation durch die Deutschen.

---

*) Es gab noch andere normannische Ansiedlungen, die darauf hinweisen, daß diese Normannen mit den Schweden stammverwandt gewesen sind. — Denn die Schweden werden von den Esten noch heute „Rozilased“ genannt; die alten Grabhügel, die man am Meeresufer findet, heißen auf estnisch: „Rozi Auad“ (Schwedengräber). Das Wort Rizilased läßt sich etymologisch so erklären, daß es aus Rotala-lainen — Rozilainen (Leute aus Rotala) entstanden sei — dieses Rotala, dessen Eroberung durch den Dänenkönig Froto II. der dänische Geschichtsschreiber Saxo Gramaticus erwähnt, ist in der Nähe des heutigen Hapsal gelegen gewesen; der Name ist in das heutige Röthel (Kirche bei Hapsal) übergegangen. Von diesem Rotala spricht auch noch Heinrich der Lette in seiner Chronik und berichtet, daß es in „medias terras“ lag (die heutige Strandwieck bei Hapsal).

Jetzt, wo die Revolution vorüber ist und jeder die Notwendigkeit einsieht, daß dieselbe Bevölkerung wieder miteinander auskommen muß, stellt man sich naturgemäß die Frage: Wie soll es denn nun werden? Wie soll man wieder in ein normales Gleis kommen? Bei der Gelegenheit ist die Ansicht ausgesprochen worden, man solle nicht auf die Erörterung der Schuldfrage an der Revolution eingehen, sondern einfach vergessen! Mir scheint eine derartige Richtung durchaus falsch zu sein. Wenn man ein Übel dauernd beseitigen will, kann man es doch nur, indem man die Ursache hebt, die dieses Übel hervorgerufen.

Wenn man nur vergessen will und nicht die Faktoren beseitigt, die die Revolution hervorgerufen, ist es unsinnig, sich einzubilden, der Frieden sei dauernd gesichert.

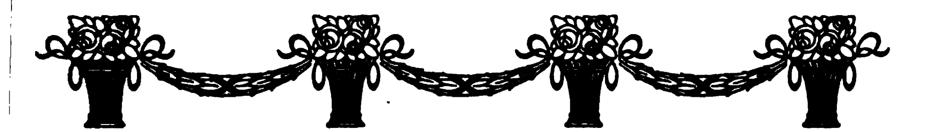
Die Schuld kann nur durch Anklage und Verteidigung vor einem unparteiischen Richter eruiert und auf den Schuldigen muß eingewirkt werden; strafend oder verbessernd, will ich nicht entscheiden, aber jedenfalls muß er ermittelt werden, sonst ist es undenkbar, einer Wiederholung der jüngstverflossenen Schrecknisse sicher vorzubeugen.*)

---

*) **Während der Drucklegung dieses Buches erfahre ich noch von maßgebender Stelle, daß die Regierung im Begriffe steht, die Wirksamkeit der Bauernagrarbank auf die Ostseeprovinzen auszudehnen. Der Verfasser.**







Psychologische Studien

in Briefen

aus der Hölle.

Von

Baccalaureus Bernardus Piscator.

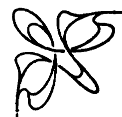
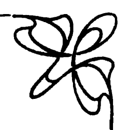
Leipzig. 1906. **Teutonia-Verlag.**

Preis 2 Mark.

Ein neues zeitgemäßes Werk nach Art der **Epistolae obscurorum virorum** wird hier in der Gestalt von **Höllenbriefen** dargeboten, das in erster Linie berufen erscheint, **eine Satire** auf die verschiedensten menschlichen Einrichtungen, Sitten und Gebräuche der Neuzeit zu werden. Wie der Titel besagt, ist es **eine Untersuchung über den Seelenzustand** des Menschen, der von Dr. Bernardus Piscator (Pseudonym für einen Leipziger Gelehrten) unter der Gestalt des **Anthropneuma d. i. der „Menschengeist"** eingeführt wird. Auf dieser Welt fürchtet er die Geistlichkeit, die Behörde und so treffen sich der Autor und der Menschengeist „Anthropneuma" im Lande der Freiheit, wo sie frei miteinander verkehren und sich aussprechen können. Daß der Verfasser diesem Lande der Freiheit den Namen Amerika gegeben hat, soll nur typisch für den Fall sein. Das Buch enthält **eine Beschreibung der Unterwelt, des Totenstromes Styx, der Einrichtung der Hölle, der Höllengeister u. a.** Um eine notwendige Platzvergrößerung vorzunehmen, muß von dem benachbarten Paradiese ein Teil abgetrennt und der Hölle überwiesen werden. In der äußeren Gestalt und der einheitlichen Darstellung lehnt sich das Werk an die **„Dunkelmännerbriefe"** an, dessen Briefform sehr gelungen nachgeahmt worden ist.

Das Buch wird allen denen, die sich für fortschrittliche Entwicklung interessieren, Freude machen und als ernsthafte Satire manchem ein Beifallszeugnis entlocken.



BEITRÄGE

ZUR KENNTNIS

DEUTSCHER VORNAMEN.

MIT STAMMWÖRTERBUCH

VON

ALFRED BASS.

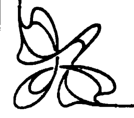
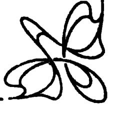


TEUTONIA-VERLAG

LEIPZIG.

1903.

PREIS: M. 1.80.

Leipzig im Taumel.

Nach Originalbriefen eines reisenden Edelmannes

Mit Titelkupfer.

O. O. (Leipzig.) 1799.

Wortgetreuer Abdruck des Originals auf Büttenpapier.

Mit Gottscheds „Vernünftigen Tadlerinnen" setzt in Leipzig die moralische Satyre ein, um erst spät wieder zum Nachlassen zu gelangen. Nirgends im deutschen Vaterlande war der Boden für die Satyre auch so geeignet wie in Pleiss-Athen, der Musenstadt, die Goethe und Schiller zu ihren Gästen zählen durfte. Ein reiches Leben entfaltete sich im Laufe des 18. Jahrhunderts, so daß hier nicht nur der Mittelpunkt des geistigen Lebens, sondern auch der Sammelpunkt aller Handelsbeziehungen der Welt entstand, der Leipzig weit über seine Grenzen hinaus berühmt und groß gemacht hat.

Vorteilhaft für die Ausgestaltung des ganzen Lebens war der Umstand, daß in Leipzig eine gewissermaßen großzügige und weitblickende Politik getrieben werden konnte. Leipzig war keine Residenzstadt, hatte aber auch keine Hofschranzen und war ebenso frei von dem Wuste mittelalterlichen Zunftrechtes der alten Reichsstädte, wie es sich auch in geistiger Beziehung zu der freieren Ansicht einer „Weltstadt" aufgeschwungen hatte. Mit dem Aufblühen des Handelsstandes, dem zunehmenden Verkehr, der Konzentration der verschiedensten Wirkungen auf kleinem Gebiete konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß auch die Sitten dadurch zeitweilig die Grenzen des gesellschaftlichen Verkehrs freier wurden, als dies früher der Fall war. Der reiche Krämer, der begüterte Handwerker, die Alma mater waren bestimmend für den gesellschaftlichen Ton der Handelsstadt Leipzig. Hier schalten die moralistischen Satyriker Rabener und Gellert mit ihren harmlosen Gedichten die freien Sitten der Leipziger. Im Gegensatze zu diesen gut gemeinten und an sich recht wenig bedeutenden Beanstandungen wahrhaft Gebildeter trat im Laufe des 18. Jahrhunderts namentlich gegen Schluß desselben eine Reihe boshafter und verleumdungssüchtiger Satyriker auf, die sich nicht in erster Linie mit der Besserung ihrer Mitwelt befassen, sondern möglichst geräuschvoll durch ihr Tun und Treiben weitere Kreise der Stadt an den Pranger schleppen wollten, um sich teilweise für persönliche Anfeindungen zu rächen, teilweise um ihren

Prof. Dr. C. Beyer-Boppard sagt in seiner „Einführung in die deutsche Literatur" (Verlag von Hermann Beyer & Söhne, Langensalza) S. 9 im Abschnitte: Die Edda als urgermanischer Besitz: „Friedrich Fischbach weist zum ersten Male in seiner verdienstlichen Schrift

„Asgart und Mittgart"

überzeugend nach, dass die Urheimat der Eddalieder zwischen der Sieg und der Wupper zu suchen ist. Nach der Einwanderung der Vanen, die auch Tacitus berührt, waren Asgart-Mittgart die heiligen Lande, in denen sich der Kern der Mythen und Sagen entwickelte. Für die Literaturgeschichte ist zu betonen, das bisher nur das eine Lied der Edda „des Hammers Heimholung" eine erfreuliche Lektüre war. F. Fischbach reinigte die alten Lieder von dem oft unverständlichen Wuste der Skaldenzusätze und behielt die eigentümliche Schönheit des Stabreimes bei.

Diese Lieder verdienen literarisches Gemeingut des Volkes zu werden. Sie sind unser teuerstes und heiligstes Erbgut. K. Simrock betonte schon, dass bis zu Goethe die deutsche Literatur nichts Ebenbürtiges besass. In Island wurde aufgeschrieben, was unsere Auswanderer dorthin brachten.

Selbstverständlich kamen Anzweifelungen, denn ungern verlässt man alte Lehrsätze, die ein Nichtphilologe verbessert. Eine Widerlegung folgte umso weniger,als niemand einen Distrikt auf der weiten Erde nachweisen kann, der der Edda hinsichtlich der Topographie besser entspricht. Studienrat Bösser in Karlsruhe schrieb, dass er Fischbachs Eddalieder den bisher publizierten in seinem Lesebuch für höhere Militärschulen vorgezogen und, dass er Fischbachs Bücher bestens empfehle. In seinen „Beiträgen zur Mythologie" sind die auf der Karte von Asgart-Mittgart angeführten Flurnamen mythologisch erklärt. Einschneidend ist auch sein Buch „Ursprung der Buchstaben". Als Ornamentist fand er, dass die ältesten Ornamente Symbole d. h. Segens- und Abwehrzeichen sind, die im uralten Feuerkultus wurzeln. Dieses umfassende Studium führte zur Deutung der Runen und deren Entwicklung zu Buchstaben.

Die wissenschaftlichen Werke wurden ergänzt durch die poetischen Schöpfungen „Siegfrieda", Tragödie mit Vorspiel, und „Die Rolandsknappen" (Märchendrama). Insofern diese in unserer Mythologie und Heimat wurzeln, sind sie als „Bodenständige" zu begrüssen.

In seiner Literaturgeschichte rühmt Beyer-Boppard die Herzensklänge in Fischbachs Lyrik und die vollendete Form-Gestaltung in den Sprüchen der Lebensweisheit, des Humors usw. Insofern kein Buch eine genügende Übersicht über den grössten Dichter des Orients „Hafis" bisher gab, übernahm F. eine Sammlung und Umarbeitung der bisherigen Übersetzungen. Sein Hafis ist eine fröhliche, herzerquickende Lektüre.









Gute preiswerte Weine
Sämtliche Weine sind vom Rate der Stadt Leipzig angekauft
Ausschank in Schoppen.
RATSKELLER LEIPZIG
Vorzügliche Küche
Familienverkehr · Treffpunkt aller Fremden
Carl Blechschmidt
Ratskeller.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig. 29501.